



www.hsgeb.de

75
JAHRE

TÄTIGKEITS- BERICHT

2018 - 2021



HSGB

HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Grußwort des Präsidenten

Es fällt nicht leicht, einen Rückblick auf die letzten 2 ½ Jahre in der gemeindlichen Entwicklung zu werfen, ohne an dem Ausbruch der Corona-Pandemie „hängen“ zu bleiben.

Die Folgen der Pandemie stellen die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und die Wirtschaft vor immense Herausforderungen. Noch kann keine Entwarnung gegeben werden, die Einschränkungen für die Wirtschaft und die Menschen in unserem Land treffen auch im neuen Jahr 2021 alle Bereiche unserer Gesellschaft.

Die fiskalischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kommunen sind zum Teil dramatisch. War die positive Entwicklung der Kommunalfinanzen vor 2020 schon kurz vor Ausbruch der Pandemie leicht eingetrübt, gingen die eigenen Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden sehr schnell sehr stark in der Krise zurück. So kam es beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zeitweise zu Rekordeinbußen, andererseits stieg die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte krisenbedingt stetig an.

Die Pandemie darf aber nicht dazu führen, dass die Handlungsfähigkeit der Gemeinden und Städte in Hessen infrage gestellt wird. Die Krise darf auch nicht dazu führen, dass die Kluft zwischen armen und reichen Regionen verstärkt wird. Der vielbeschworene Zusammenhalt in diesen schwierigen Zeiten muss auch dafür sorgen, dass die gleichen Lebensverhältnisse im Ballungsraum, wie in den Flächengemeinden gewährleistet werden.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund versteht sich auch in der Krise als starker Partner der kreisangehörigen Kommunen. Bei der Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs, bei der kritischen Begleitung von Gesetzgebungsverfahren („Starke Heimat Hessen“), oder bei der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen versteht sich unser kommunaler Spitzenverband als engagierter Anwalt der gemeindlichen Interessen.

Mitten in der Krise wurden die Kommunalwahlen 2021 in den Städten, Gemeinden und Landkreisen durchgeführt. Unsere Mitgliedskommunen haben dabei Beachtliches geleistet, um die Hygienevorschriften zu beachten und für Wählerinnen, Wähler und Wahlvorstände eine sichere Wahl zu ermöglichen. Die Pandemie hat auch zu einer starken Ausweitung der Briefwahl geführt. Auch diese musste in unseren Kommunalverwaltungen mit größtem Einsatz geschultert werden.

Schon zu Beginn der sogenannten ersten Welle der Pandemie hat sich unser Verband dafür eingesetzt, dass auch die Sitzungen der kommunalen Gremien Corona-konform auf Basis von Videokonferenzen durchgeführt werden können. Leider konnte sich der Hessische Gesetzgeber noch nicht entscheiden, diesem Vorschlag in einer zukunftsweisenden Entwicklung zuzustimmen.

Auch bei anderen Fragen der Umsetzung staatlicher Verordnungen hat die Geschäftsstelle des Hessischen Städte- und Gemeindebundes Beachtliches geleistet und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kommunalverwaltungen entsprechende Hinweise und Hilfestellungen angeboten.

Wir blicken jedoch nicht nur auf die Bewältigung der Krise, sondern müssen die kommunalen Investitionen jetzt setzen, damit sich die Kommunen aus der sich abzeichnenden Talsohle erheben können. Dafür braucht es die Unterstützung von Bund und Land.

Aus eigener Kraft werden allerdings nur wenige Städte und Gemeinden die notwendigen Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen können.

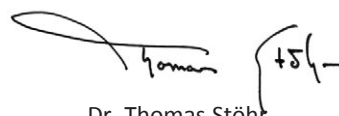
Es wäre fatal, gegen die Krise ansparen zu wollen. Bereiche für die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen gibt es genug: Die Digitalisierung, die Zukunft der Ortskerne, der Klimaschutz und die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge seien nur beispielhaft genannt.

Bei allen derzeitigen Schwierigkeiten sollte nicht aus dem Blick geraten, dass Krisen durchaus auch eine Chance sein können. Mit einem starken Zusammenhalt in und unter den Kommunen wird die Krise zu meistern sein.

In dem vorliegenden Tätigkeitsbericht wird eindrücklich das entsprechende Leistungsportfolio des Hessischen Städte- und Gemeindebundes dargestellt.

Gerade in diesen schwierigen Zeiten danke ich den Mitgliedern der Gremien des HSGB, allen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Geschäftsführung für Ihr Engagement für die kommunale Sache.




Dr. Thomas Stöhr
Präsident

Vorwort der Geschäftsführung

Der vorliegende Tätigkeitsbericht wird durch die neu formierte Geschäftsführung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes vorgelegt. Zum 01.06.2020 hat Dr. David Rauber, nach dem Ausscheiden von Karl-Christian Schelzke als Geschäftsführer, die in der Mitgliederversammlung 2019 beschlossene Neustrukturierung der Spitze der Geschäftsführung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, neben Harald Semler und Johannes Heger, die bereits zum 01.06.2019 in die Geschäftsführung eingetreten sind, komplettiert.

Wir sehen in starken und selbstbewussten Städten und Gemeinden wichtige Garanten für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die zunehmend feststellbaren Tendenzen wie wachsender politischer Polarisierung, der rasanten Digitalisierung und Individualisierung. Die Geschäftsführung bedankt sich bei allen Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedskommunen für den gezeigten Zusammenhalt und die konstruktive Zusammenarbeit in den zurückliegenden Monaten, die insbesondere durch die Pandemie gekennzeichnet war.

Die derzeitige Beratungspraxis unserer Geschäftsstelle zeigt es: So gut wie kein kommunaler Aufgabenbereich ist von den Auswirkungen von Covid-19 und der zur Bekämpfung der Pandemie getroffenen Maßnahmen nicht betroffen.

In der täglichen Daseinsvorsorge, im Erziehungs- und Bildungsbereich, mit Einsatzkräften an Bürgertelefonen, in Krisenstäben der Verwaltungen leisten Städte und Gemeinden einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Pandemie. Gleichzeitig kommen die kommunalen Bediensteten dem Gebot der Stunde nach, wahren Abstand und sorgen in Wechselbesetzungen und mobiler Arbeit dafür, dass der öffentliche

Dienst auch in allen anderen Bereichen, die weiterlaufen müssen, nicht zum Erliegen kommt.

Die kompetenten Referentinnen und Referenten in der Geschäftsstelle stehen den Mitgliedskommunen in dieser schwierigen Zeit an der Seite, geben Hinweise und Informationen, Beratung und Unterstützung im kommunalen Krisengeschäft, von den Kommunalwahlen 2021 bis hin zu den Kommunalfinanzen.

Es versteht sich, dass im Tätigkeitsbericht über die letzten Monate die Pandemie ein wichtiges Stichwort ist. Aber auch darüber hinaus spiegeln sich wichtige Zukunftsthemen für die Städte und Gemeinden in unserem Bericht wieder.

So verstanden, geben die folgenden Seiten Ihnen eine gute Übersicht über alle Themen der kommunalen Selbstverwaltung und damit auch einen Überblick über unser Leistungsportfolio als Verband.

Im Tätigkeitsbericht 2018 bis 2021 sind ausführlich die einzelnen Aktivitäten des Hessischen Städte- und Gemeindebundes – dessen Gremien und der Geschäftsstelle – thematisch geordnet und in der notwendigen Kürze zusammengefasst.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle des Verbandes sehr herzlich für ihre stetig guten Leistungen und die dargelegten Berichte aus den verschiedenen Rechtsgebieten.

Gemeinsam werden wir auch in Zukunft engagiert und selbstbewusst dafür eintreten, dass wir praxisnah und kompetent mit unseren Mitgliedern für die kommunale Sache eintreten und streiten.



David Rauber

Dr. David Rauber
Geschäftsführer



Harald Semler

Harald Semler
Geschäftsführer



Johannes Heger

Johannes Heger
Geschäftsführer



Hessischer Städte- und Gemeindebund

In diesem Jahr begeht der Hessische Städte- und Gemeindebund (HSGB) sein 75-jähriges Jubiläum. Als Spitzenverband der kreisangehörigen Kommunen im Lande Hessen ist der HSGB seit dem Jahr 1946 die starke Stimme der Städte, Gemeinden und kommunalen Verbände. Nicht zufällig jähren sich die ersten Landtagswahlen und die Volksabstimmung über die Landesverfassung genauso zum 75. Mal wie die Gründung des HSGB. „In der Überzeugung, dass Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, hat sich Hessen als Gliedstaat der Deutschen Republik diese Verfassung gegeben“ – diesen so schlichten wie zeitlosen Vorspruch haben ihre Eltern der Landesverfassung vorangestellt. Eine Landesverfassung, die stärker als in fast allen Bundesländern das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen, vor allem der gemeindlichen Ebene betont und so Maßstäbe auch für das später erlassene Grundgesetz gesetzt hat.

75 ereignisreiche Jahre liegen hinter uns. Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Kommunale Gebietsreform, Demografischer Wandel. Die Geschichte des HSGB ist auf das Engste verwoben mit der Geschichte unseres Landes.

Und ohne starke Städte und Gemeinden, vertreten durch einen starken Verband wie den Hessischen Städte- und Gemeindebund wird es auch keine starke Gegenwart und Zukunft des Landes geben. Denn der Hessische Städte- und Gemeindebund setzt sich kraftvoll für die Kommunale Selbstverwaltung und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in kleinen und großen Kommunen ein.

*

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Städte und Gemeinden die einzige noch halbwegs funktionsfähige Verwaltungsebene. Sie gewannen im unmittelbaren Überlebenskampf der Bevölkerung bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen einen hohen Stellenwert. Die westlichen Siegermächte wussten, dass sich Kommunen im Wiederaufbau als zentrale Handlungsebene bewähren würden.

Nach dem Krieg hatten auch die Kommunalverbände ihre Arbeit wiederaufgenommen. Die einzelnen Organisationen gründeten sich zunächst in den Bundesländern. Auf Initiative von Wilhelm Arnoul aus Neu-Isenburg fanden im Juli 1946 die ersten Besprechungen im Regierungsbezirk Darmstadt über die Bildung eines vorbereitenden Ausschusses zur Gründung des Hessischen Gemeindetages statt. Bürgermeister Anton Dey, Mühlheim, übernahm den Vorsitz. Weniger als ein Jahr später traten die Vertreterinnen und Vertreter der über

2000 Mitgliedsgemeinden am 10. Juni 1947 zur ersten Generalversammlung des Hessischen Gemeindetags in Treysa, Bezirk Kassel, zusammen.

Für den Vorsitzenden (Präsidenten) Anton Dey war diese Versammlung der Geburtsakt der Organisation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Hessen.

Grundidee war ihr freiwilliger Zusammenschluss im Gemeindetag. Die Tatsache, dass sich fast alle hessischen Gemeinden in kürzester Zeit dem Verband angeschlossen hatten, lässt die Notwendigkeit in der Initiative erkennen.

Die erste Geschäftsstelle befand sich im Mühlheimer Rathaus, dann übernahm der Hessische Gemeindetag eine frühere Textilfabrik am Stadtrand von Mühlheim, bis schließlich der Neubau am Alten Frankfurter Weg erforderlich war.

Von Mühlheim am Main aus wurde hessische Politik gemacht. Damals gab es noch keine Trennung von Amt und Landtagsmandat. Viele Bürgermeister waren zugleich Abgeordnete im Hessischen Landtag. So auch Anton Dey. Die Landespolitik wurde aus dem Blickwinkel der Bürgermeister stark beeinflusst. Nahezu 18 Jahre stand Anton Dey an der Spitze des Hessischen Gemeindetags und prägte während dieser Zeit maßgeblich die Verbandspolitik des kommunalen Spitzenverbandes der kreisangehörigen Städte- und Gemeinden des Landes Hessens.

Dey war bewusst, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf Dauer nur gemeinsam über einen schlagkräftigen kommunalen Spitzenverband die Chance hatten, ihre gemeinsamen Interessen und Ziele gegenüber Landesregierung und Landtag wirkungsvoll zu vertreten.

*

Auch auf Bundesebene wurden die Gründer des Hessischen Gemeindetages aktiv. Auf Initiative von Anton Dey wurde am 3. November 1947 in Heppenheim der Deutsche Gemeindetag wieder gegründet. Hans Muntzke übernahm die Geschäftsführung des Deutschen Gemeindetags in Mühlheim am Main bis zur Wahl von Bonn als Bundeshauptstadt. Die Übergabe der Geschäftsführung an den Gemeindetag Nordrhein erfolgte 1950.

1950 wurde in Lindenfels im Odenwald das Freiherr-vom-Stein-Institut als zentrale Fort- und Weiterbildungsstätte des Hessischen Städte- und Gemeindebundes gegründet.

Noch im selben Jahr gründete sich der Verein „Hessischer Bürgermeister und Kassenverwalter“ mit Sitz in der Geschäftsstelle des Gemeindetags in Mühlheim am Main.

1956 wurde Hans Muntzke, der Geschäftsführer des Hessischen Gemeindetags, zum Geschäftsführenden Präsidenten der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas gewählt. In den 50er Jahren wurden von Mühlheim aus die europäischen Kommunalkonferenzen organisiert und wichtige Impulse für die Partnerschaft im entstehenden europäischen Kontext gesetzt.

*

Bis in die beginnenden 1960er Jahren stand kommunal der Aufbau und Erhalt der Daseinsvorsorge im Vordergrund, parteipolitisch verfasste oder gar fragmentierte Kommunalpolitik im heutigen Sinn gab es vielerorts noch nicht. Leitbild war eine sachgerechte, politisch weitgehend neutrale Kommunalverwaltung, der die lokalen Vertretungen zur Vermittlung kommunalrelevanter Entscheidungen vor Ort verhelfen sollten.

Nach 25 Jahren gehörten dem Hessischen Gemeindetag mehr als 2.200 kreisangehörige Städte und Gemeinde an. Angesichts einer wachsenden Kluft zwischen den Anforderungen an die Gemeinden – Aufgabenvermehrung durch Bund und Land und zunehmende Leistungserwartungen der Bevölkerung – und ihrer finanziellen und administrativen Leistungskraft in der Nachkriegszeit ist es ab Mitte der 60er Jahre in einem Jahrzehnt in allen Ländern zu einer Gebietsreform gekommen, die die kommunale Landschaft grundlegend verändert hat. Gab es 1969 noch 2.642 Gemeinden in Hessen, waren es am 1. August 1979 nur noch fünf kreisfreie Städte und 421 kreisangehörige Gemeinden.

Am 13. September 1972 fand die 9. Generalversammlung des Hessischen Gemeindetags in Mühlheim am Main statt. Im Hessischen Gemeindetag wurde seit der Gründung angestrebt, alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden in einem Verband zu vereinigen. Die Generalversammlung im September 1972 beschloss deshalb, den Namen des Gemeindetages zu erweitern und sich so der Entwicklung der städtischen Mitgliedschaften anzupassen. Der Name des Verbandes sollte ab sofort lauten „Hessischer Städte- und Gemeindebund“.

*

Die Verbandsarbeit des HSGB hat sich auch stärker als in anderen Spitzenverbänden an die immer weiter um sich greifende Verrechtlichung aller Lebensbereiche angepasst. Dass kommunale Spitzenverbände in Gesetz- und Verordnungsgebung auf Landes- und Bundesebene eingebunden sind, ist noch keine Besonderheit. Besonders Charakteristikum der Verbandsarbeit des HSGB ist seit vielen Jahrzehnten, dass die Mitglieder auf die rechtliche Kompetenz der Referentinnen und Referenten in der Rechtsberatung und Prozessvertretung zurückgreifen können. Hier hat der Verband schon früh erkannt, dass kommunale Selbstverwaltung nur dann „unfallfrei“ gelebt werden kann, wenn die Städte und Gemeinden spezifisch kommunalen fachlichen und rechtli-

chen Rat in Anspruch nehmen können. Und so erfreut sich die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Verbandes schon seit Jahrzehnten großer Anerkennung auch in der Justiz.

*

Der demografische Wandel setzte in Hessen schon früh ein, wurde in den 90er Jahren aber zu einem bestimmenden Faktor für die Zukunft der Städte und Gemeinden. Während einige Regionen wuchsen, sind viele andere mit einem spürbaren Bevölkerungsrückgang konfrontiert. Die Kommunen erstellen den Großteil der Leistungen der Daseinsvorsorge, welche die Bürger/innen vor Ort nutzen. Die Gemeinden müssen das Leistungsangebot an die sich veränderten Bedürfnisse der Bürger anpassen und dabei die Finanzierbarkeit der Daseinsvorsorge sicherstellen. Es verwundert nicht, dass die Verbandspolitik immer stärker eine Fokussierung auf die Kommunalfinanzen erfuhr.

Der Kommunale Finanzausgleich, die Steuerung von staatlichen Hilfsprogrammen in die Fläche, die notwendige Entschuldung der Gemeinden oder Schutzschirme sind hier die Stichworte. Beginnend in den 1990er Jahren haben einige hessische Kommunen ihre Aufwendungen nicht mehr durch entsprechend hohe Erträge decken können. Der Rückgang der Steuereinnahmen durch geringes Wirtschaftswachstum und hohe Steigerungsraten bei den Sozialausgaben führten und führen zu großen Verwerfungen in der kommunalen Familie.

Mit Urteil vom 21. Mai 2013 hat der Hessische Staatsgerichtshof auf die Grundrechtsklage der Stadt Alsfeld wesentliche Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes für mit der Verfassung des Landes Hessen unvereinbar erklärt. Die vom Hessischen Städte- und Gemeindebund erstrittene Entscheidung führte dazu, dass eine „finanzielle Mindestausstattung“ so bemessen sein muss, dass die Kommunen ihre Pflichtaufgaben und ein Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben erfüllen können. Das „Alsfelder Urteil“ stellt sicher eine Zäsur für die Ausgestaltung der Kommunalfinanzen dar.

*

Mit der sogenannten Ölkrise von 1974/75, und den damit verbundenen wachsenden ökologischen Konflikten wurde ein starker Veränderungsprozess in der Gesellschaft ausgelöst, der besonders an der Basis, in den Kommunen spürbar wurde. Dass sich Veränderungen nur mit den Menschen vor Ort vollziehen lassen, führte zum Leitbild der kommunalen Bürgerbeteiligung. Die Demokratie vor Ort ist durch plebiszitäre Elemente wie zum Beispiel Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Direktwahlen ergänzt worden.

Spätestens mit dem Einzug »alternativer Listen« in die Kommunalgremien wurde die kommunale Politik bunter, ging es doch verstärkt darum, Wege zu finden, eine wachsende Zahl von lokal Engagierten unterschiedlicher Couleur in die Politik vor Ort zu integrieren. Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und ein neues Steuerungsmodell für die Kommunalverwaltung lauteten die Eckpunkte dieser neuen kommunalen Reformbewegung.

Dies hat auch Auswirkungen auf einen Kommunalen Spitzenverband. Das politische Spektrum, das in der Verbandsarbeit eine Rolle spielt, wurde breiter. In der ehrenamtlichen Verbandsführung und in der Geschäftsführung wurde der wachsenden politischen Vielfalt Rechnung getragen. So wurde im Geschäftsführenden Präsidium eine Rotation eingeführt und auch die Geschäftsführung des HSGB erweitert. Ein Verband, der alle wichtigen demokratischen Strömungen integriert, kann größere Stärke, Geschlossenheit und letztlich politische Durchsetzungskraft zum Wohle seiner Mitglieder vorweisen.

*

Die kommunale Selbstverwaltung hat in den letzten Jahren große Entwicklungsschritte gemacht. Viele Stadt- und Gemeindeverwaltungen haben Einrichtungen wie zentrale und dezentrale Bürgerbüros eingerichtet, die mit modernem Management arbeiten und eine enorme Aufgabenvielfalt effizient bewältigen. Stichworte sind hier Digitalisierung und eine flexible

Verfügbarkeit von Verwaltungsleistungen. Gerade die Bewältigung der Pandemie seit 2020 hat den Gemeinden neue Wege gewiesen. Es fällt schwer, von der Corona-Krise als Chance zu sprechen. Dennoch sind die Begleiterscheinungen – Minimierung der persönlichen und sozialen Kontakte, Abstandsgebot, Hygieneerfordernisse – ein Weckruf für die Akzeptanz und Notwendigkeit der digitalen Verwaltung und verleihen ihr einen kräftigen Schub. So sind Videokonferenzen Teil der kommunalen Alltagskultur geworden. In der internen Verbandsarbeit wird der HSGB dies satzungsmäßig berücksichtigen und integrieren.

Bei allen Angeboten im Sinne der gemeindlichen Dienstleistung ist jedoch zu beachten, dass eine bleibende Aufgabe der Kommunen auch die Wahrnehmung hoheitlicher staatlicher Aufgaben und Kompetenzen bleibt.

In den geschilderten Veränderungsprozessen haben die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit dem HSGB auch weiterhin einen starken Partner an ihrer Seite.

Chronik

Gemeindetag, gegründet am 17. Mai 1946 in Neu-Isenburg

Präsidenten des Hessischen Gemeindetages / ab September 1972 Hessischer Städte- und Gemeindebund:

	Präsident	Erster Vizepräsident	Vizepräsident
1946 – 1963	Anton Dey		
1963 – 1966	Fritz Schubert		
1966 – 1976	Hans Mandel		Hans Hölzer
1976 – 1981	Erwin Henkel	Karl Waldschmidt	Karl L. E. Hasenzahl
		Hans Kunz	Karl L. E. Hasenzahl
1981 – 1983	Hans Kunz	Erwin Henkel	Fritz Walter
		Alfred Funk	Fritz Walter
1983 – 1985	Alfred Funk	Hans Kunz	Fritz Walter
1985 – 1987	Georg Stolle	Alfred Funk	Erich Mohr
1987 – 1989	Alfred Funk	Georg Stolle	Erich Mohr
1989 – 1991	Georg Stolle	Alfred Funk	Erich Mohr
1991 – 1993	Alfred Schubert	Georg Stoll	Erich Mohr
		Georg Stolle	Werner Old
1993 – 1995	Bernd Sonnhof	Alfred Schubert	Werner Old
1995 – 1997	Alfred Schubert	Bernd Sonnhof	Werner Old
1997 – 1999	Bernd Sonnhof	Alfred Schubert	Werner Old
1999 – 2001	Bernhard Brehl	Bernd Sonnhof	Werner Old
2001 – 2004	Lucia Puttrich	Bernhard Brehl	Werner Old
2004 – 2006	Bernhard Brehl	Lucia Puttrich	Werner Old
2006 – 2009	Lucia Puttrich	Karl-Heinz Schäfer	Harald Semler
2009 – 2011	Karl-Heinz Schäfer	Lucia Puttrich	Harald Semler
2011 – 2013	Paul Weimann	Karl-Heinz Schäfer	Harald Semler
2013 – 2014	Dr. Thomas Stöhr	Karl-Heinz Schäfer	Harald Semler
2014 – 2016	Karl-Heinz Schäfer	Harald Semler	Dr. Thomas Stöhr
2016 – 2019	Harald Semler	Dr. Thomas Stöhr	Karl-Heinz Schäfer
2019 – 2021	Dr. Thomas Stöhr	Matthias Baaß	Klaus Temmen
		Matthias Baaß	Markus Röder

Die Geschäftsführer:

	Geschäftsführer	Stv. Geschäftsführer
1946 – 1976	Hans Muntzke	
1978 – 1983	Hans Grünewald	Josef Gewinner
1983 – 1999	Erwin Henkel	Josef Gewinner, dann Diedrich Backhaus
1999 – 2020	Karl-Christian Schelzke	Diedrich Backhaus
		Johannes Heger
		Johannes Heger und Harald Semler

Seit 2020: Harald Semler, Johannes Heger, Dr. David Rauber

VORBEMERKUNG:

Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle umfasst den Zeitraum von November 2018 bis April 2021. Wir haben die Tätigkeiten der Geschäftsstelle nach Sektoren geordnet dargestellt, d. h. in große Sach- und Rechtsgebiete aufgliedert:

I. SCHWERPUNKTE DER VERBANDSARBEIT – SACHBERICHT

1. Gemeindefinanzrecht, Finanzwesen und Steuern	11
• Entwicklung der Kommunalfinanzen	11
• Grundsatzfragen und Entwicklung des Finanzausgleichs einschl. Umlagen	11
• Weiterentwicklung kommunaler Finanzausgleich	12
• Praktische Unterstützung zum KFA	12
• Gesetzgebung Starke Heimat Hessen	13
• Corona und kommunale Finanzausstattung	14
• Weitere Zuweisung aus dem Landeshaushalt	15
• Vereinfachung von Förderverfahren	16
• Hessischer Investitionsfonds	16
• Konnexität	16
• Überörtliche Prüfung der Gemeinden und Gemeindeverbände	16
• Grundsatzfragen kommunaler Steuern und der Besteuerung der Kommunen	16
• Kleine Gemeindesteuern	17
• Grundsteuer-Neuregelung ab 2025	18
• Haushaltsrecht	18
• Corona-Haushaltsrecht	19
• Weitere haushaltsrechtliche Fragestellungen	19
• Forstwesen	20
• Fehlbelegungsabgabe	20
2. Kommunales Abgabenrecht	20
• Straßenbeiträge	20
• Erschließungsbeiträge	21
• Abwassergebühren	22
• Wassergebühren	22
• Hausanschlusskosten	23
• Abwasser- und Wasserbeiträge	23
• Kur- und Tourismusbeiträge	23
3. Kommunalrecht / Kommunalwahlrecht	23
• Kommunalrecht	23
• Hessische Landesverfassung	25
• Kommunalwahlrecht	25
• Schulrecht	27
• Informationsfreiheitsgesetz	27
• Schiedsamtsgesetz	27
4. Beamten- und Arbeitsrecht	28
5. Sozialrecht und Gesundheitswesen	30
6. Raumordnung, Landes- und Regionalplanung	33
• Landesentwicklungsplan	33
• Teilregionalpläne Energie	33
• Pilotprojekt „Gemeindeübergreifender Flächennutzungsplan zur Steuerung der Windenergie im Odenwaldkreis“	34
• Gewerbeflächenkonzept Mittelhessen	34

• Allianz für Wohnen in Hessen	35
• Landesinitiative Baukultur in Hessen	35
7. Bauplanungsrecht	35
• Bauplanungsrecht	35
• Baulandmobilisierungsgesetz	35
• Entwurf für ein Gesetz über die Bereitstellung offener Geobasisdaten, die Kosten der Gutachterausschüsse für Immobilienwerte und zur Änderung weiterer Vorschriften auf dem Gebiet der Immobilienwertermittlung und des Vermessungswesens	36
• Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE)	38
• Normenkontrollverfahren	38
• Güterichterverfahren	38
• Ansprüche auf Erschließung	38
• Prüfung städtebaulicher Verträge	38
• Novellierung Muster-Hauptsatzung	38
8. Bauordnungsrecht	38
• HBO-Novelle 2018	38
• Stellplatzsatzung	39
• Fahrradabstellplatz-Verordnung	39
• Gestaltungssatzung, Werbeanlagen	39
• Löschwasserversorgung	39
9. Denkmalschutzrecht	40
• Denkmalverzeichnis	40
10. Umweltrecht und Klimaschutz	40
• Allgemeiner Umweltschutz	40
• Immissionsschutzrecht	43
• Wasserrecht	43
• Naturschutz und Landschaftspflege	48
• Hessen nachhaltig – Task Force „Ziele und Indikatoren“	48
11. Energierecht	49
• Übertragungs- und Verteilnetze	49
• Windenergie	49
• Energiewirtschaftsgesetz / Konzessionsabgabe	49
• Allgemeines	50
12. Abfallrecht und Bodenschutz	50
• Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des Abfallrechts	50
• Rechtsberatung und Prozessvertretung	52
• Überarbeitung der Muster-Abfallsatzung	52
• Bodenschutz	52
13. Jagdrecht	53
• Pflicht zur Tätigkeit eines Gemeindevorstandes als Notjagdvorstand in einer Angliederungsgenossenschaft	53
• Jagdrechtliches Vorverfahren nach § 36 HJagdG	53
• Ausfälle von Jagdgenossenschaftsversammlungen und Vorstandswahlen aufgrund der Ausbreitung von Covid-19 (Corona-Virus) sowie Abschlüsse von Pachtverträgen ohne Beschlussfassung durch die Jagdgenossenschaften und Auszahlungen des Reinertrages	55
14. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	55
• Gefahrenabwehrrecht und Corona	55
• Gesetz über den unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten	56

• Zweckentfremdungsgesetz	56
• Einschränkungen von Silvesterfeuerwerken aufgrund der Feinstaubbelastung	57
• Tierseuchenbekämpfung – Afrikanische Schweinepest	58
• Evaluation der Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden (HundeVO)	58
• Gefahrenabwehrverordnung aufgrund Wassernotstands	59
15. Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht	60
• Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität	60
• Rechtsberatung	60
16. Brand- und Katastrophenschutz	61
• Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, Rechtsverordnungen, Erlassen etc.	61
• Rechtsprechung	63
• Katastrophenschutz in Hessen	63
17. Gaststätten- und Gewerberecht	64
• Gaststättenrecht	64
• Glücksspielrecht	65
• Gewerberecht	67
18. Friedhofsrecht	68
19. Wege- und Verkehrsrecht	68
• Hessisches Straßengesetz	68
• Nahmobilitätsstrategie für Hessen	69
• Verkehrsrecht	70
• Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz und Maut	70
• Eisenbahnrecht	70
• ÖPNV Hessen	71
• Luftverkehr	71
• Enquetekommission Mobilität der Zukunft in Hessen 2030	71
• Verkehrssicherheit	71
20. Post- und Telekommunikationsrecht	71
• Breitband	71
• Mobilfunkstrategie	72
• „Digitale Dorflinde“	72
21. Sport und Freizeit	72
• Zusammenarbeit mit dem Landessportbund Hessen e.V.	72
• Mikroplastik	72
• Sport-Atlas	73
22. Vergaberecht	74
• Gesetzentwürfe zur Änderung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes	74
• Änderung der HOAI zum 01.01.2021	76
23. Zivilrecht	77
• Allgemeines Zivilrecht	77
• Haftungsrecht	78
• Pachtrecht	79
• Nachbarrecht	79
• Mietrecht	79
• Urheberrecht	80
• Versicherungsrecht	80

• <i>Insolvenzrecht</i>	81
• <i>Sonstiges</i>	81
24. Interkommunale Zusammenarbeit	81
25. Tourismus	83
26. Informations- und Kommunikationstechnologie	84
27. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	86
28. Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements	87
29. Partnerschaftsarbeit und internationale Kontakte	87
30. Lehrgänge im Freiherr vom Stein-Institut	88
 II. MITGLIEDER DES HESSISCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES, ORGANE, FACHAUSSCHÜSSE UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN	
1. Mitglieder	89
• <i>Ordentliche Mitglieder</i>	89
• <i>Außerordentliche Mitglieder</i>	92
2. Organe	94
• <i>Hauptausschuss</i>	94
• <i>Präsidium</i>	95
• <i>Sitzungstermine im Berichtszeitraum</i>	95
3. Fachausschüsse	95
• <i>Ausschuss für Finanzen</i>	95
• <i>Ausschuss für Recht, Verfassung und Personal</i>	96
• <i>Ausschuss für Raumordnung, Strukturförderung, Bau- und Wohnungsfragen</i>	96
• <i>Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport</i>	96
• <i>Ausschuss für Touristik</i>	96
• <i>Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten</i>	97
4. Kreisversammlungen	97
5. Arbeitsgemeinschaften der Stadtverordnetenvorsteher/innen und Vorsitzenden der Gemeindevertretungen der Mitgliedsstädte und -gemeinden beim Hessischen Städte- und Gemeindebund	98
• <i>Landesvorstand der Stadtverordnetenvorsteher/innen und Vorsitzenden der Gemeindevertretungen der Mitgliedsstädte und -gemeinden beim Hessischen Städte- und Gemeindebund</i>	
• <i>Landesversammlungen</i>	
• <i>Regionalversammlungen</i>	
 III. GESCHÄFTSSTELLE DES HESSISCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES	99
 IV. FREIHERR-VOM-STEIN-BERATUNGS GMBH	99

I. SCHWERPUNKTE DER VERBANDS-ARBEIT – SACHBERICHT

1. Gemeindefinanzwirtschaftsrecht, Finanzwesen und Steuern

• Entwicklung der Kommunalfinanzen

Das Jahr 2019 war aus heutiger Sicht das Jahr, in dem die kommunalen Steuereinnahmen in Hessen einen vorläufigen Höhepunkt erreichten. Die Finanzierungssalden der Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen waren ab 2015 positiv, aber schon 2019 wieder deutlich rückläufig. Schon im (weitgehenden) letzten „Vor-Corona-Quartal“, dem ersten Quartal 2020, gingen die Gewerbesteuererinnahmen der Städte und Gemeinden in Hessen vielerorts zurück. Eine wirtschaftliche Eintrübung hatte sich hier bereits unabhängig von der Corona-Pandemie bemerkbar gemacht. Durch die frühzeitigen Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Land konnte 2020 noch einmal ein positiver Finanzierungssaldo erreicht werden (siehe Abbildung 1).

Diese Finanzierungssalden besagen für sich genommen nichts über die Fähigkeit der Gemeinden zum Haushaltsausgleich. So ist die – aufgrund bundesgesetzlicher Vorgabe – herkömmlich kameral und zahlungsbasiert aufgestellte Finanzstatistik ungeeignet, Daten für den Ausgleich der Ergebnishaushalte nach kommunalem Haushaltsrecht zu liefern. Auch für die Finanzhaushalte ist der Finanzierungssaldo nicht unmittelbar aussagekräftig, weil in den Ausgleich von Finanzhaushalt und Finanzrechnung auch die Auszahlungen zur ordentlichen Tilgung von Krediten einbezogen werden. Die Kommunen müssen also erhebliche positive Finanzierungssalden erzielen, um ihre Finanzhaushalte im Rechtssinne ausgleichen zu können.

Mit Einsetzen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gingen die eigenen Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden sehr schnell sehr stark zurück. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer kam es zeitweise zu Rekordeinbußen, bei der Gewerbesteuer wurden die Größenordnungen der historischen Einbrüche im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 nur relativ knapp verfehlt.

Die insgesamt drei Steuerschätzungen im Krisenjahr 2020 zeigen in unterschiedlicher Ausprägung nur eine langsame Erholung der Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird

erst 2024 das 2019 schon einmal erreichte Niveau überschritten.

Die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte entwickelte sich derweil unbeeindruckt von der bereits „ohne Corona“ stotternden Einnahmeentwicklung. Die allgemeine Entwicklung der Löhne und Gehälter, eine wachsende Nachfrage nach kommunalen Leistungen und auch die Vorgabe höherer Standards führen zu im Trend stetig wachsenden Ausgaben über alle Aufgabenbereiche hinweg. Die gesetzlichen Rechtsansprüche und Sicherstellungsaufträge, die eine Stadt oder Gemeinde zu erfüllen hat, müssen unabhängig von der Kassenlage erfüllt werden. Eine Anpassung der Ausgaben an sinkende Einnahmen ist den Gemeinden weitestgehend verwehrt.

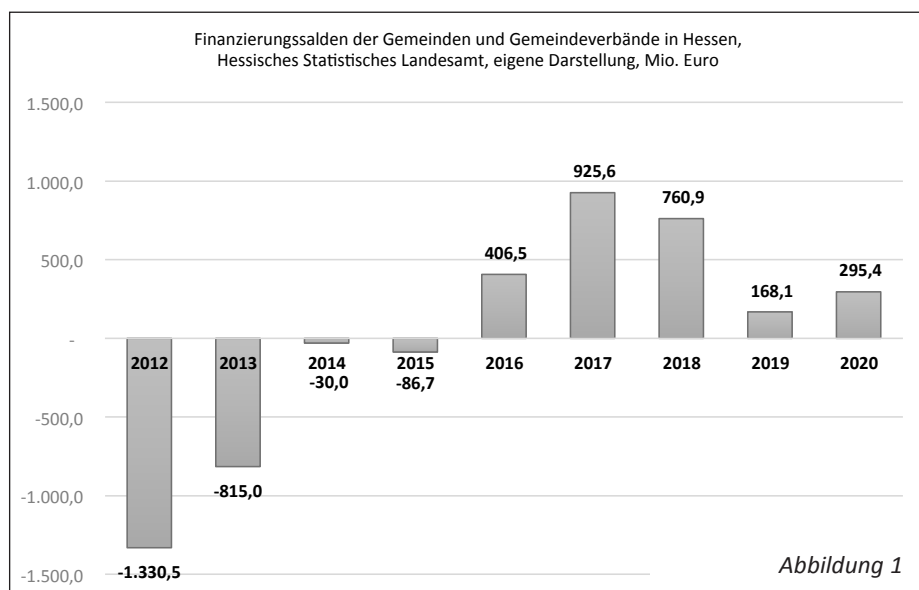
Eine markante Entwicklung weisen die Ausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder auf. Hier stieg das Ausgabeniveau in den zurückliegenden Jahren überproportional an. Diese Entwicklung speiste sich aus unterschiedlichen Quellen, insbesondere dem 2013 neu hinzugekommenen Rechtsanspruch auf U3-Betreuung, höheren Personalstandards nach Mindestverordnung (2009/2010) und HKJGB-Änderungen (2013 und 2020) sowie einer wachsenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen und zusätzlichen Betreuungszeiten.

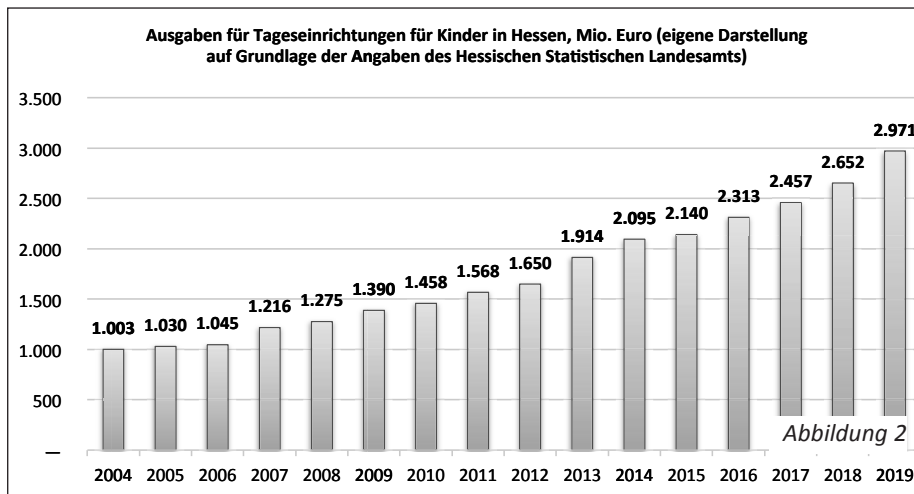
In nur 15 Jahren erhöhten sich die Ausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder in Hessen um 196% (siehe Abbildung 2 auf Seite 12)

Eine Ausnahme bilden mit Blick auf die Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen lediglich die Finanzausgleichsverpflichtungen (z.B. Umlagen), die an das lokale Steueraufkommen anknüpfen und demgemäß in Zeiten zurückgehender Steuereinnahmen sinken können, soweit denn die Umlagesätze unverändert bleiben.

• Grundsatzfragen und Entwicklung des Finanzausgleichs einschl. Umlagen

Während das Jahr 2019 von der Gesetzgebung für das zwischen Kommunalen Spitzenverbänden und Land





Hessen stark umstrittene Programm Starke Heimat Hessen geprägt war, stand 2020 auch in finanzieller Hinsicht ganz im Zeichen der Corona-Pandemie.

• **Weiterentwicklung Kommunaler Finanzausgleich**

Die 2019 von Präsidium und Hauptausschuss formulierten Eckpunkte für die anstehende grundlegende Überprüfung und ggfls. Überarbeitung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) verfolgte die Geschäftsstelle gegenüber dem Land und den Schwesterverbänden weiter; wegen der dringlich gewordenen kurzfristigen Maßnahmen zur Dämpfung der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie wurde der Austausch zwischen Land und Spitzenverbänden in diesem Punkt aber zunächst zurückgestellt.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund spricht sich gemäß der von Präsidium und Hauptausschuss beschlossenen Stellungnahme vom März 2019 dafür aus, dass

- 1) das bestehende Finanzausgleichssystem einem Stresstest unterzogen wird, mit dem die Auswirkungen einer wirtschaftlichen Krise auf die Systematik der Zuweisungen und Abschöpfungen dargestellt wird. Diese Forderung hat sich aufgrund der mit der Corona-Pandemie eingetretenen Entwicklung allerdings erledigt;
- 2) die für die Bemessung der Finanzausgleichsleistungen bedeutende Hochrechnung der bei der Bedarfsermittlung errechneten Defizite vergangener Jahre auf das Ausgleichsjahr überprüft wird, da die bereinigten Ausgaben der Kommunen in Hessen in den vorangegangenen Jahren stark anstiegen,
- 3) die Bemessung von Finanzkraftzuschlag und Stabilitätsansatz (§§ 8 und 9 HFAG) überprüft wird,
- 4) der Gesetzgeber endlich seinen Überprüfungspflichten im Zusammenhang mit der kleinen Gruppe der kreisfreien Städte nachkommen muss, für den Metropolzuschlag für Frankfurt am Main hat das sogar der Staatsgerichtshof bereits ausgeurteilt,

5) die Regelungen zur Behandlung der freiwilligen Tätigkeit der Gemeinden tendenziell einseitig die kreisfreien Städte bevorteilen und angepasst werden müssen, auch mit Blick auf die Berechnung der Teilschlüsselmassen,

6) der Kreisumlage per Gesetz klarere inhaltliche, zeitliche und verfahrensmäßige Grenzen gezogen werden müssen,

7) Anpassungen der gesetzlich festgeschriebenen Nivellierungshebesätze zwingend mit der Verpflichtung der Landkreise zur korrespondierenden Senkung der Umlagehebesätze zu verbinden sind,

8) das Anknüpfen des HFAG an die zentralörtliche bzw. strukturräumliche Zuordnung laut Landesentwicklungsplan problematisch sein kann, zumal in die Vorbereitung entsprechender Vorgaben zuletzt keine kommunalen Vertreter eingebunden waren und eine Stellungnahme seitens der Kommunalen Spitzenverbände erst spät im Verfahren möglich war,

9) eine Lösung der Berücksichtigung der Stellung der Sonderstatus-Städte im Finanzausgleich erforderlich ist, wobei ein allgemein formulierter Ermäßigungsatz schwer festzulegen sein dürfte, weshalb ernsthaft eine eigene Umlageregelung analog der Schulumlage für die Bereiche Jugendhilfe und ÖPNV erwogen werden sollte und

10) die von Landesseite betonte kommunale Verantwortung für Wohnbauland auch mit einer Landesverantwortung für die finanziellen Folgen untrennbar verbunden ist.

Eine überarbeitete Fassung des HFAG soll nach übereinstimmendem Willen von Landes- und kommunaler Seite zum 1.1.2025 in Kraft treten.

• **Praktische Unterstützung zum KFA**

Die Geschäftsstelle konnte den Städten und Gemeinden für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen weiter verbesserte Arbeitshilfen und frühzeitige Trendberechnungen zur Verfügung stellen. Wegen der starken Wechselwirkungen eigener Steuereinnahmen einerseits und Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen andererseits erstellte die Geschäftsstelle Rechen- und Arbeitshilfen, die als Excel-Tabellenwerke für die Mitglieder zur Verfügung stehen.

Mit Trendberechnungen zum Grundbetrag des Folgejahres sowie seit 2019 zu dessen Entwicklung auch im weiteren Finanzplanungszeitraum ermöglicht der hessische Städte- und Gemeindebund seinen Mitgliedern ei-

ne belastbare Vorschau auf den Finanzplanungszeitraum. Die Geschäftsstelle übermittelte den Mitgliedern im Jahr 2020 auch erstmals gemeindebezogene Angaben zu Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen, die auf Basis der Angaben des Hessischen Statistischen Landesamts zu den eigenen kommunalen Steuereinnahmen ermittelt werden. Dabei ergeben sich allerdings unvermeidlich Ungenauigkeiten im Einzelfall, etwa wegen der Aufteilung von Steuereinnahmen in interkommunalen Gewerbegebieten. Sicherer ist daher, mit den Angaben der Geschäftsstelle zum Grundbetrag und den Arbeitshilfen des Verbandes vor Ort selbst zu rechnen.

Die Erkenntnisse zur Entwicklung der Kreisumlagegrundlagen stellte die Geschäftsstelle auch frühzeitig genug zur Verfügung, um den Mitgliedern eine Berücksichtigung ihrer lokalen Stellungnahmen zu den Entwürfen der Kreishaushalte zu ermöglichen. Dasselbe galt auch für die 2020 eingeführte dauerhafte höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Landkreise für Unterkunft und Heizung im SGB II-Bereich.

Die Geschäftsstelle hatte verschiedene detailliertere Anfragen zur Rechtmäßigkeit der Festlegung von Kreis- und Schulumlagehebesätzen zu bearbeiten und führte im Berichtszeitraum ein Musterverfahren betreffend die Kreisumlage des Landkreises Hersfeld-Rotenburg des Jahres 2018. Wegen der langen Verfahrensdauer in der Verwaltungsgerichtsbarkeit stand die erstinstanzliche Entscheidung auch im Frühjahr 2021 noch aus.

• **Gesetzgebung Starke Heimat Hessen**

Zum 31.12.2019 liefen die bundesgesetzlichen Regelungen über die erhöhte Gewerbesteuerumlage der Gemeinden in den westlichen Bundesländern aus. Der Gesamtvervielfältiger der Gewerbesteuerumlage nach § 6 GFRG verminderte sich damit von 64 auf 35 Punkte. Schon im Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode des Hessischen Landtags hatten CDU und Bündnis 90/Die Grünen angedeutet, dass für die Verwendung der freiwerdenden Mittel durch die Gemeinden Vorgaben gemacht werden könnten. Frühzeitig formulierte Gesprächswünsche zur Verwendung der freiwerdenden Mittel hatten die damaligen Präsidenten der Kommunalen Spitzenverbände bereits im Herbst 2017 an den Hessischen Ministerpräsidenten herangetragen, der diese an den Staatssekretär im HMdF delegierte.

Ende Mai 2019 veröffentlichte das HMdF öffentlichkeitswirksam Eckpunkte des Programms Starke Heimat Hessen. Eine vorhergehende Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände war unterblieben. Die bis Ende 2019 um 29 Punkte erhöhte Gewerbesteuerumlage sollte im Umfang von $\frac{1}{4}$ fortgeführt werden. Die so aufgebrauchten Mittel sollten zu einem Drittel die Schlüsselzuweisungen stärken und zu zwei Dritteln in zweckgebundene Finanzzuweisungen an Kommunen fließen, u.a. zur Erhöhung der Betriebskostenzuweisungen für Kindertagesstätten.

Nach Bekanntwerden der Eckpunkte für das Programm Starke Heimat Hessen beschloss das Präsidium einstimmig, dass der Verband das Programm ablehnen und da-

hingehend Stellung nehmen werde, dass die nach Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage freiwerdenden Mittel uneingeschränkt den Kommunen zur Verfügung stehen müssten. Eine direkte Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände erfolgte auch nach öffentlicher Vorstellung des Programms nicht, stattdessen stellte das HMdF seine Sicht des Programms in Regionalkonferenzen dar.

Der Entwurf des Gesetzes über das Programm Starke Heimat Hessen wurde als Fraktionsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen eingebracht (LT-Drucks. 20/784); damit gab es wiederum lediglich einen Anhörungsgang durch den Haushaltsausschuss des Hessischen Landtags. Eine Vielzahl von Mitgliedsstädten und -gemeinden des Hessischen Städte- und Gemeindebundes unterstützte die Stellungnahme des Verbandes sowohl durch Resolutionen und schriftliche Stellungnahmen als auch durch Auftritt in der mündlichen Anhörung. Dort gab es allerdings vereinzelt auch zustimmende Stimmen aus Mitgliedsgemeinden zum Gesetzgebungsvorhaben. Insgesamt wurde die vom Präsidium im Juni 2019 beschlossene Ablehnung aber im Ausschuss für Finanzen ebenso einstimmig bestätigt wie in den weiteren Beratungen von Präsidium und Hauptausschuss. In der schriftlichen Stellungnahme argumentierte unser Verband zweigleisig mit politisch-ökonomischen Gesichtspunkten einerseits und verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten andererseits gegen das Programm Starke Heimat Hessen und seine Finanzierung durch die sogenannte Heimatumlage. Insbesondere machte der Verband geltend, dass die Unterstützung von Gewerbeansiedlungen kommunalpolitisch immer anspruchsvoller umzusetzen sei. Daher müsse es in Gestalt eines weniger durch Umlagen belasteten Gewerbesteueraufkommens sichergestellt werden, dass die Ausweisung und Beibehaltung von Gewerbeflächen sich weiter lohnt. Auf der verfassungsrechtlichen Schiene formulierte der Hessische Städte- und Gemeindebund fundierte Einwände gegen die Gesetzgebungsbefugnis des Landes Hessen für eine Gewerbesteuerumlage sowie materiell-rechtliche Einwände.

Angesichts der offensiven Öffentlichkeitsarbeit des HMdF für das Vorhaben gab es aus der Mitgliedschaft immer wieder Bitten, die von dort genannten Daten zu den Auswirkungen auf die einzelnen Städte und Gemeinden zu hinterfragen. Die Geschäftsstelle konnte hier in einigen Punkten Schwächen in der Darstellung aufzeigen (etwa bei der Nichtberücksichtigung des Umstands, dass höhere Schlüsselzuweisungen voll in die Umlagegrundlagen einbezogen sind).

Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens stellten die Regierungsfractionen einen Änderungsantrag, der auch Änderungen des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes beinhaltete. Wegen der Entwicklung der Steuerhebesätze bei den Realsteuern sah die Landesregierung die Gefahr, dass der Stabilitätsansatz nach § 9 HFAG schon im Jahr 2020 unter den Annahmen der Vor-Corona-Haushaltsplanung stark geschmälert und die Mindestausstattung den weitaus stärksten Teil der Finanzausgleichsmasse ausmachen würde. Daher sah die Gesetzesänderung eine Regelung vor, mit der die Realsteuereinnahmen nicht länger zu den Nivellierungshebesätzen, son-

dern zu den Ist-Einnahmen angesetzt werden sollten. Auch diese Änderung lehnte der Hessische Städte- und Gemeindebund zum einen als unsystematisch, aber inhaltlich vor allem als einseitige Krisenvorsorge zu Gunsten des Landeshaushalts und im Krisenfall nachteilig für die Gemeinden ab.

Eine von Seiten der Landesregierung und des Hessischen Städtetags im Herbst 2019 geschlossene Vereinbarung über aktuelle Fragen der Kommunalfinzen lehnte das Präsidium in seiner Sondersitzung vom 30.9.2019 einstimmig ab. Sie sah zwar höhere Fördermittel für Kita-Investitionen vor, die der Landtag im Rahmen des Landeshaushalts allerdings auch ohne die Vereinbarung bewilligte. Knackpunkt waren Ausführungen zur Starken Heimat, aber auch die Verteilung der Schlüsselzuweisungen 2020 auf die kommunalen Gruppen. Hier hätten die kreisfreien Städte 2020 überproportionale Zuwächse erfahren, die diese dann über den Städtetag zu Gunsten von Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden „kreditierten“, so dass die höheren Zuweisungen 2020 dann den beiden Gruppen 2021 abgezogen werden sollten. Der Hessische Städte- und Gemeindebund verwies hier auf die Notwendigkeit einer sauberen gesetzlichen Regelung, da Kommunale Spitzenverbände nicht über individuelle Finanzausstattungsansprüche der Mitglieder disponieren könnten. Zudem sei die weitere finanzielle Entwicklung mit Unsicherheiten behaftet, weshalb ungewiss sei, ob eine „Rückzahlung“ 2021 möglich sei. Beide Argumente wurden durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie bestätigt; im Zuge einer konsensualen Übereinkunft wurde im Herbst 2020 eine gesetzliche Regelung angestoßen, die die sachwidrigen Folgen des 2020 von Städtetag und Landesregierung einseitig gegangenen Weges glättet. Die Notwendigkeit einer weniger schwankungs- und strategiefälligen Behandlung der kreisfreien Städte im KFA bleibt aber im Zuge einer grundlegenden Evaluation bestehen. Leider verschließt sich der Hessische Städtetag hier einer Regelung, die ungerechtfertigte Privilegien insbesondere von Frankfurt am Main zu beseitigen geeignet wäre.

Das Programm Starke Heimat Hessen lief mit Beginn des Jahres 2020 an. Der Verband empfahl, dass die Mitglieder der trotz der Vorgaben zur Zweckbindung die aus kommunalem Steueraufkommen finanzierten Förderungen auch voll in Anspruch nehmen sollten.

Mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie bestätigten sich auch Warnungen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes vor einer Finanzierung dauerhafter Aufgaben allein gekoppelt an die stark schwankungsanfällige Gewerbesteuer. Aufgrund eines Fehlers in der Regionalisierung der Steuerschätzungen hatte der Gesetzgeber zudem das Aufkommen aus der Heimatumlage systematisch über-

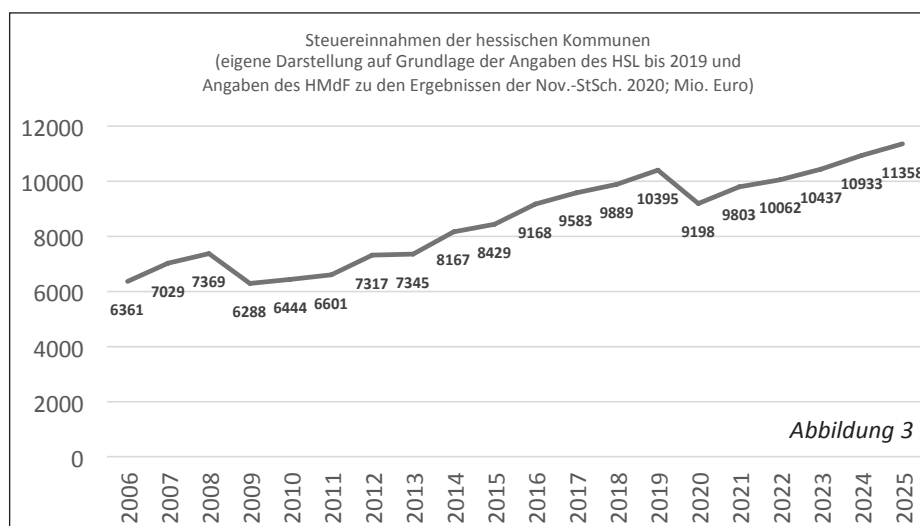
schätzt. Dieser Fehler fiel erst nach Inkrafttreten des Gesetzes über das Programm Starke Heimat Hessen auf.

Die angekündigte verfassungsgerichtliche Überprüfung des Gesetzes über das Programm Starke Heimat Hessen setzte der Hessische Städte- und Gemeindebund mit einer am 9.12.2020 erhobenen kommunalen Grundrechtsklage zum Staatsgerichtshof des Landes Hessen um, die für eine Gemeinde und drei Mitgliedsstädte stellvertretend ausgearbeitet wurde. Im Erfolgsfall würden etwaige gesetzliche Änderungen für und gegen alle Städte und Gemeinden wirken.

• **Corona und kommunale Finanzausstattung**

Die ab Mitte März 2020 ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie belasteten auch die kommunalen Haushalte stark. So wurden kurzfristig höhere Aufwendungen etwa für IT-Ausstattung im Zusammenhang mit Einführung oder Ausweitung von Homeoffice, höheren Reinigungsaufwand, Sicherheitsmaßnahmen, Schutzausstattungen und Desinfektionsmittel erforderlich. Andererseits hatten Bund und Länder schon durch Verfügung vom 19.3.2020 zur Sicherung der Liquidität der Unternehmen weitreichende Steuerstundungs- bzw. Möglichkeiten zur Herabsetzung von Vorauszahlungen verfügt, die die Städte und Gemeinden für die von ihnen verwaltete Gewerbesteuer in der Regel entsprechend anwendeten. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verzeichnete im 2. Quartal 2020 einen historisch tiefen Einbruch von -17,8%, der maßgeblich durch die stark verbreitete Kurzarbeit verursacht gewesen sein dürfte. In den Folgequartalen erholten sich Gewerbesteuer und Einkommensteueranteil zunächst wieder. Allerdings setzte der Bund eine Reihe von steuerrechtlichen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur um, die sich in den kommenden Jahren in dauerhaft niedrigeren Steuereinnahmen niederschlagen dürften, so jedenfalls die Annahmen des Arbeitskreises Steuerschätzung (siehe Abbildung 3).

Bund und Land ergriffen noch während der einsetzenden Krise auch erste Maßnahmen zur Stützung der Kommunalfinzen.



Der Bund beteiligte sich an Pauschalzahlungen zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle 2020 und legte sich gesetzlich auf eine deutlich höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II fest. Letzteres ist eine dauerhafte Verbesserung der Kommunalfinanzen, die unmittelbar Landkreisen und kreisfreien Städten zu Gute kommt. Sie ist aber im Rahmen der Festlegung der Kreisumlagesätze zu berücksichtigen und auch bei der Festlegung der Anteile der Teilschlüsselmassen der kommunalen Gruppen im KFA berücksichtigt worden. Daneben stockte der Bund eine Reihe von Investitionsprogrammen auf, deren Volumen bundesweit jedoch zu relativ geringen Mittelkontingenten für Hessen führte. So entfielen von den im Konjunkturpaket des Bundes bundesweit ausgelobten Investitionsmitteln für Kitas in 2020/2021 77 Mio. Euro auf Hessen.

Das Land Hessen setzte im Frühsommer 2020 zunächst kleinere Stützungsmaßnahmen wie eine vorgezogene Überweisung der Schlüsselzuweisungen und eine hälftige Ratenpause bei der Hessenkasse um. Zudem wurde durch Änderung des Schutzschirm-Gesetzes fingiert, dass die verbliebenen Schutzschirm-Kommunen ihre vertraglichen Verpflichtungen zum 31.12.2019 erfüllt hatten. Nach kurzfristigen, intensiven und konstruktiven Erörterungen des HMdF mit den Kommunalen Spitzenverbänden konnte im Sommer 2020 ein Verteilungsschlüssel für die Pauschalzahlungen von Bund und Land zum Ausgleich erwarteter Gewerbesteuerausfälle im Jahr 2020 formuliert werden. Ein entsprechendes Landesgesetz wurde im September 2020 verabschiedet und sorgte auch für eine sinnvolle Berücksichtigung dieser Zahlungen bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen der Ausgleichsjahre 2021 und 2022 (§ 70a HFAG). Auf diese Weise trugen die Pauschalzahlungen dazu bei, auch die Einnahmehasis gewerbesteuer schwächerer Gemeinden zu sichern.

Im Zuge der Übereinkunft zur Verwendung der Kommunalmittel nach dem Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz des Landes konnten die Kommunalen Spitzenverbände insbesondere einen Aufwuchs der Finanzausgleichsmasse trotz stark sinkender Steuereinnahmen des Landes sicherstellen. Zudem konnten in diesem Rahmen weitere kleinere Maßnahmenbereiche abgesichert werden, etwa eine Pauschalbeteiligung des Landes an Kita-Beitragsausfällen für Zeiträume von Betretungsverboten bzw. Kontakteinschränkungen im Kita-Betrieb nach den Corona-Verordnungen sowie Zahlungen für kurzfristig umsetzbare Hygienemaßnahmen an Schulen und Kitas. Auch die praktisch höchst problematische Kreditierungsaktion, wie vom Land Hessen und dem Hessischen Städtetag 2020 vereinbart, „glattegezogen“ werden. Die entsprechenden gesetzlichen Änderungen im HFAG fanden Anfang Februar 2021 den Weg ins Gesetz- und Verordnungsblatt und enthielten insbesondere eine betragsmäßige Festschreibung der aufwachsenden Mittelvolumina des KFA.

- **Weitere Zuweisung aus dem Landeshaushalt**

Die kommunalen Spitzenverbände werden intensiv zu den Festsetzungen der Haushaltsansätze des Kommu-

nen Finanzausgleichs im Landeshaushalt angehört. Daneben können Sie im Zuge der Anhörung durch den Haushaltsausschuss des Hessischen Landtags aber auch zu allen anderen Positionen des Landeshaushalts Stellung beziehen.

Die Bereiche Kita, Brandschutz und die Betriebs- und Investitionskosten für Schwimmbäder belasten die kommunalen Haushalte stark. Das Land verweist hier regelmäßig darauf, dass es sich um kommunale Aufgaben handelt. Das ist richtig, entbindet das Land aber gerade nicht von seiner Verantwortung für die Kommunalfinanzen.

Als hoch stellt sich der Investitionsbedarf für Kitas dar. Aufgrund des im Kern seit 2007/2008 unveränderten Förderverfahrens beantragen kommunale und nicht-kommunale Kita-Träger Investitionszuweisungen nicht direkt beim Land, sondern über die Jugendämter, im kreisangehörigen Bereich in den Gemeinden mit weniger als 50.000 Ew. also die Landkreise. Diese sind ihrerseits im Verhältnis zum Land Zuweisungsempfänger. Der Bund hatte für die Jahre bis 2020 ein Kita-Investitionsprogramm ausgelobt, das eine Umverteilung im jeweiligen Land nicht ausgeschöpfter Fördermittel auf andere Länder vorsah. Bis Mitte 2019 schien sich eine eher schleppende Inanspruchnahme der Fördermittel abzuzeichnen. Zur Vermeidung von Mittelabflüssen aus Hessen setzte die Landesregierung die Fördersumme je Vorhaben höher an. Zugleich wurden aber bei den Jugendämtern noch deutlich mehr Förderanträge gestellt mit der Folge, dass die Fördermittel sich ab September 2019 als überzeichnet darstellten. Das Land setzte daher im Landeshaushalt 2020 ein aufstockendes Landesförderprogramm an und erklärte sich bereit, dieses mit mindestens 50 Mio. Euro jährlich bis 2024 fortzuführen. In den Anhörungen zum Landeshaushalt 2020 und 2021 pochte der Hessische Städte- und Gemeindebund wegen des fortdauernd hohen Investitionsbedarfs auf eine dauerhafte Fortführung des Programms und höhere Fördersätze, da selbst unter günstigsten Umständen die Landes- bzw. Bundesförderung max. 50% der Investitionskosten deckt. Nach Auffassung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes würde eine dauerhaft verlässliche Förderung helfen, eine Art Torschlusspanik zu vermeiden, die sich gelegentlich in Antragstellungen für Vorhaben ausdrückt, die nicht annähernd umsetzungsreif sind.

In unseren Mitgliedsstädten und -gemeinden wird die erhebliche Diskrepanz zwischen der Landesförderung nach Maßgabe der Brandschutzförderrichtlinien und den in diesem Bereich tatsächlich entstehenden hohen Investitionssummen kritisiert. Wachsende technische Anforderungen, wie sie beispielsweise der technische Prüfdienst stellt, machen in den nächsten Jahren vielerorts auch recht kurzfristig erhebliche Investitionen nötig. Häufig betrifft das kostspielige Projekte wie komplette Neubauten von Gerätehäusern. Selbstverständlich könnten entsprechende Standardvorgaben auch gesenkt werden; Bemühungen in diese Richtung bisher jedoch ohne Erfolg. Sollte es dabei bleiben, wird eine zeitnahe Aufstockung der Fördermittel unabweisbar notwendig.

Weiter sprach sich der Hessische Städte- und Gemeindebund für eine Landesregelung zur Mitfinanzierung von Betriebskosten für Schwimmbäder aus. Das Land

Schleswig-Holstein führte im Rahmen seines KFA-Regelwerks mit Wirkung ab dem Jahr 2021 eine entsprechende Zuweisung an Schwimmbadträger ein, deren Einrichtung für Schulschwimmen genutzt wird.

Die Maßnahmen nach der Wasserrahmenrichtlinie könnten bis 2027 einen erheblichen Investitionsbedarf auslösen. Auch hierauf wies der Hessische Städte- und Gemeindebund hin. Das Land hat bereits seit Längerem eine beachtliche Förderung für Gewässerstrukturmaßnahmen. Im Zusammenhang mit Aufrüstungen der Abwasseranlagen besteht ebenfalls ein Förderangebot, von dem unklar ist, ob es ausreichend dotiert ist. Auch die Höhe der Abwassergebühren wird in diesem Zusammenhang zu betrachten sein, etwa mit Blick darauf, ob in extremen Fällen Zuweisungen zur Deckelung besonders hoher Gebührenbelastungen in Betracht kommen.

Einen besonderen Erfolg konnte die Geschäftsstelle in der Prozessvertretung vor dem BVerwG erreichen. Gegenstand war erneut die Rückforderung von Fördermitteln durch „HessenMobil“. Das BVerwG erinnerte hier an seine Rechtsprechung, wonach auch bei kommunalen Zuwendungsempfängern eine Rückforderung im Ermessen steht, das auch nachvollziehbar ausgeübt sein muss (Urt. v. 24.2.2021 BVerwG 8 C 25.19, wird in der HSGZ veröffentlicht).

• Vereinfachung von Förderverfahren

Die Regierungschefinnen und -chefs in Bund und Ländern haben Ende 2019 beschlossen, dass es Vereinfachungen von Förderverfahren geben soll, u.a. im Vergaberecht. Die hochrangige Verortung dieser Beschlüsse spricht im Grundsatz dafür, dass dieser Ansatz erfolgreicher sein könnte als die Vielzahl früherer Vereinfachungsversuche. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat dabei eine Reihe von Vereinfachungsvorschlägen an das HMdF übermittelt, die von dort auch befürwortet und in den Austausch von Bund und Ländern weitergegeben wurden. Ein Schwerpunkt der hiesigen Vorschläge lag im Vergaberecht.

• Hessischer Investitionsfonds

Das Land Hessen hat die Kommunalen Spitzenverbände frühzeitig in eine Überarbeitung des Hessischen Investitionsfondsgesetzes eingebunden. Zudem informierte die Geschäftsstelle über die aktuellen Angebote und Konditionen sowie die haushaltsrechtlichen Besonderheiten der Investitionsfondsdarlehen.

• Konnexität

Leider hat das Land Hessen die bereits 2017 formulierte Forderung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes nach einem praktikablen Klagerecht bezüglich Verletzungen der Konnexitätsvorschrift nach Art. 137 Abs. 6 HV noch nicht aufgegriffen.

Die in Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes des Bundes in eine Änderung des HKJGB umgesetzte Standarderhö-

hung und die dazu getroffene Konnexitätsausgleichsregelung zeigte erneut die Schwächen der bestehenden Regelungen, die sich jeweils mit pauschalen landesweiten Durchschnittsbetrachtungen zufriedengeben müssen. Vor diesem Hintergrund hatte die Geschäftsstelle einen erhöhten Beratungsbedarf zu verzeichnen, welche höheren Standards denn im Einzelnen wie einzuhalten sind und wo ggfls. Umsetzungsspielräume bestehen.

Mangels einer gerichtlichen Klärungsmöglichkeit fehlt eine neutrale Instanz, die bei unterschiedlichen Rechtsauffassungen von Landes- und kommunaler Seite eine Klärung herbeiführen kann. Funktional richtig wäre allein eine Klärung durch den Staatsgerichtshof. Eine solche Entscheidungsmöglichkeit könnte durch Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof herbeigeführt werden.

• Überörtliche Prüfung der Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Geschäftsstelle pflegte den intensiven fachlichen und persönlichen Austausch mit dem Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs – Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften, wobei in der Öffentlichkeit durchaus auch unterschiedliche Standpunkte und Sichtweisen beider Seiten dargestellt wurden.

Aus Anlass einer Fachprüfung zur Interkommunalen Zusammenarbeit, die in der Darstellung der Überörtlichen Prüfung im Kommunalbericht 2019 sehr einseitig „fusionslastig“ ausgefallen waren, befasste der Hessische Städte- und Gemeindebund sich auch in einer Stellungnahme mit dem Für und Wider von Gemeindefusionen. Der Verband betonte die Notwendigkeit strikter Freiwilligkeit einschließlich einer Freiheit von finanziellem Zwang und trug diese Einschätzung auch in deutlichen Worten in die Mitgliedschaft (Adrian/Maier/Rauber: Gemeindefusionen – nur wirklich freiwillig: Sonst gibt es Risiken, HSGZ 2020 S. 238 ff.). Damit befassten sich die Verbandsorgane erstmals seit Langem in einer Beschlussfassung mit einer verbandspolitischen Stellungnahme zum Für und Wider von Fusionen.

Die Geschäftsstelle nahm auch die Anhörungen durch den Unterausschuss Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung des Hessischen Landtags zu den jeweiligen Kommunalberichten wahr.

• Grundsatzfragen kommunaler Steuern und der Besteuerung der Kommunen

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Geschäftsstelle im Bereich Steuern stand neben der Information, Beratung und Prozessvertretung der Mitglieder die Verbandsarbeit im Zusammenhang mit der grundlegenden Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (§ 2b UStG).

Die Geschäftsstelle informierte hier über die schrittweise erfolgenden Festlegungen der Obersten Finanzbehörden von Bund und Ländern zu Einzelfragen der Anwendung der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der

öffentlichen Hand. Im Zuge der Gesetzgebung zu Corona-Steuerhilfen wurde die diesbezügliche Optionsfrist bis Ende 2022 verlängert.

Die umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Konzessionsabgaben war Gegenstand eines Schreibens des BMF vom 5.8.2020, das aber nur allgemein auf die Frage einging, ob die Erhebung der Konzessionsabgabe ggfls. unter eine Steuerbefreiungsvorschrift fallen könnte. Auf Nachfrage unserer Geschäftsstelle beim HMdF führte dieses unter Verwendung zweier von der Geschäftsstelle überlassener typischer Konzessionsverträge eine Verständigung von Bund und Ländern dahin herbei, dass die dort exemplarisch überlassenen Regelungen unter die Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 12 UStG fallen.

Erhebliche Rechtsunsicherheit besteht auch bezüglich der umsatzsteuerrechtlichen Behandlung der Verbandsumlagen von Zweck-, Gemeindeverwaltungs- und Wasser- und Bodenverbänden. Hintergrund war hier ein BMF-Schreiben vom 14.11.2019, das auch bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 2b Abs. 3 UStG eine gesonderte Prüfung verlangt, ob die Nichtbesteuerung zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führt. Diesbezüglich wandte sich die Geschäftsstelle im Februar 2021 nach intensiver fachlicher Diskussion und Vorbereitung mit neuen Lösungsansätzen an das HMdF, das sich dazu Gesprächsbereit zeigte. In unserer Stellungnahme griffen wir sowohl aktuell ergangene Rechtsprechung des EuGH wie auch allgemeine umsatzsteuerrechtliche Grundsätze wie die zur Behandlung von Mitgliederbeiträgen und echten Zuschüssen auf. Dem liegen zwei Grundgedanken zu Grunde, nämlich erstens, dass die Übertragung öffentlicher Aufgaben kein Leistungsaustausch sein kann (auch nach Unionsrecht nicht) und zweitens, dass überall dort, wo auch private Dritte nicht umsatzsteuerpflichtig sind (bei Mitglieder- und Gesellschafterbeiträgen, echten Zuschüssen), keine Wettbewerbsverzerrung vorliegen kann.

Auch in den vergangenen Jahren war hier eine Vielzahl von Fällen auf die Frage der Verzinsung von Gewerbesteuernachzahlung oder Gewerbesteuerrückzahlungen auf Grundlage von § 233a der Abgabenordnung (AO) gerichtsanhängig. Das hierzu erfolgt im Vorfeld eine gründliche Beratung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, sodass ein Großteil der gerichtsanhängigen Fälle zugunsten der Gemeinden entschieden werden konnten.

Weitergehende Streitigkeiten zur Gewerbebesteuerung sind bereits deshalb gerichtsanhängig, da die Gemeinde an die Bindungswirkung des vom Finanzamt erlassenen Restbescheides gebunden ist. Wird die Bindungswirkung auch teilweise angegriffen, jedoch ist hier die Rechtsprechung klar gefasst, dass die Gemeinde lediglich eine Anwendung des Hebesatzes auf den erlassenen Messbescheid anwendet.

Gerade zu Zeiten der Corona-Pandemie und den diesbezüglichen Auswirkungen wurde des Häufigeren die Gemeinden gebeten, von der Bindungswirkung des Messbescheides abzusehen und einen Erlass oder eine Reduzierung vorzunehmen. Dies muss aufgrund der klaren Rechtslage von den Gemeinden jedoch abgelehnt wer-

den. Etwaige Reduzierungsanträge zur Gewerbebesteuerung sind an die jeweiligen zuständigen Finanzämter zu richten.

Im Rahmen der Stundung von Gewerbesteuerzahlungen sind die Gemeinden aufgrund der Empfehlung in diversen BMF-Schreiben und durch Beratung der Geschäftsstelle insbesondere in mehreren Eildiensten dazu übergegangen, eine großzügige Regelung für die Steuerpflichtigen zu finden. Dies verschafft den Steuerpflichtigen eine Zahlungspause gegenüber der Gemeinde. Zusätzlich zu der gegenüber dem Finanzamt bestehenden Möglichkeit, die Gewerbebesteuerung herabsetzen zu lassen.

Durch die große Inanspruchnahme zum einen der Möglichkeit der Herabsetzung der Gewerbesteuervorauszahlung gegenüber dem Finanzamt als auch der Inanspruchnahme von längerfristigen Stundungsmöglichkeiten der Zahlung der Gewerbesteuervorausleistungen sind für die Gemeinden erhebliche Ausfälle zu verbuchen gewesen. Von daher hat der Haushaltsausschuss des Hessischen Landtages eine Ausgleichspauschalzahlung für die Gewerbesteuerausfälle beschlossen. Hiernach sollen 1,213 Mio. € auf die hessischen Städte und Gemeinden zum Ausgleich der erwarteten Gewerbesteuerverluste verteilt werden.

• **Kleine Gemeindesteuern**

Hinsichtlich der kleinen Gemeindesteuern ist wahrzunehmen, dass hier bspw. die Pferdesteuer, trotz Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht, seitens der Gemeinden kaum angewendet wird. Der Bereich der Spielapparatesteuer ist einer der kleinen Gemeindesteuern, die neben der Hundesteuer weitgehend flächendeckend erhoben wird. Neben dem regelmäßigen Vorbringen der Steuerpflichtigen zur Problematik der Doppelbesteuerung aufgrund der Ähnlichkeit der Spielapparatesteuer zur Umsatzsteuer und der Einschränkung der Berufsfreiheit kamen gegen Ende des Tätigkeitszeitraumes vermehrt Klagen hinsichtlich der Höhe der Spielapparatesteuer betreffend der erdrosselnden Wirkung auf. Die Klagen wegen Doppelbesteuerung oder Einschränkung der Berufsfreiheit wurden allesamt i. S. d. Gemeinden durch die Gerichte entschieden. Hinsichtlich der Höhe der Gewerbebesteuerung und die erdrosselnde Wirkung sind derzeit noch einige Verfahren anhängig. Auch im Rahmen der Corona-Krise kam hinsichtlich der Spielapparatesteuer vermehrt der Wunsch der Aufsteller auf, dass die Spielapparatesteuer ausgesetzt werden solle. Der Verband hat hier im Vorfeld unsere Mitglieder ausführlich beraten und auch im Eildienst darauf hingewiesen, dass hier eine Einzelfallprüfung vorgenommen werden muss. Nur in begründeten Einzelfällen können Stundungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden. Grundsätzlich wird der Spieleinsatz des Spielers besteuert, sodass im Rahmen der Schließungen bedingt durch die Corona-Krise gerade keine Spieleinsätze erspielt wurden. Zu zahlende Spielapparatesteuerumsätze bezogen sich von daher auf die Einnahmen zu den Zeiten, in denen das Spielen trotz Corona-Verordnung weiterhin erlaubt war.

Die Zweitwohnungssteuer wird in unserer Mitgliedschaft von rund 20% der Städte und Gemeinden erho-

ben, oft schon seit langen Jahren und vielerorts mit beachtlichem Aufkommen (insbesondere in klassischen Ferienregionen wie rund um den Edersee und die Mittelgebirge). Mit Kammerbeschluss vom 18.7.2019 (veröffentlicht in HSGZ 2020 S. 22-29), der leider erst Anfang November 2019 und damit Monate später veröffentlicht wurde, verwarf das Bundesverfassungsgericht den bis dahin gebräuchlichen und auch in unserem Satzungsmuster angewendeten Steuermaßstab der hochgerechneten Jahresrohmiete als verfassungswidrig. Die Geschäftsstelle konnte den betroffenen Mitgliedern sehr kurzfristig ein geändertes Satzungsmuster, ausführliche Handlungsempfehlungen (zusammenfassend dargestellt in HSGZ 2020, S. 14 f.) und ein gut besuchtes Tagesseminar zur Erläuterung der neuen Regelungsvorschläge zur Verfügung stellen. Als Bemessungsgrundlage fungiert jetzt der anhand des Mietwert-Kalkulators ermittelte Mietwert. Größere praktische Probleme in der Handhabung haben sich dabei nicht gezeigt. Auch bisherige verwaltungsgerichtliche Entscheidungen zur Zweitwohnungssteuer gingen zu Gunsten der Städte und Gemeinden aus.

Hinsichtlich der weiteren kleinen Gemeindesteuern wie Vergnügungssteuer oder Vergnügungssteuer besonderer Art ist auffallend, dass hierzu kaum gerichtliche Verfahren anhängig sind und der Beratungsbedarf sich meist für die hinsichtlich der Einführung im Vorfeld und zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten erstreckt.

• **Grundsteuer-Neuregelung ab 2025**

Im April 2018 verwarf das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die bis dahin geltenden Regelungen über die Einheitsbewertung des Grundbesitzes als verfassungswidrig, räumte dem Gesetzgeber aber eine Frist für eine Neuregelung bis zum Ablauf des 31.12.2019 ein und eröffnete für den Fall, dass eine Neuregelung binnen dieser ersten Frist erfolgt, eine weitere Frist für die Übergangsweise weitere Anwendung der bisherigen Bewertungen bis zum Ablauf des 31.12.2024. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hatte hierzu die Auffassung vertreten, dass es bei der Grundstücksbewertung durch die Finanzämter bleiben müsse und die Grundstückswerte für die Grundsteuer nicht völlig wertunabhängig festgelegt werden sollten.

Im November 2019 erließ der Bund ein neues Grundsteuerrecht. Zugleich wurde das Grundgesetz dahin geändert, dass den Ländern eine Möglichkeit zu abweichender Gesetzgebung für die Grundsteuer eröffnet wird.

Die hessische Landesregierung teilte – ohne vorherige Konsultation der kommunalen Seite – mit, dass Hessen diese Abweichungsmöglichkeit zu Gunsten eines Flächen-Faktor-Modells nutzen wolle. Für land- und forstwirtschaftliche Betriebe würde es bei den bundesrechtlichen Regelungen für die Grundsteuer A bleiben.

Anknüpfungspunkt des hessischen Grundsteuer-Modells ist der Gedanke, dass die Grundsteuer Entgelt dafür ist, dass die Gemeinde Leistungen zur Verfügung stellt. Die Grundsteuermessbeträge sollen weiterhin

vom Finanzamt festgestellt werden. Sie sollen sich aus Äquivalenzzahlen ableiten, die sich aus Fläche des Grundstücks und etwaiger Gebäude, festen Äquivalenzzahlen je m² und einen Faktor errechnen, der das Verhältnis des Bodenrichtwerts des jeweiligen Grundstücks innerhalb des Gemeindegebiets berücksichtigt. Nach den Verhältnissen des Monopoly-Spielbretts: Badstraße oder Schlossallee – das macht im hessischen Grundsteuermodell einen Unterschied, der allerdings gedämpft wird, da das grundsätzliche Leistungsangebot der Gemeinde für die Bevölkerung und damit der Anknüpfungspunkt für die Rechtfertigung der Grundsteuer im hessischen Modell im Wesentlichen gleich ist.

Hierzu gab es einen ersten fachlichen Austausch im Juni 2020. Die Verbandsorgane nahmen im Herbst 2020 dahin Stellung, dass eine eingehende verfassungsrechtliche Prüfung des Modells geboten sei, das der Verband nicht grundsätzlich ablehne, welches aber eben eine rechtssichere Erhebung der Grundsteuer ab 1.1.2025 sicherstellen müsse. Insbesondere bat der Verband um Prüfung, ob ein Faktor auch für die Wertverhältnisse innerhalb des Landes Hessen insgesamt und nicht nur innerhalb der einzelnen Gemeinde umsetzbar wäre. Einmütig waren die Verbandsorgane der Auffassung, dass eine grundlegende Modelldiskussion bei der Grundsteuer verfehlt wäre.

• **Haushaltsrecht**

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften vom 7.5.2020 (GVBl. S. 318) hat der Gesetzgeber auch zwei zentrale Forderungen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes für haushaltsrechtliche Erleichterungen angepackt. So wurde nach langjährigem Drängen das bis dahin in § 97 Abs. 2 HGO a.F. vorgesehene Erfordernis der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung gestrichen. Diese Vorgabe stellte eine in der Praxis immer wieder bedeutsame Fehlerquelle für den Erlass der Haushaltssatzung dar. Zudem führten die zeitlichen Vorgaben gerade beim Erlass von Nachtragssatzungen zu vermeidbarem Zeitdruck. § 112b HGO bringt für Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine weitestgehende Befreiung von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Einschränkungen der Verpflichtung für Gemeinden mit bis zu 50.000 Ew. Die drei Kommunalen Spitzenverbände hatten sich diesbezüglich für eine Komplettbefreiung aller Gemeinden bis 50.000 Ew. eingesetzt. Der Gesetzgeber wollte diesen weitergehenden Vorschlag aber nicht eins zu eins übernehmen. Gleichwohl hat die HGO-Novelle 2020 mit den Neuregelungen für das Verfahren zum Erlass der Haushaltssatzung und der weitergehenden Befreiung von der Pflicht zum Gesamtabschluss tatsächlich einmal Standardabbau betrieben. Vermisstenmeldungen wegen ausbleibender Gesamtabschlüsse sind in der kommunalen Praxis nicht bekannt geworden.

Eine seit längerem erforderliche und angekündigte Änderung der GemHVO unterblieb zunächst. Das HMdIS

legte im Dezember 2020 einen Entwurf einer Änderungsverordnung vor, die eine Reihe notwendiger Anpassungen an geänderte Regelungen der HGO und des Steuer- und Handelsrechts vorsah, aber auch in einigen Punkten nicht erforderliche zusätzliche Standards wie die Einbeziehung des Finanzplanungszeitraums in den

rauf hin, dass in den zurückliegenden Jahren der Haushaltsausgleich durch umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen herbeigeführt wurde und Vergleichbares jetzt nicht wiederholbar sei. Das verdeutlicht beispielhaft die Entwicklung der Realsteuerhebesätze im Vergleich von 2009 zu 2019 (Tabelle 1):

	Grundbeträge, Tsd. Euro		Hebesatz, %		Aufkommen, Tsd. Euro		Differenz Ist- unv. Hebesatz Tsd. Euro
	2009	2019	2009	2019	Ist	bei unverändertem Hebesatz	
Grundsteuer A	6.318	6.033	276	407	24.565	16.651	7.914
Grundsteuer B	218.073	244.946	329	490	1.201.392	805.872	395.520
Gewerbesteuer	820.406	1.317.125	386	414	5.450.050	5.084.103	365.948
Zusammen	1.044.797	1.568.104			6.676.007	5.906.626	769.381

Tabelle 1. (Eigene Berechnung auf Grundlage der Realsteuervergleiche 2009 und 2019 des Hessischen Statistischen Landesamts)

Haushaltsplan, gegen deren Vorgabe der Hessische Städte- und Gemeindebund Stellung bezog.

Die auf Grundlage des Gesetzes zur Erhebung von Straßenbeiträgen vom 28.5.2018 (GVBl. S. 247) mögliche Verzicht auf die Erhebung von Straßenbeiträgen führte zu einer Reihe von Anfragen zu den haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Entscheidung. Die Geschäftsstelle pflegte den fachlichen Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft der Rechnungsprüfungsämter, die seit Langem verbändeübergreifend besteht.

Im Bereich des Haushaltsrechts kommt den Stellungnahmen unserer Geschäftsstelle insofern besonderes Gewicht zu, als haushaltsrechtliche Fragestellungen allenfalls sehr selten, wenn überhaupt, Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzung werden. Daher nehmen die hiesigen Stellungnahmen gelegentlich eine Art „urteilsvertretende“ Wirkung ein, etwa in Fällen unterschiedlicher rechtlicher Beurteilung von Sachverhalten durch die Gemeinde einerseits und ihr Rechnungsprüfungsamt andererseits.

• **Corona-Haushaltsrecht**

Macht die im Frühjahr 2020 rasch einsetzende Negativentwicklung der Kommunalfinanzen Nachtragssatzungen nötig? Müssen Haushaltspläne überarbeitet werden? Reicht die Liquiditätskreditermächtigung, wenn Steuervorauszahlungen herabgesetzt bzw. Steuern zurückgezahlt werden? – Diese und andere praktisch bedeutsame Fragestellungen griff der „Corona-Erlass“ des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport schon am 30.3.2020 auf. Das Ministerium stimmte sich dafür bemerkenswert intensiv und kurzfristig mit den kommunalen Spitzenverbänden ab. Ergebnis war, dass die Städte und Gemeinden ihre Haushaltssatzungen 2020 in aller Regel rasch genehmigt bekamen. Der Hessische Städte- und Gemeindebund formulierte im Mai und August in zwei ausführlichen Stellungnahmen weitergehende Vorstellungen zu vorübergehenden haushaltsrechtlichen Lockerungen, insb. mit Blick auf den Haushaltsausgleich. Immer wieder wies unser Verband da-

Mit dem Finanzplanungserlass griff das HMdIS wichtige Forderungen in beachtlichem Umfang auf, etwa zum Wahlrecht, Fehlbeträge der Ergebnisrechnung wahlweise auch durch Rückgriff auf die außerordentliche Rücklage auszugleichen und reduzierte Anforderungen an das Haushaltssicherungskonzept zu stellen. Das Land griff hier zutreffend die kommunalen Hinweise auf, dass die hohen Planungsunsicherheiten eine belastbare Mittelfristplanung einschließlich der Formulierung von konkreten Konsolidierungsmaßnahmen schwierig mache und daher haushaltsrechtliche Lockerungen veranlasst seien. Nicht zu eigen machte sich das Land weitergehende Forderungen und verwies auf die heterogene Haushaltslage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen.

Auch die Aufstellung der Jahresabschlüsse 2019 verzögerte sich aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf verwaltungsinterne Abläufe. Auch für den Jahresabschluss 2020 dürften die Auswirkungen „von Corona“ angesichts der starken Kontaktbeschränkungen im Januar/Februar 2021 auch auf den Zeitbedarf für die Aufstellung der Jahresabschlüsse durchschlagen. Hier reagierte das Innenministerium mit einer Sonderregelung (Eildienst Nr. 4 – ED 57 vom 11.3.2021).

• **Weitere haushaltsrechtliche Fragestellungen**

Die Insolvenz der Greensill-Bank betraf auch einige Mitgliedsstädte und -gemeinden des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, die Einlagen bei dem privatwirtschaftlichen Institut hatten. Die Geschäftsstelle informierte zum Sachstand im Eildienst und wies gegenüber Presse, Funk und Fernsehen nachdrücklich darauf hin, dass Einlagen bei privatwirtschaftlichen Instituten auch nach Wegfall der Einlagensicherung im Jahr 2017 nach allgemeiner Auffassung unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind.

Die European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) sollen einheitliche Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor bringen. Hier zeichnete sich

allerdings eine verzögerte Umsetzung ab. Allerdings befindet sich aktuell (April 2021) eine Änderung des Finanz- und Personalstatistik-Gesetzes in Vorbereitung, die erstmals auch die Erhebung doppischer Haushaltsdaten brächte.

- **Forstwesen**

Die extreme Trockenheit in den Jahren 2018, 2019 und 2020 sorgte für erhebliche finanzielle Belastungen bei den Waldbesitzern. Über entsprechende Kalamitätshilfen sowie Vorgaben zur Schädlingsbekämpfung informierte die Geschäftsstelle jeweils.

Die lange angekündigte und im Herbst 2020 tatsächlich gegen das Land Hessen erhobene Kartellschadensersatzklage führte seit Längerem dazu, dass Umstrukturierungen bei der Holzvermarktung der größeren Forstbetriebe erforderlich wurden. Hier war die Geschäftsstelle mit entsprechenden Anfragen befasst. Zudem hat das Land Hessen im Oktober 2020 gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden die Möglichkeit erörtert, dass das beklagte Land den größeren Kommunalwaldbesitzern zivilprozessual den Streit verkündet. Das hätte zur Folge, dass eine etwaige Verurteilung des Landes auch gegen die waldbesitzenden Kommunen wirken würde. Die kommunalen Spitzenverbände sind dem mit Schreiben an Ministerpräsident Bouffier entgegengetreten. Eine gewisse Bedeutung hatten im Rahmen der Tätigkeit der Geschäftsstelle auch Anfragen und ein gerichtliches Verfahren zu Aufforstungsgenehmigungen bzw. Nebenbestimmungen dazu.

- **Fehlbelegungsabgabe**

Bereits bei Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe in Hessen 2015/20216 hatte der Hessische Städte- und Gemeindebund dezidiert dargelegt, dass deren Erhebung in einer Vielzahl von Städten und Gemeinden absehbar unwirtschaftlich sein würde. Dem trug das Land zunächst nur für rund 250 Städte und Gemeinden Rechnung, indem diese per Nichterhebungsverordnung von der Erhebungspflicht befreit wurden. Die von Seiten unseres Verbandes frühzeitig prognostizierte Unwirtschaftlichkeit bestätigte sich leider in einer Reihe von zunächst nicht befreiten Städten und Gemeinden. Die Neufassung der Verordnung vom 29.3.2021 (GVBl. S. 196) führte zur Befreiung weiterer Städte und Gemeinden.

2. Kommunales Abgabenrecht

- **Straßenbeiträge**

Der Beratungsbedarf der Mitgliedskommunen aufgrund des **Gesetzes zur Neuregelung der Erhebung von Straßenbeiträgen** vom 28.05.2018 (GVBl. S. 247), durch welches das Gesetz über kommunale Abgaben in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.03.2013 (GVBl.

S. 134), geändert durch Gesetz vom 20.12.2015 (GVBl. S. 618), insbesondere dahingehend geändert worden ist, dass das Wort „sollen“ durch „können“ ersetzt wurde, blieb im Berichtszeitraum in hohem Maße bestehen. Neben dem Beratungsbedarf hinsichtlich der Umsetzung und Möglichkeit der Abschaffung der **Straßenbeiträge**, auch in zeitlicher Hinsicht, bestand ein erhöhter Beratungsbedarf zur Möglichkeit der Erhöhung der Gemeindeanteile bei einmaligen Straßenbeiträgen. Da auch § 93 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung geändert wurde, indem von der Verpflichtung, Entgelte vorrangig zu erheben, Straßenbeiträge nach den §§ 11 und 11 a) KAG ausgenommen wurden, entfällt die aus haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten vorher unter Umständen gegebene Erforderlichkeit, die gemeindlichen Beitragssätze voll auszuschöpfen. Im Bereich der einmaligen Straßenbeiträge steht es den Gemeinden nach dem Willen des Gesetzgebers nunmehr frei, die Gemeindeanteile nach oben zu setzen, da die Gemeinde die Möglichkeit hat, auf die Erhebung von Straßenbeiträgen ganz zu verzichten. Ungeachtet dessen ist bei der Erhöhung der Gemeindeanteile zu beachten, dass sich die aus der gesetzlichen Regelung des § 11 Abs. 4 KAG ergebende Bewertung des Vorteils der verschiedenen Straßen (Anlieger-, innerörtliche und überörtliche Durchgangsstraßen) auch in den von der Kommune gewählten „neuen“ Prozentsätzen widerspiegelt. Die Festlegung von willkürlichen, annähernd gleichen Anliegeranteilen der verschiedenen Straßenarten des § 11 Abs. 4 KAG dürfte daher unzulässig sein.

Weiterhin wurde verschiedentlich die Möglichkeit einer „Aussetzung“ der Straßenbeitragssatzung an uns herangetragen. Die Geschäftsstelle weist darauf hin, dass es lediglich die Möglichkeit gibt, die Straßenbeitragssatzung aufzuheben oder aber diese in Kraft zu lassen. Eine „Aussetzung“ entbehrt jeder Rechtsgrundlage.

Es hat sich im Rahmen der Beratung durch die Geschäftsstelle zunehmend gezeigt, dass die Regelung in Artikel 1 Nr. 1 b) bb), der die Möglichkeit der Gewährung einer **Ratenzahlung** in § 11 Abs. 12 Gesetz über kommunale Abgaben (KAG) auf 20 Jahre ausdehnt, von den Beitragsschuldnern, meistens bedingt durch entsprechend unzutreffende Informationen seitens Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften oder auch Medien, fehlinterpretiert wird. So wird häufig unzutreffend angenommen, dass ein pauschaler Anspruch der Bürger auf Gewährung von 20 Jahresraten bestünde und dementsprechend wird ein vermeintlicher Anspruch an die Mitgliedsgemeinden herangetragen. Aus der Regelung des § 11 Abs. 12 KAG ergibt sich unserer Auffassung nach weder ein einklagbarer Anspruch auf Gewährung einer Ratenzahlung von 20 Jahren noch eine diesbezügliche Ermessensreduzierung der Kommunen. Die „Soll“-Vorschrift des § 11 Abs. 12 KAG bezieht sich lediglich auf die Frage der Gewährung von Ratenzahlungen überhaupt, nicht jedoch auf die Frage der Anzahl der Jahresraten. Nach dem Wortlaut des § 11 Abs. 12 KAG soll die Beitragsschuld in „bis zu“ 20 aufeinanderfolgenden Jahresraten zu begleichen sein. Dies eröffnet den Kommunen eine Ermessensentscheidung dahingehend, ob die so vom Wortlaut geregelte Höchstanzahl von 20 Jahresraten gewährt oder ob dahinter zurückgeblieben wird. Anderenfalls müsste es im Wortlaut

heißen, dass die Beitragsschuld in 20 aufeinanderfolgenden Jahresraten zu begleichen ist. Der Gesetzgeber hätte sich die Worte „bis zu“ dann erspart. Dem Wortlaut der Regelung ist ebenfalls zu entnehmen, dass die bis zu 20 aufeinanderfolgenden Jahresraten in dem Ratenzahlungsbescheid „bestimmt“ werden. Der Erlass eines Ratenzahlungsbescheides und die entsprechende Bestimmung ist Aufgabe des Beitragsgläubigers, also der Kommune, so dass sich ein entsprechender Ermessensspielraum ergibt. Seitens der Geschäftsstelle bestand hier erheblicher Aufklärungsbedarf und darüber hinaus ist diese Rechtsfrage Gegenstand zahlreicher verwaltungsgerichtlicher Verfahren, in denen die Mitgliedskommunen unsererseits vertreten werden.

Gemäß einer Abfrage des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport erhoben zum 30. August 2020 208 Kommunen einmalige Straßenbeiträge, 46 Kommunen wiederkehrende Straßenbeiträge und 154 Kommunen keine Straßenbeiträge. Die Mehrheit der Kommunen erhebt daher nach wie vor Straßenbeiträge zur Finanzierung, so dass trotz einer Abschaffung der Straßenbeiträge in einzelnen Mitgliedskommunen der rechtliche Beratungsbedarf zur Abrechnung von Straßenbeiträgen weiterhin gegeben ist.

Neben unserer Beratungstätigkeit, unter anderem betreffend der Erschließungs- und Straßenbeiträge, erfolgte eine umfangreiche Vertretung der Mitgliedskommunen vor den Verwaltungsgerichten und dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof. Hierdurch wurde die Rechtsprechung gefestigt.

So bestätigte in einem Verfahren gegen eine von uns vertretene Gemeinde der Hessische Verwaltungsgerichtshof beispielsweise mit Beschluss vom 14.12.2020 (Az. 5 A 900/19.Z, VG Gießen 2K 9842/17.GI) die erstinstanzliche Entscheidung, in welchem die Klage des Bürgers gegen den Vorausleistungsbescheid abgewiesen wurde. In dem Fall unterschieden sich die Verkehrsbedeutung der Fahrbahn und der Gehwege. Die Fahrbahn diente entsprechend ihrer Klassifizierung als Landstraße überwiegend dem überörtlichen Durchgangsverkehr. Für Gehwege galt, dass diese überwiegend genutzt werden, um die anliegenden Grundstücke zu erreichen und diese damit dem Anliegerverkehr dienen. Dem stand nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts, bestätigt durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof, auch nicht entgegen, dass nach dem Vortrag des Klägers die Gehwege teilweise zum Ausweichen vor dem Gegenverkehr genutzt würden, da die Fahrbahnbreite seiner Auffassung nach zu schmal sei. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat die erstinstanzliche Entscheidung bestätigt, wonach – auch wenn keine Hochbordsteine verbaut sind – das Befahren der Gehwege grundsätzlich verboten sei. Aufgrund der Breite von sechs Metern sei eine etwaige Nutzung der Gehwege durch Fahrzeuge tatsächlich auch nur im Falle zweier entgegenkommender breiter landwirtschaftlicher Nutzfahrzeuge denkbar. Diese gelegentliche zweckfremde Nutzung habe aber keinen derart prägenden Charakter, dass sie zu der Einordnung der Gehwege zu einem anderen Straßentyp führe.

Unsere Satzungsmuster der Straßenbeitragssatzung, der Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden

Straßenbeiträgen sowie der Erschließungsbeitragssatzung sind im Berichtszeitraum durch die Verwaltungsgerichte nicht beanstandet worden. Ungeachtet dessen haben wir die Satzungsmuster aktualisiert, soweit sich aus der Praxis ein Änderungsbedarf oder die Möglichkeit ergeben hat, die Handhabung zu vereinfachen.

• **Erschließungsbeiträge**

Gemäß § 27a BVerfGG erhielten die kommunalen Spitzenverbände seitens des **Bundesverfassungsgerichts** Gelegenheit, sich zu einem Aussetzungs- und Vorlagenbeschluss des Bundesverwaltungsgerichts in Bezug auf die Verjährung von **Erschließungsbeiträgen** zu äußern. In dem Verfahren geht es um die Zulässigkeit einer zeitlich hinausgeschobenen Erhebung von Erschließungsbeiträgen, wenn die Widmung der Erschließungsanlage unterbleibt und damit mangels Entstehens der sachlichen Beitragspflicht die Festsetzungsverjährungsfrist nicht beginnen konnte. Das Bundesverwaltungsgericht warf die Frage auf, ob eine zeitlich unbegrenzte Möglichkeit der Erhebung von Erschließungsbeiträgen in diesen Fällen gegen den in Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 3 GG verankerten verfassungsrechtlichen Grundsatz der Rechtssicherheit in seiner Ausprägung als Gebot der Belastungsklarheit und -vorhersehbarkeit verstoße. Die Stellungnahme der Geschäftsstelle floss in die gemeinsame Stellungnahme des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ein. Zunächst wurde klargestellt, dass entgegen den Ausführungen in den Entscheidungsgründen des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts vom 06.09.2018, Az. 9 C 5.17 (dort Rn. 41), in Hessen keine allgemein gültige zeitliche Begrenzung der Heranziehung auf 15 Jahre existiert. Vielmehr regelt § 3 Abs. 2 S. 2 HessKAG lediglich, dass die Rückwirkung einer Abgabensatzung nicht über einen Zeitraum von 15 Jahren hinausgehen darf und daher nicht den vom Bundesverwaltungsgericht aufgeworfenen Sachverhalt betrifft. Wir haben ferner insbesondere darauf hingewiesen, dass es nach hiesiger Auffassung in den kommunalen Abgabensatzungen sowie dem Baugesetzbuch keiner zeitlichen Begrenzung bedarf, da diese bereits durch den jeweiligen Verweis – in Hessen § 4 HessKAG – auf die Vorschrift des § 169 AO gegeben ist. In unserer Stellungnahme haben wir dargestellt, dass das Bundesverwaltungsgericht, wenn es einen Verstoß gegen das Gebot der Belastungsklarheit und -vorhersehbarkeit in Betracht zieht, offensichtlich die Vorteilslage fälschlich mit dem Erreichen eines – nicht näher definierten – Ausbauzustands einer Erschließungsanlage annimmt und nicht erst mit dem Vorliegen aller Voraussetzungen für das Entstehen einer sachlichen Beitragspflicht, zu denen auch rechtliche Voraussetzungen, wie z.B. die Widmung oder das Erfüllen von Erschließungsmerkmalen oder das Vorhandensein einer Abweichungssatzung, gehören. Gerade in Bezug auf die Widmung wurde von uns aufgezeigt, dass, ohne eine solche, überhaupt nicht gewährleistet wäre, dass dem jeweiligen Grundstückseigentümer ein Vorteil im Sinne des Erschlossenseins zuteil würde, da ohne erfolgte Widmung keine öffentliche Straße existiert und die Nutzung bzw. Befahrung jederzeit unterbunden werden könnte. Mangels dauerhaften Vorteils wäre eine Beitragserhebung noch gar nicht gerechtfertigt. Der Verfahrensgang vor dem Bundesverfassungsgericht bleibt abzuwarten.

Für Hessen hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof in den Entscheidungsgründen seines Beschlusses vom 04.02.2016 – 5 A 1104.15.Z – (HSGZ 2017, 225) explizit ausgeführt, dass die jetzige Gesetzeslage in Hessen den Überlegungen des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich des Gebots der Belastungsklarheit und –vorhersehbarkeit genügt, weil der Vorteil, an den die Heranziehung anknüpft, nicht in der Benutzbarkeit der Erschließungsanlage als solcher zu sehen ist, sondern in der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage.

Das von der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellte Muster eines Erschließungsvertrages ist im Berichtszeitraum grundlegend überarbeitet worden. Die Geschäftsstelle hat ein neues Muster eines **Erschließungsvertrags** erarbeitet, da das bislang durch die Kommunale Spitzenvereinigung zur Verfügung gestellte Muster veraltet war. Dieses Vertragsmuster berücksichtigt die derzeit geltenden gesetzlichen Grundlagen und Anforderungen an einen Erschließungsvertrag. Das neue Muster steht im Mitgliederbereich seit Anfang 2020 zur Verfügung.

• **Abwassergebühren**

Die Einführung und Abrechnung der sogenannten **gesplitteten Abwassergebühr** ist, wie bereits in den vorigen Berichtsperioden dargestellt, hessenweit zwar weitestgehend abgeschlossen, dennoch gibt es vereinzelt noch Mitgliedsgemeinden, die mit der Einführung solcher gesplitteter Abwassergebühren beschäftigt sind.

Neben weiterhin zahlreichen Verwaltungsstreitverfahren über die Erhebung von **Abwassergebühren** ist auch der Beratungsbedarf, betreffend die **Absetzung von nicht eingeleiteten Wassermengen**, weiterhin gestiegen. Unabhängig von den in diesem Zusammenhang betroffenen geringen Wassermengen wird in diesen Verfahren meist vehement um die Verminderung der Gebühren, trotz des geringen Wertes des Gegenstandes, gestritten. Die Prozessvertretung im Zusammenhang mit diesen Problemen durch die Geschäftsstelle ist in der Regel mit Aufwand und im Ergebnis weithin erfolgreich geführt worden.

In diesem Zusammenhang wurde in vielen Mitgliedsgemeinden überlegt, die Möglichkeit der Absetzung von Wassermengen, die zur Gartenbewässerung etc. verwandt werden, aus der Entwässerungssatzung herauszunehmen. Begründet wurde dies neben dem erhöhten Verwaltungsaufwand auch mit der Wasserknappheit in den Sommermonaten. In unserem Satzungsmuster Entwässerungssatzung ist vorgesehen, dass nicht der Abwassereinrichtung zugeführte Wassermengen auf Nachweis und Antrag des Gebührenpflichtigen vollständig abzusetzen sind. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts hierzu ist recht eindeutig. Dieses hat bereits im Jahre 1995 die bis dahin übliche Grenze, nach der Wassermengen bis zu 60 cbm bei der Abwassergebühr immer zu berücksichtigen waren und daher nicht abgesetzt werden konnten, als unvereinbar mit dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes gekippt. Denn die Gesetze der Länder, so auch das Hessische Kommunalabgabengesetz (§ 10 Abs. 3 KAG) sehen vor, dass die Ge-

bühr nach Art und Umfang der Inanspruchnahme der Einrichtung zu bemessen ist. Da die Einrichtung allerdings aufgrund der anderweitig verbrauchten Wassermengen gerade nicht in Anspruch genommen wird, können diese Mengen auch nicht mit einer Abwassergebühr belegt werden. Auch eine geringere sogenannte „Bagatellgrenze“, also eine Grenze, bis zu welcher solche Wassermengen dennoch bei der Abwassergebühr berücksichtigt werden, ist wohl nicht mehr möglich. Die Tendenz der Rechtsprechung aller Bundesländer geht dahin, auch geringere (zum Beispiel 10 bis 20 cbm) Mengen nicht mehr als Bagatellgrenze anzuerkennen.

• **Wassergebühren**

Hinsichtlich des Einsatzes von **Funkwasserzählern** erfolgte seitens der Geschäftsstelle eine Abstimmung mit den Mitarbeitern des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat sodann im Mai 2020 die seit langem erwartete, gemeinsam abgestimmte Erklärung über die datenschutzrechtlichen Aspekte bei der Nutzung von Funkwasserzählern online gestellt. Die gemeinsame Erklärung wird getragen von dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (HBDI), dem Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft Hessen/Rheinland Pfalz e.V., dem Verband kommunale Unternehmen e.V. – Landesgruppe Hessen, dem Hessischen Städtetag und dem Hessischen Städte- und Gemeindebund.

Die Geschäftsstelle hat die Mitglieder darüber informiert, dass Funkwasserzähler seitens der Versorger unter **datenschutzrechtlichen Aspekten** eingebaut werden dürfen, wenn die in der vorgenannten Erklärung genauer erläuterten Voraussetzungen eingehalten werden. Entscheidet sich die Gemeinde, die herkömmlichen Wasserzähler gegen die datenintensiveren Funkwasserzähler auszutauschen, muss sie vor dem Einbau die Betroffenen informieren. Die Betroffenen sind die jeweiligen Wasserverbraucher und somit die tatsächlichen Bewohner des versorgten Objekts. Dies ist nicht immer der Grundstückseigentümer, der in unserem Satzungsmuster der Wasserversorgungssatzung als Gebührenpflichtiger normiert ist. Daher ist es notwendig, dass der Grundstückseigentümer die Datenschutzinformationen an die Bewohner seines Grundstücks weitergibt. Aus diesem Grund ist unser Satzungsmuster der Wasserversorgungssatzung überarbeitet und eine entsprechende Informationsweitergabepflicht des Grundstückseigentümers an die jeweiligen Wasserverbraucher eingefügt worden. Über die datenschutzrechtlichen Aspekte bei der Nutzung von (Funk-)Wasserzählern wurde insbesondere mittels der Eildienste informiert. Darüber hinaus wurde im November 2020 unter der Rubrik Satzungen im Mitgliederbereich auf der Homepage des Hessischen Städte- und Gemeindebundes der gemeinsam mit dem LDEW, HStT und VKU erarbeitete Vorschlag für eine Datenschutz-Information bei der Verwendung von Funkwasserzählern veröffentlicht.

Unser Satzungsmuster der Wasserversorgungssatzung sieht keine gesonderte Widerspruchsmöglichkeit des Anschlussnehmers hinsichtlich der Benutzung von Funk-

wasserzählern ebenso wenig wie ein Zustimmungserfordernis zum Verwenden der Funkwasserzähler vor. In Hessen existiert, anders als in anderen Bundesländern, keine landesrechtliche Vorschrift, welche den Einsatz von Funkwasserzählern und insbesondere ein diesbezügliches gesetzliches Widerspruchsrecht regelt. Ungeachtet dessen haben die Betroffenen nach Art. 21 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) ein Widerspruchsrecht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Art. 6 Abs. 1 e) DS-GVO gestützt wird, was der Fall ist. Das Widerspruchsrecht gilt allerdings nicht bedingungslos. Artikel 21 I DS-GVO verlangt Gründe, die sich aus einer besonderen Situation der Betroffenen ergeben müssen, die der Verarbeitung entgegenstehen. Im Hinblick auf die Vielzahl der Widersprüche gegen den Einsatz von Funkwasserzählern bestand hier im Berichtszeitraum ein erheblicher Beratungsbedarf der Mitglieder.

Ein weiterer Schwerpunkt der rechtlichen Beratung im Zusammenhang mit den **Wassergebühren** war die Senkung der Umsatzsteuersätze von 19 auf 16 bzw. 7 auf 5% für die Zeit von 1.7. - 31.12.2020. Diese Senkung führte dazu, dass sich auch der Gesamtpreis der Wasserlieferung änderte. Hierzu hat die Geschäftsstelle eine Vielzahl von Anfragen erreicht, die wir auch mit dem Hessischen Städtetag und in steuerlicher Hinsicht mit der Firma Schüllermann erörtert haben. So wurde über eine zu erteilende Information für die Gebührenpflichtigen informiert, welche seitens der Kommunen bekannt gemacht werden sollte, um Nachfragen der Abgabepflichtigen zu vermeiden.

Darüber hinaus wurde im Rahmen des Eildienstes ein mit der temporären Umsatzsteuersenkung einhergehender Vorschlag für eine Satzungsergänzung, betreffend Wassergebühren, auf Basis der aktuellen Musteratzung des HSGB, an die Mitglieder kommuniziert. Diese Satzungsänderung musste mit Rückwirkung auf den 1.1.2020 erlassen werden. Da die Umsatzsteuersenkung zu Gunsten der Abgabepflichtigen wirkt, war hier eine rückwirkende Änderung der Satzung zulässig.

- **Hausanschlusskosten**

In der Geschäftsstelle war ein Anstieg der Anfragen und Gerichtsverfahren betreffend die **Kostenerstattung von Hausanschlüssen** zu verzeichnen. Die Prozessvertretung im Zusammenhang mit diesen Problemen durch die Geschäftsstelle ist regelmäßig mit großem Aufwand verbunden, wird im Ergebnis jedoch weitgehend erfolgreich geführt.

Neben zahlreichen Einzelfällen beschäftigt die Frage nicht satzungskonformer Anschlüsse die Geschäftsstelle. Dies betrifft vor allem Grundstücke, die nicht gesondert und unmittelbar angeschlossen sind, wie dies § 3 Abs. 1 unseres Satzungsmusters Wasserversorgungssatzung vorsieht und keine rechtliche Sicherung ihrer Anschlüsse über fremde Grundstücke haben. Die Erneuerungsbedürftigkeit solcher Anschlüsse ergibt sich aus dem satzungswidrigen Zustand der Anschlussleitungen, so dass mit der Fertigstellung eines unmittelbaren und gesonderten Anschlusses erstmals satzungskonforme

Verhältnisse geschaffen werden (VGH Kassel, Beschluss vom 23.04.2020 – 5 A 2225/18.Z-).

- **Abwasser- und Wasserbeiträge**

Im Bereich der Abwasser- und Wasserbeiträge sind vermehrt Anfragen zur Festsetzung von Schaffensbeiträgen zu verzeichnen. Trotz der bereits seit Januar 2013 geltenden neuen Fassung des § 11 Abs. 8 HessKAG und unserem im Hinblick auf diese Änderung überarbeiteten Satzungsmuster Wasserversorgungs- und Entwässerungssatzung haben viele Mitglieder ihre Satzungen nicht entsprechend angepasst. Daher besteht ein erhöhter Beratungsbedarf hinsichtlich des Entstehens der sachlichen Beitragspflichten unter der Geltung des Satzungsrechts, welches noch auf die alte Fassung des hessischen Kommunalabgabenrechtes zugeschnitten ist.

- **Kur- und Tourismusbeiträge**

Im Berichtszeitraum waren zudem Anfragen im Bereich der Kur- und Tourismusbeitragserhebung gemäß § 13 KAG zu verzeichnen. Insbesondere wurden seitens der Mitgliedskommunen Hilfestellungen zu Satzungsgestaltungen im Bereich der Kurbeitragssatzungen wie z.B. die Festlegung von Abrechnungsgebieten und Regelung der Mitwirkungspflichten der Beherbergungsbetriebe (§ 13 Abs. 3 KAG) abgefragt. Bezüglich der Tourismusbeiträge kann regelmäßig auf das vom HSGB mitentwickelte Muster einer Tourismusbeitragssatzung verwiesen werden.

3. Kommunalrecht / Kommunalwahlrecht

- **Kommunalrecht**

Das Kommunalrecht hat im Berichtszeitraum eine Reihe von nicht unwesentlichen Gesetzesänderungen erfahren.

Im Rahmen des Zweiten Dienstrechtsänderungsgesetzes vom 21.06.2018 (GVBl. S. 291) erfolgte eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht eine Partei für verfassungswidrig erklären sollte. Ehrenamtliche Beigeordnete werden in diesem Fall zukünftig nicht nur ohne Weiteres ihren Sitz im Gemeindevorstand verlieren, sondern es endet zusätzlich ihr Ehrenbeamtenverhältnis. Sie sind dann kraft Gesetzes entlassen.

Eine wesentliche Änderung hat auch das Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes und anderer Vorschriften vom 30.10.2019 (GVBl. S. 310) gebracht. Danach haben auch vollbetreute Menschen im Gegensatz zur ursprünglichen Rechtslage ein Wahlrecht zu den Kommunalwahlen erhalten. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens dagegen ausgesprochen, da nach seiner Auffassung keine unterschiedliche Behandlung in den verschiedenen Rechtsbereichen erfolgen sollte.

Im Rahmen der Corona-Pandemie hat das Gesetz zur Sicherung der kommunalen Entscheidungsfähigkeit und zur Verschiebung der Bürgermeisterwahlen vom 24. März 2020 für die Städte und Gemeinden erhebliche Bedeutung erlangt. Die von April bis Oktober 2020 ursprünglich vorgesehenen Bürgermeisterwahlen und Bürgerentscheide wurden kraft Gesetzes verschoben.

Darüber hinaus wurde ein Eilentscheidungsrecht anstelle des Kommunalparlaments eingeführt. Dringende Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, können durch einen zahlenmäßig deutlich kleineren Ausschuss entschieden werden (§ 51a HGO). Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat sich grundsätzlich für das Eilentscheidungsrecht eines Ausschusses ausgesprochen, aber angemerkt, dass diese Möglichkeit nicht nur bei dringenden Angelegenheiten, bei denen eine Entscheidung der Gemeindevertretung nicht eingeholt werden kann und Gründe des öffentlichen Wohls keinen Aufschub dulden, bestehen soll, sondern dass eine generelle Übertragung in Pandemie-Zeiten möglich sein muss. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die jetzt bestehende sehr restriktive Möglichkeit, eine Eilentscheidung anstelle der Gemeindevertretung herbeiführen zu können, nicht ausreichend ist. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der langen Dauer der bestehenden Pandemie. So muss es auch möglich sein, dass die Kommunen im Rahmen eines „Notparlamentes“ anderweitig Entscheidungen treffen können. Bereits in diesem Zusammenhang hat der Hessische Städte- und Gemeindebund gefordert, die Möglichkeit von Online-Sitzungen gesetzlich vorzusehen.

Darüber hinaus hat das Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern in der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften vom 07.05.2020 (GVBl. 318) eine Reihe von Gesetzesänderungen gebracht. Schwerpunkt des Gesetzes ist, dass erstmals Kriterien für die Anerkennung einer Stadt als „kreisfreie Stadt“ und „Sonderstatus Stadt“ festgeschrieben wurden. Außerdem wurde klargestellt, dass ein Bürgerentscheid über die Frage, ob vom einmaligen auf den wiederkehrenden Straßenbeitrag gewechselt werden soll oder umgekehrt möglich ist. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt des Gesetzes ist, dass Gemeinden mit mehr als 1000 gemeldeten ausländischen Einwohnern grundsätzlich ein Wahlrecht eingeräumt wird, einen Ausländerbeirat oder eine Integrations-Kommission einzurichten. Die Verpflichtung zur Einrichtung eines Ausländerbeirates entfällt, wenn eine Kommission zur Integration der ausländischen Einwohner gebildet wird. Sofern im Vorfeld einer gemeindlichen Ausländerbeiratswahl keine Wahlvorschläge eingebracht werden, besteht die Verpflichtung, eine Integrations-Kommission einzurichten. Sowohl der Ausländerbeirat als auch die Integrations-Kommission beraten die Organe der Gemeinde in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen. Darüber hinaus sind der Ausländerbeirat und die Integrations-Kommission berechtigt, Anträge an die Gemeindevertretung zu richten. Den Vorsitz der Integrations-Kommission führt der Bürgermeister gemeinsam mit einem von der Personengruppe der sachkundigen Einwohner gewählten Co-Vorsitzenden.

Sofern die Kommune ihren Gemeindevertretern eine Aufwandsentschädigung maßgeblich in Form des Sitzungsgeldes gewährt, kann den Gemeindevertretern auch ohne entsprechende Regelung in der Entschädigungssatzung zur Abgeltung ihrer außerhalb von Sitzungen erforderlichen Abstimmungen eine zusätzliche Entschädigung gewährt werden. Die Entscheidung über die Entschädigung sowie ihre Höhe kann auch der Finanzausschuss oder der besondere Ausschuss nach § 51a Abs. 1 HGO treffen. Diese Regelung des § 27 Abs. 3a HGO ist aktuell befristet bis 31.03.2022.

Neu wurde auch geregelt, dass Gemeindebedienstete künftig nicht mehr berechtigt sind, an den nicht öffentlichen Sitzungen des Wahlvorbereitungsausschusses teilzunehmen. Bei nicht öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung bzw. der Stadtverordnetenversammlung entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenvorsteher über die Beiziehung von Gemeindebediensteten. Er ist von der Zustimmung des Bürgermeisters abhängig.

Eine weitere nicht unwesentliche Änderung ist, dass nunmehr eindeutig geregelt wird, dass schriftliche Anfragen an den Gemeindevorstand auch durch E-Mail erfolgen können. Künftig soll bei der Erstellung der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung den Belangen der Vereinbarkeit von Familie und Mandatsausübung Rechnung getragen werden.

Eine nicht unerhebliche Änderung stellt auch die Regelung dar, wonach der Entwurf der Haushaltssatzung mit seinen Anlagen vor der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung nicht mehr öffentlich auszulegen ist. Der Gesetzgeber hat darüber hinaus eine Befreiungsmöglichkeit für die bisher dem Grunde nach bestehende Verpflichtung zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses geregelt und die Befreiungsvoraussetzungen im Einzelnen normiert. Für die Städte und Gemeinden, die weiterhin einen Gesamtabschluss aufstellen müssen, wurde die diesbezügliche Aufstellungsfrist auf den 31.12.2021 verlängert.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes und anderer Vorschriften aus Anlass der Corona-Pandemie vom 11.12.2020 (GVBl. S. 915) wurde schließlich das Eilentscheidungsrecht des Ausschusses anstelle der Gemeindevertretung gem. § 51a HGO bis zum 30.09.2021 verlängert.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat sich mehrfach an das Hessische Ministerium des Innern und für Sport mit der Bitte gewandt, Regelungen für die Möglichkeit der Durchführung von Videokonferenzen im Gemeindevorstand bzw. Magistrat sowie in der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung vorzusehen. Während der Corona-Pandemie ist mehrfach der Wunsch an die Geschäftsstelle herangetragen worden, hier flexiblere Möglichkeiten in der Hessischen Gemeindeordnung zum Schutze der Mandatsträger, aber auch im Hinblick auf eine Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt vorzusehen. Das Innenministerium hat insgesamt eine ablehnende Haltung eingenommen und hier verschiedene rechtliche Bedenken vorgetragen.

Darüber hinaus hat der Hessische Städte- und Gemeindebund gefordert, die Frist zur Konstituierung der Gemeindeparlamente zu verlängern und eine Konstituierung auch noch im Mai bzw. Juni 2021 zu ermöglichen. Diese Forderung wurde insbesondere vor dem Hintergrund gestellt, möglichst vollzählige konstituierende Sitzungen durchführen zu können, da grundlegenden Wahlen und Benennungen anstehen. Auch soll es den Bürgern ermöglicht werden, an den Sitzungen teilzunehmen. Der hessische Gesetzgeber ist dieser Forderung nicht nachgekommen.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat verschiedene digitale Seminare zu den Änderungen in der Hessischen Gemeindeordnung sowie zum Verfahren und Ablauf der konstituierenden Sitzung durchgeführt, die gut angenommen wurden. Im Rahmen der digitalen Seminare konnten die Teilnehmer im Chat Fragen stellen, die während des Seminars beantwortet wurden. Im Nachgang zu dem Seminar wurden die wesentlichen Fragen als FAQ zusammengestellt und an die Mitgliedsstädte und -gemeinden per Sofortinfo versandt.

Zur Vorbereitung und Durchführung der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung 2021 wurde im Übrigen ein Aufsatz in der Hessischen Städte- und Gemeindezeitung (HSGZ 2020, S. 351) veröffentlicht.

Rechtzeitig für die neu gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger hat der Hessische Städte- und Gemeindebund eine Sonderausgabe der Hessischen Städte- und Gemeindezeitung „Leitfaden Kommunalpolitik“ herausgegeben, in der über die Grundlagen des Kommunalrechtes sowie andere wesentliche Fachgebiete im kommunalen Bereich berichtet wird. Darüber hinaus liegt eine aktuelle Textausgabe des Hessischen Städte- und Gemeindebundes vor, indem die neuen gesetzlichen Regelungen kommentiert wiedergegeben werden. Im Nachgang zur Kommunalwahl erfolgt eine Umfrage bei unseren Mitgliedsstädten und -gemeinden, in der bestimmte Fragestellungen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen erfolgen. Diese sollen als Grundlage für einen Erfahrungsbericht über die Kommunalwahlen dienen und in den Forderungskatalog an das Hessische Ministerium des Innern und für Sport, der im Nachgang zu den Kommunalwahlen aufgestellt werden soll, einfließen.

Rechtzeitig für die neue Legislaturperiode wurden sämtliche Muster-Geschäftsordnungen und Muster-Satzungen überarbeitet und mit Erläuterungen versehen, damit den neugewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern die neuesten Regelwerke an die Hand gegeben werden können.

Die Geschäftsstelle hat darüber hinaus in einigen interessanten Verwaltungsstreitverfahren im Bereich des Kommunalverfassungsrechts die Rechtsvertretung übernommen. So hat der Hessische Städte- und Gemeindebund beispielsweise eine Mitgliedskommune vor dem Verwaltungsgericht Gießen erfolgreich vertreten, in dem es um die Frage der Rechtmäßigkeit einer Abberufung eines Ortsvorstehers ging, der wegen seiner parteipolitischen Mitgliedschaft nicht mehr Ortsvorsteher sein sollte und abberufen wurde.

Darüber hinaus hat die Geschäftsstelle erfolgreich eine Mitgliedsgemeinde im Rahmen eines Bürgerbegehrens gegen ein Bauvorhaben vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof vertreten, in dem Streitgegenstand war, ob bzw. inwieweit gegen einen Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes mit einem Bürgerbegehren vorgegangen werden kann.

Im Bereich des Kommunalrechts erhält die Geschäftsstelle eine Vielzahl von mündlichen und schriftlichen Anfragen ihrer Mitgliedskommunen, die in einem sehr engen zeitlichen Fenster bearbeitet werden müssen, da die Sitzungen zumeist kurzfristig anstehen und hierzu noch Rechtsfragen geklärt werden müssen. Auch eine Vielzahl von Vorsitzenden der Gemeindevertretungen bzw. Stadtverordnetenvorsteherinnen und Stadtverordnetenvorstehern wenden sich unmittelbar wegen Verfahrensfragen, die die Sitzungen betreffen, an die Geschäftsstelle.

• **Hessische Landesverfassung**

Die Fortentwicklung der Hessischen Landesverfassung stand im Berichtszeitpunkt im Brennpunkt des kommunalen Interesses. Die Enquete-Kommission zur Reform der Landesverfassung legte 15 Vorschläge zur Reformierung der Hessischen Verfassung vor, die vom Landtag akzeptiert und zum Gegenstand der Volksabstimmungen am 28.10.2018, zeitgleich mit der Landtagswahl, gemacht wurden. Die Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände, insbesondere zur Überarbeitung des in Art. 137 Abs. 6 Hessische Verfassung (HV) niedergelegten Konnexitätsprinzips, wurden allerdings von dem Verfassungskonvent nicht übernommen. Mit der Abstimmung am 28.10.2018 haben die Wählerinnen und Wähler alle 15 Vorschläge mit deutlicher Mehrheit angenommen. Die Verfassungsänderungen sind am 22.12.2018 in Kraft getreten (GVBl. S. 738 ff.).

• **Kommunalwahlrecht**

Das Hessische Kommunalwahlrecht hat im Berichtszeitraum in zentralen Bereichen Änderungen erfahren. Nach Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 15.04.2019 (2 BvQ 22/19) und vom 29.01.2019 (2 BvC 62/14) zur Verfassungswidrigkeit des Wahlrechtsausschlusses von vollbetreuten Menschen musste auch Hessen sein Landes- und Kommunalwahlrecht ändern. Mit dem Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes und anderer Vorschriften vom 30.10.2019 (GVBl. S. 310) wurde das sog. „inklusive Wahlrecht“ ermöglicht. Damit sind künftig auch Personen wahlberechtigt, für die ein Betreuer bestellt ist. Die Möglichkeit der Hilfestellung, wenn ein Wahlberechtigter des Lesens unkundig oder wegen einer Behinderung an der Abgabe seiner Stimme gehindert ist, wurde klargestellt und in diesem Zusammenhang detaillierter geregelt.

Wegen der Corona-Pandemie beschloss der Landtag am 24.03.2020 das Gesetz zur Sicherung der kommunalen Entscheidungsfähigkeit und zur Verschiebung der Bürgermeisterwahlen (GVBl. S. 201). Die von April bis Oktober 2020 vorgesehenen Bürgermeisterwahlen und Bür-

gerentscheide wurden kraft Gesetzes verschoben. Obwohl das Gesetz Gemeinden, die bereits Wahlscheine (für die Briefwahl) ausgegeben hatten, nicht erfasste, hat die Verschiebung der Bürgermeisterwahlen bei den betroffenen Kommunen zum Teil zu großem Unverständnis geführt. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat sich deshalb gegen eine Verschiebung ausgesprochen und ausgeführt, dass die Wahlen unter Beachtung der Hygienemaßnahmen durchgeführt werden sollten.

Zu umfassenden Änderungen hat auch das Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften vom 07.05.2020 (GVBl. S. 318) geführt. So wurde die Mindestwohnsitzdauer sowohl für das aktive wie auch das passive Wahlrecht für die Kommunalwahlen erheblich verringert. Für die Ausübung des aktiven Wahlrechtes bei den Kommunalwahlen besteht künftig lediglich eine Mindestwohnsitzdauer von sechs Wochen. Für die passive Wählbarkeit wird der Mindestaufenthalt im jeweiligen Wahlkreis auf drei Monate abgesenkt. Im Rahmen der „Beschränkung der Wählbarkeit“ (Inkompatibilität) der Mandatsträger wurde geregelt, dass Arbeitnehmer ab der Entgeltgruppe 9 b der Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst im kommunalen Bereich von der Regelung erfasst werden.

Eine wesentliche Änderung ist auch im Hinblick auf die Ausländerbeiratswahlen erfolgt. Diese finden künftig gleichzeitig mit den Kommunalwahlen statt. Hintergrund für diese Neuregelung, die der Hessische Städte- und Gemeindebund begrüßt hat, ist die geringe Wahlbeteiligung bei den Ausländerbeiratswahlen. Die ursprünglich bestehende Legislaturperiode wurde insoweit verlängert. Sofern im Vorfeld einer gemeindlichen Ausländerbeiratswahl keine Wahlvorschläge eingereicht werden, besteht künftig die Verpflichtung, eine Integrations-Kommission einzurichten.

Um zu gewährleisten, dass Wahlvorschläge nicht in einem zu großen zeitlichen Abstand zu den Wahlen aufgestellt werden und diese damit nicht mehr dem Willen der zur Aufstellung berufenden Mitglieder oder Vertreter einer Partei oder der Wählergruppe entsprechen, wurden für die Aufstellung der Wahlvorschläge für die allgemeinen Kommunalwahlen Aufstellungsfristen eingeführt. Mit der Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung darf künftig nicht früher als 18 Monate und mit der Aufstellung der Bewerber für die Wahlvorschläge nicht früher als 15 Monate vor Ablauf der Wahlzeit begonnen werden. Dies gilt auch für die Direktwahlen und die Ausländerbeiratswahlen.

Eine nicht unwesentliche Änderung erfolgte auch im Hinblick auf die Ermittlung des Wahlergebnisses durch die Wahlvorstände. Hier wurde geregelt, dass zum Schutz des Wahlgeheimnisses in dem Fall, dass die Zahl der Wähler in einem Wahlbezirk so gering ist, dass erkennbar sein kann, wie einzelne Wähler gewählt haben, die Ermittlung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk mit der Ermittlung der Ergebnisse anderer Wahlbezirke verbunden werden muss.

Die vorgenannte Gesetzesnovelle wurde ergänzt durch die Siebte Verordnung zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften vom 25.05.2020 (GVBl. S. 367). In der Verordnung wurde geregelt, dass die Ausländerbeiratswahlen im Wesentlichen nach den gleichen Grundsätzen wie die übrigen Kommunalwahlen durchzuführen sind. Die Abgabe von Stimmzetteln an andere Wahlvorstände bei geringer Wahlbeteiligung wurde konkretisiert, indem geregelt wurde, dass der Wahlvorstand die Stimmzettel an einen anderen Wahlvorstand abzugeben hat, wenn weniger als 50 Wähler ihre Stimmen abgegeben haben. Die Neuregelung wurde vom Hessischen Städte- und Gemeindebund stark kritisiert, da sie insgesamt für nicht eindeutig angesehen wird und zu erheblicher Unruhe im Wahlvorstand führen kann.

Im Rahmen der zweiten Corona-Welle beschloss der Landtag das Gesetz zur Änderung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes und anderer Vorschriften aus Anlass der Corona-Pandemie vom 11.12.2020 (GVBl. S. 915). Inhaltlich ging es dabei insbesondere um eine vorübergehende Absenkung des Quorums für Unterstützungsunterschriften, die von den nicht privilegierten Wahlvorschlagsträgern zu den allgemeinen Kommunalwahlen und zu Direktwahlen beizubringen sind.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat darüber hinaus zu einer Reihe von Wahlerlassen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen Stellung genommen. Dabei standen neben den verschiedenen Hinweisen zur Durchführung der Wahlen insbesondere auch die durchzuführenden Hygienemaßnahmen im Vordergrund. Hierbei bestand insbesondere auch immer wieder die Problematik, wie mit dem Tragen eines Mund-Nasenschutzes in den Wahllokalen umgegangen werden muss.

Insgesamt standen im Berichtszeitraum Fragen zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen im Vordergrund. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat sich bereits sehr frühzeitig im Rahmen der ersten Corona-Welle im Frühjahr 2020 dafür ausgesprochen, die Kommunalwahlen als reine Briefwahlen durchzuführen. Eine Nachfrage bei unseren Mitgliedsstädten und -gemeinden hatte ergeben, dass sich annähernd sämtliche Mitglieder dazu in der Lage sahen, die Durchführung einer reinen Briefwahl „zu stemmen“ und so die Problematik einer Urnenwahl unter Pandemie-Bedingungen zu umgehen. Der Gesetzgeber ist der Forderung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes nicht nachgekommen, da sich einige größere Städte dagegen aussprachen, die Kommunalwahlen als reine Briefwahl durchzuführen.

Aus Anlass der Corona-Pandemie hat der Hessische Städte- und Gemeindebund darüber hinaus gefordert, die Zeitspanne für die Möglichkeit der Konstituierung der Sitzungen der Gemeindevertretungen bzw. der Stadtverordnetenversammlungen zu verlängern. Einige Städte und Gemeinden haben es vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie als problematisch angesehen die konstituierende Sitzung der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung bereits bis zum 30.04.2021 durchführen zu müssen. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass eine Konstituierung unter Betei-

ligung einer umfassenden Öffentlichkeit erfolgende Sitzung durchgeführt werden soll. Leider ist dem der Gesetzgeber ebenfalls nicht nachgekommen.

Im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen wurden viele Einzelfragen von den Mitgliedsstädten und -gemeinden an die Geschäftsstelle herangetragen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass viele Wählergruppierungen in den Kommunen neu antreten und über teilweise wenig Erfahrung verfügen und insoweit ein erheblicher Beratungsbedarf der Städte und Gemeinden bestand. Bedingt durch die Corona-Pandemie bestanden viele ergänzende Fragen im Zusammenhang mit dem Wahlrecht, die an die Geschäftsstelle gestellt wurden.

Die Geschäftsstelle hat drei digitale Tagesseminare durchgeführt, in denen die verschiedenen gesetzlichen Änderungen sowie die Grundsätze der Wahlvorbereitung, Wahldurchführung und Stimmenermittlung besprochen wurden. Im Rahmen eines Chats hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Fragen an die Referentinnen und Referenten zu stellen. Im Nachgang zu den digitalen Tagesseminaren wurden die Fragen und Antworten in Form von FAQs als Sofortinfo zur Verfügung gestellt. In einer Reihe von weiteren Sofortinfos wurden zudem kommunalwahlrechtliche Fragestellungen beantwortet.

• **Schulrecht**

Im Berichtszeitraum waren mehr Gesetzesinitiativen im Zusammenhang mit dem Hessischen Schulgesetz zu verzeichnen, die wir den beiden im Mitgliedsbereich vorhandenen Schulträgern zur Stellungnahme weitergeleitet haben. In Anbetracht der gegebenen originären Zuständigkeit für die Schulverwaltung bei den Landkreisen und kreisfreien Städten haben wir uns auf die Gesetzesvorgaben konzentriert, die zentrale Bedeutung insbesondere für die Digitalisierung der Schulen haben. Dem Digitalpakt Schule mit einem Volumen von knapp 500 Mio. Euro für fünf Jahre zur Investition in die Digitalausstattung (z.B. schulische WLAN, mobile Endgeräte) haben wir zugestimmt, um hier insbesondere auch für die Schülerinnen und Schüler einen Schritt in Richtung auf die Digitalkompetenz zu ermöglichen. Die entsprechenden Mittel des Bundes und des Landes wurden durch einen Eigenanteil der Schulträger ergänzt (55 Mio. Euro), die wiederum in die Schulumlage einbezogen werden können. Die hiermit einhergehende mittelbare Belastung des kreisangehörigen Bereiches haben wir aus dem zuvor genannten grundsätzlichen Erwägungen positiv bewertet, was sich in der aktuellen Corona-Pandemie als sinnvoll, zielführend und zukunftsweisend herausgestellt hat.

Weiterhin haben wir zu einem Gesetz zur Gründung der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit Stellung genommen. Im Rahmen der Stellungnahme haben wir es zunächst begrüßt, dass aus drei selbstständigen Bildungseinrichtungen, der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung, der Polizeiakademie Hessen und der Zentralen Fortbildung Hessen eine neue Hochschule entstehen soll, die die Aus-, Fort-, und

Weiterbildung in der Verwaltung in Hessen bündeln soll. Eine gemeinsame Fachkräfteausbildung sehen wir als einen Beitrag zur Stärkung der Nachwuchsgewinnung für Polizei und Verwaltung an, die durch die Zuerkennung des Promotionsrechtes und den Abschluss Master of Public Management unterstützt wird und zur Attraktivität des entsprechenden Hochschulganges beiträgt. Die Konzentration auf die ausschließliche Ausbildung im Bereich des öffentlichen Dienstes und die Anbindung der Ausbildung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst für Beamtinnen und Beamte und Tarifbeschäftigten der Gemeinden, Gemeindeverbände und Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechtes unter der Aufsicht des Landes Hessen wurde genauso begrüßt, wie auch die Erhaltung der dezentralen Strukturen der Bildungseinrichtung, mit der Beibehaltung des Standortes in Mühlheim am Main. Dem Kuratorium der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit soll jeweils ein Vertreter bzw. eine Vertreterin der drei kommunalen Spitzenverbände als Mitglied angehören. Wir haben insoweit angeregt, auch eine Stellvertreterposition vorzusehen, um eine regelmäßige und kontinuierliche Wahrnehmung des Mandates zu gewährleisten.

• **Informationsfreiheitsgesetz**

Durch das neue Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) ist in den §§ 80 ff. ein Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Informationszugang aufgenommen worden. Dieser Anspruch besteht im Hinblick auf die Städte und Gemeinden nur dann, soweit diese dies durch Satzung ausdrücklich zugelassen haben. Insgesamt ist festzustellen, dass die Städte und Gemeinden zumeist über keine entsprechende Informationsfreiheitssatzung verfügen. Demgegenüber ist auch ein nennenswertes Begehren der Bürgerinnen und Bürger „vor Ort“ nicht zu verzeichnen. Die Städte und Gemeinden informieren in vermehrter Form ihre Bürgerinnen und Bürger über ihre Internetplattformen und soziale Medien über das aktuelle kommunale Geschehen. Hier werden zum Teil auch die Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen sowie die entsprechenden Beschlussvorlagen veröffentlicht.

• **Schiedsamtsgesetz**

Für die Städte und Gemeinden ist es schwierig, ehrenamtlich Tätige zu finden, die bereit sind, das Amt der Schiedsperson wahrzunehmen. Hier besteht nach wie vor die Problematik, dass das Hessische Schiedsamtsgesetz (HSchAG) hohe Voraussetzungen zur Begleitung eines solchen Amtes auführt. So soll in das Amt nicht berufen werden, wer bei Beginn der Amtsperiode das 30. Lebensjahr noch nicht oder das 75. Lebensjahr vollendet haben wird. Außerdem muss die betreffende Person in dem Bezirk des Schiedsamtes bzw. bei Gemeinden mit mehreren Schiedsämtern in der Gemeinde wohnen. Die Möglichkeit, im Rahmen kommunaler Gemeinschaftsarbeit Schiedsamtbezirke auch über Gemeindegrenzen hinweg zu bilden, besteht nicht. Die Regelung nach § 45 Abs. 2 HSchAG, wonach den Schiedspersonen eine prozentuale Beteiligung an den Gebühren des Schlichtungs-

verfahrens zur Verfügung stehen, ist insoweit nicht als ausreichend anzusehen. Die Städte und Gemeinden sind hier gezwungen, finanzielle und sachliche Mittel in weitaus höherem Maße zur Verfügung zu stellen, um die ehrenamtliche Tätigkeit attraktiv zu machen. Der Gesetzgeber hat sich dieser Problematik leider bis zum heutigen Zeitpunkt nicht angenommen.

In der Praxis spielt immer wieder die Frage eine Rolle, ob Schiedsamsanträge auch per E-Mail gestellt werden können. Dabei ist festzustellen, dass die Schiedsamtsgesetze generell bestimmen, dass ein Schiedsamsantrag schriftlich oder zu Protokoll der Schiedsperson gestellt werden muss. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in seinem Urteil vom 04.02.2020 – X ZB 11/18 – ausgeführt, dass die Schriftform auch dann gewahrt worden ist, wenn der Absender einen Schriftsatz eigenhändig unterschrieben hat, diesen dann als PDF-Dokument einscannet und das PDF-Dokument als Mailanhang an das Gericht übersandt hat. Allerdings gilt die Schriftform erst ab dem Zeitpunkt als gewahrt, zu dem der Schriftsatz bei Gericht dann tatsächlich ausgedruckt worden ist.

Aus diesem Urteil ist zu schließen, dass ein Schiedsamsantrag auch dadurch wirksam gestellt werden, dass ein Antragsteller den eigenhändig unterschriebenen Antrag als PDF einscannet, dieses PDF als Anhang zu einer E-Mail an die Schiedsperson sendet und dort der Ausdruck des PDF zur Akte genommen wird.

Zwar hat der BGH dies insgesamt für einen Schriftsatz bejaht, der beim Antragsteller als eigenhändig unterschriebenes Papier-Original vorhanden war, dies dürfte aber wohl auch für solche Anträge gelten, die sofort im PC mit einer (eingescannten) Unterschrift versehen, dann unmittelbar als PDF-Dokument gedruckt und hier nach als Anhang zu einer E-Mail an die Schiedsperson übersandt werden.

Insgesamt ist allerdings festzuhalten, dass für den Fall, dass der Antrag nicht als PDF-Anhang, sondern als E-Mail-Text ohne einen solchen Anhang übersandt worden ist, kein gültiger Schiedsamsantrag vorliegt. Ein Schiedsamsantrag als E-Mail ist also kein gültiger Antrag.

4. Beamten- und Arbeitsrecht

Die moderne „Arbeitswelt“ befindet sich in einem Umbruch, so dass Anpassungen und Veränderungen erforderlich werden, die Arbeitgeber und Beschäftigte zu bewältigen haben.

Der technische Fortschritt, die globalisierten gesellschaftlichen Veränderungen, die Berücksichtigung von rechtlichen Ansprüchen verschiedener Berechtigten und gesetzliche Vorgaben verschiedener Art wie z.B. Datenschutz, Arbeitsschutz, Teilhaberechte behinderter Menschen usw. und nicht zuletzt die jeweilige Finanzierung stellen die Dienststellen vor große Herausforderungen.

Somit wächst auch der Informations- und Beratungsbedarf, dem der HSGb stets versucht zeitnah nachzukom-

men. Aufgrund der Corona – Pandemie mit ständig neuen Maßnahmen und Regelungen in Folge von Gesprächen zwischen Bund und Ländern bestehen besondere Herausforderungen für Beschäftigte und Arbeitgeber. Alle Informationen wurden und werden vom HSGb über Sofort-Informationen und unsere Homepage über den Eildienst und die Fachinformationen (Arbeits- und Beamtenrecht) sowie insbes. auch unter „Aktuelle Informationen zum Corona-Virus“ so schnell wie möglich weitergeleitet.

Außerdem wurde im Berichtszeitraum über die Auswirkungen der neuen EU-Rechtsprechung informiert, wie der Entscheidung des EuGH vom 06. November 2018 – C-684/16 – umgesetzt durch das Urteil des BAG vom 19. Februar 2019 – 9 AZR 541/15 – wonach noch vorhandene Urlaubstage nicht automatisch verfallen, wenn der Arbeitnehmer den Urlaub nicht rechtzeitig genommen hat.

Bei einer richtlinienkonformen Auslegung des § 7 BUrlG (§ 9 HUrlVO für Beamte) nach EU-Recht kann der Verfall von Urlaub daher in der Regel nur eintreten, wenn der Arbeitgeber den Arbeitnehmer zuvor konkret aufgefordert hat, den Urlaub zu nehmen, und ihn klar und rechtzeitig darauf hingewiesen hat, dass der Urlaubsanspruch anderenfalls mit Ablauf des Urlaubsjahres oder Übertragungszeitraums erlischt (Mitwirkungsobliegenheit).

Ferner war darauf hinzuweisen, dass bei Entsendung oder Dienstreisen sowie auch bei nur kurzfristigen dienstlichen Tätigkeiten im EU- Ausland das Erfordernis der A1-Bescheinigung besteht. Dabei geht es um den Nachweis bestehender Sozialversicherungen wie insbes. einer Krankenversicherung. Anderenfalls drohen Verwarnungsgelder, wenn die Bescheinigungen bei Kontrollen vor Ort nicht vorgelegt werden können.

Ungeachtet dessen umfasst dieser Tätigkeitsbereich neben der Information über Neuregelungen im Arbeits- und Beamtenrecht, die telefonische und schriftliche Beantwortung und Klärung von Fragen der Mitglieder, die Beratung der Mitglieder sowie die Prozessvertretung in arbeits- und beamtenrechtlichen Angelegenheiten.

Die Arbeitsgerichtsverfahren betrafen hauptsächlich Kündigungen, Eingruppierungen bzw. Höhergruppierungen, Abmahnungen, Entschädigungsansprüche nach § 15 AGG wegen Verstoß gegen ein Benachteiligungsverbot wie z.B. insbes. bei Nichteinladung zum Vorstellungsgespräch von behinderten Bewerber*innen (§ 165 SGB IX Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber) Konkurrentenklagen wegen Fehlern im Bewerbungsverfahren, Disziplinarverfahren und –maßnahmen, Schadensersatzansprüche gegen Beschäftigte, Forderungen von Beschäftigten verschiedener Art wie z. B. u.a. Urlaubsabgeltungsansprüche von Beamten, Rechtsstreitigkeiten wegen Befristungen von Arbeitsverhältnissen usw.

U.a. wurde folgende Verfahren geführt:

**Verwaltungsgericht Wiesbaden Urteil
Az. 28 K 1396/15.WI.D vom 12.03.2019**

Nach der Durchführung eines ordnungsgemäßen Disziplinarverfahrens unter Begleitung des HSGb, aber der

Einsetzung eines externen Ermittlungsführers, wurde nach dessen Ausfertigung des Ermittlungsberichtes mit Unterstützung des HSGB von dem zuständigen Dienstherrn gem. §§ 38, 57 HDG im Jahr 2015 Disziplinaranzeige beim VG Wiesbaden erhoben.

Mit Urteil 12.03.2019 Az. 28 K 1396/15.WI.D entschied das VG Wiesbaden sodann, dass der Beamte aus dem Dienst entfernt wird. Ihm wurden im Wesentlichen stundenlange private Internetnutzung während der Dienstzeit und die Ausübung einer ungenehmigten Nebentätigkeit zu Lasten seiner Dienstfähigkeit für die dienstliche Haupttätigkeit vorgeworfen. Er hat deswegen seine Dienstpflichten schuldhaft verletzt und ein Dienstvergehen nach § 47 BeamStG begangen. Aufgrund der Schwere des Dienstvergehens und des Persönlichkeitsbildes des Beamten, der unbeirrt die Nebentätigkeit bis zum Gerichtstermin weiter ausgeübt hat, hielt das Gericht in Abwägung aller Umstände die Entfernung aus dem Dienst für geeignet und erforderlich, um das Vertrauen in die pflichtgemäße Aufgabenerfüllung durch die öffentliche Verwaltung wiederherzustellen.

**VG Wiesbaden Urteil vom 29.09.2020
Az.: 3 K 5328/17. WI**

Ferner hat das VG Wiesbaden mit Urteil vom 29.09.2020 Az. 3 K 5328/17. WI entschieden, dass einem Beamten, der von der Dienstleistungspflicht freigestellt wurde nach § 9 Abs. 4 HUrlVO kein Anspruch auf Urlaubsabgeltung zusteht. Der EuGH habe beim Abgeltungsanspruch auf die Unvorhersehbarkeit der dienstfreien Zeit und die Erholungsbedürftigkeit und Erholungsfähigkeit des Beschäftigten während der dienstfreien Zeit abgestellt. Urlaub sei die Freistellung von der Dienstleistungspflicht zur Erholung bei fortdauernden Bezügen. Dieser Zweck könne bei der Freistellung von der Dienstpflicht nicht mehr erreicht werden, weil keine Dienstpflicht mehr bestehe.

**VG Wiesbaden Urteil vom 18.02.2021
Az.: 2 K 1177/ 16. WI**

Nach Ansicht des VG Wiesbaden Urteil vom 18.02.2021 Az.: 2 K 1177/ 16. WI durfte einem Beamten der Besoldungsgruppe A 14, die aufgrund von Beschlüssen des Gemeindevorstandes gewährte Entschädigung für die Leitung von 2 Eigenbetrieben entzogen werden.

Der betreffende Widerspruchsbescheid sei nach § 49 HVwVfG analog rechtmäßig. Zwar seien die Beschlüsse des Gemeindevorstandes mangels Außenwirkung keine Verwaltungsakte, aber auch Maßnahmen ohne Außenwirkung wären nicht ohne weitere Voraussetzungen widerrufbar. Vom Verbot der Doppelbesoldung werde die Betriebsleitertätigkeit nicht erfasst. Es handele sich um eine Nebentätigkeit nach § 72 HBG. Die Pflichten als Eigenbetriebsleiter gingen über die Pflichten im Hauptamt hinaus. Zwar werde nach § 72 Abs. 2 HBG für Nebentätigkeiten grds. keine Vergütung gewährt, Ausnahmen wären aber möglich, wenn ein tatsächlich anfallender Aufwand vorliege. Mit der Freistellung habe kein Aufwand mehr bestanden, so dass mit dem Gemeindevorstandsbeschluss die Aufwandsentschädigung für die

Betriebsleitertätigkeit entzogen werden durfte. Der Beschluss sei zwar ebenfalls kein Verwaltungsakt, aber durch den Widerspruchsbescheid zum Verwaltungsakt geworden.

Festzustellen ist, dass weder Beschlüsse noch Hausaltungspositionen verbindliche Rechtsgrundlagen für Vergütungsansprüche von Nebentätigkeiten wie z.B. die Leitung von einem Eigenbetrieb sind und deswegen von Beginn an insofern eindeutige rechtsverbindliche Regelungen getroffen werden sollten.

Außerdem wurde an Gesprächen mit Ministerien und Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und sonstigen Maßnahmen teilgenommen und u. a. zu Gesetzesvorhaben und Maßnahmen des Landes Stellung genommen. Wie z.B. zu

Stellenobergrenzen

Mit dem zum 01.01.2021 in Kraft getretenen Art. 6 b des Gesetzes zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften wurden die Stellenobergrenzen für die Kommunen dem Grunde nach abgeschafft. Seitdem sind die Grundzüge nur noch im Hessischen Besoldungsgesetz (HBesG) geregelt. Durch den neu eingeführten § 27 Abs. 4 HBesG sind die Kommunen bei der Bewertung der Funktionen der Beamtinnen oder Beamten lediglich darauf beschränkt, dass ein Abstand von mindestens zwei Besoldungsgruppen zur jeweils maßgeblichen Besoldung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters gem. § 2 Abs. 1 KomBesDAV oder der Landrätin oder des Landrats gem. § 3 Abs. 1 KomBesDAV zu wahren ist. Die Einrichtung von Ämtern der Besoldungsordnung B des Hessischen Besoldungsgesetzes ist zugelassen, soweit diese Ämter in der Besoldungsordnung B vorgesehen sind.

Ferner war insbesondere die Auseinandersetzung mit folgenden Themen erforderlich:

Kurzarbeit

Die schon erwähnte Corona-Pandemie haben u.a. durch die gesetzlich angeordneten Schließungen von Einrichtungen und Kontaktbeschränkungen sowie geänderte Arbeitsschutz- und Hygienebestimmungen die Mitgliedskommunen vor eine Vielzahl tatsächlicher und arbeitsrechtlicher Probleme gestellt, bei denen sie durch die Geschäftsstelle Unterstützung erfahren haben.

In diesem Kontext ist der von den Tarifvertragsparteien im Frühjahr 2020 abgeschlossene TV-Covid hervorzuheben, der den öffentlichen Arbeitgebern die Einführung von Kurzarbeit ermöglicht hat. Durch Verlängerung dieser Regelungen besteht die Möglichkeit der Anordnung von Kurzarbeit auch weiterhin fort.

Homeoffice

Zur Vermeidung von persönlichen Kontakten zwecks Bekämpfung der Corona Pandemie haben die Mitgliedskommunen, obwohl keine gesetzliche Verpflichtung und keine Rechtsgrundlage dazu bestand, in weiten Teilen versucht, ihre Verwaltung technisch zu ertüchtigen, um für einen Großteil der Mitarbeiter das Arbeiten im Homeoffice zu ermöglichen.

Organisatorisch wurden die Kommunen auch durch weitere gesetzliche Neuregelungen vor zusätzliche Herausforderungen gestellt. Der Bundesgesetzgeber hatte durch die Einführung des § 56 Abs. 1a IfSG sowie die Erweiterung des Kinderkrankengeldbezuges jeweils Eltern die Betreuung ihrer Kinder erleichtert, was einerseits bei den Kommunen zwar zu keinen nennenswerten Kostenbelastungen geführt hat, andererseits jedoch durch das Fehlen der betreffenden Mitarbeiter organisatorische Schwierigkeiten mit sich brachte. Fragen des Annahmeverzugs durch den Arbeitgeber, sei es auf Grund durch den Arbeitgeber angeordneter Quarantäne, sei es auf Grund fehlender Einsetzbarkeit wegen individueller gesundheitlicher Einschränkungen und entsprechender arbeitsschutzrechtlicher Risikobeurteilungen von Mitarbeitern, sowie Fragen der Flexibilisierung der Arbeitszeit beschäftigen teilweise noch die Arbeitsgerichte. Auf Grund der Corona-Pandemie ist durch das Land Hessen eine Verschiebung der Personalratswahlen auf das Jahr 2021 angeordnet worden, die nun im Jahr 2021 durchgeführt werden sollen trotz fortbestehender Corona-Pandemie.

Auf Grund personellen Unterstützungsbedarfs für den Aufbau und Betrieb von Impfzentren hatten einzelne Landkreise die Mitgliedskommunen um personelle Unterstützung gebeten. Die Geschäftsstelle hat für die angedachte Personalabordnung kurzfristig einen Entwurf einer Abordnungsvereinbarung erarbeitet und den Mitgliedskommunen zur Verfügung gestellt, damit entsprechende personelle Maßnahmen auf einer fundierten rechtlichen Grundlage beruhen.

In ähnlicher Weise wurde bei allen auftretenden Fragen und Problemen nach Lösungen gesucht.

5. Sozialrecht und Gesundheitswesen

Neben der Weiterleitung der jeweils aktuellen Informationen zu den Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus im Bereich der Kinderbetreuung waren im Berichtszeitraum diverse Anfragen zur Kinderbetreuung sowie insbesondere auch zu Satzungsregelungen und Betriebsverträgen zu bearbeiten. Dazu gehörten insbesondere auch Fragen zur Kostenersatzung nach § 28 HKJGB und zur Beitragserstattung. Auch die Vertretung in Widerspruchsverfahren und Gerichtsverfahren wegen der Ablehnung von der Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung aufgrund der Erreichung der Kapazitätsgrenzen oder fehlender sonstiger Voraussetzungen wurde übernommen. Dabei war nicht nur auf die Zuständigkeit des örtlichen Trägers der Jugendhilfe (Kreis) für den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach § 24 SGB VIII hinzuweisen, sondern auch, dass bei öffentlichen rechtlichen Einrichtungen nach der HGO kein uneingeschränktes Zugangs- und Benutzungsrecht besteht. Es gab auch Gerichtsverfahren wegen dem Ausschluss von Kindern von der weiteren Betreuung in einer Einrichtung aus verschiedenen Gründen. Außerdem wurde seitens des HSGB an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben des Landes und an zahlreichen Sitzungen und Besprechungen mit verschiedenen Teilneh-

mern aus dem Bereich der Kinderbetreuung teilgenommen. Zu den Vorhaben des Landes wurden zudem schriftliche Stellungnahmen verfasst.

Im Berichtszeitraum war eines der zentralen Themen im Bereich der Kinderbetreuung das sogen. „**Gute Kita-Gesetz**“, wozu es zahlreiche Diskussionen, Beschlüsse, Informationen, Vertragsabschlüsse und Gesetzgebungsverfahren gab.

Zunächst wurde auf Bundesebene das „Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (**KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz – KiQuTG**)“ auf den Weg gebracht und am 19. Dezember 2018 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2696) veröffentlicht.

Das Gesetz sieht vor, dass der Bund mit allen 16 Ländern Vereinbarungen abschließt und jedes Bundesland von 10 Handlungsfeldern selbst auswählt, welche Bereiche es fördern will.

Neben der Verbesserung der Qualität nimmt das Gesetz auch die Kostenbeiträge („Gebühren“) für die Kinderbetreuung in den Blick. Dabei sieht die Neufassung von **§ 90 Abs. 3 SGB VIII** vor, dass kraft Bundesrechts eine Verpflichtung besteht, Kita-Beiträge nach sozialen Kriterien zu staffeln. Als Kriterien für die Staffelung können insbesondere das Einkommen der Eltern, die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder und die tägliche Betreuungszeit berücksichtigt werden.

In § 31 HKJGB ist zwar eine Staffelung nicht zwingend vorgeschrieben. Da aber aufgrund des Wegfalls des Landesrechtsvorbehaltes in § 90 SGB VIII nunmehr Bundesrecht (Art. 31 GG) Landesrecht bricht, sind ab dem Inkrafttreten der Neuregelung des § 90 SGB VIII zum 1. August 2019 Staffellungen der Kostenbeiträge vorzunehmen.

Aufgrund der Neuregelung des Fördertatbestandes des **§ 32c HKJGB (Freistellung von Kostenbeiträgen)** im Sommer 2018, - wonach die Gemeinden eine Landesförderung erhalten, wenn jedes Kind, das eine Tageseinrichtung im Gemeindegebiet besucht, ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt vom vertraglich oder satzungsgemäß vereinbarten Teilnahme- oder Kostenbeitrag für einen Betreuungszeitraum von sechs Stunden täglich freigestellt wird und für die darüber hinausgehende Betreuungszeit nur der diesem Zeitanteil entsprechende Teilnahme- oder Kostenbeitrag erhoben werden darf, - waren die Gemeinden und Träger der Kindertagesstätten schon gezwungen die Kostenbeiträge nach Stundensätzen entsprechend der Betreuungszeit zu berechnen. Erst durch die Umsetzung in den Satzungen und Verträgen ergab sich daraus ein **Kostenbeitrags-Freistellungsanspruch** für die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder. Der HSGB hat im Eildienst Nr. 05 vom 17. Mai 2018 unter „Freistellung von Elternbeiträgen im Kindergartenalter“ dazu Formulierungsvorschläge gemacht. Aufgrund der damit verbundenen Staffelung nach Betreuungszeit waren weitere Regelungen und Maßnahmen nach Ansicht des HMSI aufgrund des neuen § 90 SGB VIII zumeist nicht mehr erforderlich.

Am 20. 11. 2019 hat das Land Hessen als 16. Bundesland mit dem Bund den Vertrag zum Kita- Qualitäts- und Tei- habeverbesserungsG dem sogen. Gute-Kita-Gesetz abgeschlossen, wonach die Handlungsfelder „Fachkraft- Kind-Schlüssel“ und „Stärkung der Leitung“ umzusetzen sind.

Damit war der Weg frei für die Überweisung der Bundesmittel an die Länder. Hessen wird vom Bund mit 412,6 Millionen Euro bis zum Jahr 2022 unterstützt. Aus dem Programm „Starke Heimat“ gibt Hessen bis 2024 zusätzlich insgesamt 720 Millionen Euro zusätzlich in die Kitas.

Die Einnahmen aus dem Programm „Starke Heimat Hessen“ sollen zur Erhöhung der Platzpauschalen nach § 32 Abs. 2 HKJGB eingesetzt werden. Das bedeutet Mittelaufbringung durch Erhebung der Heimatumlage, die im Wege der erhöhten Platzpauschalen wieder zurückverteilt wird.

Die in den letzten Jahren schon ständig verbesserten Mindeststandards werden in § 25c HKJGB zur Umsetzung des Fachkraft-Kind-Schlüssels trotz des jetzt schon bekanntermaßen bestehenden Fachkräftemangels um insgesamt 27 % - gegenüber dem bestehenden Standard erhöht wobei die Ausfallzeiten um 7 % aufgestockt und zusätzlich neu 20 % Leitungsfreistellungszeiten - umsetzbar verbindlich bis zum 1.08. 2022 gesetzlich festgelegt werden.

Nach der Anhörung des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss des Hessischen Landtages wobei u.a. auch seitens des HSGB schriftlich und mündlich Stellung genommen wurde, wurde mit Gesetz vom 25.06.2020 (GVBl.S. 436) das HKJGB mit Wirkung zum 1.08.2020 geändert.

Dabei wurden die Grundpauschalen in § 32 Abs. 2 HKJGB erhöht und die Personalstandards in § 25c HKJGB, wie schon erwähnt, durch weitere vorgegebene Freistellungszeiten erhöht.

Bei den Fördertatbeständen wird in **§ 32 Abs. 2a HKJGB** die sogen. „**Gute-Kita-Pauschale**“ mit Förderpauschalen gestaffelt nach der Größe der Einrichtung geregelt. Voraussetzung für die Gewährung ist die Erklärung des Trägers zur schnellstmöglichen Personalaufstockung zur Erfüllung der neuen Mindeststandards und gegebenenfalls der Absicht Zeiten, die schon jetzt die Mindeststandards übersteigen bis zu 15% weiterhin bezüglich der neuen Standards beizubehalten.

Seitens des HSGB wurde die Erhöhung der Standards aufgrund des schon bestehenden Fachkräftemangels, so dass schon „Notfallpläne“ für den Fall von Personalausfällen aufgestellt werden müssen, stets abgelehnt. Außerdem wurde die Verpflichtung zur Beibehaltung von schon bestehenden Mehrkapazitäten kritisiert. Auch die hohen Anforderungen für die Anerkennung als Fachkräfte nach § 25b HKJGB wurde bemängelt.

Da fast alle Anzuhörenden den Fachkräftemangel beklagt haben, wurde offensichtlich der Fachkraftkatalog in § 25b HKJGB mit der Gesetzesänderung etwas geöffnet.

Nunmehr können zur Mitarbeit auch staatlich anerkannte Kinderpfleger*innen, staatlich geprüfte Sozialassistenten*tinnen und staatlich geprüfte Sozialassistentinnen und Sozialassistenten und bis zu 15% mit Zustimmung des Jugendamtes auch Personen mit fachfremder Ausbildung im In- oder Ausland unter bestimmten Voraussetzungen eingesetzt werden.

Eine nennenswerte Verbesserung des Fachkräftemangels ist dadurch wohl kaum zu erwarten.

Bund und Land haben verschiedene „Fachkräfteoffensiven“ gestartet, bei denen u.a. auch z.T. Fördermittel für Maßnahmen der Fachkräftegewinnung gewährt werden. U.a. soll durch die Förderung von praxisintegrierten vergüteten Ausbildungsplätzen die Anstrengungen der Träger unterstützt werden mehr Plätze im Rahmen der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung zur Erzieher*in (PivA) - also zur sogen. dualen Ausbildung zur Verfügung zu stellen.

Ferner waren Informationen zum **Masernschutzgesetz** weiterzugeben. U.a. haben wir mit dem Eildienst Nr. 2 – ED 19 vom 20. Februar 2020 über die „Umsetzung des Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) in der Kindertagesbetreuung (Kitas und Kindertagespflege) in Hessen“ informiert. Das Masernschutzgesetz ist am 01. März 2020 in Kraft getreten und ändert relevante Vorschriften des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) wie insbesondere § 20 IfSG. Danach müssen Personen, die in Kindertageseinrichtungen betreut werden oder dort tätig sind den Nachweis einer Masernimpfung erbringen. Nach § 20 Abs. 9 IfSG sind der Leitung der jeweiligen Einrichtung vor Beginn der Betreuung oder der Tätigkeit die Nachweise vorzulegen. Bis spätestens zum 31. Juli 2021 müssen die Impfnachweise auch von schon zuvor in der Einrichtung betreuten oder beschäftigten Personen vorgelegt werden.

Trotz dieser bundesgesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen für den Besuch von Gemeinschaftseinrichtungen gibt es Personensorgeberechtigten, die ihre Kinder nicht impfen lassen wollen und gegen die daraufhin ergangenen abgelehnten Aufnahmen in die Kindertagesbetreuung Klage eingereicht haben. Die vom HSGB insofern auf Seiten der Kommunen geführten Gerichtsverfahren sind bisher alle für die Kläger erfolglos geblieben.

Nach Beschluss des VG Kassel vom 12. August 2020 – 3 L 1302/20.KS –, Rn. 15, 16 sind die Einwohner der Gemeinden nach § 20 Abs. 1 HGO zwar berechtigt die öffentlichen Einrichtungen zu benutzen. Ein Anspruch auf Aufnahme kommt aber nicht in Betracht, wenn die Vorgaben des § 20 Abs. 9 IfSG nicht eingehalten sind. Das gilt auch bei dem Wechsel eines Kindes von der Kinderkrippe in den Kindergarten. (Nachweispflicht gemäß § 20 Abs. 9 Satz 1 IfSG, § 33 IfSG i.V.m. § 25 HKJGB)

Eine ganz besondere Herausforderung waren und sind für den Bereich der Kinderbetreuung die Regelungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona Pandemie.

Nach den Treffen der Verantwortlichen von Bund und den Ländern waren jeweils kurzfristig die getroffenen

Vereinbarungen, bei denen die Kindertagesstätten wie die Schulen stets eine besondere Rolle spielten und spielen, umzusetzen. Es gab zahlreiche Videokonferenzen zur Diskussion und zur Information mit dem HMSI und diversen Interessenvertretern im Bereich der Kinderbetreuung. Seitens des HSGB wurden alle Informationen so schnell wie möglich über Sofort-Informationen und Eildienste weitergegeben.

Die Hessische Landesregierung hat mit der Zweiten Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus vom 13. März 2020, geändert durch Verordnung vom 14. März 2020, auch Regelungen zur Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege getroffen. Danach sind ab dem 16. März 2020 die regulären Betreuungsangebote in Kitas entfallen. Es galt ein Betretungsverbot. Ausnahmen galten nur für sogen. systemrelevante Berufe, die in der VO jeweils aufgezählt wurden und die unter bestimmten Bedingungen für ihre Kinder eine Notbetreuung in Anspruch nehmen konnten. Die Verordnung wurde mehrfach geändert, worüber jeweils zu berichten war. Es gab außerdem Hygieneempfehlungen für den Betrieb in den Kindertagesstätten, die ebenfalls einige Male angepasst wurden. Ab dem 2.6.2020 wurde ein eingeschränkter Regelbetrieb möglich. Dazu wurde mit der 12. Verordnung die Zweite Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus geändert bis zum 5. Juli befristet und der so genannte eingeschränkte Regelbetrieb darin in § 2 Abs. 2 S. 1 und 4 geregelt.

Zwischenzeitlich war die Frage der Freistellung von den Kostenbeiträgen für die Kinderbetreuung während des Betretungsverbotes vom 16.03.2020 bis zum 5.07.2020 zu bearbeiten, was mit den Informationen und Empfehlungen in den Eildiensten Nr. 3-ED 36 vom 19.03.2020 und Nr. 6 –ED 123 vom 17.06.2020 geschehen ist.

Im Dezember war mit Sofort-Informationen darüber zu berichten, dass vom 16.12.2020 bis zum 10.01.2021 der dringende Appell an die Eltern gerichtet wird die Einrichtungen nur in dringenden Betreuungsnotwendigkeiten in Anspruch zu nehmen. Es gab aber kein Betretungsverbot und keine Notbetreuung. Die Verordnung wurde entsprechend angepasst und an die Erziehungsberechtigten seitens des Ministeriums ein Elternbrief gerichtet. Im Eildienst Nr. 1 ED 6 vom 15. Januar 2021 war erneut über die vorübergehende Freistellung von Kostenbeiträgen wegen der Nicht-Inanspruchnahme der Kinderbetreuung zu informieren. Seitens des Bundes wurde das Kinderkrankengeld um 10 Tage verlängert zur Betreuung von Kindern zu Hause zwecks Bekämpfung der Corona-Pandemie. Ab dem 22.02.2021 wurde sodann der Appell zum Verzicht auf Kinderbetreuung beendet und auf Kinderbetreuung unter Pandemiebedingungen abgestellt.

Zwischenzeitlich wurde mit dem Land erfolgreich über Entschädigungsleistungen für die weggefallenen Kostenbeiträge der Eltern während des Betretungsverbotes und dem Appell zum Verzicht auf die Kinderbetreuung verhandelt. Satzungsregelungen zur Freistellung von Kostenbeiträgen wurden vielfach u.a. nach den Musterformulierungen im Eildienst Nr. 1 – ED 6 vom 15.1.2021 beschlossen. Nach dem Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz

(GZSG) wurden 40 Mio. Euro für die Beitragsausfälle im Zusammenhang mit dem Betretungsverbot im Frühjahr 2020 vorgesehen. Mit dem Inkrafttreten der Appellregelung zur Betreuung der Kinder zu Hause hat das Land für Januar und Februar 2021 jeweils monatlich 11 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen für Kita-Beitragsausfälle angekündigt. Die Entschädigungen sollen pauschal ohne Antragsverfahren differenziert nach den U3- und Ü3-Betreuung aufgrund der Statistik ausgezahlt werden.

Mit der 31. VO zur Anpassung der VO zur Bekämpfung des Corona-Virus vom 12. April 2021 wird das Angebot einer professionellen Betreuung aufrechterhalten, soweit im Einzelfall eine dringende Betreuungsnotwendigkeit besteht. Um den Schutz vor Ansteckungen in den Kindertageseinrichtungen zu erhöhen, wird jedoch das Tragen einer medizinischen Maske für die dort tätigen Personen angeordnet. Ferner werden Laienschnelltest an die Einrichtungen verteilt, wobei die Verbände bei der Erhebung der erforderlichen Zahlen für das HMSI und der Weiterleitung der Informationen dazu und darüber behilflich waren.

Teilhaberechte behinderter Menschen und Neuregelungen des HessBGG (Hessisches Behinderten-Gleichstellungsgesetz)

Der HSGB wurde mit Schreiben des HMSI zum Entwurf der Richtlinien zur Integration und Teilhabe schwerbehinderter Angehöriger der hessischen Landesverwaltung angehört und hat dazu mit Schreiben vom 1.11.2018 eine Stellungnahme abgegeben. Dabei wurde erwähnt, dass die Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage notwendig ist, aber die Umsetzung durch z.B. zu viele neue Dokumentationspflichten und Bürokratie zur Vermeidung von Bumerangeffekten nicht überfrachtet werden sollte.

Auch an der Anhörung zum Gesetzentwurf der Regierungsfractionen für ein zweites Gesetz zur Änderung des HessBGG –Drucks. 19/6675 wurde teilgenommen und mit Schreiben vom 12.10.2018 eine Stellungnahme abgegeben. Dabei ging es u.a. insbesondere um die Auseinandersetzung mit den Regelungen zur barrierefreien Informationstechnik.

Krankenhausplan und Gesundheit

Die Landesregierung hörte die Kommunalen Spitzenverbände im Frühjahr 2020 zum Krankenhausplan des Landes an. Der Hessische Städte- und Gemeindebund trat dabei der im Planentwurf geäußerten Auffassung entgegen, dass es in Hessen zu viele Krankenhäuser gebe. Gerade in der Corona-Pandemie zeigte sich, dass die vermeintlich kleinteilige Struktur auch beachtliche Vorteile hat. Im Gesundheitsbereich war die Corona-Pandemie das dominierende Thema. Hierbei sind die bisherigen Themen, bspw. der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum, in den Hintergrund getreten. Der Fokus im Gesundheitsbereich lag auf den Landkreisen und kreisfreien Städten angesiedelten Gesundheitsämtern. Die insbesondere auch im technischen Bereich aber auch bei der Personalausstattung vorhandenen Defizite sind noch nicht vollständig behoben. Gespräche über Bundes- und Landesförderungen hierzu haben noch nicht zum Abschluss entsprechender Fördervereinbarungen geführt.

6. Raumordnung, Landes- und Regionalplanung

• *Landesentwicklungsplan*

Wie im letzten Tätigkeitsbericht (Seite 36) ausgeführt, wurde mit Beschluss der Landesregierung vom 12.3.2018 die 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 (LEP) als Rechtsverordnung festgestellt und dem Landtag zur Zustimmung vorgelegt, obwohl u.a. die Frage der zentralörtlichen Gliederung und insbesondere die Festlegung der Mittel- und Oberzentren aus diesem Verfahren ausgeklammert und einem gesonderten landesplanerischen Verfahren vorbehalten wurden.

Zur Vorbereitung des angekündigten gesonderten landesplanerischen Verfahrens berief das Wirtschaftsministerium eine Expertenkommission „Zentrale Orte – Raumstruktur (ZORa)“ unter Vorsitz des Herrn Prof. Dr. Postlep. Die sog. „Expertenkommission“ legte ihren Ergebnisbericht im Mai 2019 vor. Mit Bürgermeister-Rundmail vom 26.6.2019 informierte die Geschäftsstelle über die insgesamt 13 Empfehlungen des Ergebnisberichts und bat die Mitgliedskommunen um eine Bewertung aus örtlicher Sicht. Die Auswertung dieser Umfrage wurde anschließend dem Präsidium des HSGB vorgelegt, das sich in seiner Sitzung am 4.12.2019 damit befasste. Im Ergebnis beauftragte das Präsidium die Geschäftsstelle, in einem an den zuständigen Minister zu richtenden Schreiben mitzuteilen, dass der Ergebnisbericht aus Sicht der kreisangehörigen Städte und Gemeinden fast vollständig als unbrauchbar abgelehnt wird und die bereits vorgetragenen Forderungen des Präsidiumsbeschlusses vom 29.8.2018 erneuert werden. Die Geschäftsstelle verfasste unter dem 16.12.2019 das beschlossene Schreiben. Ebenfalls am 16.12.2019 beschloss die Hessische Landesregierung den Entwurf einer 4. Änderung des LEP Hessen 2000 und seine Offenlage für die Beteiligung nach § 9 ROG in Verbindung mit § 4 HLPG bis zum 20.4.2020. Daraufhin fertigte die Geschäftsstelle auf der Grundlage der bisherigen Beschlüsse den Entwurf einer Stellungnahme, die zunächst vom zuständigen Fachausschuss in seiner Sitzung am 28.2.2020 beraten und ergänzt wurde und anschließend im Präsidium im Rahmen einer Telefonkonferenz am 2.4.2020 behandelt wurde. Im anschließenden Umlaufbeschluss stimmte das Präsidium der Stellungnahme zu und beauftragte die Geschäftsstelle zur fristgerechten Abgabe dieser Stellungnahme sowie zur Forderung einer allgemeinen Fristverlängerung, da auf Grund der pandemiebedingten Beschränkungen eine ordnungsgemäße Beratung in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen und damit eine fristwahrende Stellungnahme nicht mehr gewährleistet sei. Daraufhin wurde die öffentliche Auslegung des Verordnungsentwurfs bis zum 12.6.2020 und die Frist für Stellungnahmen bis zum 26.6.2020 verlängert. Über die Fristverlängerung informierte die Geschäftsstelle im Eildienst Nr. 5 vom 14.5.2020 (ED 99).

Die Stellungnahmen führten zu einer partiellen Überarbeitung des Verordnungsentwurfs, wobei die geänder-

ten Teile zum Gegenstand einer erneuten Beteiligung (sog. Teiloffenlage) erklärt wurden, die am 23.11.2020 begann. Da die Frist zur Stellungnahme bereits am 12.1.2021 endete, verfasste die Geschäftsstelle den Entwurf einer Stellungnahme, die mit E-Mail vom 8.12.2020 den Mitgliedern des zuständigen Fachausschusses zur Beratung übermittelt wurde und sodann am 21.12.2020 an die Landesregierung versandt wurde. Mit Sofort-Info vom 21.12.2020 erhielten auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unserer Mitgliedskommunen diese Stellungnahme. Schließlich billigte diese Stellungnahme das Präsidium in seiner Sitzung am 4.2.2021.

• *Teilregionalpläne Energie*

In der Planungsregion Südhessen wurde der sachliche Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) von der Regionalversammlung am 14.6.2019 und von der Verbandskammer des Regionalverbands FrankfurtRheinMain am 14.6.2019 beschlossen und von der Landesregierung am 10.2.2020 genehmigt, obwohl nach der Offenlage des Planentwurfs Änderungen vorgenommen wurden. Der TPEE 2019 enthält unbeplante Flächen (sogenannte „Weißflächen“), die im Rahmen einer 1. Änderung des TPEE 2019 entsprechend dem Plankonzept des TPEE 2019 entweder als Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie festgelegt oder dem Ausschlussraum zugeordnet werden sollen. Vom 13.10.2020 bis 14.12.2020 wurde der Entwurf der 1. Änderung des TPEE 2019 offengelegt. Bis zum 31.12.2020 konnten Stellungnahmen zu dem Änderungsentwurf eingereicht werden. Weil Mitgliedsstädte und -gemeinden von den geplanten Änderungen in unterschiedlicher Weise betroffen sind, wurde von der Geschäftsstelle keine Stellungnahme abgegeben.

In der Planungsregion Mittelhessen erfolgte im Jahre 2019 ein ergänzendes Verfahren mit einer erneuten Offenlegung in Bezug auf die fünf Vorranggebiete, die nach der zweiten Offenlegung des Entwurfs des Teilregionalplans Energie Mittelhessen geändert worden waren. Anschließend hat die Regionalversammlung Mittelhessen in ihrer Sitzung am 23.1.2020 den Entwurf des Teilregionalplans Energie Mittelhessen beschlossen, der von der Landesregierung am 29.6.2020 genehmigt und anschließend bekannt gemacht wurde.

In der Planungsregion Nordhessen wurde für den Teilregionalplan Energie ebenfalls ein ergänzendes Verfahren durchgeführt, nachdem der Hess. VGH in seinem Beschluss vom 25.1.2018 (Az.: 4 B 1535/17.N) feststellte, dass der Planentwurf nach der zweiten Offenlage geändert wurde, ohne erneut eine Offenlage der geänderten Teile durchzuführen (vgl. Tätigkeitsbericht 2016-2018, Seite 37). Diese erneute Offenlage wurde im Jahre 2019 durchgeführt. Anschließend hat die Regionalversammlung in ihrer Sitzung am 26.6.2020 den Teilregionalplan Energie Nordhessen beschlossen, der von der Landesregierung am 14.12.2020 genehmigt und anschließend bekannt gemacht wurde.

- **Pilotprojekt „Gemeindeübergreifender Flächennutzungsplan zur Steuerung der Windenergie im Odenwaldkreis“**

In enger Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Darmstadt haben die insgesamt zwölf Städte und Gemeinden des Odenwaldkreises einen gemeindeübergreifenden sachlichen Teilflächennutzungsplan zur Steuerung der Windenergie aufgestellt. Dennoch konnte dieser Flächennutzungsplan nach seiner Beschlussfassung nicht in Kraft gesetzt werden, weil der Antrag auf Genehmigung durch das Regierungspräsidium Darmstadt überraschend abgelehnt wurde. Begründet wurde die Ablehnung u.a. mit dem Argument, der im Landesentwicklungsplan seit 2013 als Zielbestimmung geregelte Mindestabstand von 1.000 m zu bestehenden und geplanten Siedlungsgebieten gelte nur für die Ausweisung von Vorranggebieten in den unmittelbar nachgeordneten Regionalplänen und finde keine Anwendung für die Konzentrationsflächenplanung in Flächennutzungsplänen. Gegen die ablehnende Entscheidung erhob die Geschäftsstelle im Auftrag der 12 Städte und Gemeinden des Odenwaldkreises Klage. Das VG Darmstadt folgte der Rechtsauffassung der Geschäftsstelle, hielt diesen Ablehnungsgrund für unzutreffend und ließ die Berufung wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtsfrage zu. In dem daraufhin vom Land Hessen initiierten Berufungsverfahren vertrat der Hess. VGH die Auffassung, der Verordnungsgeber des LEP habe zulässigerweise die Bindungswirkung des Mindestabstands auf die unmittelbar nachgeordneten Regionalpläne beschränken dürfen, so dass es ein Rechtsfehler gewesen sei, bei der Aufstellung des gemeindeübergreifenden Flächennutzungsplans von einem Mindestabstand von 1000 m zu bestehenden und geplanten Siedlungsgebieten auszugehen. Da das Urteil des Hess. VGH vom 26.8.2019 (4 A 2426/17) eine Revision nicht zuließ, legte die Geschäftsstelle im Auftrag der Odenwaldkreis-Kommunen Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision ein. Mit Beschluss vom 12.10.2020 ließ das BVerwG die Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache mit der Begründung zu, das Revisionsverfahren könne zur Klärung der Frage beitragen, ob Ziele der Raumordnung i.S.v. § 4 Abs. 1 ROG in ihrer Bindungswirkung auf bestimmte Planungsebenen beschränkt werden können. Vor dem Hintergrund, dass derartige Nichtzulassungsbeschwerden nur in seltenen Ausnahmefällen zur Zulassung der Revision führen, betrachtet es die Geschäftsstelle als außerordentlichen Erfolg, diese von Anfang an verneinte Rechtsfrage vom obersten Verwaltungsgericht in Leipzig einer abschließenden Klärung zuführen zu können.

- **Gewerbeflächenkonzept Mittelhessen**

Im Frühjahr 2018 hat das Regierungspräsidium Gießen einen Workshop „Grundlagen schaffen für die Erarbeitung eines Gewerbeflächenkonzeptes für Mittelhessen“ ins Leben gerufen mit dem Ziel, die künftigen Bedürfnisse der Wirtschaft sowie Anforderungen an künftige Gewerbeflächen zu eruieren und das bisherige Gewerbeflächenkonzept zu überprüfen und an veränderte Verhältnisse anzupassen. Neben dem Hessischen Städte- und Gemeindebund waren Vertreter der Industrie- und

Handelskammern, Handwerkskammern, der regionalen Wirtschaftsförderer, der HessenAgentur, des Regionalmanagements, des Wirtschaftsministeriums, der Regionalversammlung Mittelhessen und der Regionalplanung im RP Gießen anwesend.

In einer kleinen Arbeitsgruppe unter Federführung des Regierungspräsidiums wurden die Ergebnisse des Workshops vertieft und dienten im Folgenden als Grundlage für die Beauftragung eines externen Fachbüros, welches einen Entwurf für ein Gewerbeflächenkonzept erarbeitete. Dieser Prozess wurde von der Arbeitsgruppe unter Beteiligung eines Vertreters der Geschäftsstelle regelmäßig und intensiv begleitet.

Mit dem Gewerbeflächenkonzept werden folgende Ziele verfolgt:

- eine nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung in Mittelhessen sichern,
- Vollbeschäftigung, im Sinne eines ausreichenden Arbeitsplatzangebotes für die Menschen in Mittelhessen, erreichen,
- eine effiziente Flächennutzung gewährleisten,
- die Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten ermöglichen,
- eine Verteilungsgerechtigkeit bezüglich der gewerblichen Entwicklungen in der Region herstellen,
- bedarfsorientiert Flächen mit lokalem und regionalem Bezug für Unternehmenserweiterungen, Unternehmensverlagerungen und Unternehmensneuanordnungen ausweisen,
- die interkommunale Zusammenarbeit stärken,
- die zentralörtliche Einstufung beachten.

Zwischenzeitlich kommt das Gewerbeflächenkonzept im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Mittelhessen als fachliche Basis zur Anwendung.

Hinsichtlich der künftigen Planungsgebiete für Wohnen und Gewerbe erfolgte ein Abgleich der von Seiten der Kommunen im Rahmen der Gemeindebefragung vorgeschlagenen Flächen mit einheitlichen Eignungs- und Restriktionskriterien. In die Eignungskriterien für Gewerbeflächen flossen auch die im Gewerbeflächenkonzept für die Region Mittelhessen, erstellt durch die Prognos AG, benannten Standortanforderungen für größere Gewerbegebiete ein. Ergebnisse von bisherigen Zielabweichungsverfahren wurden ebenfalls einbezogen. Diese potentiellen Planungsflächen wurden außerdem den bisher vorliegenden Erkenntnissen zu Bedarfen gegenübergestellt. Zur Festlegung der künftigen Vorranggebiete Industrie und Gewerbe Planung fließen die im Rahmen des Gewerbeflächenkonzeptes für die Region Mittelhessen ermittelten Flächenbedarfe ein. Dabei sollen möglichst Alternativen eröffnet werden, wenn einzelne Planungsflächen mittelfristig nicht umsetzbar sind. Die daraus resultierende Flächenkulisse setzt sich aus potentiellen Vorranggebieten Siedlung Planung, Vorranggebieten Industrie und Gewerbe Planung sowie kleinen Flächen an Ortsrändern für die Eigenentwicklung, für die eventuelle Vorränge für Landwirtschaft bzw. den Regionalen Grünzug zurückgestellt werden sollen, zusammen.

• **Allianz für Wohnen in Hessen**

Ziel der bereits seit Sommer 2015 bestehenden „Allianz für Wohnen in Hessen“ ist die Verständigung auf ein koordiniertes Handeln der Bündnispartner zur zügigen Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum in den hessischen Städten und Gemeinden. Über den Sachstand des noch im Jahr 2018 beschlossenen 12-Punkte-Programms mit der Überschrift „Bezahlbaren Wohnraum schaffen – bestehenden sichern“ wurde in den Sitzungen des Plenums der Bündnispartner am 13.11.2019, am 10.6.2020 und am 23.10.2020 fortlaufend berichtet. Außerdem wurde die Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und gemeinschaftlichen Wohnens novelliert und die Richtlinie des Landes Hessen zum Erwerb von Belegungsrechten herausgegeben. Schließlich befasste sich das Plenum mit den Entwicklungen der im Herbst 2019 gestarteten Landesinitiative Großer Frankfurter Bogen (GFB), die die Partner-Kommunen in der Rhein-Main-Region dabei unterstützt, in der Nähe von ÖPNV-Haltestellen mehr bezahlbare Wohnungen in neuen Quartieren zu entwickeln.

• **Landesinitiative Baukultur in Hessen**

Als Mitinitiator beteiligt sich der Hessische Städte- und Gemeindebund aktiv an der unter der Schirmherrschaft des Hessischen Ministerpräsidenten stehenden Landesinitiative Baukultur in Hessen. Die Landesinitiative strebt seit ihrer Gründung im Jahr 2007 eine Förderung der öffentlichen Diskussion über die Qualität unserer gebauten Umwelt an. Baukultur ist mehr als nur die Gestaltung einzelner Gebäude. Vielmehr geht es um das Gesicht unserer Städte und Dörfer. Straßen, Wege, Plätze, Parks, Grünanlagen, Brücken und Gebäude haben eine soziale, funktionale, ästhetische und ökologische Bedeutung. In einem in der Reihe „Zusammen gebaut“ im Jahre 2019 durchgeführten Landeswettbewerb wurden beispielhafte Projekte aus den ländlichen Räumen in Hessen gesucht, die mit dem baulichen Bestand sorgsam umgehen, die bauliche Struktur der kleinen Städte und Gemeinden sinnvoll ergänzen, demografische Entwicklungen berücksichtigen sowie einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Ortes und zum Klimaschutz leisten. Der Begriff Baukultur umschreibt dabei nicht nur das gute bauliche Ergebnis, sondern auch die Prozesse und Kooperationen, die zu seiner Entstehung führen. Die Jury, der auch ein Vertreter der Geschäftsstelle angehörte, zeichnete von den insgesamt 41 Teilnehmern am Landeswettbewerb zwei Projekte mit einem ersten Preis (je 3.000 Euro) aus: Den Bauherren der Alten Schmiede in Kalbach-Uttrichshausen gelang eine vorbildliche Sanierung eines Fachwerkensembles an zentraler Stelle im Ort. Ein weiterer erster Preis wird der Gemeinde Niederbrechen verliehen, die durch eine aktive Liegenschaftspolitik die sukzessive Wiederbelebung und Sanierung der Ortsmitte ermöglicht. Der zweite Preis (2.000 Euro) geht für die denkmalgerechte Sanierung eines historischen ortsbildprägenden Dreiseithofes mit Ferienwohnungen an den Amanahof in Amöneburg. Der dritte Preis (1.500 Euro) wird für eine behutsame Sanierung eines historischen Fachwerkhauses zum Musterhaus für modernes Wohnen in Wanfried verliehen. Das Projekt

Ortsmitte Philippssthal erhält eine Anerkennung (500 Euro) für eine attraktive Freiraumgestaltung mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten.

7. Bauplanungsrecht

• **Bauplanungsrecht**

Ab Mitte März 2020 waren infolge der Corona-Beschränkungen viele Rathäuser vollständig gesperrt oder für den Publikumsverkehr nur beschränkt zugänglich. Dies führte in der Praxis zu zahlreichen Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung von Bauleitplanverfahren, insbesondere zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Diese Fragen hat die Geschäftsstelle mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen diskutiert, was im Ergebnis zur Erarbeitung der mit der Geschäftsstelle abgestimmten „Hinweise zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie“ durch das HMWEVW geführt hat, die u.a. im Eildienst Nr. 4 vom 16.4.2020 (ED 76) veröffentlicht wurden.

Da die Frage einer rechtssicheren Öffentlichkeitsbeteiligung bundesweite Relevanz aufweist, wollte das zuständige Bundesministerium zunächst in § 246 c BauGB eine „Sonderregelung für die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge der COVID-19-Pandemie und Überleitungsvorschrift“ einfügen. Vor dem Hintergrund, dass es auch jenseits des BauGB Planaufstellungsverfahren gibt, die eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorschreiben, wurde der Gedanke einer singulären Sonderregelung im BauGB zu Gunsten eines Gesetzentwurfs zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz) aufgegeben. Auch zu diesem Gesetzentwurf nahm die Geschäftsstelle innerhalb kürzester Fristen gegenüber dem DStGB Stellung und regte einige Änderungen an. Nach Beschlussfassung in Bundestag und Bundesrat wurde dieses Gesetz am 20.5.2020 ausgefertigt und trat bereits am 29.5.2020 in Kraft. Daraufhin aktualisierte das HMWEVW seine „Hinweise zu Beteiligungsverfahren in der Bauleitplanung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie“ unter aktiver Mitwirkung der Geschäftsstelle. Hierüber informierte die Geschäftsstelle alle Mitgliedskommunen im Eildienst Nr. 8 vom 30.7.2020 (ED 188).

Die ursprünglich bis zum 31.3.2021 befristeten Sonderregelungen wurden inzwischen bis zum 31.12.2022 verlängert. Unserer Forderung, die Befristung ersatzlos zu streichen, wurde bislang nicht entsprochen.

• **Baulandmobilisierungsgesetz**

Auf Grund des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD vom 12.3.2018 sollen Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und zur Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützt werden. Hierzu strebt die Bundesregierung an, aufbauend auf den Empfehlungen und auf

Grundlage der Beratungen in der Kommission für „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ (Baulandkommission) das Bauplanungsrecht weiter zu verbessern. Hierzu wurde durch das zuständige Bundesministerium des Innern, für Bauen und Heimat am 9.6.2020 ein erster Referentenentwurf für ein Gesetz zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz) vorgelegt. Danach sollen wesentliche Regelungsinhalte sein:

- a) die Einführung eines neuen Bebauungsplantyps für den Wohnungsbau,
- b) die Erweiterung der Befreiungsmöglichkeiten und Erleichterungen für das Bauen im Innen- und Außenbereich und
- c) die Schaffung einer Grundlage für Konzepte der Innenentwicklung, insbesondere zur leichten Anwendung von Baugeboten und die Erweiterung der Vorkaufsrechte der Gemeinden.
- d) In der Baunutzungsverordnung soll die neue Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt und die Obergrenzen, die bisher für Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung galten, als Orientierungswerte ausgestaltet werden, um mehr Flexibilität bei der Ausweisung, insbesondere von Flächen für den Wohnungsbau im Hinblick auf die Bebauungsdichte zu erreichen.
- e) Schließlich sollen mit dem Gesetzentwurf einzelne städtebauliche Anliegen aufgegriffen werden. Dazu gehören auch Klarstellungen, die die Bedeutung grüner Infrastruktur in Städten und Gemeinden, insbesondere für den Klimaschutz und die Klimaanpassung, hervorheben.

In einer Stellungnahme der Geschäftsstelle vom 25.6.2020 haben wir gegenüber dem DStGB die beabsichtigten Neuregelungen begrüßt und weitergehende Änderungswünsche formuliert, die in die Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vom 3.7.2020 eingeflossen sind. In seiner Sitzung am 4.11.2020 hat das Bundeskabinett den Regierungsentwurf beschlossen und in das parlamentarische Verfahren eingebracht. In seiner ersten Lesung am 28.1.2021 verwies der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf an den zuständigen Bauausschuss, der in seiner Sitzung am 22.2.2021 eine Expertenanhörung durchführte. In dieser Expertenanhörung wurde im Wesentlichen kritisiert, die geplanten Änderungen des BauGB seien unzureichend für eine nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik. Auch vor dem Hintergrund zahlreicher Änderungsanträge einzelner Bundesländer ist derzeit nicht absehbar, ob und mit welchen konkreten Änderungen das Baulandmobilisierungsgesetz noch rechtzeitig vor Ablauf der Legislaturperiode in Kraft treten wird.

- **Entwurf für ein Gesetz über die Bereitstellung offener Geobasisdaten, die Kosten der Gutachterausschüsse für Immobilienwerte und zur Änderung weiterer Vorschriften auf dem Gebiet der Immobilienwertermittlung und des Vermessungswesens**

Mit dem Entwurf für ein Gesetz über die Bereitstellung offener Geobasisdaten, die Kosten der Gutachterausschüsse für Immobilienwerte und zur Änderung weiterer Vorschriften auf dem Gebiet der Immobilienwertermittlung und des Vermessungswesens

schüsse für Immobilienwerte und zur Änderung weiterer Vorschriften auf dem Gebiet der Immobilienwertermittlung und des Vermessungswesens sollten u.a. die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Geobasisdaten der Kataster- und Vermessungsbehörden sowie die Bodenrichtwerte der Gutachterausschüsse für Immobilienwerte ab dem 1. Februar 2022 entsprechend den Open-Data-Grundsätzen von der Allgemeinheit kostenfrei bezogen und uneingeschränkt genutzt werden können, soweit datenschutzrechtliche Bestimmungen, vertragliche oder gesetzliche Rechte Dritter dem nicht entgegenstehen. Damit soll u.a. die wirtschaftliche Entwicklung angeregt, Innovationen ermöglicht und die Digitalisierung in Wirtschaft und Verwaltung beschleunigt werden.

Die Geschäftsstelle hat den Gesetzentwurf grundsätzlich begrüßt, da die Verfügbarkeit von Daten zunehmend auch zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor und Daten zu einem Teil der modernen Infrastruktur werden. Begrüßt wurde auch, dass der Gesetzentwurf einer langjährigen Forderung unseres Verbandes, nämlich dem Wegfall der Kostenpflicht für die Nutzung der Geobasisdaten der Kataster- und Vermessungsbehörden und der Daten der Gutachterausschüsse für Immobilienwerte durch die hessischen Gemeinden und Gemeindeverbände für die Erfüllung ihrer Verwaltungsaufgaben, nachkam. Gleichwohl mussten zu dem Gesetzentwurf auch zwei Punkte mit folgenden Worten kritisch angemerkt werden:

„1.

Bereits im Jahr 2015 haben wir Ihr Haus darauf hingewiesen, dass der Begriff der Geodaten eine in elektronischer Form „vorliegende“ Geoinformation voraussetzt. Erst mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt vom 04. Mai 2017 wurde in § 10 a Abs. 2 BauGB geregelt, dass in Kraft getretene Bebauungspläne mit Begründung und zusammenfassender Erklärung „ergänzend auch in das Internet eingestellt und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich gemacht werden sollen“. Diese Regelung lässt den Kommunen ausdrücklich einen Ermessensspielraum („sollen“), um keine Betroffenheit nach Art. 4 Abs. 6 der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodaten-Infrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) auszulösen (vgl. BT-Drucks. 18/10942, S. 44). Somit bleibt zu konstatieren, dass bis zum heutigen Tage keine zwingende Verpflichtung besteht, Bebauungspläne in elektronischer Form vorzuhalten. Selbstverständlich entspricht es der gängigen Praxis, dass seit geraumer Zeit Bebauungspläne, Begründung und zusammenfassende Erklärung von Städten und Gemeinden digital vorgehalten werden. Gleichwohl halten wir es für geboten, zumindest in der Gesetzesbegründung klarstellend zu erwähnen, dass auch aus dem hier vorliegenden Gesetzentwurf keine Pflicht zur Digitalisierung von nicht in elektronischer Form vorliegenden Bebauungsplänen, vor allem der Bebauungspläne vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt vom 04. Mai 2017, resultiert.

2.

§ 16 Abs. 5 des Gesetzentwurfs enthält folgende beachtliche Regelung:

„Der Zugang der Öffentlichkeit zu den Geobasisdaten, den zugehörigen Metadaten und den Dokumenten, die dem Nachweis der Geobasisdaten zugrunde liegen, kann beschränkt oder versagt werden, wenn dieser Zugang nachteilige Auswirkungen auf

1. die internationalen Beziehungen,
2. die Verteidigung oder
3. bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit hätte, es sei denn, das öffentliche Interesse an dem Zugang überwiegt die nachteiligen Auswirkungen.“

In der Gesetzesbegründung wird hierzu Folgendes ausgeführt:

„Von Relevanz sind insbesondere die bedeutsamen Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit. Das sind insbesondere solche Daten, die Rückschlüsse auf sicherheitsrelevante Infrastrukturen erlauben. Je nach den Umständen des Einzelfalles könnte dies z.B. den Standort von Kraftwerken, Tanklagern oder aber von bedeutenden Trinkwasserspeichern betreffen.

Die Ausnahmetatbestände sind eng auszulegen, um das Regel-Ausnahme-Verhältnis von Zugangsanspruch und Ausnahmetatbestand nicht in sein Gegenteil zu verkehren. Der Europäische Gerichtshof verlangt für einen Ausnahmetatbestand zur Abwehr von Gefahren eine schwere tatsächliche Gefährdung der Grundinteressen der Gesellschaft (C 54/99 im Zusammenhang mit dem freien Warenverkehr). Grundinteresse der Gesellschaft sind das Leben und die körperliche Unversehrtheit; diese hat der Staat zu schützen. Eine tatsächliche Gefahr besteht, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ein Schaden für die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit eintritt. Hierfür muss auf konkreter Tatsachenbasis eine Prognose erstellt werden; vage Anhaltspunkte reichen für die Annahme einer konkreten Gefahr nicht aus. Bei Gefahr besonders großer Schäden sind an die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts geringere Anforderungen zu stellen.

Gerade die Bestandteile der leitungsgebundenen Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung gehören unseres Erachtens zu den sog. kritischen Infrastrukturen. Kritische Infrastrukturen sind nach der gängigen Definition Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Vor diesem Hintergrund wenden wir uns vehement dagegen, dass in der Gesetzesbegründung primär auf das Bestehen einer tatsächlichen Gefahr abgestellt wird. Denn die Tatsache, dass es grundsätzlich möglich ist, durch kriminelle Handlungen Schäden an beispielsweise Wasserversorgungsanlagen zu verursachen, ist bereits seit Jahrzehnten bekannt. In der Vergangenheit gab es bereits eine Vielzahl von Androhungen terroristischer Anschläge mithilfe von biologischen oder chemischen Stoffen. So plante beispielsweise Ende der 70er Jahre die Rote-Armee-Fraktion (RAF), die Wasserversor-

gung von 20 deutschen Städten zu verseuchen, falls ihr Ansinnen – die Freilassung einiger inhaftierter Terroristen – nicht erfüllt würde. In Deutschland sind in der Vergangenheit zwei Fälle der (versuchten) Trinkwasserkontamination bekannt geworden. Im Jahr 2003 wurde die Vergiftung des Trinkwassers der Stadt Einbeck angedroht. Bevor der Täter den Anschlag durchführen konnte, wurde er jedoch überführt und die Polizei stellte bei ihm 54 kg Kaliumcyanid sicher. Im Herbst 2005 wurden vier Behälter mit dem Unkrautbekämpfungsmittel Atrazin in den Bodensee in die Nähe der Rohwasserentnahmestelle des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung eingebracht. Das Trinkwasser wurde hierdurch jedoch nicht kontaminiert, folglich waren auch keinerlei Schädigungen der menschlichen Gesundheit zu befürchten.

Daher sollten unseres Erachtens kritische Infrastrukturen i.S.v. § 2 Abs. 10 des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz) in Verbindung mit der hierzu ergangenen Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-KritisV) – unabhängig vom Erreichen der Schwellenwerte, da die Schutzwürdigkeit nicht von der Größe der Versorger abhängt – per se unter den Ausnahmetatbestand fallen. Andernfalls läge ein eklatanter Verstoß gegen den Schutzgedanken des BSI-Gesetzes vor. Hiernach werden die Betreiber kritischer Infrastrukturen verpflichtet aufwändige und teure Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die „in der analogen Welt“ dadurch konterkariert werden, dass Informationen über die Belegenheit dieser Einrichtungen für jedermann zugänglich gemacht werden und hierdurch neue Risiken geschaffen werden.

Wasserversorgungen sind über weite Strecken offene Systeme mit mehr oder weniger zentralistisch organisierten Strukturen, wie z.B. Wasserfassungen und Förderanlagen, Aufbereitungsanlagen, Reservoirs sowie Versorgungsleitungen. In Abhängigkeit von technisch-infrastrukturellen Voraussetzungen, Aufbereitungs- und Desinfektionsverfahren, aber auch Überwachungsmaßnahmen, ist ein Wasserversorgungssystem in unterschiedlichem Maße gefährdet. So sind kleine Wasserversorgungssysteme ohne Aufbereitungs- oder Desinfektionsverfahren, wie sie in Deutschland häufig anzutreffen sind, aufgrund des Fehlens dieser Barrieren weniger gut geschützt (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Sicherheit der Trinkwasserversorgung – Teil 1: Risikoanalyse, S. 27 ff.).

Vor diesem Hintergrund kann es – anders als in der Gesetzesbegründung ausgeführt – keinesfalls darauf ankommen, ob es sich beispielsweise um „bedeutende“ Trinkwasserspeicher handelt. Gerade im Bereich der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung ist potentiell stets mit besonders weitreichenden Schäden für die Bevölkerung zu rechnen. Dementsprechend kann auch nicht mit den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs zur Gefahrenschwelle im Zusammenhang mit dem freien Warenverkehr argumentiert werden. Wir fordern daher ausdrücklich, den Gesetzentwurf und die Begründung unter Beachtung der besonderen Bedeutung der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sowie den besonders weitreichenden Folgen von kriminellen Hand-

lungen in diesem Bereich zu überarbeiten. Jegliche kritischen Infrastrukturen sollten unseres Erachtens – zumindest an Stellen an denen Einträge oder Beeinträchtigungen stattfinden könnten - regelhaft unter den Ausnahmetatbestand des § 16 Abs. 5 fallen, da hier stets bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit – Leib, Leben und Gesundheit der Bürger – tangiert sein könnten. Dies gilt erst recht, wenn – wie in Hessen häufig der Fall – keine relevanten Redundanzen im Trinkwasserversorgungsnetz vorhanden sind. Wir fordern weiter – sollte keine regelhafte Ausnahme der Betreiber kritischer Infrastrukturen stattfinden - die Definition von konkreten und praktikablen Kriterien, ab wann und in welchen Fällen der Ausnahmetatbestand erfüllt ist, um die jeweiligen Träger der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung von dieser schwierigen rechtlichen Prüfung zu entlasten.

Abschließend bitten wir ebenso höflich wie nachdrücklich darum, den Gesetzentwurf im oben dargestellten Sinne zu überarbeiten, um Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung auszuschließen.“

- **Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE)**

Bereits seit Ende 2005 besteht in Hessen mit dem Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE) eine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung sog. „Business Improvement Districts“ (BID) durch Einzelhändler und Hauseigentümer. Weil sich das Gesetz grundsätzlich bewährt hat, fand am 16.9.2019 in Wiesbaden ein Erfahrungsaustausch statt, an dem auch ein Vertreter der Geschäftsstelle teilnahm. Im Vorfeld einer weiteren Verlängerung sollte im Rahmen der Evaluierung befristeter Rechtsvorschriften über notwendige Änderungen gesprochen werden. In ihrer Stellungnahme vom 22.5.2020 begrüßte die Geschäftsstelle sowohl die vorgesehenen Änderungen zur Berechnungsgrundlage der Abgabe als auch die beabsichtigte Verlängerung der Geltungsdauer dieses Gesetzes und regte an, die bisherige Befristung ersatzlos zu streichen. Dennoch sah der von der Landesregierung am 19.10.2020 gebilligte und festgestellte Gesetzentwurf eine Befristung bis zum 31.12.2027 vor. Im Rahmen einer schriftlichen Anhörung durch den Landtags-Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen wiederholte die Geschäftsstelle mit Stellungnahme vom 17.12.2020 ihre Forderung einer Entfristung. Unter Beibehaltung der Befristung trat das am 4.2.2021 verkündete Änderungs-gesetz am 12.2.2021 in Kraft.

- **Normenkontrollverfahren**

Neue Normenkontrollanträge gegen städtebauliche Satzungen mit grundsätzlicher Bedeutung haben im Berichtszeitraum die Kapazitäten der Geschäftsstelle in ganz erheblichem Umfang gebunden. Diese Normenkontrollanträge richten sich sowohl gegen Bebauungspläne und sonstige städtebauliche Satzungen als auch gegen Flächennutzungspläne zur Steuerung der Windenergienutzung. Obwohl Flächennutzungspläne nicht als Satzung beschlossen werden und deshalb keine

Norm im Rechtssinne darstellen, hat ihre Steuerungswirkung für bestimmte privilegierte Vorhaben im Außenbereich einen normähnlichen Charakter mit der Folge, dass die Normenkontrollsenate des VGH Kassel entsprechende Überprüfungsanträge als statthaft ansehen.

- **Güterichterverfahren**

Insbesondere in den Normenkontrollverfahren verzeichnet die Geschäftsstelle besondere Erfolge mit dem seit 2013 in allen Gerichtsbarkeiten eingeführten Güterichterverfahren, dessen Ziel eine konsensuale Lösung des Konflikts ist, der sich nicht zwingend auf den Streitgegenstand beschränkt.

- **Ansprüche auf Erschließung**

Die bauplanungsrechtliche Erschließung ist Aufgabe der Gemeinde, auf die der einzelne Grundstückseigentümer jedoch grundsätzlich keinen durchsetzbaren Rechtsanspruch hat. Auf Grund der Rechtsprechung gibt es allerdings Fallkonstellationen, in denen ausnahmsweise ein Erschließungsanspruch geltend gemacht werden kann. Mit derartigen Forderungen werden die Mitgliedskommunen immer wieder konfrontiert, die dann eine sorgfältige Einzelfallprüfung erfordern.

- **Prüfung städtebaulicher Verträge**

Einen besonderen Beratungsschwerpunkt stellten auch die Entwürfe städtebaulicher Verträge dar, die im Vorfeld der Aufstellung von Bauleitplänen mit Grundstückseigentümern abgeschlossen werden sollen. Dabei geht es nicht nur um die Übernahme von Kosten für die Aufstellung der Bauleitpläne, sondern vor allem auch um Folgekostenregelungen. Der Beratungsaufwand für den Abschluss rechtswirksamer vertraglicher Regelungen ist ganz erheblich.

- **Novellierung Muster-Hauptsatzung**

Im Zuge der Überarbeitung der HSGB-Muster-Hauptsatzung anlässlich der am 14.3.2021 erfolgten Kommunalwahl fügte die Geschäftsstelle im Abschnitt Bekanntmachungsrecht einen eigenständigen Absatz zur Öffentlichkeitsbeteiligung zu den Entwürfen der Bauleitpläne ein, weil die Regelungen der Bekanntmachungsverordnung eine diesbezügliche Ergänzung notwendig machen.

8. Bauordnungsrecht

- **HBO-Novelle 2018**

Mit der bereits am 7.7.2018 in Kraft getretenen HBO-Novelle 2018 wurde u.a. die Zuständigkeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden für Entscheidungen

über isolierte Abweichungsentscheidungen geregelt. Die Geschäftsstelle wurde daraufhin mit einer Vielzahl von Einzelanfragen konfrontiert. Dieser erhebliche Beratungsbedarf betraf u.a. die Frage, auf welcher Grundlage Verwaltungskosten für die isolierte Abweichungsentscheidung berechnet werden dürfen. Weder dem Gesetzestext noch der Gesetzesbegründung lassen sich Aussagen darüber entnehmen, ob es sich bei der Neuregelung des § 73 Abs. 4 HBO um eine Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis oder um eine Selbstverwaltungsaufgabe handelt. Deshalb wandte sich die Geschäftsstelle an das zuständige Ministerium mit der Bitte um Klärung dieser Rechtsfrage. Mit Schreiben vom 31.10.2018 teilte das HMWVEL mit, dass man in Abstimmung mit dem Innenministerium der Auffassung sei, dass es sich bei der Entscheidung nach § 73 Abs. 4 HBO nicht um eine Selbstverwaltungsaufgabe handele, sondern um eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises. Diese Ansicht stützt das Ministerium im Wesentlichen darauf, dass die isolierte Abweichungsentscheidung bisher als Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung in den Aufgabenbereich der Unteren Bauaufsichtsbehörden fiel und nun lediglich eine Verlagerung der Zuständigkeit auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden erfolgt sei. Mit Eildienst Nr. 13 vom 6.12.2018 (ED 181) wurde dennoch empfohlen, vorsorglich die jeweilige Verwaltungskostensatzung um einen an der Verwaltungskostenordnung des HMWVEL orientierten Gebührentatbestand zu ergänzen, weil nicht auszuschließen ist, dass ein Verwaltungsgericht die Auffassung der Geschäftsstelle hinsichtlich einer Selbstverwaltungsaufgabe teilt.

• **Stellplatzsatzung**

Die Änderungen in § 52 HBO 2018 machten eine grundlegende Überarbeitung der Muster-Stellplatzsatzung erforderlich. Hierzu hat sich im September 2018 eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Hess. Städtetages und der Geschäftsstelle konstituiert, die bereits im Dezember 2018 ihr Arbeitsergebnis als Muster-Stellplatzsatzung bekannt gab. Obwohl die Neufassung ausführlich erläutert wurde, gab es auch nach Bekanntgabe der Muster-Stellplatzsatzung (Sonder-Eildienst Nr. 14 vom 6.12.2018, ED 182) erheblichen Beratungsbedarf zu einzelnen Regelungen. Auch deshalb wurde die Neufassung der Muster-Stellplatzsatzung in den Lehrgängen im Rahmen des Freiherr-vom-Stein-Instituts ausführlich behandelt.

• **Fahrradabstellplatz-Verordnung**

Die Fahrradabstellplatzverordnung (FStellpIV) vom 14.05.2020 trat gemäß § 5 der Verordnung am 1.11.2020 in Kraft. Auf Grundlage des § 89 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HBO (2018) enthält die Rechtsverordnung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Bestimmungen über die Anzahl, die Lage, die Größe sowie die Beschaffenheit und Gestaltung der notwendigen Abstellplätze für Fahrräder. In § 1 Abs. 1 FStellpIV richtet sich die Zahl der notwendigen Abstellplätze für Fahrräder – soweit durch Satzung der Gemeinde keine abweichende Regelung nach § 52 Abs. 5

Satz 4 HBO getroffen wurde – nach der Anlage der Verordnung. Vergleichbare Regelungen finden sich in den §§ 2 bis 4 FStellpIV nicht. Deshalb wurde die Geschäftsstelle daraufhin vermehrt mit Anfragen konfrontiert, ob die Gemeinden nun lediglich die Möglichkeit hätten, die Anzahl der notwendigen Abstellplätze abweichend von der FStellpIV zu regeln, während sich ihre Lage, Größe, Beschaffenheit und Gestaltung zwingend nach den Bestimmungen der Verordnung zu richten hätten. Diese Frage hat die Geschäftsstelle in Abstimmung mit dem zuständigen Ministerium eindeutig geklärt: Die im Landesgesetz umfassend geregelte Abweichungskompetenz der Gemeinden hat Vorrang. Mit Eildienst Nr. 10 vom 18.9.2020 (ED 233) hat die Geschäftsstelle die Rechtslage erläutert.

• **Gestaltungssatzung, Werbeanlagen**

Nicht nur im Ballungsraum, sondern vor allem auch in den ländlichen Regionen versuchen überregionale Firmen Fremdwerbeanlagen im sog. Euroformat zu platzieren. Dieser Tendenz versuchen Mitgliedskommunen mit Gestaltungs- bzw. Werbeanlagensatzungen zu begegnen, um die Fremdwerbung in geordnete Bahnen zu lenken. Mustersatzungsregelungen sind in diesem Bereich nicht möglich, weil es stets um örtliche Besonderheiten geht. Deshalb besteht bei den Mitgliedskommunen ein zunehmender Beratungsbedarf, der mit einer Zunahme von Verwaltungsstreitverfahren einhergeht.

• **Löschwasserversorgung**

Im Rahmen der Novelle der Hessischen Bauordnung (HBO) im Jahr 2018 wurde § 38 Abs. 1 und 2 HBO in der bis zum 07.07.2018 geltenden Fassung ersatzlos gestrichen. Dieser regelte hinsichtlich der Wasserversorgungsanlagen Folgendes:

„Gebäude mit Aufenthaltsräumen dürfen nur errichtet werden, wenn die Versorgung mit Trinkwasser dauernd gesichert ist - das gilt nicht für Wochenendhäuser“ und „Zur Brandbekämpfung muss für Gebäude nach Abs. 1 und für Ställe eine ausreichende Wassermenge zur Verfügung stehen.“

Mit dieser neuen Rechtslage befasste sich der Hessische Verwaltungsgerichtshof erstmals in seinem Beschluss vom 7. August 2019 – 4 A 410/19 – (veröffentlicht in: HSGZ 2020, 66-67). Der Beschluss sorgte für erhebliche Verunsicherung in der kommunalen Praxis. Zwar betraf der entschiedene Fall lediglich die Rechtslage bei einem bereits seit langer Zeit existierenden Außenbereichsvorhaben, nicht dagegen den Fall, dass sich im Rahmen eines konkreten Baugenehmigungsverfahrens herausstellt, dass für die konkrete zur Genehmigung anstehende bauliche Anlage auf dem Baugrundstück nicht die erforderliche Menge an Löschwasser vorhanden ist. Allerdings war die Begründung des Beschlusses so allgemein formuliert, dass sie so verstanden werden könnte, dass ausschließlich Städte und Gemeinden bei bereits existierenden, aber auch bei geplanten, baulichen Anlagen zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung verpflichtet seien. Über die Problematik hat die Geschäftsstelle im

Eildienst Nr. 2 vom 20.02.2020 (ED 30) informiert. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesetzesbegründung zur HBO Novelle 2018 ausdrücklich ausgeführt wird, dass es

„einer gesonderten Regelung mit dem Inhalt, dass zur Brandbekämpfung eine ausreichende Wassermenge zur Verfügung stehen muss (§ 38 Abs. 2 HBO a. F.), es mit Rücksicht auf die Grundanforderung des § 14 Abs. 1 HBO nicht bedarf, da wirksame Löschmaßnahmen die ausreichende Löschwasserversorgung voraussetzt“

hat die Geschäftsstelle die Landesregierung um Klarstellung und ggf. um Berücksichtigung bei künftigen Änderungen der HBO gebeten.

9. Denkmalschutzrecht

• **Denkmalverzeichnis**

Im vorherigen Berichtszeitraum war von mehreren Mitgliedsgemeinden die Beschwerde an die Geschäftsstelle herangetragen worden, dass das Landesamt für Denkmalpflege Städte und Gemeinden im Vogelsbergkreis aufgefordert habe, im Wege der „Amtshilfe“ Namen und Adressen der Eigentümer von Kulturdenkmälern zu ermitteln, um diese über die Erfassung zu unterrichten (vgl. § 11 Abs. 1 S. 2 HDSchG in der damals geltenden Fassung). Die Geschäftsstelle hat das Landesamt für Denkmalpflege mit Schreiben vom 2. Januar 2017 mit folgenden Worten darüber informiert, dass keinerlei Verpflichtung der Städte und Gemeinden zu Hilfeleistung in diesem Bereich besteht:

„Zur Übertragung des Eigentums an einem Grundstück ist die Einigung des Berechtigten und des anderen Teils über den Eintritt der Rechtsänderung und die Eintragung der Rechtsänderung in das Grundbuch erforderlich, soweit nicht das Gesetz etwas anderes vorschreibt. Mithin sind die Eintragungen im Grundbuch mit „öffentlichem Glauben“ versehen, das heißt der widerleglichen Vermutung ihrer Richtigkeit.

Demgegenüber führen Gemeinden keine Register über die Eigentümer von Grundstücken. Das Melderegister bezieht sich nur auf die Frage, wo ein Bürger seinen Wohnsitz nimmt.

Im Ergebnis können die von Ihnen gewünschten Informationen daher nur über eine Abfrage der zuständigen Grundbuchämter erreicht werden. Es ist auch nicht ersichtlich, dass Städte und Gemeinden diese Informationen leichter als das Landesamt erlangen könnten.

Vielmehr ermöglicht § 133 der Grundbuchordnung gerade Behörden – also auch dem Landesamt – die Einrichtung eines automatisierten Verfahrens, das die Übermittlung der Daten aus dem maschinell geführten Grundbuch durch Abruf zum Gegenstand hat.

Da die gewünschte „Amtshilfe“ Städten und Gemeinden zum einen weder rechtlich möglich ist (vgl. § 5 Abs. 2

Nr. 1 HVwVfG), zum anderen die Hilfe wesentlich einfacher und mit wesentlich geringerem Aufwand erlangt werden kann (vgl. § 5 Abs. 3 Nr. 1 HVwVfG), besteht diesbezüglich keine Hilfspflicht.“

Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) kam unter dem 1. September 2020 auf die Thematik zurück. Aufgrund der Pandemiebedingungen fand eine Besprechung im Rahmen einer Telefonkonferenz statt. Hierbei teilte das HMWK mit, dass die Grundbuchämter nur unzureichende Datensätze vorhalten würden, so dass dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen (LfDH) mit Hilfe dieser Daten gerade keine Unterrichtung der Denkmaleigentümer möglich sei. Lediglich die Namen der Eigentümer ließen sich aus den Daten der Grundbuchämter stets herauslesen. Adressdaten seien nur fragmentarisch vorhanden, da dort insbesondere keine aktuellen Adressdaten vorgehalten würden, sondern diese stets auf den Zeitpunkt des Veräußerungsvorgangs bezogen seien. Umzüge oder Ähnliches würden im Grundbuch nicht abgebildet. Das HMWK sowie das LfDH vertreten die Auffassung – die die Geschäftsstelle teilt –, dass ein direktes Anschreiben der Denkmaleigentümer in „Papierform“ das geeignete und eigentümerfreundliche Informations- bzw. „Unterrichtungs“medium ist. In der Telefonkonferenz bestand zwischen der Geschäftsstelle und dem HMWK Einigkeit darüber, dass die Daten auf der Grundlage von § 31 Abs. 3 der Abgabenordnung weitergegeben werden dürfen. Die Geschäftsstelle hat nachdrücklich auf den bei Städten und Gemeinden entstehenden Aufwand durch die gewünschte Datenweitergabe hingewiesen. Im Übrigen steht eine abschließende Klärung jedoch wegen divergierender Rechtsauffassungen derzeit noch aus. Nach den Osterferien wird eine weitere Besprechung zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem HMWK stattfinden.

10. Umweltrecht und Klimaschutz

• **Allgemeiner Umweltschutz**

Praxisleitfaden: Erstellung kommunaler Satzungen zum Klimawandel und Klimaanpassung im Siedlungsbereich mit Formulierungsbeispielen

Klimawandel und Klimaanpassung sind seit geraumer Zeit zentrale Themen in Städten und Gemeinden. Bei der Suche nach Lösungen sind Städte und Gemeinden häufig überaus innovativ und kreativ. Es ist jedoch festzustellen, dass mit der Umsetzung ganz erhebliche rechtliche Schwierigkeiten und Unsicherheiten einhergehen. Aus diesem Grund hat sich auf Betreiben des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie eine Facharbeitsgruppe mit dem Ziel gegründet einen „Praxisleitfaden: Erstellung kommunaler Satzungen zum Klimawandel und Klimaanpassung im Siedlungsbereich mit Formulierungsbeispielen“ zu erstellen. An der Facharbeitsgruppe nehmen Vertreter des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie, der Geschäftsstelle des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, des Hessischen Städtetages und der

Stadt Frankfurt teil. Der Leitfaden soll sich im Wesentlichen mit der Ausgangslage und möglichen Instrumenten, den rechtlichen Grundlagen, der Integration des Themas Klimawandel und Klimaanpassung in die Verwaltungsabläufe, Praxis- und Formulierungsbeispielen und der Kommunikation des Themas in Städten und Gemeinden befassen. Die Geschäftsstelle des Hessischen Städte- und Gemeindebundes hat gemeinsam mit dem Hessischen Städtetag die rechtlichen Ausarbeitungen übernommen. Im Wesentlichen betrifft dies die rechtlichen Instrumente der Zisternen-/Versickerungssatzung (§ 37 Abs. 4 S. 2 des Hessischen Wassergesetzes), der Gestaltungs- und Freiflächengestaltungssatzung (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 5 der Hessischen Bauordnung), der Satzung zu geschützten Landschaftsbestandteilen („Baumschutzsatzung“) auf Grundlage von § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i.V.m. § 12 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz), der Stellplatzsatzung (§ 52 der Hessischen Bauordnung), der Einfriedungssatzung (§ 91 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 der Hessischen Bauordnung) sowie die bauplanungsrechtlichen Festsetzungsmöglichkeiten betreffend Artenschutz und Klimaschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25a des Baugesetzbuchs; Pflanzgebot), Hochwasserschutz bei Starkregen (§ 9 Abs. 1 Nr. 16d des Baugesetzbuchs), Gebietsfestsetzungen für Maßnahmen zum Schutz vor luftverunreinigenden Stoffen (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 a des Baugesetzbuchs) und zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 b des Baugesetzbuchs) sowie Schutzflächen, Flächen für Anlagen und Vorkehrungen gegen schädliche Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 des Baugesetzbuchs).

Mit der Veröffentlichung des Leitfadens ist voraussichtlich im Herbst 2021 zu rechnen. Ziel ist es Städten und Gemeinden eine möglichst praktische Hilfestellung zu geben, wie sich diese des Themas annehmen können.

Schottergärten

Frau Staatsministerin Hinz hat im Verlauf des Jahres 2019 eine Initiative zur Zurückdrängung von Schottergärten ergriffen und ist in diesem Zusammenhang an die Geschäftsstelle mit der Bitte um Unterstützung herangetreten. Mit dem Begriff „Schottergarten“ sind Gartenflächen, zumeist Vorgärten, gemeint, die mit Schotter, Splitt, Kies oder Mulchmaterialien wie Rindenmulch oder Holzhackschnitzel bedeckt werden und keine oder nur spärliche Bepflanzung aufweisen.

In der Regel werden unter den Kies-, Schotter- oder Mulchflächen Folien oder Vliese eingebaut, die verhindern sollen, dass Unkräuter von unten durch- oder von oben einwachsen. Damit einhergehend entsteht jedoch, je nach Material, faktisch eine Voll- oder zumindest eine Teilversiegelung der Fläche. Da Niederschlagswasser nur noch zu einem geringen Teil vom Boden aufgenommen wird, kann es zu einer Überlastung der Entwässerungssysteme kommen. Zudem beeinträchtigt der Umfang an befestigten, nicht begrüneten Flächen das Mikroklima von Ortslagen erheblich, insbesondere im Sommer. An heißen Tagen heizen sich Steine stark auf und geben die Hitze nachts ab. Zuletzt sind unbepflanzte Schotter-, Kies- und Mulchflächen als Lebensräume für gartenbewohnende Tierarten wertlos. Sie bieten weder Insekten noch Vögeln Nahrung, Versteck- und Nistmög-

lichkeiten. Mit Blick auf den Klimawandel werden sich diese Problemlagen noch verschärfen.

Daher hat die Geschäftsstelle die erbetene Unterstützung, insbesondere der Aktion „Bienenfreundliches Hessen“, zugesagt und arbeitet an dem oben dargestellten „Praxisleitfaden „Erstellung kommunaler Satzungen zum Klimawandel und Klimaanpassung im Siedlungsbe- reich mit Formulierungsbeispielen“ durch Ausarbeitung der rechtlichen Fragestellungen praktisch mit und wird hierbei die praktischen Erfahrungen aus der täglichen Rechtsberatung einbringen. Der Leitfaden soll Städten und Gemeinden eine Hilfestellung geben, wie Schottergärten durch Beratung und Unterstützung „zurückge- drängt“ und für zukünftige Bauvorhaben mit rechtlichen Mitteln untersagt werden können.

Integrierter Klimaschutzplan 2025

Das Land Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 sei- ne Treibhausgasemissionen um 30 % im Vergleich zu 1990 und bis 2025 um 40 % zu reduzieren. 2019 fiel dann der Beschluss, bis 2030 die Emissionen um 55 % zu reduzieren. Spätestens 2050 will Hessen klimaneutral werden und strebt eine Reduzierung von mindestens 90 Prozent an.

Am 13. März 2017 hat das Kabinett den Integrierten Kli- maschutzplan Hessen 2025 beschlossen, der in der Re- gierungserklärung am 21. März 2017 durch Frau Staats- ministerin Hinz vorgestellt wurde. In 27 Sitzungen und Veranstaltungen sowie zwei Online-Konsultationen, die dem Integrierten Klimaschutzplan vorausgingen, wur- den mehr als 3.100 Kommentare zu den Maßnahmen- vorschlägen eingesammelt. Die Geschäftsstelle hat den Prozess konstant begleitet.

Mit den im Klimaschutzplan vorgesehenen 140 Maßnah- men sollen sowohl die Klimaziele Hessens erreicht wer- den als auch Anpassungen an die Folgen des Klimawan- dels erfolgen. Die Maßnahmen decken unter anderem folgende Handlungsfelder ab: Landwirtschaft, Wirtschaft, Energiesektor, Verkehr, Gebäudesektor und Gesundheit.

Mit der Umsetzung des Integrierten Klimaschutzplans wurde bereits begonnen. 42 Maßnahmen aus dem um- fangreichen Set sind sog. „prioritäre Maßnahmen“, die in der ersten Umsetzungsphase bis 2019 begonnen wer- den sollten. Hierfür stehen neben den bereits vorhan- denen auch zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 140 Mio. EUR zur Verfügung. Der Klimaschutzplan kann unter folgender Website heruntergeladen werden:

<https://umwelt.hessen.de/klima-stadt/hessische-klima- schutzpolitik/integrierter-klimaschutzplan-hessen-2025>.

Projekt „Starkregengefahren im kommunalen Bereich“

Das Fachzentrum Klimawandel Hessen wurde bereits im Oktober 2008 im Hessischen Landesamt für Natur- schutz, Umwelt und Geologie in Wiesbaden eingerichtet und zu Beginn des Jahres 2018 in Fachzentrum Klima- wandel und Anpassung umbenannt. Im Fokus der Arbei- ten des Fachzentrums stehen die vielfältigen gegenwärtigen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels in Hessen. In zahlreichen Forschungsprojekten werden

Klimaänderungen und deren Folgen in Hessen untersucht sowie mögliche Anpassungsmaßnahmen entwickelt. Das frühzeitige Entwickeln von Anpassungsstrategien und -maßnahmen soll drohende Beeinträchtigungen und Schäden begrenzen und gegebenenfalls positive Entwicklungen aufzeigen.

In diesem Rahmen hat das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie zu Beginn des Jahres 2015 ein Projekt „Starkregengefahren im kommunalen Bereich“ initiiert.

Von Starkregen wird gesprochen, wenn in kurzer Zeit und meist räumlich begrenzt sehr hohe Niederschlagsmengen auftreten. Solche Extremwetterereignisse werden mit voranschreitendem Klimawandel wahrscheinlich verstärkt vorkommen, da höhere Temperaturen intensivere Niederschlagsereignisse begünstigen. Gebiete, die von Starkregen betroffen sein können und außerhalb potenzieller Überschwemmungsflächen großer Flüsse liegen, wurden bisher nicht mit Risikokarten erfasst. Das Projekt „KLIMPRAX – Starkregen und Katastrophenschutz für Kommunen“ ändert das.

In diesem Projekt wurde eine Starkregen-Hinweiskarte erstellt, die zur Identifizierung von besonders durch Starkregen gefährdeten Kommunen dient. In einem zweiten Schritt können mittels kommunaler Fließpfadkarten konkret gefährdete Gebiete in der jeweiligen Gemeinde ermittelt werden. Diese geben eine örtliche Übersicht über das potenzielle Überflutungsrisiko und die Fließwege des Wassers bei Starkregen in einer Kommune. Diese Karten enthalten jedoch nicht alle den Abfluss des Wassers beeinflussenden Faktoren (z.B. sind keine Kanalnetze enthalten).

Sofern die Fließpfadkarten zur lokalen Gefährdungsbeurteilung nicht ausreichen (z.B. in städtischen Gebieten, sehr flachen Gebiete ohne klare Fließwege), kann eine Gemeinde eine sog. Starkregen-Gefahrenkarten durch ein spezialisiertes Ingenieurbüro erstellen lassen, die auf einer umfassenden Datengrundlage und komplexen Modellierung des Abflussverhaltens bei Starkregen basiert. Hierfür können Fördergelder im Rahmen der Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung von kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten sowie von kommunalen Informationsinitiativen beantragt werden. Die Förderhöhe liegt für Klima-Kommunen bei 90%, für alle anderen Kommunen bei 70%. Die Identifizierung neuralgischer Punkte in der Kommune ist essenziell zur Durchführung passgenauer Maßnahmen zur Anpassung an die bestehende Starkregengefährdung. Zur Vorsorge ist ein Handlungskonzept empfehlenswert, das u.a. einen Notfallplan, Sensibilisierungsmaßnahmen der Bevölkerung und technisch/bauliche Anpassungen enthalten sollte.

Aufgrund des Projekts werden nunmehr erstmalig die bereits beschriebenen Starkregen-Hinweiskarte sowie Radarniederschlagsdaten und eine verbesserte Methodik zur Erstellung der Karten zur Verfügung gestellt. Eine Übersicht über die Projektergebnisse befindet sich in der Broschüre „Schäden durch Starkregen vermeiden“, die auf der Homepage des Hessischen Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie kostenfrei zum

Download bereitsteht: <https://www.hlnug.de/fileadmin/dokumente/klima/klimprax/starkregen/Schaeden-durch-Starkregen-vermeiden2020.pdf>.

Die Geschäftsstelle hat als Kooperationspartner das für Städte und Gemeinden bedeutsame Projekt durch intensive Mitarbeit in der Steuerungsgruppe des Projektes und durch Anmerkungen zur Broschüre unterstützt. Erste Zwischenergebnisse wurden bereits im Frühjahr 2017 in Regionalveranstaltungen vorgestellt. Die Abschlussveranstaltung „Schäden durch Starkregen vermeiden – Unterstützung hessischer Kommunen“ fand am 02. Oktober 2020 in Wiesbaden unter reger kommunaler Beteiligung statt.

Hessisches Bündnis für Nachhaltigkeit

Als Partner im Hessischen Bündnis für Nachhaltigkeit wirkten Vertreter der Geschäftsstelle in zahllosen Sitzungen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen aktiv mit. So wurde u.a. in fünf AG-Sitzungen ein Leitbild zur Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, welches Grundlage für die weitere Arbeit des Hessischen Bündnisses für Nachhaltigkeit sein wird.

Projekt Klimakommunen

Das Projekt der „Klima-Kommunen“ ist aus der Nachhaltigkeitsstrategie hervorgegangen und hatte ursprünglich zum Ziel, dass mindestens 100 Kommunen eine Charta für den Klimaschutz unterzeichnen. Inzwischen haben dies schon über 250 hessische Städte, Gemeinden und auch Landkreise getan. Sie verpflichten sich dadurch, auf der Grundlage einer CO₂-Bilanz, Aktionspläne mit Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu erstellen und diese zu verwirklichen.

2016 wurde seitens des Landes erstmalig ein Wettbewerb ausgelobt, der sich an alle Unterzeichner der Charta der Klima-Kommunen in Hessen richtete. Auch im Jahr 2021 wird dieser Wettbewerb unter dem Titel „So machen wir's“ durchgeführt. Die Wettbewerbsbeiträge werden von einer interdisziplinär zusammengesetzten Jury bewertet. Auszeichnungswürdig sind insbesondere Projekte, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und möglichst viele der nachfolgenden Kriterien erfüllen:

- Kreativität und Innovation: innovative und kreative Maßnahmen und Lösungen für den Klimaschutz oder die Klimaanpassung
- Effektivität im Ressourceneinsatz: effektiver Einsatz von finanziellen, materiellen und/oder personellen Ressourcen
- Akteurseinbindung: Einbindung verschiedener Akteure, z.B. Unternehmen, Einzelhandel, Vereine, Schulen, lokale Presse und Öffentlichkeit
- Wirksamkeit: wirksamer Beitrag zum Klimaschutz bzw. zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels
- Übertragbarkeit: Projekte können als Vorbild fungieren und sind in vergleichbarer Weise auch auf andere Kommunen übertragbar

Die Geschäftsstelle hat im Berichtszeitraum „Hessen Aktiv: Die Klimakommunen“ begleitet und einen Vertreter der Geschäftsstelle als Jurymitglied zum dargestellten Wettbewerb entsandt.

Umweltallianz

Im Mai 2000 wurde die freiwillige Vereinbarung zur Gründung der Umweltallianz zwischen der hessischen Landesregierung und der hessischen Wirtschaft geschlossen. Ziel war Umweltschutz durch Kooperation zu erreichen. Im Jahr 2005 traten u.a. die Kommunalen Spitzenverbände als neue Bündnispartner der Umweltallianz bei. Die Teilnehmerzahl im Jahr 2000 betrug 124. Die aktuelle Mitgliederzahl beträgt: 1151 davon 25 Kommunen.

Anfang des Jahres 2020 vereinbarten die Partner der Umweltallianz eine Fortschreibung der Rahmenvereinbarung, in der sie sich zum Grundgedanken der Umweltallianz weiterhin bekennen, das Themenspektrum jedoch erweitern. Die Bandbreite reicht nunmehr von den klassischen Umweltthemen über Energieeffizienz, Energiewende, integriertem Klimaschutzplan 2025, Biodiversität, ressourcenschützendes Wirtschaften, Kreislaufwirtschaft bis hin zur schadstoffarmen Mobilität. Am 9. Juni 2020 wurde im Rahmen einer Video - Pressekonferenz in Wiesbaden die Fortschreibung der Rahmenvereinbarung der Umweltallianz Hessen unterzeichnet.

Durch die Fortschreibung der Rahmenvereinbarung wurden feste Arbeits- und Kommunikationsstrukturen geschaffen. Der Koordinierungskreis steuert und evaluiert die freiwillige Vereinbarung. Mitglieder des Koordinierungskreises sind hochrangige Vertreter der Hessischen Landesregierung, der hessischen Wirtschaft und der Kommunalen Spitzenverbände. Die Geschäftsstelle bringt nach wie vor ihren Sach- und Fachverstand in die Umweltallianz ein.

• Immissionsschutzrecht

Sinn des Immissionsschutzrechts ist es Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen. Immissionen sind auf die genannten Schutzgüter einwirkende Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Umwelteinwirkungen. Schädlich im Rechtssinne sind Immissionen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen.

Einer der Schwerpunkte in der Rechtsberatung waren die in der kommunalen Praxis relevanten Lärmimmissionen. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen anlagenbezogenen Immissionen und verhaltensbezogenen Immissionen, wie bspw. lärmenden Besuchern einer privaten Feier. Städte und Gemeinden unterliegen als Betreiber von Anlagen selbstverständlich auch selbst den Bindungen des Immissionsschutzrechts. Zu denken ist hier beispielsweise an Lärm, der durch Feiern in kommunalen Bürgerhäusern entsteht, Abfallbeseitigungsanlagen wie z.B. Altglascontainer und kommunale Parkplätze. Diese Anlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass u.a. schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die

nach dem Stand der Technik vermeidbar sind und nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Werden die genannten Vorgaben nicht eingehalten, führt dies – falls betroffene Nachbarn Rechtsschutz gegen den Lärm aus den Anlagen suchen – oftmals zu gerichtlich angeordneten Auflagen, die den Betrieb ganz erheblich beeinträchtigen, bis hin zu deren vollständiger Schließung. Geeignete Maßnahmen zu ergreifen und gerichtliche Auflagen zu vermeiden, war einer der Schwerpunkte der Rechtsberatung der Geschäftsstelle.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Lärmschutz im Rahmen der Bauleitplanung. Zu denken ist beispielsweise an eine an einen landwirtschaftlichen oder einen gewerblichen Betrieb heranrückende Wohnbebauung. Hier kollidiert das Interesse der Betriebe mit dem Ruhebedürfnis der zukünftigen Bewohner des Gebiets. Daher müssen die mit der Bauleitplanung verfügbaren Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden, um bereits bestehende Lärmprobleme – im Idealfall - zu lösen, zumindest aber künftigen Lärmproblemen langfristig vorzubeugen. Im Bauleitplanverfahren sind die öffentlichen und privaten Belange gegen und untereinander gerecht abzuwägen.

• Wasserrecht

Im Rahmen der Corona-Pandemie tauchten eine Vielzahl an praktischen Problemen und rechtlichen Fragestellungen im Bereich des Umweltrechts auf. So wurde bspw. versäumt im Rahmen der 2. Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus vom 13. März 2020 einen Anspruch auf Notbetreuung zugunsten der Mitarbeiter kritischer Infrastrukturen zu regeln. Bereits am 16. März hat sich die Geschäftsstelle mit folgendem Schreiben an die Landesregierung gewandt:

*„Sehr geehrter Herr Staatsminister Klose,
sehr geehrte Damen und Herren,*

die o. g. Rechtsverordnung ermöglicht lediglich Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dem Sektor Gesundheit nach § 6 der Verordnung zur Bestimmung kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz eine Notbetreuung. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bedürfen jedoch auch Mitarbeiter aus den Sektoren Energie, Wasser sowie Informationstechnik und Telekommunikation (§§ 2, 3 und 5 BSI-KritisV) eines Anspruchs auf Notbetreuung ihrer Kinder vor dem Hintergrund der Schließung der Kindertagesstätten und Schulen. In der Sache schließen wir uns daher vollumfänglich dem Ihnen mit Schreiben vom 15. März 2020 übermittelten Vorschlag zur Änderung der 2. Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus vom 13. März 2020 der Landesgruppe Hessen des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. an und unterstützen diesen nachdrücklich.

Wir bitten Sie im Interesse eines geordneten Gemeinwesens um eine zeitnahe Ergänzung der genannten Rechtsverordnung.

Mit freundlichen Grüßen“

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration ist der Bitte der Geschäftsstelle zeitnah nachgekommen. Insbesondere hierdurch konnte sichergestellt werden, dass die kommunale Daseinsvorsorge auch im Rahmen der Pandemie sichergestellt werden konnte.

Hessisches Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz (HAbwAG)

Im Januar 2020 wurde die Geschäftsstelle zum Gesetzentwurf für ein Viertes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz angehört. Im Wesentlichen war beabsichtigt die Geltungsdauer des bestehenden Gesetzes um drei Jahre zu verlängern. Neben der Fristverlängerung waren redaktionelle und sprachliche Anpassungen unter Beibehaltung des bisherigen Regelungsgehaltes vorgesehen. Zudem sollte eine Bagatellregelung aufgenommen werden, nach der die seinerzeit nach dem Gesetz vorgesehene Erhebung von Vorauszahlungen zukünftig erst ab einem Betrag von 1.000 EUR erfolgen soll. In der Sache wurde in der Geschäftsstelle hiergegen keine Kritik vorgebracht. Angesichts der anstehenden Novellierung des Abwasserabgabengesetzes des Bundes wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass bereits jetzt ein Teil der Mitglieder des Hessischen Städte- und Gemeindebundes in großer Sorge ist, da sie deutliche Mehrbelastungen durch die Reform der Abwasserabgabe befürchten. Das Land Hessen wurde darum gebeten auf Bundesebene dafür Sorge zu tragen, dass eine Reform der Abwasserabgabe mit „Augenmaß“ durchgeführt wird und das zentrale Prinzip der Verursachergerechtigkeit Anwendung findet.

Verordnung über das Einleiten von Grundwasser und Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen (Indirekt-einleiterverordnung – IndV) und Verwaltungsvorschrift zur Indirekt-einleiterverordnung (Indirekt-einleiterVwV)

Mit Schreiben vom 25. Juli 2019 des Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wurde die Geschäftsstelle zum Entwurf der o.g. Rechtsverordnung der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift beteiligt. Im Wesentlichen handelte es sich um redaktionelle Anpassungen und eine Verlängerung der Rechtsverordnung, da ohnehin eine Novelle ansteht. Aus kommunaler Sicht waren somit keine Einwände vorzubringen.

Integriertes Wasserressourcen-Management Rhein-Main

Das Land hat – wie bereits im letzten Tätigkeitsbericht dargestellt – 2016 den Leitbildprozess Integriertes Wasserressourcen-Management Rhein-Main (IWRM) initiiert. Das Leitbild IWRM soll die Rahmenbedingungen, die konzeptionellen Ziele und Grundprinzipien sowie die Organisation und Instrumente der Umsetzung geeigneter Maßnahmen für ein nachhaltiges Wasserressourcen-Management formulieren.

Auf einer ersten Stufe des Prozesses haben die beteiligten Akteure in verschiedenen Gremien zu folgenden zentralen Themen gearbeitet:

1. Fachgespräche widmeten sich den jeweiligen spezifischen Handlungsfeldern („Wasserressourcen“, „Wasserverwendung“, „Verbund“ und „Instrumente“)

2. Integrierte Fachgespräche behandelten Schlüsselthemen mit Schnittstellen aus zwei oder mehreren Handlungsfeldern.
3. Auf Plattform-Veranstaltungen werden zentrale (Zwischen-)Ergebnisse der Fachöffentlichkeit und Politik vorgestellt.

Im Mai 2018 erhielt die Geschäftsstelle des HSGB erstmals den (teilweisen) Entwurf des Leitbildes zur Stellungnahme binnen weniger Tage. Da in dem damaligen Entwurf grundlegende Positionen enthalten waren, welche die kommunale Selbstverwaltung mit Blick auf die öffentliche Wasserversorgung in erheblichem Maße tangierten, wandte sich die Geschäftsstelle gemeinsam mit dem Hessischen Städtetag, dem Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft Hessen/Rheinland-Pfalz e.V. (LDEW) und der Landesgruppe Hessen des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) an Frau Staatsministerin Hinz und bat um ein persönliches Gespräch, um den Zeitplan des Leitbildes, den Prozess an sich und die inhaltliche Ausgestaltung des Leitbildes zu besprechen. Ergebnis des Gesprächs war die Installation einer sog. „Redaktionsgruppe“, bestehend aus Vertretern des Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Geschäftsstelle des HSGB, den G 9 – Kommunen im Vogelsberg, dem Hessischen Städtetag, dem LDEW, dem VKU, der Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main (WRM), Industrie und Handelskammer Frankfurt am Main (IHK) und drei Umweltverbänden (Aktionsgemeinschaft Rettet den Burgwald e.V., BUND Vogelsberg, Schutzgemeinschaft Vogelsberg). In insgesamt fünf Arbeitsgruppensitzungen wurde der Entwurf des Leitbildes intensiv diskutiert und überarbeitet. Hierbei konnte erreicht werden, dass die Position von Städten und Gemeinden als Aufgabenträger der Trinkwasserversorgung Berücksichtigung finden konnte. Dies zeigt sich besonders deutlich an den dem Leitbild vorangestellten „Kernaussagen“, die sozusagen die Essenz des Leitbildes darstellen:

- „1. Zentrale Zielsetzungen des Integrierten Wasserressourcen-Managements (IWRM) Rhein Main sind
 - **der vorsorgende Schutz der Wasserressourcen,**
 - **die langfristige Sicherstellung der Wasserversorgung,**
 - **die umweltverträgliche Ressourcennutzung und**
 - **eine effiziente Wassernutzung.**
2. Das IWRM Rhein-Main baut auf den historisch entwickelten Strukturen der Ressourcennutzung in der Region sowie der kommunalen und regionalen Wasserversorgung auf. Es berücksichtigt und bewältigt die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen.
3. Bei der Nutzung von Grundwasserressourcen gilt der **Grundsatz der vorrangigen Bedarfsdeckung aus ortsnahen Wasservorkommen im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes**. Die verbundwirksame Wassergewinnung für die Öffentliche Wasserversorgung mit den dazugehörigen Anlagen wird hiermit nicht in Frage gestellt.
4. Vor der **Neuerschließung und Nutzung zusätzlicher Grundwasserressourcen (neue eigenständige Ge-**

- winnungsbereiche) führt die Kommune eine Alternativenprüfung in einem kommunalen Wasserkonzept** durch. Die öffentliche Wasserversorgung genießt Vorrang vor allen anderen Grundwassernutzungen. Die Erschließung zusätzlicher Grundwasserressourcen zur Wasserversorgung soll dabei im Rahmen der Verhältnismäßigkeit minimiert werden.
5. Der Schutz des Grundwassers wird insbesondere gewährleistet durch:
 - Flächendeckenden vorsorgenden Grundwasserschutz
 - Vorranggebiete mit besonderen Anforderungen an die Flächennutzung
 - Wasserschutzgebiete für Trinkwassergewinnungsanlagen und gefährdete Grundwasservorkommen
 - Verbesserte Verankerung des Grundwasserschutzes in der Landesplanung.
 6. Ein **wasserwirtschaftlicher Fachplan des Landes fungiert als neues Instrument an der Schnittstelle zwischen übergeordneten Vorgaben des Landes und dem Vollzug auf regionaler und örtlicher Ebene und dient der planerischen Absicherung der Inhalte der kommunalen Wasserkonzepte**. Er sichert die Kohärenz der Fachplanungen (z.B. Bewirtschaftungspläne) und fügt sich in das System bestehender Planungsregime (z.B. Landesentwicklungsplan; Regionalpläne) ein. Die Inhalte werden in der Steuerungsgruppe erarbeitet.
 7. Kommunale Wasserkonzepte sind **im Bedarfsfall und nicht flächendeckend**, zielorientiert von Kommunen, kommunalen Wasserverbänden oder kommunalen Kooperationen zu erstellen. Sie können unter Beteiligung der Wasserbeschaffungs- und -versorgungsunternehmen erstellt werden. Die Kriterien für die kommunalen Wasserkonzepte werden in der Steuerungsgruppe erarbeitet.
 8. Die Potenziale einer rationellen Wasserverwendung werden im Rahmen von kommunalen und bei Bedarf in gewerblichen Wasserkonzepten und landwirtschaftlichen Fachplänen **geprüft und dokumentiert**. Im Rahmen der landwirtschaftlichen Fachpläne und wasserwirtschaftlichen Fachpläne kann das Ergebnis auf der planerischen Ebene abgesichert werden.
 9. Die Auswirkungen der Nutzung der Wasserressourcen in Form von Umwelt- und Ressourcenkosten werden im Rahmen geeigneter ökonomischer Instrumente berücksichtigt. Damit sollen insbesondere Auswirkungen der Ressourcennutzung ausgeglichen sowie Maßnahmen zum vorsorgenden Schutz der Wasserressourcen sowie zur Sicherstellung einer umweltverträglichen und zukunftsfähigen Wasserversorgung gefördert werden.
 10. Als fachliche Grundlage für den IWRM werden die der Landesverwaltung vorliegenden Umweltzustandsdaten und Daten der Wassernutzung sowie ihrer wasserwirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen in einem Integrierten Datenmanagementsystem des Landes gebündelt, aufbereitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
 11. Es ist zukünftig zu gewährleisten, dass die Kosten der Sicherstellung der Wasserversorgung einschließlich der Umwelt- und Ressourcenkosten bei der Überprüfung von Wasserpreisen und –gebühren unter Anwendung des Kostendeckungsprinzips Anerkennung finden.
 12. Die Konkretisierung und Ausgestaltung der Leitlinien des Leitbildes IWRM sowie die Entwicklung, Umsetzung und Anwendung der Instrumente, insbesondere des Wasserwirtschaftlichen Fachplans, erfolgen einvernehmlich durch das Land Hessen sowie die Kommunen als Träger der öffentlichen Wasserversorgung als die beiden gesetzlichen Aufgabenträger für den Gegenstand des Leitbildes. Es wird eine gemeinsame Steuerungsgruppe eingerichtet, in der Kommunen des Ballungsraums Rhein-Main und des Umlands vertreten sind. Ein Beirat aus kommunalen Spitzenverbänden, Fachverbänden, Umweltverbänden und Interessengruppen berät die Steuerungsgruppe bei der Umsetzung des Leitbildes.“
- Seit Mitte 2018 sind die oben zitierten Kernaussagen und seit März 2019 die Langfassung des Leitbildes veröffentlicht.
- Die Langfassung des Leitbildes enthält neben einer Einführung (Anlass, Integriertes Wasserressourcen-Management, Räumlicher Bezug des Leitbildes, Ziele und Aufbau des Leitbildes) folgende Kapitel:
- Ausgangssituation (Versorgungsstruktur, Rechtsrahmen, Quantität der Wasserressourcen, Qualität der Wasserressourcen, Verwendung der Wasserressourcen)
 - Zukünftige Entwicklungen (Klimawandel, Stoffliche Belastungen: Nutzungskonkurrenzen und Gefährdungspotentiale, Demografische und wirtschaftliche Entwicklung)
 - Handlungsbedarf (Planerischer Handlungsbedarf, Administrativer Handlungsbedarf, Wirtschaftlicher Handlungsbedarf, Informatorischer Handlungsbedarf)
 - Maßnahmen und Instrumente der Umsetzung (Planerische und administrative Instrumente: Wasserwirtschaftlicher Fachplan Rhein-Main, Kommunale und teilsräumliche Wasserkonzepte, Raumplanung; Wirtschaftlicher Rahmen; Informatorische Instrumente)
 - Umsetzung (Struktur; Meilensteine, Zeitplanung; Stufen der Umsetzung)
- Im Rahmen einer abschließenden Stellungnahme zum Entwurf des Leitbildes hat die Geschäftsstelle im Wesentlichen Folgendes kritisiert bzw. angemerkt:
- der Entwurf des Leitbildes sollte sein Augenmerk nicht nur auf den Ballungsraum, sondern auch auf den „Schutz“ der Wassergewinnungsgebiete richten,
 - es sollte klargestellt werden, dass die verpflichtende Herstellung von getrennten Lösch- und Brauchwassernetzen durch Städte und Gemeinden nicht Gegenstand des Leitbildes ist,
 - hinsichtlich einer sich im Entwurf des Leitbildes andeutenden Einführung einer 4. Reinigungsstufe hat

- die Geschäftsstelle bereits jetzt eine formelle Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände angemahnt,
- die Geschäftsstelle hat nachdrücklich gefordert, dass grundlegende Entscheidungen im Bereich des Umweltrechts durch den Gesetz- bzw. Verordnungsgeber getroffen werden und nicht auf technische Regelwerke „verlagert“ werden dürfen und
- kommunale Wasserkonzepte nicht flächendeckend verlangt werden dürfen.

Nach der zentralen Kernaussage 13 des Leitbildes erfolgt die Konkretisierung und Ausgestaltung der Leitlinien des Leitbildes IWRM sowie die Entwicklung, Umsetzung und Anwendung der Instrumente, insbesondere des Wasserwirtschaftlichen Fachplans, einvernehmlich durch das Land Hessen sowie die Kommunen als Träger der öffentlichen Wasserversorgung als die beiden gesetzlichen Aufgabenträger für den Gegenstand des Leitbildes. Es wird eine gemeinsame Steuerungsgruppe eingerichtet, in der Kommunen des Ballungsraums Rhein-Main und des Umlands vertreten sind. Ein Beirat aus kommunalen Spitzenverbänden, Fachverbänden, Umweltverbänden und Interessengruppen berät die Steuerungsgruppe bei der Umsetzung des Leitbildes.

Die Steuerungsgruppe ist mit sechs Vertretern des Landes und zwölf Vertretern von Städten und Gemeinden – wozu auch ein Vertreter der Geschäftsstelle gehört – besetzt. Sie hat ihre Arbeit am 23. Oktober 2018 aufgenommen. Sie hat u.a. über den Entwurf des Leitbildes vor der Veröffentlichung beschlossen.

Neben der Tätigkeit in der Redaktionsgruppe und der Steuerungsgruppe wurde die Geschäftsstelle vom Präsidium des Hessischen Städte- und Gemeindebundes beauftragt eine verbandsinterne Arbeitsgruppe zum Leitbildprozess mit Vertretern aus dem Mitgliederbereich des HSGB zu initiieren. Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe hat im Frühjahr 2019 stattgefunden. Die Sitzungen der verbandsinternen Arbeitsgruppe finden stets eine Woche vor den Sitzungen der Steuerungsgruppe statt. Die Ergebnisse dieser Sitzungen werden von dem Vertreter der Geschäftsstelle in der Steuerungsgruppe vorgebracht.

Im weiteren Fortgang des Prozesses hat die Steuerungsgruppe insbesondere einen Kriterienkatalog beschlossen, wann die Erstellung eines kommunalen Wasserkonzepts angezeigt sein kann:

1. Aufgetretene und zu besorgende Versorgungsengpässe

Kommunen mit aufgetretenen Versorgungsengpässen in den letzten 5 Jahren sowie Kommunen, welche aufgrund des Klimawandels, der Bevölkerungszunahme oder anderer Effekte in den kommenden Jahren von Versorgungsengpässen betroffen sein könnten.

2. Erhebliche Änderungen in der Ressourcennutzung außerhalb bestehender Wasserrechte

Beabsichtigte erhebliche Mehrnutzung von Wasserressourcen oder eine beabsichtigte erhebliche Verlagerung bei der Nutzung der Wasserressourcen, ausgelöst zum Beispiel durch Fälle wie

- Eine Reaktivierung stillgelegter Gewinnungsanlagen,
- Eine Neuerschließung bzw. ein erstmaliger Anschluss an einen Verbund,
- Erhebliche Änderungen bei Bezugsmengen oder der Eigenversorgung, sowie insbesondere bei dem Risiko von Auswirkungen auf grundwasserabhängige Landökosystemen.

3. Nutzungskonflikte durch Änderung der Ressourcennutzung

Sofern in einem hydrogeologischen Einzugsgebiet Grundwasser durch verschiedene kommunale Wassernutzer für die öffentliche Wasserversorgung gewonnen wird und Nutzungskonflikte zu erwarten sind, soll ein kommunales Wasserkonzept erstellt werden, um frühzeitig Lösungsmöglichkeiten zu identifizieren und Nutzungskonflikte zu minimieren und möglichst zu vermeiden. Dies gilt nicht für Konflikte mit der nichtöffentlichen Wasserversorgung (Fälle von Konflikten mit der nichtöffentlichen Wasserversorgung sind nicht durch die Kommunen zu lösen. Sie bedürfen einer behördlichen Entscheidung).

Zuletzt hat die Steuerungsgruppe beschlossen zur einvernehmlichen Entwicklung, Umsetzung und Anwendung der Instrumente, insbesondere des Wasserwirtschaftlichen Fachplans, im Sinne der Kernaussage 13 des Leitbildes eine Facharbeitsgruppe einzusetzen. Diese ist mit Vertretern des Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, zwei Vertretern von Oberen Wasserbehörden beim Regierungspräsidium Darmstadt und Gießen, dem Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie, einem Vertreter der Geschäftsstelle des HSGB, dem Hessischen Städtetag, dem LDEW, dem VKU und dem DVGW besetzt. Die Facharbeitsgruppe hat am 21.10.2020 ihre Arbeit aufgenommen und zwischenzeitlich vier Mal getagt. Im Wesentlichen ging es hierbei um die Frage auf welcher rechtlichen Grundlage der wasserwirtschaftliche Fachplan erlassen werden soll und auf welcher Basis. Insbesondere hinsichtlich des Letzteren konnte noch keine Einigkeit erzielt werden. Zentral wird weiter die Frage sein, wer die „Lasten“ des wasserwirtschaftlichen Fachplans zu tragen hat. Angesichts der Tatsache, dass von der Gesamtheit aller Grundwasserentnahmen lediglich ca. 20 % auf die öffentliche Trinkwasserversorgung zurückzuführen sind, wird die Geschäftsstelle nachdrücklich anmahnen, dass auch die übrigen Akteure wie Industrie/Gewerbe und Landwirtschaft in die Pflicht genommen werden und in Zeiten des Klimawandels sowie des demographischen Wandels dem Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung (§ 28 Abs. 3 des Hessischen Wassergesetzes) Geltung verschafft wird.

Die Geschäftsstelle wird gemeinsam mit der „verband-internen Arbeitsgruppe IWRM“ den Prozess aufgrund der enormen Bedeutung für alle hessischen Städte und Gemeinden weiter intensiv begleiten.

Wasserrahmenrichtlinie

Am 22. Dezember 2000 ist die Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemein-

schaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasserrahmenrichtlinie - WRRL) in Kraft getreten. Die EG-Richtlinie ist durch das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes sowie das Hess. Wassergesetz in nationales Recht umgesetzt. Grundsätzliches Ziel ist nach §§ 27 und 47 des Wasserhaushaltsgesetzes das Erreichen des guten ökologischen und chemischen Zustands bzw. des guten ökologischen Potenzials aller oberirdischen Gewässer und des guten mengenmäßigen und chemischen Zustands des Grundwassers bis zum Jahr 2015. Abweichungen sind nur nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen möglich.

In Umsetzung von Artikel 11 und 13 der Wasserrahmenrichtlinie verlangen §§ 82, 83 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) die Aufstellung von Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen.

Bewirtschaftungsplänen i.S.v. § 83 WHG kommen im System der wasserwirtschaftlichen Planung unterschiedliche Aufgaben zu. In erster Linie werden in Bewirtschaftungsplänen alle Informationen, die bei der Bestandsaufnahme und dem Monitoring von Gewässern gesammelt wurden und für die Bewirtschaftung der einzelnen Flussgebietseinheit von Bedeutung sind, zusammengestellt. Aufgrund dieses überwiegend resümierenden und dokumentarischen Charakters bilden Bewirtschaftungspläne das Transparenz- und Informationsinstrument der wasserwirtschaftlichen Planung.

Demgegenüber bilden die in § 82 WHG geregelten Maßnahmenprogramme die „Brücke“ zwischen einerseits den nach §§ 27-31, 44, 47 Wasserhaushaltsgesetz abstrakt geregelten und in den oben bezeichneten Bewirtschaftungsplänen für die Flussgebietseinheit „heruntergebrochenen“ Bewirtschaftungszielen und andererseits den Einzelfallentscheidungen der Wasserbehörde. Damit sind die Maßnahmenprogramme das zentrale Mittel zur Erreichung der materiellen Umweltziele und bilden als die ausführende Stufe der Bewirtschaftungsplanung die Grundlage für den Vollzug der flussgebietsbezogenen staatlichen Gewässerbewirtschaftung.

Der Bewirtschaftungsplan Hessen 2015 bis 2021 und das Maßnahmenprogramm Hessen 2015 bis 2021 sind im Jahr 2015 in Kraft getreten. Über die Kritik des Hessischen Städte- und Gemeindebundes sowie die Einbindung der Mitglieder wurde bereits im vorletzten Tätigkeitsbericht (Tätigkeitsbericht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes 2013 – 2016, S. 67 – 71) berichtet. Festgehalten werden muss jedoch, dass durch das intensive Tätigwerden der Geschäftsstelle u.a. erreicht werden konnte, dass die „Anforderungswerte“ betreffend Phosphor im Maßnahmenprogramm im kommunalen Sinne angepasst wurden und in kritischen Einzelfällen eine Verhältnismäßigkeitsprüfung stattfindet.

Im letzten Berichtszeitraum war die Geschäftsstelle mit der Abarbeitung der sich nunmehr stellenden Probleme und neuen Rechtsfragen stark gefordert. Die Geschäftsstelle hat versucht alle neu auftretenden Probleme mit dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu klären.

Im Zeitpunkt der Verfassung des hier vorliegenden Tätigkeitsberichts liegen die Entwürfe von „Bewirtschaft-

tungsplan 2021-2027 Hessen“, „Maßnahmenprogramm 2021-2027 Hessen“ sowie die „Strategische Umweltprüfung zum Hessischen Maßnahmenprogramm 2021-2027 für die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie – Entwurf Umweltbericht“ seit dem 22. Dezember 2020 bis zum 22. Juni 2021 für einen Zeitraum von sechs Monaten im Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie bei den Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel zu jedermanns Einsicht bereit. Zusätzlich erfolgt die Offenlegung auf der Internetseite zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Hessen unter:

<https://flussgebiete.hessen.de/oeffentlichkeitsarbeit/beiliegungsverfahren-2021-2027/offenlegung-bewirtschaftungsplan-und-massnahmenprogramm>.

Die Geschäftsstelle hat im Eildienst Nr. 2 – ED 35, Donnerstag, 4. Februar 2021 hierüber informiert und darauf hingewiesen, dass beabsichtigt ist eine eigene Stellungnahme des Verbandes zu den genannten Entwürfen abzugeben. Hierzu hat die Geschäftsstelle, da bei dem Bewirtschaftungsplan und dem Maßnahmenprogramm weitestgehend Fachfragen bzw. Fragen der praktischen Umsetzung im Raum stehen, alle Mitglieder höflich um Mitteilung gebeten, ob bzw. inwieweit diese die genannten Entwürfe kritisch sehen.

Das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat zur Thematik des Bewirtschaftungsplans und des Maßnahmenprogramms regelmäßig Abstimmungsgespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt. In dieser hat ein Vertreter der Geschäftsstelle Fragen und Probleme der Kommunen einbringen können. Das Land hat insoweit stets versucht praktikable Lösungen und Hilfestellungen zu geben. Das letzte vorgesehene Abstimmungsgespräch war für das letzte Quartal 2020 vorgesehen und ist pandemiebedingt ausgefallen. Das nächste Abstimmungsgespräch findet am 14. April 2021 statt.

Beirat zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Um die Verbandsöffentlichkeit mit in die Arbeiten zur Umsetzung der WRRL einzubeziehen wurde bereits im Jahr 2003 unter Vorsitz des Leiters der Abteilung Wasser und Boden im Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein ständiger Beirat zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Hessen eingerichtet. Dieser wurde insbesondere im Vorfeld der Erarbeitung des Bewirtschaftungsplans und des Maßnahmenprogramms 2015 – 2020 mit Blick auf die allgemeinen Ziele und die praktischen Probleme bei der Umsetzung sowie im Vorfeld des anstehenden und letzten Bewirtschaftungszyklus 2021 – 2027 eingebunden. Die Geschäftsstelle hat zu den Sitzungen regelmäßig einen Vertreter entsandt, um auch in diesem Fachkreis den kommunalen Belangen Gehör zu verschaffen.

Verordnung über ergänzende Vorschriften zur Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach § 13 a Abs. 1 der Düngeverordnung (Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung – AVDüV)

Mit Urteil vom 21. Juni 2018 hat der Europäische Gerichtshof aufgrund der Klage der Europäischen Kommis-

sion im Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen unzureichender Umsetzung der europäischen Nitratrichtlinie (Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (ABl. L 375 vom 31.12.1991, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nummer 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1) geändert worden ist) entschieden, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen ihre Verpflichtungen aus der Richtlinie verstoßen hat (Rechtssache C-543/16).

Am 1. Mai 2020 ist zur Umsetzung des vorgenannten Urteils die Verordnung zur Änderung der Düngeverordnung und anderer Rechtsvorschriften vom 28. April 2020 in Kraft getreten. Die damit geänderte Bundesverordnung enthält nun u.a. sieben, ab dem 1. Januar 2021 bundesweit geltende Regelungen für die Bewirtschaftung ausgewiesener, mit Nitrat oder Phosphat (sog. eutrophierter) belasteter Gebiete und schreibt vor, dass die Bundesregierung bis zum 31.12.2020 eine allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Vereinheitlichung der Gebietsausweisung (AVV GeA) erlassen muss.

Der Bundesrat hat dieser Verwaltungsvorschrift am 18. September 2020 zugestimmt. Auf deren Basis haben die Länder ihre Landesverordnungen überprüft und mussten bis zum 31.12.2020 erforderliche Änderungen (Ausweisung, aber auch sonstige Anpassungen) vornehmen.

Die Regelungen im Entwurf der hessischen Landesverordnung betrafen in mit Nitrat belasteten Gebieten sowie Gebieten, deren Gewässer mit Phosphor belastet sind ("eutrophierte Gebiete") die Untersuchung der Wirtschaftsdünger und verschärfte Aufzeichnungspflichten der Bewirtschafter.

Die Geschäftsstelle hat zum Entwurf der Verordnung über ergänzende Vorschriften zur Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach § 13 a Abs. 1 der Düngeverordnung binnen acht Werktagen eine Stellungnahme erarbeitet, mit dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten abgestimmt und an das Umweltministerium versandt.

Hessische Ausführungsverordnung zum Pflanzenschutzgesetz (HAVPflSchG)

Mit Schreiben vom 20. September 2019 wurde die Geschäftsstelle zum Entwurf einer Hessischen Ausführungsverordnung zum Pflanzenschutzgesetz beteiligt. Die wesentlichen Änderungen waren verfahrensrechtlicher Natur und aus Sicht der Städte und Gemeinden nicht zu kritisieren.

Rechtsberatung und Prozessvertretung

Die Schwerpunkte im Bereich der Rechtsberatung und Prozessvertretung lagen im Bereich des Wasserrechts in folgenden Themenkreisen:

In letzter Zeit ist festzustellen, dass vermehrt Einleitungen unter Verstoß gegen die Regelungen der Entwässerungssatzung einer Gemeinde stattfinden, die deren öf-

fentliche Einrichtung – die kommunalen Sammelkanäle – in erheblichem Maße beschädigen. Der zweite Schwerpunkt waren Verwaltungsstreitverfahren betreffend die Festsetzung der Abwasserabgabe. In diesen hoch komplexen und fachlich nur schwer zu beurteilenden Verfahren wurde u.a. über die Frage gestritten, welchem technischen Regelwerk die Abwasseranlagen genügen müssen, um in den Genuss der Abgabefreiheit zu kommen. Darüber hinaus war festzustellen, dass Gemeinden verstärkt mit der Forderung von Bürgern, die in der Nähe von Gewässern gebaut haben, konfrontiert sind, das angrenzende Gewässer so zu unterhalten, dass ein Abschwemmen der Ufer verhindert wird. Zuletzt wurden Gemeinden im Berichtszeitraum aufgrund von Gewässerveränderungen auf Ausgleich nach § 5 des Hessischen Wassergesetzes in Anspruch genommen.

• Naturschutz und Landschaftspflege

Erklärung von Naturschutzgebieten, Nationalparks und Nationalen Naturmonumenten, Landschaftsschutzgebieten, Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsbestandteilen im Außenbereich nach den §§ 23, 24, 26, 28 oder § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes, Natura-2000-Gebiete

Bei der Erklärung von Naturschutzgebieten, Nationalparks und Nationalen Naturmonumenten, Landschaftsschutzgebieten, Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsbestandteilen im Außenbereich nach den §§ 23, 24, 26, 28 oder § 29 (Naturschutzgebiete, Nationalparke, Nationale Naturmonumente, Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmäler) des Bundesnaturschutzgesetzes sowie von Natura-2000-Gebieten ist nach § 12 Abs. 3 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Auf dieser Rechtsgrundlage wurde die Geschäftsstelle im Berichtszeitraum zu einer Vielzahl von beabsichtigten Ausweisungen von Naturschutzgebieten, Änderungen bereits ausgewiesener Naturschutzgebiete und sonstigen geschützter Landschaftsbestandteile angehört. In Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden wurde abhängig vom Einzelfall eine Stellungnahme erarbeitet und gegenüber dem Regierungspräsidium abgegeben.

• Hessen nachhaltig – Task Force „Ziele und Indikatoren“

In der auf Grund der Beschlüsse der Nachhaltigkeitskonferenz eingerichteten Task Force „Ziele und Indikatoren“ wirkte die Geschäftsstelle mit. Die Aufgabe der Task Force besteht in der Festlegung der erforderlichen Ziele und Indikatoren zur Bestimmung der Qualität des Fortschritts einer nachhaltigen Entwicklung des Landes Hessen. Diese Indikatoren-Sätze werden ständig überprüft und fortgeschrieben. Im Hinblick auf die im Jahre 2015 beschlossene „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen mussten neue Zielwerte für 2030 festgelegt und in der Task Force abgestimmt werden. Die Arbeitsgruppe wertet und überprüft, inwieweit sich Hessen in Richtung der vereinbarten Zielwerte bewegt. Begleitet und unterstützt wird dieser Vorgang durch das Statistische Landesamt. In ei-

nem zweijährigen Rhythmus wird der Fortschrittsbericht fortgeschrieben und veröffentlicht. In dem Bericht werden die zu erreichenden Zielwerte in Form von Texten, Schaubildern und Tabellen dargestellt. Der letzte Fortschrittsbericht datiert aus dem Dezember 2020.

Im hessischen Bündnis für Nachhaltigkeit wurde die Geschäftsstelle mit eingebunden und nahm an diversen Veranstaltungen teil. Die Auftaktsitzung des Hessischen Bündnisses für Nachhaltigkeit (HBN) fand am 10.04.2019 auf Einladung der Staatsministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Hessen Priska Hinz statt. In Folge der Beschlüsse dieses Gremiums wurden Leitsätze formuliert, die mittels Steuerungskreise begleitet werden. Gemäß den Beschlüssen dieses Gremiums, wurde im August 2020, der Bereich „Nachhaltige Ernährung“ in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Neben diesem aktuellen Schwerpunkt steht der Steuerungskreis Wirtschaft, der eine Initiative für verantwortungsvolles und nachhaltiges Wirtschaften begleiten soll. Es ist beabsichtigt mittels des Steuerungskreises ökonomische Unternehmensentwicklungen mit sozialen und ökologischen Kriterien zu verbinden.

Die Steuerungskreise in denen die Geschäftsstelle eingebunden ist, sollen ein Leitbild unter Berücksichtigung der aktuellen gesellschaftlichen Zusammensetzung in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung erstellen, um die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen zu fördern und umzusetzen.

11. Energierecht

• *Übertragungs- und Verteilnetze*

Die Geschäftsstelle arbeitet im Bürgerdialog Stromnetz, der vom Bundeswirtschaftsministerium für Wirtschaft und Energie initiiert wurde, mit. Dieser Arbeitskreis soll Informations- und Dialogangebote vor Ort in den Regionen, die vom Netzausbau berührt werden, organisieren. Im Fokus stehen dabei Orte mit besonders großem Informations- und Diskussionsbedarf. Der Bürgerdialog stellt einer Ergänzung zu den vorhabenbezogenen, formellen Beteiligungsverfahren und informellen Aktivitäten der Bundesnetzagentur sowie der Übertragungsnetzbetreiber dar.

Die nunmehr geplante Erdverkabelung der Gleichspannungsleitungen und die Modifizierung des Korridors für den Bau der neuen Übertragungsnetze (Suedlink und Ultranet) wird Hessen in Zukunft wesentlich weniger beeinträchtigt und hat damit erheblich zu einer Beruhigung und Versachlichung der Diskussion beigetragen. Auch wenn der geplante Verlauf der von dem Vorhabensträger TenneT zu errichtenden Suedlink Hessen noch auf einer Strecke von ca. 59 Kilometer im Bereich des Werra-Meisner-Kreises liegt, konnte dies nicht vollkommen abgewendet werden. Der neue Korridor wird deutlich weniger hessische Kommunen beeinträchtigen, führt jedoch dazu, dass die Werra häufiger unterirdisch gequert werden muss.

Aus der Studie über die Verteilnetzsituation in Hessen folgt, dass ein erheblicher Ausbau des Verteilnetzes auf absehbare Zeit nicht erforderlich wird. Dies setzt jedoch voraus, dass die Stromübertragung intelligent gesteuert wird und insofern in die Digitalisierung der Steuerung investiert werden muss.

• *Windenergie*

Der Ausbau und das Repowering von Windenergieanlagen schreitet derzeit stockend voran, hat aber nicht dazu geführt, dass eine deutliche Reduzierung der Anfragen unsere Mitglieder bezüglich der Einräumung von Wegerechten der Anlagebetreiber eingetreten ist. Im Wesentlichen geht es bei den Anfragen, um die Ausgestaltung von Gestattungsverträgen zur Wegnutzung (Leitungen und Überfahrrechte) und möglicher Gestattungsentgelte, wie auch um die Frage, ob man eine derartige Nutzung verhindern kann. Im Ergebnis besteht häufig ein erheblicher Beratungsbedarf, wenn vor Ort ein neuer Windpark entwickelt wird. Dies spiegelt auch den Streit zwischen Befürwortern und Gegnern derartige Anlage wieder. Von Kritiker wird häufig vehement eingefordert, dass Kommunen alle Möglichkeiten ausschöpfen sollen, um die Realisierung derartiger Projektes zu verzögern oder zu verhindern. Die diesen Anlagen zugrundeliegenden Wegenutzungsverträgen berühren eine Vielzahl von Rechtsfragen und erfordern damit einen erheblichen Zeitaufwand bei der Bearbeitung. Soweit es zu keiner Einigung zwischen unseren Mitgliedern und Projektträgern kommt, kommt auch eine gerichtliche Klärung der offenen Fragen in Betracht. Wobei festzustellen ist, dass in den meisten Fällen der Gang zu den Zivilgerichten gewählt wird und insofern weniger Verwaltungsstreitverfahren anstehen.

• *Energiewirtschaftsgesetz / Konzessionsabgabe*

Die Geschäftsstelle wurde mit dem Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht (Energiewirtschaftsrechts-änderungsgesetz) befasst. Letztendlich soll mit dieser Novelle eine Rechtsgrundlage für die Einräumung von Wegenutzungsrechten für Wasserstoffnetze geschaffen werden. Der Gesetzgeber plant, dass mittels der Einfügung einer Regelung (§ 113 a EnWG-E) eine Überleitung von Wegenutzungsrechten auch auf Wasserstoffleitungen möglich sein soll. Damit wird für die Städte und Gemeinden der Weg eröffnet, öffentliche Straßen und Wege zum Transport von Wasserstoffnetzen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig damit Einnahmen aus einer Konzessionsabgabe zu generieren. Wobei nach der Entwurfsfassung, auf die Höchstbeiträge der Konzessionsabgabe für Gas abgestellt werden soll.

Hier setzt jedoch unsere Kritik an, dass es für den Bereich der Konzessionsabgaben – insbesondere die Konzessionsabgabe Gas - zahlreiche gesetzliche Unzulänglichkeiten gibt, die seit Jahren zu einem Rückgang des Abgabeaufkommens zu Lasten der Kommunen führen. Insofern ist die Geschäftsstelle in einer Arbeitsgruppe

beim DStGB aktiv geworden, um Vorschläge für eine Reformierung der Gaskonzessionsabgabe – zumindest eine Gleichstellung mit der Stromkonzessionsabgabe – herbeizuführen. Dies kann jedoch nur einen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer grundlegenden Reform der Konzessionsabgabeverordnung sein, da es erforderlich wird die Berechnungsgrundlage der Konzessionsabgabe – derzeit eine reine Mengenbemessung – dem Wandel des Energiesystems anzupassen. Durch eine Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung wird der lokale Energieumsatz in privaten Haushalten und Unternehmen deutlich reduziert. Insbesondere im Wärmebereich wird eine nachhaltige Verbesserung der Energiebilanz von Gebäuden dazu führen, dass der örtliche Gasverbrauch einbrechen wird, was wiederum Auswirkungen auf die Höhe der Konzessionsabgabe haben wird.

Die Weiterentwicklung der Verbreitung von Photovoltaikanlagen für den privaten Bereich führt auch dazu, dass das Konzessionsabgabeaufkommen aus der Stromkonzession langfristig sinken wird. Obwohl sämtliche Grundstücke an das örtliche Stromnetz angebunden sein müssen, werden die Kommunen in Zukunft deutlich weniger Einnahmen aus der Konzessionsabgabe erzielen können. Es ist daher daran zu denken und zu überlegen, wie zum einen die Finanzierung dieses Netzes und vor allem aber auch die Sicherstellung der Konzessionsabgabe für die Kommunen in Zukunft erfolgen kann. Eine reine mengenbezogene Abgabe wird auf jeden Fall in Zukunft dazu führen, dass erhebliche Einnahmefälle zu verzeichnen sein werden. Die Novellierung der Konzessionsabgabeverordnung war bereits Gegenstand des letzten Tätigkeitsberichts. Bisher konnten jedoch politisch noch kein Durchbruch erreicht werden, da dies letztendlich zu einer Preissteigerung des Energiepreises führen wird. Insofern ist weder bei den derzeitigen Regierungsparteien, noch bei den Oppositionsparteien damit zu rechnen, dass dieses Thema forciert wird. Politisch besteht ein Konsens dahingehend, dass fossile Brennstoffe mit einer Klimaabgabe belastet werden sollen. Die Finanzierung der Kommunen, die bei der Umsetzung einer dezentralen klimafreundlichen Energiewirtschaft eine erhebliche Bedeutung haben, steht nicht im Fokus der Entscheidungsträger.

• **Allgemeines**

Darüber hinaus hat die Geschäftsstelle Gelegenheit erhalten, zur Verordnung über die Zuständigkeiten im Schornsteinfegergesetz Stellung zu beziehen. Diese rechtlichen Regelungen richten sich jedoch im Wesentlichen an die Kreisordnungsbehörden, so dass der kreisangehörige Bereich nicht unmittelbar betroffen wird.

Zur Änderung des sachlichen Teilplans Erneuerbaren Energien 2019 des Regionalplans Südhessen – Regionale Flächennutzungsplan wurde die Geschäftsstelle im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen angehört. Im Wesentlichen konnte die Geschäftsstelle, da viele regionale Besonderheiten zu berücksichtigen sind, nur die Verordnung abstrakt prüfen.

12. Abfallrecht und Bodenschutz

• **Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des Abfallrechts**

Klärschlammvereinbarung Mittelhessen

Im November 2019 sind die Mittelhessischen Wasserbetriebe an die Geschäftsstelle des Hessischen Städte- und Gemeindebundes mit dem Entwurf einer sog. Kooperationsvereinbarung herangetreten. Diese hatte den Hintergrund, dass die Mittelhessischen Wasserbetriebe die allseits bekannten Engpässe bei der Klärschlamm Entsorgung beseitigen wollten und wollen. Dieses Ziel soll durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Mittelhessischen Wasserbetrieben und den Kommunen aus dem Umland der Mittelhessischen Wasserbetriebe erreicht werden. Beabsichtigt war und ist nach wie vor eine eigene Klärschlammverbrennungsanlage zu errichten und zu betreiben. Die Geschäftsstelle hält die Anstrengungen und Bemühungen in Mittelhessen, insbesondere die der Mittelhessischen Wasserbetriebe, ein gemeinsames Projekt zur Verwertung von anfallenden Klärschlämmen zu organisieren, für überaus begrüßenswert. Insbesondere die aktuellen Gesetzesänderungen betreffend die Verwertung von Klärschlämmen lassen es geboten erscheinen, dass sich die abwasserbeseitigungspflichtigen Kommunen bzw. deren Verbände „breiter aufstellen“. Hinzu kommt die auch durch externe Faktoren bedingte momentane Verknappung der bereits vorhandenen Verbrennungskapazitäten. Im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit könnten sich die mittelhessischen Städte und Gemeinden bzw. deren Verbände von den Volatilitäten des Marktes im Interesse der Gebührenstabilität ihrer Bürger entkoppeln.

Die Geschäftsstelle hat in mehreren intensiven Gesprächsterminen mit Unterstützung von Verbänden aus unserem Mitgliedsbereich die Vertragsentwürfe gesichtet und für die Mitgliedskommunen mit den Mittelhessischen Wasserbetrieben verhandelt. Hierbei wurden in den unterschiedlichen Entwurfsstadien insgesamt mehrere hundert Seiten Vertragsentwürfe mit besonderem Augenmerk auf die Rechtsbereiche des Vergaberechts, des Zivilrechts, des Rechtsbereichs der Interkommunalen Zusammenarbeit und des Abfallrechts durchgesehen und detailliert Bedenken und Anregungen zu dem Vertragsentwurf vorgebracht. Nach Monaten der Verhandlungen konnte ein weitestgehend abgestimmter Vertragsentwurf erreicht werden, der die Interessenlage der Mittelhessischen Wasserbetriebe und der Vertragspartner aus dem Mitgliedsbestand des HSGB in einen gerechten Ausgleich brachte.

Diese Bemühungen wurden durch ein aktuelles Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 04.06.2020 (Az.: C 429/19) mit dem in dieser Form nicht zu rechnen war schlagartig entwertet, da der EuGH im genannten Urteil die Grenzen einer vergaberechtsfreien interkommunalen Kooperation nach § 108 Abs. 6 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – abweichend von der bisherigen obergerichtlichen Rechtsprechung in Deutschland – nunmehr wesentlich enger gefasst hat. Dies hatte

zur Folge, dass das verhandelte Modell der Zusammenarbeit im Wege der Kooperation im Lichte der aktuellen Rechtsprechung des EuGHs äußersten rechtlichen Bedenken begegnet.

Als Reaktion auf diese Rechtsprechung und die daraus resultierenden Bedenken haben die Mittelhessischen Wasserbetriebe und die Geschäftsstelle erneut versucht, Möglichkeiten zu eruieren, um das ursprüngliche Ziel - die gemeinsame Entsorgung des Klärschlammes - weiter verfolgen zu können. Auch diese Gespräche fanden in konstruktiven und zielführenden Atmosphäre statt. Es bestand Einigkeit darüber, dass durchaus andere rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten in Betracht kommen. Diese setzen allesamt die Gründung einer eigenständigen juristischen Person voraus. Diskutiert wurden mehrere Möglichkeiten, evtl. auch die Gründung einer eigenständigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit den klärschlamm Entsorgungspflichtigen Kommunen als Gesellschaftern. Es wurde vereinbart, dass die Mittelhessischen Wasserbetriebe und die Geschäftsstelle auch weiterhin in engem Austausch stehen, um das Projekt zu einem guten Ergebnis zu bringen. Die Mittelhessischen Wasserbetriebe werden einen neuen Vertragsentwurf erarbeiten und es wird erneut versucht werden diesen im Interesse aller potentiellen, mittelhessischen Vertragspartner abzustimmen.

Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des Verpackungsgesetzes

Auf Initiative des Wetteraukreises haben – bis auf eine Stadt, die selbst entsorgungspflichtig ist - alle übrigen Städte und Gemeinden im Landkreis mit dessen Abfallwirtschaftsbetrieb eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gebündelten Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Verpackungsgesetz abgeschlossen. Die Geschäftsstelle hat den gesamten Prozess von der Idee bis zum Abschluss durch Beratung, rechtliche Prüfung und Abstimmungstermine intensiv unterstützt. Der Abschluss einer derartigen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erscheint überaus sinnvoll und begrüßenswert. Damit ist gewährleistet, dass die Interessen der Städte und Gemeinden sachgerecht gegenüber den Systembetreibern vertreten werden und „auf Augenhöhe“ verhandelt werden kann. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass der Landkreis die Wahrnehmung der Angelegenheit übernimmt und diese damit in „kommunaler Hand“ verbleibt.

Nach dem Inhalt der Vereinbarung soll dem Abfallwirtschaftsbetrieb im Wesentlichen das gesamte Verhandlungsverfahren von der Vorbereitung über die Durchführung bis hin zum Abschluss der Abstimmungsvereinbarung übertragen werden, wobei sichergestellt wird, dass die Kommunen vor dem Abschluss der Abstimmungsvereinbarung einbezogen werden. Hierzu wird die Bildung eines Arbeitskreises unter Beteiligung der Kommunen vertraglich geregelt, der abschließend über die Abstimmungsvereinbarung beschließt. Außerdem ist die Einrichtung eines Beirats vorgesehen. Damit soll gewährleistet sein, dass die Belange der Städte und Gemeinden hinreichend Berücksichtigung finden. Der Abfallwirtschaftsbetrieb wird für seine Tätigkeit keine Kosten geltend machen. Es ist lediglich vereinbart, dass er die Hälfte der mit den dualen Systemen vereinbarten Abfallberatkosten erhält.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist als Anregung für unsere Mitgliedskommunen auf der Homepage des HSGB unter „Fachinformationen“, „Interkommunale Zusammenarbeit“ eingestellt.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung hat folgenden Hintergrund:

Zum Jahresbeginn 2019 ist das neue Verpackungsgesetz (VerpackG) in Kraft getreten, das die bis dahin existierende Verpackungsverordnung ablöst. Als Ergebnis der langwierigen politischen Diskussion um ein Wertstoffgesetz bleibt es auch künftig dabei, dass die Entsorgung von Verpackungen den dualen Systemen obliegt, während die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (öRE) für die Sammlung, Sortierung und Verwertung der stoffgleichen Nichtverpackungen zuständig bleiben. Zu den im VerpackG vorgesehenen Neuerungen gehören u. a. die Erhöhung der von den dualen Systemen nachzuweisenden Recyclingquoten für Verpackungsabfälle (§ 16 Abs. 2 VerpackG) und die Errichtung einer mit hoheitlichen Befugnissen ausgestatteten Zentralen Stelle zur Kontrolle der Tätigkeit der dualen Systeme (§§ 24 ff. VerpackG). Gegenüber den öRE erhält die Zentrale Stelle keine Befugnisse.

Die Regelungen für die künftige Abstimmung zwischen den öRE und den dualen Systemen finden sich in § 22 VerpackG. Die Abstimmung erfolgt durch eine schriftliche Abstimmungsvereinbarung (§ 22 Abs. 1 VerpackG), die zwischen dem öRE und einem von den dualen Systemen zu bestimmenden gemeinsamen Vertreter (§ 22 Abs. 7 VerpackG) vor Ort zu verhandeln ist. Es gibt nur noch eine einheitliche Abstimmungsvereinbarung, die alle abstimmungsrelevanten Aspekte von § 22 VerpackG umfasst und für alle dualen Systeme gilt. Für die Wirksamkeit der Vereinbarung mit dem öRE genügt es, wenn zwei Drittel der beteiligten dualen Systeme dem Verhandlungsergebnis zustimmen (§ 22 Abs. 7 VerpackG). Abweichend davon kann der öRE mittels eines Verwaltungsaktes einseitig Rahmenvorgaben hinsichtlich der Art des Sammelsystems, der verwendeten Behälter und deren Leerungshäufigkeit machen (§ 22 Abs. 2 VerpackG). Im Rahmen der Verhandlungen über die Abstimmungsvereinbarung sind darüber hinaus die neuen gesetzlichen Vorgaben für die Mitbenutzung von Wertstoffhöfen (§ 22 Abs. 3 VerpackG) und den Umgang mit der gemeinsam erfassten PPK-Fraktion (Papier/Pappe/Karton, § 22 Abs. 4 VerpackG) zu beachten. Gesonderte Vereinbarungen über die PPK-Fraktion mit einzelnen Systemen gibt es nach dem Willen des Gesetzgebers künftig nicht mehr. Im Rahmen der Abstimmung kann eine gemeinsame Wertstofffassung vereinbart werden (§ 22 Abs. 5 VerpackG). Nicht zur Abstimmung gehört dagegen ausweislich des Gesetzestextes der Anspruch des öRE auf Zahlung der anteiligen Nebenentgelte für seine Abfallberatung sowie die Bereitstellung, Unterhaltung und Reinigung der Flächen für Sammelgroßbehälter (§ 22 Abs. 9 VerpackG).

Das VerpackG geht davon aus, dass nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zwischen den öRE und den dualen Systemen neue Abstimmungsvereinbarungen geschlossen werden, die den Anforderungen des § 22 VerpackG entsprechen. Nach der Übergangsregelung in § 35

Abs. 3 VerpackG gilt – abhängig von der Vertragssituation vor Ort – eine Übergangszeit von längstens zwei Jahren. Um die Abstimmungsverhandlungen vor Ort zu erleichtern, haben die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sich gemeinsam mit allen dualen Systemen auf eine Orientierungshilfe nebst Anlagen verständigt. Die Orientierungshilfe besteht aus einem Mustertext für eine Abstimmungsvereinbarung (Anlage 1) sowie Hinweisen zu den Anlagen einer solchen Vereinbarung (Anlage 2). Diese Orientierungshilfe stellt das gemeinsame Verständnis der kommunalen Seite und der dualen Systeme dar, wie die Vorgaben des § 22 VerpackG künftig in einer Abstimmungsvereinbarung umgesetzt werden können. Die Orientierungshilfe hat keinen rechtsverbindlichen Charakter, sie soll eine Hilfestellung für die Verhandlungen vor Ort sein und aufzeigen, wie im Rahmen der Abstimmung ein fairer Ausgleich zwischen den jeweiligen Interessen des öRE und der dualen Systeme ausgestaltet sein kann. Aufgrund der örtlichen Verhältnisse können andere vertragliche Gestaltungen angezeigt sein.

• **Rechtsberatung und Prozessvertretung**

Neben den geschilderten Großprojekten „Klärschlammvereinbarung Mittelhessen“ und der Abstimmung einer nahezu kreisweiten interkommunalen Vereinbarung zur gebündelten Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Verpackungsgesetz war die Geschäftsstelle im Berichtszeitraum mit einer Vielzahl an grundsätzlichen Rechtsfragen im Bereich des Abfallrechts befasst. Lediglich beispielhaft sei auf folgende Themen hingewiesen:

• **Überarbeitung der Muster-Abfallsatzung**

Das Muster des Hessischen Städte- und Gemeindebundes für eine Abfallsatzung wurde überarbeitet und im Frühjahr 2019 veröffentlicht. Darin werden praktische Schwierigkeiten (z. B. maximal zulässige Nutzlasten der Abfallgefäße) sowie aktuelle Gesetzesänderungen (z. B. Gewerbeabfallverordnung, Verpackungsgesetz) berücksichtigt. Die Änderungen wurden gemeinsam in der Arbeitsgruppe Musterabfallsatzung (AG Musterabfallsatzung) erörtert. Dieser gehören der Hessische Städte- und Gemeindebund, der Hessische Städtetag, der Hessische Landkreistag sowie als Gast das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an. Als zusätzliche Hilfestellung hat die Geschäftsstelle – zusätzlich zur Arbeit in der Arbeitsgruppe – für die Mitglieder des Hessischen Städte- und Gemeindebundes eine über bloße Erläuterungen hinausgehende rechtliche Kommentierung des Musters für eine Abfallsatzung erarbeitet, die dieses Jahr veröffentlicht werden soll. In diese sind die Ergebnisse der Stellungnahmen der Geschäftsstelle zu Anfragen der Mitglieder der letzten zehn Jahre eingeflossen.

Immer wieder kommt es zu der unerfreulichen Situation, dass Gelbe Säcke von den dualen Systemen nicht abgeholt werden und die Gemeinden hierfür im öffentlichen Diskurs verantwortlich gemacht werden. Hierzu hat die Geschäftsstelle stets die Auffassung vertreten, dass für derartige Problemlagen eine Zuständigkeit der

Abfallbehörden und nicht der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gegeben sei. Diese Rechtsauffassung wurde durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nunmehr in einem offiziellen Schreiben bestätigt:

„Sollte dieses Vorgehen im konkreten Einzelfall keinen Erfolg versprechen, können von der zuständigen Behörde Anordnungen getroffen werden. Zur Zuständigkeit in diesem Fall ist Folgendes festzustellen: Die Systeme sind nach § 14 Abs. 1 Satz 1 VerpackG verpflichtet, im Einzugsgebiet der beteiligten Hersteller eine vom gemischten Siedlungsabfall getrennte, flächendeckende Sammlung aller restentleerten Verpackungen bei den privaten Endverbrauchern sicherzustellen. Diese Pflicht durchzusetzen, obliegt nach § 2 Abs. 2 Satz 2 VerpackG i. V. m. § 62 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) der zuständigen Behörde, welche die erforderlichen Anordnungen treffen kann. In Hessen sind für diese Anordnung gemäß § 19 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) die Regierungspräsidien als Abfallbehörden zuständig, da keine anderweitige Zuständigkeit des HAKrWG abweichend einschlägig ist. ... Es sei an dieser Stelle aus Gründen der Vollständigkeit überdies darauf hingewiesen, dass dem Gemeindevorstand die Möglichkeit bleibt, nach § 17a Abs. 1 Satz 1 Hessisches Straßengesetz (HStrG) erforderliche Maßnahmen zur Beendigung einer unerlaubten Straßennutzung zu treffen, soweit die Voraussetzungen vorliegen.“

• **Bodenschutz**

Nach § 8 Abs. 4 des Hessischen Gesetzes zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes und zur Altlastensanierung (HAltBodSchG) sind Gemeinden und öffentlich-rechtliche Entsorgungspflichtige verpflichtet, die ihnen vorliegenden Erkenntnisse über schadstoffbedingte Verdachtsflächen nach § 2 Abs. 4 des Bundes-Bodenschutzgesetzes, Altablagerung und Altstandorte unverzüglich dem Hess. Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie mitzuteilen. Zu diesem Zwecke haben sie verfügbare Daten zu erheben, die Gewerberegister auszuwerten und bereits erhobene Daten fortzuschreiben. Die Daten sind dem Hess. Landesamt für Umwelt und Geologie so zu übermitteln, dass sie im Bodeninformationssystem nach § 7 HAltBodSchG erfasst werden können.

Mit Schreiben vom 17.12.2020 hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport die Regierungspräsidien gebeten, mit Blick auf die oben zitierte Verpflichtung säumige Gemeinden, die der Aufsicht der Regierungspräsidien unterliegen, an ihre Erfassungspflicht zu erinnern und auf eine unverzügliche Erledigung hinzuweisen. Weiterhin wurden die Regierungspräsidien gebeten, die Landräte als Behörde der Landesverwaltung anzuhalten, ebenso für die Gemeinden mit bis zu 50.000 Einwohnern zu verfahren. Zuletzt wurde u.a. die Geschäftsstelle gebeten auf die Verpflichtung hinzuweisen. Dieser Bitte ist die Geschäftsstelle nachgekommen, auch vor dem Hintergrund, dass der in der Vergangenheit Fälle aufgetreten sind in denen Erwerber von Grundstücken mit bis dato unbekannten Altlasten/schädlichen Bodenveränderungen konfrontiert waren und versuchten sich im weiteren Fortgang bei der

Standortgemeinde im Wege der Amtshaftung schadlos zu halten. Weiter hat die Geschäftsstelle empfohlen zu prüfen, ob diese Aufgabe, die Verwaltungsressourcen in nicht unerheblichem Umfang bindet, nicht effizienter, bspw. im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit, erfüllt werden kann.

Generell war die Geschäftsstelle im Berichtszeitraum durch Beratung und Prozessvertretung im Bereich von Altlasten, Altstandorten und schädlichen Bodenveränderungen – mit stark zunehmender Tendenz - intensiv gefordert.

Da sich die Kosten für Sanierungsmaßnahmen leicht im sechs- bis siebenstelligen Bereich bewegen, bergen derartige Verfahren enorme wirtschaftliche Risiken für die betroffenen Kommunen, die regelmäßig als Zustandsstörer zur Sanierung herangezogen werden. Die Betreuung dieser Verfahren bindet aufgrund der Komplexität der Sach- und Rechtslage Ressourcen der Geschäftsstelle in ganz erheblichem Umfang. Neben der Heranziehung von Städten und Gemeinden steht regelmäßig die Frage im Fokus, ob bzw. wie sich diese bei den Verursachern schadlos halten können. Aufgrund der finanziellen Bedeutung dieser Frage und der Tatsache, dass hierzu so gut wie keine rechtswissenschaftliche Literatur ersichtlich ist, hat einer der zuständigen Referenten gemeinsam mit einer spezialisierten Kanzlei einen Artikel für die HSGZ verfasst in dem die Thematik allgemeinverständlich aufbereitet wurde und praktische Hilfestellungen für betroffene Gemeinden gegeben werden.

13. Jagdrecht

- ***Pflicht zur Tätigkeit eines Gemeindevorstandes als Notjagdvorstand in einer Angliederungsgenossenschaft***

In der Vergangenheit hat die Geschäftsstelle stets dahingehend beraten, dass sich die Pflicht nach § 9 Abs. 2 Satz 3 des Bundesjagdgesetzes (Notjagdvorstand im gemeinschaftlichen Jagdbezirk) nicht auf den Fall bezieht, dass in einer Angliederungsgenossenschaft kein Jagdvorstand gewählt wurde. Diese Rechtsauffassung hat der Hess. Verwaltungsgerichtshof im Fall einer von der Geschäftsstelle vertretenen Mitgliedsgemeinde mit Urteil vom 28.11.2019 bestätigt. Zur Begründung hat der Hess. Verwaltungsgerichtshof im Wesentlichen ausgeführt, dass weder das Hess. Jagdgesetz noch das Bundesjagdgesetz eine ausdrückliche Bestimmung enthalten, die dem Gemeindevorstand aufgibt, die Aufgabe eines Notvorstandes in einer Angliederungsgenossenschaft zu übernehmen. Eine analoge Anwendung des § 9 Abs. 2 Satz 3 des Bundesjagdgesetzes komme nicht in Betracht, da es an einer hierfür notwendigen planwidrigen Gesetzeslücke fehle. Da es sich bei der Angliederungsgenossenschaft nicht um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts handle, deren Betätigung sich im Wesentlichen auf die Vereinbarung der Entschädigung mit dem Inhaber des Eigenjagdbezirks sowie deren Vereinnahmung und Aufteilung auf die Jagdgenossenschaf-

ten beschränke, geht der Hess. VGH davon aus, dass der hessische Landesgesetzgeber bewusst gehandelt habe, als er keine ausdrückliche Regelung zum Notvorstand im Hess. Jagdgesetz getroffen hat. Zuletzt bedürfe es zur Durchsetzung der Rechte der Eigentümer der angegliederten Grundstücke auch nicht zwingend einer durch einen Vorstand handlungsfähigen Angliederungsgenossenschaft. Das Urteil des Hess. Verwaltungsgerichtshofs vom 28.11.2019 (Az.: 4 A 1207/18) ist in der HSGZ 2020, S. 100-102 veröffentlicht.

- ***Jagdrechtliches Vorverfahren nach § 36 HJagdG***

Die Geschäftsstelle ist im Bereich der Rechtsberatung im Zusammenhang mit jagdrechtlichen Vorverfahren nach § 36 des Hessischen Jagdgesetzes stark gefordert. Hierbei ist immer wieder festzustellen, dass das Gesetz Regelungslücken aufweist, die zu mannigfaltigen Problemen in der kommunalen Praxis führen. Bereits im Jahr 2015 hatte die Geschäftsstelle das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) angeschrieben und Probleme, die sich bei der Anwendung des Gesetzes stellen, detailliert dargelegt. Am 19. Mai 2019 fand ein Besprechungstermin zwischen der Obersten Jagdbehörde, dem HMUKLV, und Vertretern der Geschäftsstelle statt, welches in einer konstruktiven Atmosphäre stattfand, aber in der Sache ohne konkretes Ergebnis endete. Aus diesem Grund wandte sich die Geschäftsstelle nochmals in einem Schreiben an Frau Staatsministerin Hinz mit folgendem Wortlaut:

*„Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hinz,
sehr geehrte Damen und Herren,*

wir kommen zurück auf unsere Schreiben vom 16. Juni und 21. Dezember 2015 und den nachfolgenden Besprechungstermin mit Ihrem Referatsleiter „Oberste Jagdbehörde, Rechtsangelegenheiten der Abteilung“, Herrn Dr. Baum, am 19. Mai letzten Jahres, worin wir folgende Probleme dargestellt hatten:

Wildschäden sind nach § 36 des Hessischen Jagdgesetzes vom Gemeindevorstand festzusetzen, d.h. Städte und Gemeinden erlassen i.R. des jagdrechtlichen Vorverfahrens Verwaltungsakte in denen über zivilrechtliche (!) Forderungen entschieden wird. In der Praxis ist festzustellen, dass das jagdrechtliche Vorverfahren häufig als Projektionsfläche für anderweitige Konflikte dient. Ähnlich wie bei baurechtlichen oder nachbarrechtlichen Streitigkeiten, die häufig sehr emotional geführt werden und ihren Ursprung an anderer Stelle haben, findet der Streit nicht nur zwischen Anspruchsteller und Anspruchsgegner statt, sondern regelmäßig gerät auch die Gemeinde als verfahrensführende Behörde ins „Kreuzfeuer“. Vereinzelt sind in besonders „kritischen“ Jagdbezirken sogar Fälle bekannt geworden in denen die bestellten Wildschadensschätzer sich schlicht weigerten ihre Tätigkeit weiterhin auszuüben. Während die Tätigkeit als Wildschadensschätzer quasi auf „freiwilliger Basis“ stattfindet, können sich Bedienstete von Städten und Gemeinden diesen – falls eine der geschilderten Konfliktlagen gegeben ist – psychisch überaus belastenden

Verfahren nicht entziehen. Der Geschäftsstelle unseres Verbandes sind im Zuge der Rechtsberatung unserer Mitglieder Fälle bekannt geworden in denen gemeindliche Bedienstete aufgrund der Durchführung dieser jagdrechtlichen Vorverfahren mit Strafanzeigen bei den Staatsanwaltschaften und/oder Dienstaufsichtsbeschwerden überzogen werden. Diese lagen nicht in einem Fehlverhalten der Bediensteten begründet; in keinem Fall hat die Anzeige zu einer Verurteilung geführt. Darüber hinaus sind uns Fälle bekannt geworden in denen gemeindliche Mitarbeiter von Anspruchstellern und Anspruchsgegnern derart persönlich und über einen längeren Zeitraum angegangen wurden, dass sie sich in stationäre psychiatrische Behandlung begeben mussten!

Diese missliche Lage, die es zu konstatieren gilt, liegt darin begründet, dass die rechtlichen Vorgaben derart rudimentär und defizitär sind, dass rechtssichere Entscheidungen gar nicht möglich sind. Darüber hinaus sind Gemeinden mit der Entscheidung über zivilrechtliche Ansprüche in einem Verfahren in dem sie „gerichtsähnlich“ tätig werden, strukturell überfordert. Beispielfhaft sei nur darauf hingewiesen, dass bei der Beurteilung eines Mitverschuldens (§ 254 BGB) überaus komplexe und schwierige rechtliche Fragen abzuarbeiten sind. Ähnlich verhält es sich bei der Verteilung der Kosten nach billigem Ermessen (§ 36 Abs. 5 S. 2 HJagdG). Diese Entscheidung bestimmt sich analog § 91 ZPO nach dem Grad des Obsiegens bzw. Unterliegens. Da bei dem Antrag auf Durchführung des jagdrechtlichen Vorverfahrens jedoch von der weit überwiegenden Rechtsprechung keine konkrete Bezifferung verlangt wird, fehlt der Ansatzpunkt für die Verteilung der Kosten, was wiederum neue Streitigkeiten nach sich zieht. Zuletzt können nach § 36 Abs. 6 Satz 1 HJagdG die Verfahrensgebühren sowie die notwendigen Auslagen, insbesondere Reisekosten und Gebühren der zum Schätzen bestellten Personen, den Beteiligten in Rechnung gestellt werden. Demgegenüber regelt § 37 Abs. 2 S. 2 HJagdG, dass – im Falle des Rechtsmittels – das zuständige Zivilgericht über die zu erstattenden Kosten des Verfahrens nach § 36 HJagdG nach billigem Ermessen zu erkennen hat. Dieses Urteil bindet jedoch nur Kläger und Beklagten. Mithin wird zwar über die Kosten der Gemeinde entschieden, diese hat jedoch keine Möglichkeit auf der Grundlage des Urteils diese Kosten tatsächlich auch geltend zu machen. Im Übrigen verweisen wir auf unsere beiden Schreiben vom 16. Juni und 21. Dezember 2015 in denen die damit einhergehenden Rechtsfragen detailliert dargestellt sind.

Diese Defizite des Gesetzes führen dazu, dass Städte und Gemeinden i.R.d. jagdrechtlichen Vorverfahrens entweder als „zahnloser Papiertiger“ oder als „willkürliche Behörde“ wahrgenommen werden.

Dem Koalitionsvertrag zwischen CDU Hessen und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen für die 20. Legislaturperiode (S. 107) ist zu entnehmen, dass „das Hessische Jagdgesetz sich bewährt hat und nicht verändert wird“. Dieser Aussage müssen wir mit Blick auf das jagdrechtliche Vorverfahren strikt widersprechen.

Wir bitten Sie daher ebenso höflich wie nachdrücklich, im Interesse aller hessischen Städte und Gemeinden da-

für Sorge zu tragen, dass das Hessische Jagdgesetz dahingehend überarbeitet wird, dass Städte und Gemeinden der ihnen gesetzlich übertragenen Aufgabe tatsächlich auch rechtssicher nachkommen können. Hierzu möchten wir Ihnen ganz ausdrücklich unsere Unterstützung anbieten. Sicherlich wird eine Überarbeitung des Gesetzes nichts an der emotionalen Qualität der Konflikte ändern. Jedoch werden die Schwierigkeiten im Vollzug, welche in den Unzulänglichkeiten des Gesetzes begründet liegen, derzeit Städten und Gemeinden angelastet. Die dadurch verursachten Folgen können nicht weiter hingenommen werden.

Wir bedanken uns bereits im Voraus für Ihre Unterstützung ganz herzlich, stehen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Unter dem 29. März 2021 hat Frau Staatsministerin Hinz der Geschäftsstelle folgende Antwort übermittelt:

„Sehr geehrter Herr Heger, sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihr Schreiben hinsichtlich der Kostenproblematik im Rahmen des Vorverfahrens bezüglich der Erstattung von Wildschäden bedanke ich mich.

Ich teile Ihre Auffassung, dass die Regelung hinsichtlich der Kosten des Vorverfahrens in den §§ 36, 37 Hessisches Jagdgesetz (HJagdG) bei einer abweichenden Entscheidung eines Gerichts zu gewissen Unstimmigkeiten bezüglich der Rückerstattung der bereits beglichenen Kosten des Vorverfahrens sowie der Forderung der dann wiederum ausstehenden Kosten gegenüber dem neuen Kostenschuldner führt. Soweit gegen den Vorbescheid Klage erhoben wird, wird aufgrund dieser Regelungen das Schicksal der Kosten des Vorverfahrens durch das Schlussurteil des Gerichtes bestimmt. Bei einer Aufhebung des Vorbescheides entfällt der Rechtsgrund für die vereinnahmten Kosten. Dass diese Folge problematisch ist, steht außer Frage. Wie mir berichtet wurde, wurde diese Problematik im Mai 2019 zwischen Mitarbeitern Ihres und meines Hauses intensiv erörtert.

Zur Lösung des skizzierten Problems wäre eine Änderung des Hessischen Jagdgesetzes erforderlich. Sofern die sich derzeit im Verfahren befindliche Änderung des Bundesjagdgesetzes noch in dieser Legislaturperiode auch Anpassungen des Hessischen Jagdgesetzes erforderlich machen sollte, wird mein Haus prüfen, ob auch an dieser Stelle Abhilfe geschaffen werden sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Die Geschäftsstelle wird die Angelegenheit weiterverfolgen und darauf drängen entweder die Zuständigkeit der Gemeinden im Rahmen des jagdrechtlichen Vorverfahrens abzuschaffen, zumindest aber das Gesetz so anzupassen, dass es Städten und Gemeinden ermöglicht rechtssicher Verfahren durchzuführen.

- **Ausfälle von Jagdgenossenschaftsversammlungen und Vorstandswahlen aufgrund der Ausbreitung von Covid-19 (Corona-Virus) sowie Abschlüsse von Pachtverträgen ohne Beschlussfassung durch die Jagdgenossenschaften und Auszahlungen des Reinertrages**

In dem Berichtszeitraum war die Geschäftsstelle mit zahlreichen Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung von Versammlungen der Jagdgenossenschaften unter Pandemie-Bedingungen befasst. Mit Schreiben vom 22. Januar 2021 hat das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Rechtslage umfassend dargestellt. Zusammengefasst vertritt das Ministerium die Rechtsauffassung, dass Jagdpachtverträge durch die Jagdvorstände auch ohne vorherige Beschlussfassung im Rahmen einer Mitgliederversammlung abgeschlossen werden können. Dasselbe gilt für die Auszahlung des Reinertrages gem. § 10 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes. Zuletzt weist das Ministerium darauf hin, dass – sofern Vorstandswahlen anstehen, die nicht rechtzeitige durchgeführt werden können und auch die Satzung eine virtuelle Mitgliederversammlung oder die Wahl des Vorstandes per Brief ermöglicht – der Gemeindevorstand zunächst die Geschäfte als Notjagdvorstand wahrnehmen muss. Die Geschäftsstelle hat diese Informationen unmittelbar an alle Mitglieder weitergeleitet und mit folgenden eigenen Hinweisen versehen:

„Aus Sicht der Geschäftsstelle empfiehlt es sich dringend – sofern Jagdpachtverträge vom Gemeindevorstand als Notjagdvorstand abgeschlossen werden – in die Präambel des Jagdpachtvertrages mit aufzunehmen, dass dem Jagdpächter bekannt und bewusst ist, dass der Jagdpachtvertrag ohne Beschluss der Jagdgenossenschaft abgeschlossen wird, da aufgrund der derzeitigen Pandemiesituation Versammlungen der Jagdgenossenschaften nicht durchgeführt und daher auch keine Beschlüsse herbeigeführt werden können. Weiter sollte tunlichst bei der Verpachtung eine Ausschreibung durchgeführt werden, um dem späteren Einwand vorzubeugen, dass die Verpachtung ohne Beschlussfassung der Jagdgenossenschaft einen Schaden nach sich gezogen hätte, da potentielle Bewerber zur Zahlung eines höheren Jagdpachtzinses und / oder zur vollständigen Übernahme des Wildschadensersatzes bereit gewesen wären. Zuletzt könnte darüber nachgedacht werden in den Jagdpachtvertrag einen Gremienvorbehalt dergestalt aufzunehmen, dass der konkrete Jagdpachtvertrag unter die auflösende Bedingung gestellt wird, dass die Jagdgenossenschaft die Verpachtung nachträglich billigt. Die rechtliche Zulässigkeit dieses Gremienvorbehaltes sollte tunlichst mit der Unteren Jagdbehörde geklärt werden, bei der der Jagdpachtvertrag auch angezeigt werden muss (§ 10 Abs. 2 des Hessischen Jagdgesetzes).“

14. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

- **Gefahrenabwehrrecht und Corona**

Im Hinblick auf das Gefahrenabwehrrecht haben sich im Berichtszeitraum aufgrund der Corona-Pandemie zahlreiche neue Fragestellungen für unsere Mitgliedskommunen ergeben.

Mit den – auf Grundlage des § 32 Infektionsschutzgesetzes (InfSchG) – im März 2020 durch die Hessische Landesregierung erlassenen Verordnungen zur Bekämpfung des Corona-Virus wurde die Regelung getroffen, dass für den Vollzug entsprechender Verordnungen – abweichend von § 5 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) – neben den Gesundheitsämtern die örtlichen Ordnungsbehörden zuständig sind, wenn die Gesundheitsämter nicht rechtzeitig erreicht oder tätig werden können, um eine bestehende Gefahrensituation abwenden zu können.

Mit dieser Zuständigkeitsregelung, die in der Corona-Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung (CoKo-BeV), der Quarantäneverordnung sowie der Einrichtungsschutzverordnung getroffen und bis dato (in den jeweils aktualisierten Versionen) beibehalten wurde, hat sich für die Ordnungsbehörden der Kommunen ein völlig neuer Aufgabenkomplex gebildet. Auch wenn aus der Regelung grundsätzlich eine nachrangige Zuständigkeit der Ordnungsämter im Vergleich zu der Zuständigkeit der Gesundheitsämter hervorgeht, so konnten wir im vergangenen Jahr aufgrund des extremen Ausmaßes der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Überlastung der Gesundheitsämter, stetig beobachten, dass die Gefahrenabwehr in Gestalt des Vollzuges der Verordnungen von den Ordnungsbehörden geschultert werden musste. Darunter fiel/fällt beispielsweise die Überwachung im Hinblick auf die Einhaltung geltender Quarantänevorschriften sowie bezüglich bestehender Schließungsverpflichtungen im Bereich der Gastronomie bzw. von Ladengeschäften oder auch die Überwachung hinsichtlich der Einhaltung des Tragens einer Mund-Nasen-Bedeckung.

Neben den Unsicherheiten, mit denen die Kommunen im Hinblick auf den Vollzug der Corona-Verordnungen konfrontiert waren, ergaben sich zudem Fragen bezüglich der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, die im Zusammenhang mit Verstößen gegen die geltenden Corona-Verordnungen zu verzeichnen waren/sind.

Die Zuständigkeit im Hinblick auf die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Sinne des § 73 InfSchG ergibt sich aus § 5 Abs. 4 HGöGD, wonach in den Landkreisen der Kreisausschuss sowie in den kreisfreien Städten der Magistrat zuständig ist, soweit in einer aufgrund des § 32 S. 1 InfSchG erlassenen Rechtsverordnung nichts Anderes bestimmt ist. Da eine anderweitige Bestimmung im Sinne des

§ 32 S. 1 InfSchG auch in den aktuellen Corona-Verordnungen bislang nicht getroffen wurde, hat dies zur Fol-

ge, dass im Hinblick auf die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten die Ordnungsbehörden entlastet bleiben und diese Aufgaben entsprechend in den Landkreisen durch den Kreisausschuss wahrgenommen werden.

Ebenfalls beschäftigt haben sich unsere Mitgliedskommunen mit der Frage, inwieweit Versammlungen noch möglich sind bzw., ob diese mit den geltenden CoKoBeV vereinbar sind. Aufgrund der Tatsache, dass die CoKoBeV von Beginn an keine versammlungsspezifischen Regelungen enthalten haben, stellte sich für die Versammlungsbehörden zwangsläufig die Frage, inwieweit Versammlungen von den geltenden Kontaktbeschränkungen umfasst sind. In den vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen sowie dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration zur Verfügung gestellten Auslegungshinweisen zur CoKoBeV erfolgte sodann eine Klarstellung, dass die in den Verordnungen getroffenen Regelungen über Veranstaltungen nicht auf das Versammlungsrecht im Sinne des Art. 8 Grundgesetz anzuwenden sind. In den Auslegungshinweisen erfolgt jedoch zusätzlich der Hinweis, dass zum Ausgleich des Spannungsverhältnisses zwischen Infektionsschutz, welcher sich aus dem Grundrecht auf Leben und Gesundheit nach Art. 2 Abs. 2 GG herleitet und dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nach Art. 8 GG, die Versammlungsbehörden jeden Einzelfall gesondert bewerten müssen. Mit diesem Hinweis, der die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes abbildet, geht der Auftrag an die Versammlungsbehörden der Kommunen einher, eine verhältnismäßige Abwägung nach den Grundsätzen der praktischen Konkordanz zu treffen, um so einen sachgerechten Ausgleich zwischen diesen beiden Verfassungsgütern herbeizuführen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kommunen seit März 2020 durch die Corona-Pandemie bedingten Umstände mit diversen neuen rechtlichen Themen konfrontiert wurden und dementsprechend mit zahlreichen rechtlichen Fragestellungen im Rahmen der Gefahrenabwehr an uns herangetreten sind. Diese die Kommunen spürbar belastende Entwicklung hat sich wiederum in einem deutlich erhöhten Anfrageaufkommen in der Geschäftsstelle niedergeschlagen.

- **Gesetz über den unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten**

Am 18.12.2020 trat das Gesetz über die unabhängige Bürger- und Polizeibeauftragte oder den unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten des Landes Hessen in Kraft (GVBL S. 910 ff.). Nach dem Gesetz hat die oder der Bürgerbeauftragte die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit den Behörden des Landes zu beraten und zu unterstützen. Sie oder er befasst sich mit den von den Bürgerinnen und Bürgern an sie oder an ihn herangetragenen Wünschen, Anliegen und Vorschlägen (Bürgeranliegen). Sie oder er hat zudem die Aufgabe, partnerschaftliche Verhältnisse zwischen Bürgerschaft und Polizeibehörden zu stärken. Sie oder er wirkt auf eine einvernehmliche und zweckmäßige Erledigung der Bürgeranliegen hin. Die oder der Bürgerbe-

auftragte kann dann im Rahmen der Prüfung von konkreten Eingaben die Landesregierung, alle Behörden des Landes sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts soweit sie der Aufsicht des Landes unterstehen, vorbehaltlich verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Grenzen um mündliche, schriftliche und elektronische Auskünfte sowie um Einsicht in Akten und Unterlagen ersuchen.

Zwar sieht das Gesetz eine Grenze des Prüfungsrechtes des oder der Bürgerbeauftragten vor, wonach die oder der Bürgerbeauftragte von einer sachlichen Prüfung der Eingabe absieht, wenn es sich unter anderem um eine Entscheidung handelt, die in kommunaler Selbstverwaltung getroffen worden ist, dennoch ist davon auszugehen, dass tiefgreifend in die kommunalen Belange eingegriffen wird. Dies wurde bereits in der Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz für den Bürgerbeauftragten des Landes Hessen und den Landesbeauftragten für die Hessische Polizei (Drs. 20/2083) sowie dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für ein Gesetz über die unabhängige Bürger- und Polizeibeauftragte oder den unabhängigen Bürgern- und Polizeibeauftragten des Landes Hessen (Drs. 20/5324) vorgetragen. Hintergrund für den tiefgreifenden Eingriff in die kommunalen Belange ist, dass die Kommunen neben Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung auch Weisungs- und Auftragsangelegenheiten gemäß § 4 HGO wahrnehmen. Nach dem Wortlaut des nunmehr beschlossenen Gesetzentwurfs steht der oder dem Bürgerbeauftragten in solchen Angelegenheiten durchaus ein Prüfungsrecht zu. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens wurde vehement seitens des Hessischen Städte- und Gemeindebundes gefordert, dass die oder der Bürgerbeauftragte stets von einer sachlichen Prüfung absieht, wenn kommunale Belange betroffen sind. Mit Beschluss des Gesetzes steht zu befürchten, dass sich die Bürger bzw. Gemeindevertreter über den Umweg des Bürgerbeauftragten Informationen beschaffen bzw. an Informationen kommen, die sie so nicht erhalten würden. Zudem gehen die Rechte der bzw. des Bürgerbeauftragten auch an dieser Stelle weiter als Rechte, die beispielsweise in der Hessischen Gemeindeordnung als Überwachungsrechte verankert sind.

- **Zweckentfremdungsgesetz**

Im Berichtszeitraum hat die Geschäftsstelle zu zwei Gesetzentwürfen betreffend eines Zweckentfremdungsgesetzes Stellung genommen. Zum einen handelt es sich um den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zu einem Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (WSchG) - (Drs. 20/170) und dem Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke zu einem Gesetz gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum (Drs. 20/238).

Vor dem Hintergrund der angespannten Wohnraumsituation und dem erhöhten Bedarf an bezahlbaren Wohnraums insbesondere in den Ballungsräumen ist das genannte Ziel der Gesetzentwürfe, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden soll grundsätzlich zu begrüßen gewesen. Die Gesetzentwürfe sahen

jeweils vor, dass in Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten bzw. in Gemeinden mit erhöhtem Wohnungsbedarf, die jeweilige Gemeinde durch Satzung bestimmen kann, dass Wohnraum nur mit ihrer Genehmigung überwiegend anderen als Wohnungszwecken zugeführt werden darf. Nach der damaligen Rechtslage waren aus unserem Mitgliederbereich 27 Kommunen berechtigt, jeweils Satzungen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum zu erlassen. Es fand sodann eine Abfrage bei den betroffenen Kommunen statt und es war festzustellen, dass die überwiegende Anzahl der betroffenen Kommunen die Gesetzentwürfe kritisch sah und in der Praxis kein Bedarf für solche gesetzlichen Regelungen gesehen wurde.

Zum einen ist festzustellen, dass mit den vorstehenden Gesetzentwürfen noch nicht mehr Wohnraum geschaffen wird, der jedoch dringend vor Ort benötigt wird. Zum anderen wird mit vorstehenden Gesetzentwürfen erst recht kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen. Damit haben die Gesetzentwürfe das Ziel verfehlt. Die Intention des Gesetzgebers auf kommunaler Ebene Instrument zu schaffen, um auf die äußerst angespannte Wohnungssituation in den Kommunen zu reagieren, ist zwar begrüßenswert, dennoch stellt sich die Frage, ob der Erlass von einem solchen Gesetz der richtige Weg ist. Aus Sicht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes sind die vorstehend genannten Gesetzentwürfe nicht geeignet, um auf kommunaler Ebene gegen den Wohnungsnotstand vorzugehen und diesen zu lindern. Zudem sind die Gesetzentwürfe nicht geeignet, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

In den betroffenen Kommunen existiert häufig kein Leerstand, dem die vorstehenden Gesetzentwürfe entgegenwirken sollen. Des Weiteren ist in der Praxis eher ein gegenteiliger Effekt zu beobachten, dass bereits wenig bzw. nicht genutzte Gewerberäume aufgrund des hohen Mietwerts zu Wohnraum umgewandelt werden. Nach dem Inhalt der Gesetzentwürfe haben jeweils die Kommunen – die sich dazu entschlossen haben eine Satzung zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum zu erlassen – die Einhaltung der Vorschriften auch zu überwachen und zu vollziehen. Dies stellt einen erheblichen Arbeitsaufwand für die Verwaltung dar, der in keinem Verhältnis zum gewünschten Effekt steht. Mit den Gesetzentwürfen wird ein unverhältnismäßig hoher bürokratischer Aufwand erforderlich, mit dem noch kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Für die Abwicklung, die Durchsetzung, die Genehmigungen sowie den Vollzug des Gesetzes ist zusätzliches Personal auf kommunaler Ebene notwendig, das sowohl im Innen- als auch im Außendienst die Einhaltung und den Vollzug des Gesetzes überwacht. Aufgrund der ohnehin schon angespannten Personalsituation in den Kommunen ist es hier nur schwerlich möglich personelle Kapazitäten bereit zu halten.

Auf Grund des erheblichen Eingriffs in das Eigentumsrecht steht zudem zu befürchten, dass der soziale Frieden vor Ort auf dem Spiel steht, wenn gegen die Überzeugung von Eigentümern diese in die Vermieterrolle gedrängt werden. Auch ist zu erwarten, dass es auf Grund der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe in den Gesetzentwürfen, die insbesondere die Genehmigung

der Zweckentfremdung betreffen, es zu Rechtsstreitigkeiten und langen Prozessen kommt. Dies bindet Personal der Kommunen und hat zudem erhebliche finanzielle Auswirkungen, für die die Gesetzentwürfe keinen finanziellen Ausgleich vorsehen.

Die Gesetzentwürfe waren und sind nicht effektiv und geeignet zügig Wohnraum zu schaffen. Dagegen wird mit den Gesetzentwürfen erhebliche Bürokratie aufgebaut, für die wiederum zusätzliches Personal in den Verwaltungen gebunden wird, das die Abwicklung, Durchsetzung, Genehmigung sowie den Vollzug des Gesetzes durchzusetzen haben.

Zu den finanziellen Auswirkungen der vorliegenden Gesetzentwürfe ist festzustellen, dass zwar jeweils in den Gesetzentwürfen vorgesehen ist, dass die Verwaltungskosten der Gemeinden durch die Einnahmen aus Ordnungsgeldern ausgeglichen werden können. Aus Sicht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes wird dies jedoch bei weitem nicht ausreichen, um die Kosten der Kommunen zu decken, die mit dem Vollzug des Gesetzes einhergehen. Zudem ist auf § 8 des Gesetzentwurfs der Fraktion Die Linke hinzuweisen, wonach die Einnahmen aus den Ordnungswidrigkeiten zeitnah für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden sind und damit den Kommunen gerade nicht zur Deckung der Verwaltungskosten bereitstehen.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass bis 2004 Regelungen zur Bekämpfung der Zweckentfremdung existierten. In der Anhörung zur Aufhebung der Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum hat damals der Hessische Städte- und Gemeindebund die Aufhebungsabsicht begrüßt. Auch heute wird weiterhin kein Bedarf zum Erlass eines neuen Zweckentfremdungsgesetzes gesehen.

• **Einschränkungen von Silvesterfeuerwerken aufgrund der Feinstaubbelastung**

Der BUND Hessen ist im Mai 2019 an uns herangetreten, um in einen Austausch mit uns zu kommen, ob wir uns Regelungen vorstellen könnten, mit denen Silvesterfeuerwerke reglementiert, sicherer gemacht und weniger schädlich für die Menschen und Tiere gestaltet werden könnten und auch um ggf. Alternativen zum Silvesterfeuerwerk entwickeln zu können.

Die Verminderung der Feinstaubbelastung in Städten und Gemeinden ist aus Sicht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes durchaus sinnvoll. Dennoch ist auf die derzeitige Rechtslage hinzuweisen. Nach § 23 Abs. 1 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz ist es bereits heute möglich, in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altenheimen sowie besonders brandempfindlichen Gebäuden oder Anlagen das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände zu verbieten. Nach Auffassung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes gibt es daher bereits ausreichend Mittel und Wege, den mit Silvesterfeuerwerken einhergehenden Gefahren zu begegnen. Auch besteht nach der Auffassung der Geschäftsstelle kein Bedarf zu weitergehenden Regelungen im Hinblick auf die Reglementierung von Silvesterfeuerwerken.

- **Tierseuchenbekämpfung – Afrikanische Schweinepest**

Im Berichtszeitraum fanden im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) mehrere gemeinsame Informations- und Arbeitstreffen des HMdIS und des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit Vertretern/Vertreterinnen der kommunalen Spitzenverbände, Landwirtschafts- und Jagdverbänden sowie Einheiten des Katastrophenschutzes statt. In den Arbeitstreffen wurden vorbereitende Maßnahmen für einen möglichen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Hessen beraten. Hierzu hat das Hessische Umweltministerium zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden eine 4-teilige Handlungsempfehlung für den Fall des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest im Wildschweinebestand in Hessen erarbeitet.

Neben jagdrechtlichen Maßnahmen, die im 1. Teil der Handlungsempfehlung dargestellt werden, wird im 2. Teil der Handlungsempfehlung erläutert, wie mit gefundenen toten oder erkrankten Wildschweinen umzugehen ist. In einem 3. Teil wird erläutert, wie ein Kadaver-sammelplatz eingerichtet und betrieben werden soll.

Der 4. Teil der Handlungsempfehlung umfasst die Darstellung der Zuständigkeiten und Aufgaben der beteiligten Behörden, Dienststellen und auch Organisationen im Falle des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest in Hessen. Hier wird insbesondere das Zusammenwirken zwischen den Gemeinden, den Einheiten des Brand- und Katastrophenschutzes, der Bundeswehr, der Forstbehörden, der Hessischen Polizei, den Landwirten, dem THW sowie den Veterinärbehörden des Landkreises bzw. der kreisfreien Städte erläutert und ein Einsatzablaufplan festgelegt. Zudem wird mit Schaubildern jeweils die Führungsorganisation im Falle eines Katastrophenfalls, eine Großschadenslage sowie der Aufbau einer Führungsorganisation im Rahmen der „allgemeinen Verwaltung“ dargestellt.

Zwar stellen die ausgearbeiteten Maßnahmenpläne lediglich Handlungsempfehlungen für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest im Schwarzwildbestand in Hessen dar, dennoch ist es zu empfehlen, sich im Falle des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest daran zu halten.

Nach dem aktuellen Kenntnisstand sind in der EU die baltischen Staaten, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn sowie die Slowakei betroffen. Ein Ausbruch bei Hausschweinen in Griechenland konnte erfolgreich getilgt werden. Am 10.09.2020 wurde der erste Nachweis des Afrikanischen Schweinepest-Virus bei einem verendet aufgefundenen Wildschwein in Brandenburg bestätigt. Mittlerweile wurden 3 Ausbruchsherde in Brandenburg festgestellt und die entsprechenden Restriktionsgebiete eingerichtet. Zudem wurde am 31.10.2020 erstmals das Virus bei einem Wildschwein in Sachsen nachgewiesen. Das Vorgehen im Falle des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest bei Haus- und Wildschweinen in Hessen sowie die Vorsorgemaßnahmen und Informationen zur Bekämpfung der Seuche können auf der Internetseite des Hessischen Ministeriums für Um-

welt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dort unter der Rubrik Verbraucher/-innen, Tiergesundheit und Seuchen, Afrikanische-Schweinepest, entnommen werden. Auf dieser Homepage sind ebenfalls die Handlungsempfehlungen zu finden, die gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet wurden.

Die Geschäftsstelle ist weiterhin bei den stattfindenden Sitzungen vertreten und wird die Mitgliedskommunen im Hinblick auf die erforderlichen Maßnahmen unterstützen.

- **Evaluation der Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden (HundeVO)**

Aufgrund der Befristung der HundeVO bis zum 31. Dezember 2021 wurden wir im Rahmen der Evaluation angehört und um Stellungnahme gebeten. Dies haben wir zum Anlass genommen und die aus der Praxis bei Anwendung der HundeVO entstandenen Probleme vorzutragen.

In der Praxis herrscht häufig Unsicherheit darüber, wie die Kommune bei Kenntnis von der Haltung eines gefährlichen Hundes zu verfahren hat. Hier wurde angeregt, dass in die HundeVO mit aufgenommen wird, dass die zuständige Behörde mittels eines (feststellenden) Verwaltungsaktes die Gefährlichkeit eines Hundes feststellt. Aufgrund der Wichtigkeit sollte dies entweder ausdrücklich in § 1 HundeVO mit aufgenommen werden oder sogar in einem eigenen Paragraphen zum Ausdruck kommen. In den Verwaltungsvorschriften könnte ergänzt werden, dass in den Fällen des § 2 Abs. 1 HundeVO (Rassenliste) eine Feststellung nicht zwingend erforderlich ist.

Soweit von der Polizeiakademie Hessen und dem dort integrierten Fachbereich Diensthundewesen die Auffassung vertreten wird, dass nunmehr aufgrund des wissenschaftlichen Fortschritts ein Gengutachten zur Rasseinstufung nach der HundeVO ebenfalls möglich ist, wurde angeregt, in den Verwaltungsvorschriften mit aufzunehmen, dass entsprechende Untersuchungen (hier z.B. Schleimhautabstriche) nur von amtlich bestellten Sachverständigen bzw. ausgewählten und überprüften Tierärzten (vgl. Amtsärzte) durchgeführt werden dürfen. Dies würde in der Praxis einem Missbrauch vorbeugen.

Hinsichtlich der Rassenliste wurde zudem angeregt, den „Anatolischen Hirtenhund“ mit aufzunehmen. Hintergrund hierfür ist, dass am 15. Juni 2018 die FCI den Rassenstandard „Anatolischer Hirtenhund“ aufgehoben und unter der FCI-Nr. 331 nunmehr den Rassenstandard „Kangal-Hirtenhund“, welcher dem „Anatolischen Hirtenhund“ aufgrund seiner Rassenmerkmale zuzuordnen ist, aufgenommen hat. Auch hier wäre es stringent, nunmehr den „Anatolischen Hirtenhund“ in die Rassenliste aufzunehmen. Auch müsste dann eine entsprechende Übergangsbestimmung – analog der Übergangsregelung des § 19 HundeVO –, in der eine Regelung bezüglich Rottweiler hinsichtlich der Aufnahme in § 2 Abs. 1

Nr. 9 HundeVO getroffen wurde, aufgenommen werden.

Zudem sollte aus Sicht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes die Rassenliste weiter ausdifferenziert werden, um in der Praxis häufig bestehende Untergruppierungen (wie z.B. den American Bully, der eine Art des American Bulldog ist) ebenfalls zu erfassen. Hier wäre es unserer Ansicht nach erforderlich, dass eine Ergänzung und Ausdifferenzierung mit den entsprechenden Sachverständigen nochmals erörtert und überprüft wird.

Nach § 13 HundeVO obliegen dem Halter eines gefährlichen Hundes Mitwirkungs- und Mitteilungspflichten. In der Praxis ist jedoch vermehrt festzustellen, dass Halter – selbst wenn es sich offensichtlich um einen Listenhund oder um eine Kreuzung mit einem Listenhund handelt – die Haltung eines gefährlichen Hundes nicht anzeigen und die Zugehörigkeit ihres Hundes zu einer Rasse nach § 2 Abs. 1 HundeVO bestreiten. Bestreitet der Halter eine Zugehörigkeit seines Hundes zu einer Rasse nach § 2 Abs. 1 HundeVO muss die Behörde mit den Kosten für ein Rassegutachten in Vorlage treten, da die Behörde nach der Rechtsprechung die Beweispflicht dafür trägt, ob es sich um einen Listenhund handelt. Bestätigt sich in einem solchen Fall die Zugehörigkeit des Hundes zu einer Rasse nach § 2 Abs. 1 HundeVO, so ist der HundeVO derzeit keine Regelung zu entnehmen, wer die Kosten eines solchen Rassegutachtens zu tragen hat. Für den Fall, dass sich die Zugehörigkeit des Hundes zu einer Rasse nach § 2 Abs. 1 HundeVO bestätigt, sollte daher für diesen Fall eine Regelung in die HundeVO aufgenommen werden, wonach der Halter des Hundes die Kosten der Behörde für das Rassegutachten zu tragen hat. Gerade vor dem Hintergrund der angespannten kommunalen Haushaltslage und, um die kommunalen Haushalte zu entlasten, sollte eine derartige Regelung in der HundeVO mit aufgenommen werden.

Im Zusammenhang mit der Erlaubniserteilung zur Haltung von gefährlichen Hunden ist auf ein aktuelles Verwaltungsstreitverfahren hinzuweisen. Im Streit steht die Frage, ob auch ein Züchter von gefährlichen Hunden eine vorläufige Erlaubnis für jeden Welpen braucht. Zwar wird in den Verwaltungsvorschriften zu § 4 Abs. 4 HundeVO ausdrücklich erwähnt, dass ab der Geburt der Welpen von Hunden i.S.d. § 2 Abs. 1 HundeVO eine vorläufige Erlaubnis erforderlich ist, dennoch wäre zu überprüfen, ob bereits von Welpen eine besondere Gefährlichkeit und Kampfbereitschaft ausgeht, die es rechtfertigt, auch diese über die Vorschriften der Hundeverordnung zu erfassen, was dann eine Erlaubnis zur Haltung der Hunde erforderlich macht. Diese Frage sollte aus unserer Sicht durch Sachverständige beurteilt werden. Für die Notwendigkeit einer Erlaubnis würde aus unserer Sicht sprechen, dass man auf diese Weise leichter den Erwerb und Handel von gefährlichen Hunden kontrollieren könnte. Dies entspricht ebenfalls dem Sinn und Zweck der Gefahrenabwehr über das Halten und Führen von Hunden. Unserer Auffassung nach sollte zu dieser Frage ebenfalls eine Regelung in der HundeVO getroffen werden.

Bezüglich der Regelung in § 4 Abs. 1 HundeVO, wonach die Verordnung auf Diensthunde sowie auf Blindenführ- und Behindertenbegleithunde, Hunde der Rettungs-

dienste und des Katastrophenschutzes sowie Jagd- und Herdengebrauchshunde im Rahmen ihres bestimmungsgemäßen Einsatzes oder ihrer Ausbildung keine Anwendung findet, wurde eine Klarstellung in den Verwaltungsvorschriften angeregt, wie zu verfahren ist, wenn ein solcher Hund gemäß § 2 Abs. 2 HundeVO in Erscheinung getreten ist. Hier herrscht in der Praxis häufig Rechtsunsicherheit.

In der Praxis ist vermehrt festzustellen, dass u. a. die Wesensteste und Gutachten der Hundesachverständigen häufig nicht den Vorgaben der HundeVO und den entsprechenden Standards genügen. Es wurde daher angeregt, dass die Gutachten der Sachverständigen, die auf der Liste des Regierungspräsidiums Darmstadt geführt werden, in regelmäßigen Abständen stichprobenartig dahingehend überprüft werden, ob die Standards bei den Gutachten auch umgesetzt und eingehalten werden. Im Hinblick auf die vom Regierungspräsidium Darmstadt geführte Liste der Sachverständigen ist zudem darauf hinzuweisen, dass diese Sachverständigen regelmäßig im Bereich der Hundeverordnung geschult und fortgebildet werden sollten. Dies sollte mittels Fortbildungsnachweis belegt werden.

Nach § 10 Abs. 3 HundeVO gilt die Sicherung von Grundstücken und Wohnungen nach Abs. 1 und 2 nicht für Hunde mit positiver Wesensprüfung. Hier wäre zu überlegen, ob man diesen Absatz nicht streicht oder entsprechend erweitert, dass bei häufigem Entweichen des Hundes aus dem eingefriedeten Besitztum oder der Wohnung der Halter trotz positiver Wesensprüfung des Hundes ebenfalls die Vorgaben nach Abs. 1 und 2 einzuhalten hat.

• **Gefahrenabwehrverordnung aufgrund Wassernotstands**

Aufgrund der trockenen Sommer der vergangenen Jahre stellte sich im Berichtszeitraum vermehrt die Frage, ob die Kommunen im Falle eines „Wassernotstands“, d.h. in den Fällen, in denen die Gefahr besteht, dass die Trinkwasserversorgung nicht mehr unbeschränkt sichergestellt werden kann, eine Gefahrenabwehrverordnung erlassen können, um die mit dem „Wassernotstand“ verbundenen Ver- und Gebote zu regeln.

Als Möglichkeit, die Ausrufung eines Trinkwassernotstands und damit verbundener Ge- und Verbote zu regeln, kommt der Erlass einer gemeindlichen Gefahrenabwehrverordnung in Betracht (§§ 71, 74 HSOG). Eine Gefahrenabwehrverordnung enthält nach § 71 HSOG Gebote oder Verbote, die für eine unbestimmte Anzahl von Fällen an eine unbestimmte Anzahl von Personen gerichtet und die zur Gefahrenabwehr erforderlich sind. Im Gegensatz zu einer konkreten Gefahr hat eine Gefahrenabwehrverordnung damit fall- und personenbezogen nicht eine einzelne Sachlage als Bezugspunkt, sondern eine Mehrzahl von Sachverhalten, die typischerweise, aber nicht notwendigerweise, in jedem Fall gefährlich sind.

In einer Situation, in der eine Kommune als Trägerin der öffentlichen Wasserversorgung aufgrund quantitativer

Engpässe die dauerhafte und bedarfsdeckende Wasserlieferung nicht mehr gewährleisten kann, liegen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung typischerweise vor. Betroffen ist nicht nur das Rechtsgut der Gesundheit einzelner Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch das Funktionieren der öffentlichen Wasserversorgung selbst als kollektives Rechtsgut. Die Voraussetzung zum Erlass einer Gefahrenabwehrordnung sind damit für Fälle eines „Wassernotstands“ gegeben.

Die Kommune kann in einer solchen Gefahrenabwehrverordnung Verbote und Gebote vorsehen und muss dabei auch dem Bestimmtheitsgebot genügend den Begriff des „Wassernotstands“ definieren. Gestützt auf § 77 HSOG kann in einer Gefahrenabwehrverordnung die Ahndung des Zuwiderhandelns gegen bestimmte Verbote und Gebote als Ordnungswidrigkeit festgelegt werden.

Gefahrenabwehrverordnungen, die den Fall des Wassernotstandes beinhalten, sind durchaus des Öfteren in Kommunen anzutreffen. Diese orientieren sich meist an der „Musterpolizeiverordnung über die Einschränkungen des Verbrauchs von Trink- und Brauchwasser bei Notständen in der Wasserversorgung“ vom 29.9.1976 (Staatsanzeiger vom 18.10.1976, S. 1888 f.), die seinerzeit vom Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt veröffentlicht wurde, jedoch nicht mehr in Kraft ist. Auch heute kann diese Musterpolizeiverordnung als Anhaltspunkt dienen, wobei natürlich die aktuellen rechtlichen Grundlagen und Gegebenheiten zu berücksichtigen sind.

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls auf § 75 HSOG hinzuweisen, wonach Gefahrenabwehrverordnungen keine Bestimmungen enthalten dürfen, die zu Gesetzen oder Rechtsverordnungen im Widerspruch stehen. Gefahrenabwehrverordnungen der Kommunen dürfen zudem keine Bestimmungen enthalten, die im Widerspruch zu den Gefahrenabwehrverordnungen der Ministerinnen und Minister, des Regierungspräsidiums oder des Landkreises stehen. Entsprechendes gilt für die Gefahrenabwehrverordnungen der Regierungspräsidien und der Landkreise. Danach gilt, dass – wenn eine Angelegenheit durch Gefahrenabwehrverordnung einer Ministerin oder eines Ministers geregelt ist, sie nur insoweit durch Gefahrenabwehrverordnung eines Regierungspräsidiums, eines Landkreises oder einer Kommune ergänzend geregelt werden kann, als die Gefahrenabwehrverordnung der Ministerin oder des Ministers dies ausdrücklich zulässt. Entsprechendes gilt für die Gefahrenabwehrverordnungen der Regierungspräsidien und der Landkreise.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Kontrolle und die Einhaltung der Vorgaben aus den jeweiligen Gefahrenabwehrverordnungen praktischen Vollzugsschwierigkeiten unterliegen können. Die Muster-Polizeiverordnung über die Einschränkung des Verbrauchs von Trink- und Brauchwasser bei Notständen in der Wasserversorgung vom Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt aus dem Jahre 1976 enthält zum einen viele unbestimmte Rechtsbegriffe und zum anderen ist darauf hinzuweisen, dass bei der Ahndung und Verfolgung von

Ordnungswidrigkeiten stets die Städte und Gemeinden die Beweislast dafür tragen, ob tatsächlich der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit erfüllt worden ist.

15. Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht

• ***Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität***

Das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität trat am 3.04.2021 in Kraft. Durch deutliche Strafverschärfung, höheren Ermittlungsdruck und Auskunftssperren im Melderecht, sollen Betroffene von Hasskriminalität besser geschützt werden. Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens (§ 188 StGB) gilt künftig auf allen politischen Ebenen. Damit wird der Schutz ausdrücklich auch auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ausgedehnt, wenn die Tat mit der Stellung der oder des Betroffenen im öffentlichen Leben zusammenhängt und die Tat geeignet ist, ihr oder sein öffentliches Wirken erheblich zu erschweren. Darüber hinaus soll künftig das medizinische Personal in ärztlichen Notdiensten und Notaufnahmen strafrechtlich in gleicher Weise geschützt sein, wie Hilfeleistende der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes oder eines Rettungsdienstes. Das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität ist daher aus Sicht der Geschäftsstelle uneingeschränkt zu begrüßen. Der Bundesgesetzgeber hat jedoch die Forderung unseres Verbandes, dass der zu schützende Personenkreis des § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) um kommunale Ordnungsbeamtinnen und -beamte ergänzt wird, nach wie vor nicht aufgegriffen. Diese Forderung hatten wir bereits im Vorfeld des Gesetzes zur Änderung des Strafbgesetzbuches - Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften – erhoben (vgl. Tätigkeitsbericht 2016 – 2018, S. 61).

• ***Rechtsberatung***

Im Berichtszeitraum erreichten die Geschäftsstelle – wie in den Jahren zuvor – einige Anfragen zu Sachverhalten mit Bezug zum Straf- bzw. Ordnungswidrigkeitenrecht. Die Bandbreite umfasste eine Vielzahl von Fällen der illegalen Abfalllagerung bis hin zu falschen Verdächtigungen. Während der Corona-Pandemie stellten Fragestellungen zu den Corona-Rechtsverordnungen des Landes einen weiteren Schwerpunkt dar, insbesondere die Frage, ob Städte und Gemeinden berechtigt sind einen Verstoß hiergegen zu verfolgen und zu ahnden.

16. Brand- und Katastrophenschutz

• *Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, Rechtsverordnungen, Erlassen etc.*

Zum 23.09.2018 ist das Gesetz zur Änderung des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (HBKG) in Kraft getreten.

Im Wesentlichen hat diese Gesetzesänderung einige satzungsrechtlich relevanten Veränderungen mit sich gebracht. Im Zusammenhang mit der persönlichen Eignung von ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen wird ausdrücklich das Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung gefordert (§ 10 Abs. 1 HBKG). Des Weiteren wird die hauptamtliche Besetzung der Funktion der Gemeindebrandinspektorin oder des Gemeindebrandinspektors auf der Grundlage einer entsprechenden Regelung in der Feuerwehrsatzung ermöglicht. Diese erfordert die Zustimmung der Mehrheit der aktiven ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen (§ 12 Abs. 4 HBKG).

Aufgrund dieser wesentlichen Änderungen im Gesetz haben wir das gemeinsame Satzungsmuster des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, des Hessischen Städtetages und des Landesfeuerwehrverbandes Hessen für die Freiwilligen Feuerwehren im Rahmen einer Arbeitsgruppe im Jahre 2019 überarbeitet. Beteiligt war wiederum die für den Brandschutz zuständige Fachabteilung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport.

Ebenso hat im Rahmen dieser Arbeitsgruppe eine Überarbeitung des gemeinsamen Satzungsmusters für eine Feuerwehrgebührensatzung einschließlich eines Gebührenverzeichnisses stattgefunden.

Im Vergleich zur Voraufgabe wurden hier die Regelung zum Verzicht auf die Feuerwehrgebühren in einer allgemeinen Schadenslage sowie für die Gebühren der Brandmeldeempfangszentrale neu aufgenommen. Des Weiteren sind die neu in das HBKG aufgenommenen Ermächtigungen des § 60 Abs. 7 und des § 61 Abs. 5 Satz 3 HBKG umgesetzt. Ebenso wurden die neuen Kostentatbestände des § 61 Abs. 3 HBKG mit aufgenommen. Da die Hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit das Satzungsmuster mehrfach bestätigt hat, haben wir uns auf eine Aktualisierung der Werte beschränkt.

Mit der Neufassung des HBKG wurde unter anderem § 61 Abs. 3 HBKG um Ziffer 4 erweitert und eine Kostentragungspflicht des Leistungserbringers im Rettungsdienst (z.B. Tragehilfe) normiert. Mit dieser Regelung wurde ein Kostentatbestand geschaffen, der es den Feuerwehren ermöglichen soll, die Kosten direkt gegenüber dem Rettungsdienst abzurechnen. Im Nachgang zu der Gesetzesänderung erfolgte am 28.09.2018 ein Erlass zur Abrechenbarkeit dieser Einsätze auf der Grundlage der Kostenfreiheit nach § 61 Abs. 6 HBKG bei Rettung aus akuter Lebensgefahr.

In Folge haben uns einige Anfragen in Bezug auf die Kostentragungspflicht von Leistungserbringern im Rettungsdienst im Zusammenhang mit der Kostenfreiheit aufgrund akuter Lebensgefahr erreicht. Zwischenzeitlich ist auch ein erstes Verfahren in Bezug auf die Auslegung des § 61 Abs. 3 Ziffer 4 HBKG beim Verwaltungsgericht Gießen anhängig. In Folge dessen kam es auch zu einem Gespräch mit Vertretern des Hessischen Innenministeriums – Abteilung Brandschutz – sowie des Hessischen Sozialministeriums zur Auslegung dieses Tatbestandes. Hier wurde deutlich gemacht, dass die Kostenfreiheit lediglich in den eng begrenzten Ausnahmefällen des § 61 Abs. 6 HBKG besteht.

Im Rahmen einer Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung über die Organisation, die Mindeststärke und Ausrüstung der öffentlichen Feuerwehren (Feuerwehrgesetzverordnung – FwOV) haben wir sehr kritisch zu folgenden Punkten Stellung genommen: Im Rahmen der örtlichen Bedarfs- und Entwicklungsplänen sollen ausdrücklich Entwicklungspläne und Investitionspläne gefordert werden. Dieses haben wir vor dem Hintergrund des Haushaltsrechtes und der Finanzhoheit der Kommunen abgelehnt, da mit entsprechenden Vorfestlegungen in diesem Zusammenhang Folgekosten einhergehen können, die die finanzielle Leistungsfähigkeit vieler Kommunen überschreitet. Entschiedenem Widerstand haben wir vorgetragen zur Fortgeltung von § 6 FwOV, wonach ohne die Ausführungen zu möglichen Kostenfolgen die zuständige Brandschutzaufsichtsbehörde eine ständig besetzte Feuerwache anordnen kann. Die Vorhaltung einer Feuerwache beinhaltet die Verpflichtung, diese 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr besetzt zu halten, was ohne Angabe von Parametern als Grundlage für die aufsichtsbehördliche Entscheidung abzulehnen ist. Auch bzgl. der damit einhergehenden erheblichen Mehrkosten bei den Städten und Gemeinden – deren Ausgleich völlig offen ist – sehen wir hier das Erfordernis eines Einvernehmens der betroffenen Städte und Gemeinden.

Ferner ist auch die Tatsache kritisch zu bewerten, dass eine Überlegung für eine kommissarische Fortführung der Tätigkeit durch die bisherige Führungsebene vom Land nicht gefolgt wird, da die zwei Monate zwischen Ausscheiden der bisherigen Führungsebene und einer Nachfolgeregelung bei Nichtzustandekommen einer (Neu-) Wahl weiterhin ungeregt bleibt.

In den Gefährdungsstufen B1-B4 soll künftig anstelle von Hubrettungsgeräten ausdrücklich von Drehleiterfahrzeugen gesprochen werden, was wir nur mit einer Übergangsregelung für akzeptabel halten, weil ansonsten eine sofortige Ersatzbeschaffung erforderlich wäre, was zu nicht notwendigen Kosten im Bereich der Neuananschaffung führen würde.

Begrüßt wurde, dass der 10-jährige Rhythmus für die Fortschreibung der örtlichen Bedarfs- und Entwicklungspläne beibehalten wurde, die Regelhilfsfrist für Wald-, Landwirtschafts- und zugewiesene Autobahnabschnitte nicht gelten soll, da es sich bei den vorgenannten Flächen um weit außenliegende Grundstücke handelt, die von den in der Ortslage befindlichen Einsatzkräften nur mit erheblichen Fahrtstrecken erreicht werden können. Die Überführung der Erfordernisse im Zu-

sammenhang mit den Ernennungs- und Bestellungs Voraussetzungen aus der Hessischen Feuerwehrbekleidungs- und Dienstgradeverordnung in die FwOV wurde begrüßt, ebenso wie die Anfügung eines Abkürzungsverzeichnisses. Unterstützung fand auch die Beibehaltung der Regelung, wonach im Zusammenhang mit der Funktion des Wehrführers/ der Wehrführerin der Lehrgang „Leiter einer Feuerwehr“ nur als Bedarfslehrgang vorgesehen wird.

Im Berichtszeitraum wurde zur Neufassung der Brandschutzförderrichtlinie (Staatsanzeiger 2020, S. 302) im Vorfeld Stellung genommen. Grundsätzlich wurde zunächst begrüßt, dass die zuwendungsfähigen Ausgaben entsprechend dem Baukostenindex angehoben wurden. Dies ist auch hinsichtlich der Berücksichtigung der beantragten Maßnahme in der örtlichen Bedarfs- und Entwicklungsplanung sowie hinsichtlich einer Flexibilisierung geförderter Fahrzeuge aus taktischen oder personellen Gründen in begründeten Einzelfällen (Ziff. 1.7) festzustellen. Ebenfalls als sinnvolle Ergänzung und Berücksichtigung einer langjährigen Forderung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes ist es anzusehen, dass Beschaffungsk Kooperationen ausdrücklich erwünscht werden und dass das zuständige Ministerium künftig Zuwendungsempfängern auf Anfrage bei der Suche nach möglichen Kooperationspartnern unterstützend zur Seite steht. Dieses wie auch die im Einzelfall möglichen nachträglich Verkürzung der Bindungsfrist bei einer nicht zumutbaren Instandhaltung des geförderten Objektes aus technischen und wirtschaftlichen Gründen (Ziff. 6) wurde aus Gründen der damit einhergehenden Flexibilisierung begrüßt.

Eine Eingrenzung der Fahrzeugstellplätze pro Feuerwehrhaus konnte im Rahmen der Raumprogrammempfehlung für die Ausstattung von Feuerwehrhäusern vermieden werden. Bei einem entsprechenden Nachweis für einen erhöhten Bedarf an Stellplätzen für Fahrzeuge kann hier auch zukünftig eine Förderung im Einzelfall erfolgen, wenn ein spezifischer Bedarf vor Ort gesehen wird. Insgesamt stellt sich jedoch die Frage, inwieweit zuwendungsfähige Ausgaben - welche in den letzten Jahren prozentual fortgeschrieben wurden – noch den aktuellen Baukosten entsprechen, was aktuell im Rahmen eines Verwaltungsstreitverfahrens gerichtlich geklärt wird.

Im Berichtszeitraum fand eine Überarbeitung der Verordnung über die Dienst- und Reisekostenaufwandsentschädigung für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige, die ständig zu besonderen Dienstleitungen herangezogen werden (FwDRAVO) statt. Insofern wurden wir zum einen zur Evaluierung angehört und zum anderen zur beabsichtigten Neufassung. Die Änderung der FwDRAVO erfolgte durch die Verordnung vom 13.08.2020 (GVBL S. 563).

Unsere Anregungen im Rahmen der Evaluierung wurden nur zum Teil übernommen. Letztlich zeichnet sich die Neufassung der FwDRAVO insbesondere dadurch aus, dass der Kreis der berechtigten Personen in § 1 Abs. 1 um weitere Funktionsträger (Gerätewarte, Leiter von Gemeinde- und Stadtkinderfeuerwehren, Kreiskinderwehr-feuerwehrwarte, Brandschutzerzieher sowie Spre-

cher der aktiven ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen) ergänzt wurde. Des Weiteren ist die Höhe der Dienst- und Reisekostenaufwandsentschädigungspauschale im Mittel um ca. 10 % angehoben worden, um damit eine Wertschätzung des Ehrenamtes zu erreichen.

Des Weiteren wurden wir angehört zur Verordnung über die Organisation und Durchführung der Gefahrenverhütungsschau (Gefahrenverhütungsschauverordnung – GVSVO). Diese ist am 01.01.2020 in Kraft getreten (GVBL S. 443). Neben redaktionellen Anpassungen und Aktualisierungen sind die Durchführung und die Beteiligung anderer Stellen im Rahmen der Gefahrenverhütungsschau an zeitgemäße Arbeitsabläufe angepasst worden. Des Weiteren wurde die Objektliste an die aktuelle Version der Hessischen Bauordnung angeglichen und gestrafft. Die Verordnung wurde zudem um eine Checkliste und um einen Erhebungsbogen ergänzt.

Im Berichtszeitraum erfolgte außerdem eine Überarbeitung des gemeinsamen Runderlasses des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport und des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration zur Festlegung der Einsatzstichworte für Brand-, Hilfeleistungs- und Rettungsdiensteinsätze. Angesichts der verbindlichen Vorgaben der Meldebilder und Einsatzstichworte in diesem Runderlass für die zentralen Leitstellen ist es im Hinblick auf die gewollte Sicherstellung einer landesweit einheitlichen Alarmierung erforderlich, dass auch die gemeindlichen Feuerwehren für die Brand- und Hilfeleistungseinsätze sowie die Landkreise und kreisfreien Städte für die Rettungsdiensteinsätze bei Ihren Alarm- und Ausrückungsordnungen die Meldebilder und Einsatzstichworte einheitlich anwenden. Im Bedarfsfall ist dabei eine weitere Untergliederung der einzelnen Einsatzstichworte zulässig. Hierdurch kann eine Verbesserung der Dispositionssicherheit und eine Verkürzung der Reaktionszeiten erreicht werden und damit werden die Grundlagen für eine landesweit einheitliche Alarmierung fortgeschrieben.

Weitere Anhörungen bzw. Stellungnahmen erfolgten im Zusammenhang mit der Richtlinie über die Gewährung von Tagelohnern, Fahrkostenzuschüssen, Lehrvergütungen und Sachkostenpauschalen für außerhalb der Hessischen Landesfeuerwehrschule durchgeführten Lehrgänge (Kostenerstattungsrichtlinie für Lehrgänge außerhalb der Hessischen Landesfeuerwehrschule), zum Erlass über die Stiftung einer Einsatzmedaille „Ausland“ sowie zur Verordnung über die Ausbildung und Prüfung der Hauptamtlichen Werkfeuerwehrangehörigen in Hessen (Werkfeuerwehrausbildungs- und Prüfungsverordnung-ABVO-WVw).

Des Weiteren erfolgte eine Anhörung zu den Entwürfen der Ausbildungsrahmenpläne B-II, B-III und B-V nach § 24 des Entwurfs einer neuen (APOmgD-Feurw) des Ausbildungs- und Prüfungsanforderungen für die Beamten und Beamtinnen im Einsatzdienst der Berufsfeuerwehren.

Inhaltliche Ausführungen erfolgten des Weiteren zu einem Entwurf des Unfallentschädigungserlasses. Im Rahmen des Erlassentwurfes erfolgte eine Anhebung der

Kapitalabfindung im Fall der Invalidität als auch im Todesfall. Des Weiteren wurde eine Hinterbliebenenversorgung für nicht verheiratete Lebenspartner eingeführt. Dies wurde ausdrücklich von Seiten der Geschäftsstelle begrüßt, da die geänderten Lebensverhältnisse vieler Einsatzkräfte dieses als zeitgemäß erscheinen lassen.

Im Berichtszeitraum kam es zu einer Weiterentwicklung der Sicherheitsapp KatWarn. Nunmehr werden die Bürgerinnen und Bürger in Hessen noch besser und individueller über aktuelle Gefahrenmeldungen und Warnmeldungen über die Sicherheitsapp Hessen Warn benachrichtigt. Die Weiterentwicklung der KatWarn-App bietet neben den Alarmierungen zahlreiche neue und individuelle ausgewählte Meldekategorien. So informiert HessenWarn künftig auch über Cyberangriffe, Erdbeben, Produktrückrufe und beinhaltet auch einen Notruf mit automatischer Positionsübermittlung. Am 10.09.2020 fand erstmalig der bundesweite Warn-tag statt. Nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz soll jährlich an jedem 2. Donnerstag im September ein bundesweiter Warn-tag stattfinden um so die technische Infrastruktur der Warnung in ganz Deutschland mittels einer Probewarnung zu testen. Unter Einbindung aller angeschlossener Warnmittel (z.B. App-Server, Rundfunksender) sollte von der nationalen Warnzentrale im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe eine Probealarmierung erfolgen. Auf Ebene der Länder und Kommunen sollten dabei verfügbare kommunale Warnmittel wie z.B. Sirenen ausgelöst werden. Die Erfahrungen am Warn-tag am 10.09.2020 zeigten allerdings, dass eine flächendeckende Alarmierung der Bevölkerung nicht stattgefunden hat. Insofern bedarf es hier einer konsequenten Überarbeitung der bestehenden Warneinrichtungen und einer besseren Vernetzung. Da insofern der Probewarn-tag nunmehr jährlich stattfindet, bleibt abzuwarten, ob eine Verbesserung der Situation eintreten wird.

Im Jahr 2020 hatte die Corona-Pandemie auch Auswirkungen auf den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren gehabt. Insbesondere bei der Durchführung von Jahreshauptversammlungen und den entsprechenden Wahlhandlungen kam es aufgrund der Beschränkungen der Corona-Verordnungen dazu, dass oftmals keine Wahlen im Rahmen von Jahreshauptversammlungen durchgeführt werden konnten. Insofern wurde bereits mit Erlass vom 24.03.2020 von Seiten des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport darauf hingewiesen, dass bei nicht durchzuführenden Wahlhandlungen innerhalb der Freiwilligen Feuerwehren die Führungsfunktionen gem. § 12 HBKG vom Gemeindevorstand / dem Magistrat im Benehmen mit dem Kreisbrandinspektor auch ohne Wahl vorübergehend zu bestellen sind. Dieser Erlass ist derzeit verlängert worden bis 30.06.2021.

Weitere Stellungnahmen erfolgen im Zusammenhang mit der Förderrichtlinie Brandschutzerziehungs-Koordination (Staatsanzeiger 2020, S. 390). Die Brandschutzerziehung vermittelt Kindern und Jugendlichen die Gefahren des Feuers und das richtige Verhalten im Brandfall. Gleichzeitig ist sie eine sehr wichtige Form der Nachwuchswerbung für die Feuerwehren in den Kindertagesstätten und den Schulen. Die Förderrichtlinie verfolgt

das Ziel, die hessischen Kommunen und Feuerwehren bei der Brandschutzerziehung zu unterstützen sowie die Brandschutzerziehung auf Ebene der Kreise, kreisfreien Städte und Sonderstatusstädte besser zu koordinieren. Auch wenn wir die Zielrichtung der Förderrichtlinie grundsätzlich begrüßen, so sehen wir Zusatzkosten für die kreisangehörigen Bereiche über die Kreisumlage, wenn die Schaffung einer neuen zusätzlichen hauptamtlichen Stelle Voraussetzung für eine Zuwendung ist. Bei der Brandschutzerziehung handelt es sich um eine originäre Aufgabe der Städte und Gemeinden gem. § 3 Abs. 1, Nr. 6 HBKG, so dass wir in einem Konzept der Landesfeuerwehrschule bzw. der Aufstockung vorhandener Kapazitäten auf Kreisebene eine in gleicherweise geeignete, aber günstigere Alternative sehen.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund ist in eine Arbeitsgruppe „Generation gemeinsam aktiv“ eingebunden, die eine Anhebung der Altersgrenze für den aktiven Einsatzdienst in den freiwilligen Feuerwehren in Hessen zum Ziel hat.

Um hier eine Entscheidungsgrundlage für den Landesgesetzgeber zu haben, wurde die Durchführung eines Pilotenprojekts unter medizinisch-wissenschaftlicher Begleitung der Sportklinik Frankfurt am Main und der UKH beschlossen, um die Auswirkungen beurteilen zu können. Der Abschlussbericht steht jedoch noch aus.

• **Rechtsprechung**

Im Rahmen unserer Rechtsberatung und insbesondere der Rechtsvertretung in Bezug auf Feuerwehreinsätze vor den hessischen Verwaltungsgerichten ist vermehrt festzustellen, dass nicht mehr der Einsatz von Feuerwehren als solcher angegriffen wird, sondern tatsächlich die Gebührensatzung und die damit zugrundeliegende Gebührenkalkulation. Insbesondere die von den Versicherungen als KfZ-Haftpflichtversicherer erhobenen Widersprüche bzw. auch die Einleitung von Klagen basierten darauf, dass die örtlichen Gebühren verglichen werden mit bundeseinheitlich ermittelten Werten. In diesem Zusammenhang ist nochmals daraufhin zu weisen, dass Abrechnungsgrundlage im Sinne des § 61 Abs. 5 HBKG die örtliche Gebührensatzung mit dem Gebührenverzeichnis ist. Diese sind gem. § 10 KAG entsprechend zu kalkulieren. Soweit sich die Kommune nicht eines externen Dienstleisters zur Erstellung der Kalkulation bedient, kann eine Kalkulation entsprechend der vom Hessischen Städte- und Gemeindebundes entwickelten Excel-Tabelle erfolgen. Diese ist im Mitgliederbereich eingestellt.

In der Rechtsprechung ist auf zwei zentrale Entscheidungen des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes hinzuweisen. Zum einen wurde das Verhältnis zwischen den Vorschriften der Amtshilfe und § 61 Abs. 6 HBKG thematisiert und festgestellt, dass § 61 Abs. 6 HBKG auf die Konstellation der Kostentragung unter verschiedenen Trägern von öffentlichen Aufgaben nicht anwendbar ist. Die Vorschrift regelt vielmehr eine Ausnahme von der Kostentragungspflicht, wie sie sich aus § 61 Abs. 2 und 3 HBKG ergibt. Eine Übertragung des Rechtsgedankens aus

§ 61 Abs. 6 HBKG auf Kostenverteilung zwischen Trägern verschiedener Behörden bzw. Einrichtungen im Rahmen der Amtshilfe ist nicht darstellbar, sodass die zuvor genannten Grundsätze z.B. bei Sucheinsätzen nach vermissten Personen und der Bergung Toter insoweit keine Anwendung finden, als eine Berücksichtigung im Rahmen der Kostenerstattung zwischen Kommunen und der Vollzugspolizei nicht zu verzeichnen ist (Hess. VGH, Beschl. v. 02.07.2018, in HSGZ 2018, S. 307).

Im Rahmen des Ausschlusses von Einsatzkräften aus der freiwilligen Feuerwehr ist grundsätzlich künftig der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten, wonach bei steuerbarem Verhalten des Mitgliedes angenommen werden kann, dass ein künftiges Verhalten durch die Androhung von dauerhaften Folgen für die Mitgliedschaft bereits einen positiven Effekt zeigen kann. Ein wichtiger Grund für einen Ausschluss kann auch die nachhaltige Verletzung der Pflicht zum kameradschaftlichen Verhalten sein, wenn hierdurch eine erhebliche Störung der internen Ordnung und der Führung der freiwilligen Feuerwehr zu verzeichnen ist. Die fehlende Akzeptanz hinsichtlich der Führungsstruktur und fehlende Anerkennung der feuerwehrfachlichen Qualifikationen des demokratisch gewählten Gemeindebrandinspektors kann eine entsprechende Pflichtverletzung darstellen (Hess. VGH, Urt. v. 04.02.2020 in HSGZ 2020, S. 344). Gleiches ist auch bei dem dauerhaften Fehlen der Feuerwehrdienstfähigkeit in Betracht zu ziehen (Hess. VGH, Beschl. v. 29.04.2020 in HSGZ 2021, S. 21). Die Feststellung einer dauerhaften Dienstunfähigkeit obliegt der Amtsärztin bzw. des Amtsarztes oder sonstigen Ärzten, die von der obersten Dienstbehörde zur Erstattung solcher Gutachten bestimmt worden sind.

• **Katastrophenschutz in Hessen**

Im Berichtszeitraum wurde die hessische Rahmenempfehlung zu Erstellung einer Evakuierungsplanung veröffentlicht. In der interdisziplinären Arbeitsgruppe war der Hessische Städte- und Gemeindebund eingebunden und hat zum Entwurf Stellung genommen (vgl. S. 64 des Tätigkeitsberichtes 2016-2018).

Eine Anhörung fand zudem zur Fortschreibung der Dienstvorschrift KatSDV 400 HE (Der Sanitätszug im Katastrophenschutz des Landes Hessen) und KatSDV 600 HE (Der Betreuungszug im Katastrophenschutz des Landes Hessen) statt.

17. Gaststätten- und Gewerberecht

• **Gaststättenrecht**

Das Hessische Gaststättengesetz (HGastG) vom 28.03.2012, geändert durch das Gesetz vom 15.12.2016 (GVBl. S. 294) hat sich im Berichtszeitraum nicht geändert. Da das HGastG jedoch seine Gültigkeit mit Ablauf des 31.12.2021 verliert, wurde der Hessische Städte- und Gemeindebund durch das Hessische Ministerium

für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen aufgefordert, im Rahmen der Evaluierung und Verlängerung der Geltungsdauer des Hessischen Gaststättengesetzes vom 28.03.2012 eine Stellungnahme abzugeben. Hierin wurde diesseits auf folgende Hauptproblematiken, die sich in unserem Hause im Hinblick auf Anfragen unserer Mitgliedskommunen im Bereich des Gaststättenrechts ergeben, hingewiesen:

Nach § 1 Abs. 4 HGastG richtet sich der Betrieb einer Reisegaststätte nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 Gewerbeordnung (GewO). Da es sich bei dem Reisegaststättengewerbe jedoch ebenfalls um einen vorübergehenden Gaststättenbetrieb im Sinne des § 6 Abs. 1 HGastG handelt, sind hier Abgrenzungsschwierigkeiten zu verorten. Auch besteht die Problematik, dass vor Ort oftmals unklar ist, ob für eine Reisegaststätte neben der Vorlage einer Reisegewerbekarte ebenfalls eine Anzeige nach § 6 Abs. 1 HGastG zu erfolgen hat. Insofern haben wir um Klarstellung gebeten.

Darüber hinaus haben wir darauf hingewiesen, dass aufgrund der Änderungen im Glücksspielstaatsvertrag (Näheres zum Glücksspielstaatsvertrag 2021 unter 2. Glücksspielrecht) und der Spielverordnung in Bezug auf die Aufstellung von Geldspielgeräten in Gaststätten vereinzelt die Frage auftritt, ob die Spielverordnung Anwendung auf Gaststätten findet. Aus diesem Grunde wäre eine dahingehende Klarstellung in § 2 Abs. 1 HGastG wünschenswert.

Ein Großteil der im Berichtszeitraum angefallenen Anfragen stand mit dem vorübergehenden Betrieb einer Gaststätte nach § 6 HGastG in Verbindung. Nachdem mit der Änderung des HGastG zum 15.12.2016 die Ausnahmetatbestände in § 6 HGastG gestrichen wurden, steht im Zentrum der Fragestellungen, inwieweit § 6 HGastG auf Vereine Anwendung findet. Vereine können ihre Veranstaltungen und gastronomischen Leistungen gebündelt für 3 Monate bis zu einem halben Jahr anzeigen. Mit einer derartigen Bündelung würde eine moderate Gebührenbemessung einhergehen, da in diesem Fall – trotz mehrerer anzeigepflichtiger Veranstaltungen – nur eine Gebühr anfallen würde. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat dementsprechend angeregt, eine Handreichung bzw. eine Begründung des Gesetzes, die eine Klarstellung bewirkt, zu fertigen.

Weitere Abgrenzungsschwierigkeiten, auf die wir hingewiesen haben, bietet die Differenzierung zwischen Catering-Betrieben und Gaststättenbetrieben.

In der aktuell geltenden Fassung des § 6 HGastG ist geregelt, dass die zuständige Behörde auf Verlangen den Empfang der Gaststättengewerbeanzeige bestätigt. Hier haben wir unsere bereits bestehende Forderung bekräftigt, dass auch bei vorübergehenden Veranstaltungen, bei denen insbesondere Alkohol ausgeschenkt wird, ein Bedürfnis besteht, eine entsprechende Gestattungsregelung einzuführen. Auf diese Weise könnten im Rahmen der Gestattung entsprechende Auflagen verankert werden, womit eine separate Auflagenverfügung nach § 10 Abs. 2 HGastG obsolet wäre.

Ebenfalls im Zusammenhang mit § 6 HGastG besteht die Problematik, dass auf Volksfesten, Messen und Märkten

oftmals private Anlieger ihre Grundstücke öffnen, um gastronomische Dienstleistungen anzubieten. Da diese in der Regel weder von der Marktfestsetzung gemäß § 69 GewO noch der Anzeige nach § 6 HGastG erfasst sind, wäre es wünschenswert, dass § 6 HGastG auch derartige Konstellationen mitumfasst.

Einen nach wie vor problembehafteten Charakter auf den der Hessische Städte- und Gemeindebund erneut hingewiesen hat, weist die Vorschrift des § 10 Abs. 2 HGastG auf. Gerade im Hinblick auf die immer stärker werdende Etablierung von Shisha-Bars mangelt es an einer klaren Zuständigkeitsregelung. Eine entsprechende Regelung wäre jedoch vor dem Hintergrund erheblicher Gesundheitsgefahren, die mit dem Betrieb von Shisha-Bars einhergehen, in Bezug auf die Anforderungen erforderlicher technischer Maßnahmen, wie die Einrichtung von Be- und Entlüftungsanlagen, Abgasanlagen sowie CO-Warngeräte, dringend erforderlich. Dass es eine derartige klare Regelung im Hinblick auf die Zuständigkeiten nicht gibt, liegt an der Intention des Gesetzgebers im Jahre 2012, der eine Gaststättenerlaubnis im Rahmen des Hessischen Gaststättengesetzes als reine Personalkonzession ausgestalten wollte. Die Prüfung der Gaststättenbehörde basiert insofern lediglich auf der Zuverlässigkeit des Gastwirts, nicht aber auf der Bekämpfung von Gefahren in bau- und immissionsschutzrechtlicher Hinsicht. Insofern ist eine permanente Uneinigkeit über die Zuständigkeiten zwischen Gaststättenbehörden und der Bauaufsicht im Hinblick auf die Errichtung von Kohlenmonoxidwächtern sowie der Überprüfung der entsprechenden Be- und Entlüftungsanlagen zu verzeichnen. Ein Einschreiten auf Grundlage des § 10 Abs. 2 HGastG durch die Gaststättenbehörden wird unserer Auffassung nach nicht von dem Anwendungsbereich dieser Zuständigkeitsvorschrift umfasst, weshalb hier dringend eine Zuständigkeitsregelung getroffen werden müsste.

Abschließend hat der Hessische Städte- und Gemeindebund im Hinblick auf die aktuellen, Corona bedingten Entwicklungen im Rahmen der Evaluierung zum HGastG darauf hingewiesen, dass aufgrund der Schließungsverpflichtungen vieler Orts Zahlungsschwierigkeiten bzw. zunehmende Steuerschulden zu verzeichnen sind. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Zuverlässigkeitsprüfung der Gaststättenbetreiber. Wünschenswert wäre hier eine Regelung, nach der Steuerrückstände aus dem Corona bedingten Schließungszeitraum nicht in die Bewertung der Zuverlässigkeit mit einfließen.

• Glücksspielrecht

Das Glücksspielrecht hat im Berichtszeitraum wiederum einen erheblichen Beratungsbedarf eingenommen. Darüber hinaus war der Zeitraum geprägt von sich abzeichnenden Änderungen im Glücksspielrecht selbst und darauf folgend für den Betrieb von Spielhallen, dem Aufstellen von Geldspielgeräten als auch dem Betrieb von Wettbüros.

Zunächst trat im Berichtszeitraum die Änderung der Spielverordnung in Kraft. Mit der seit dem 10.11.2019 gültigen Spielverordnung sind nunmehr nur noch 2 Geldspielgeräte in Schank- und Speisewirtschaften aufzustellen.

Darüber hinaus wurden wir angehört zum 2. Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes vom 11.12.2019 (GVBL S. 413). Die Änderungen im Glücksspielgesetz sind insbesondere als Anpassung des Hessischen Glücksspielgesetzes aufgrund der Änderungen des zugrundeliegenden Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (3. Glücksspielstaatsvertrag) sowie die Anhebung den Destinatären zustehenden Anteile aus der Verteilung der Spieleinsätze der vom Land Hessen veranstalteten Zahlenlotterien, Zusatzlotterien und Sportwetten zu verzeichnen.

Des Weiteren wurde das Hessische Glücksspielgesetz dahingehend geändert, dass in § 10 Abs. 8 Nr. 2 a HGLüG eine Regelung aufgenommen wurde, nach der es verboten ist, dass Wettvermittlungsstellen in einer Gaststätte, in der auch Geld- oder Warenspielgeräte mit Gewinnmöglichkeiten aufgestellt sind, betrieben werden. Durch diese Erweiterung wurde erstmals eine klare Regelung normiert, wonach in Gaststätten, in denen Geld-, oder Warenspielgeräte mit Gewinnmöglichkeiten bereitgehalten werden, keine Wettannahmestellen eingerichtet werden können. Diese Neuaufnahme der Regelung geht insbesondere auf eine Forderung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes zurück. Aufgrund unserer Beratungspraxis wurden uns vermehrt Probleme benannt, wonach in Gaststätten, in denen Geld- und Warenspielgeräte aufgestellt wurden, zusätzlich auch Wettterminals und Wettannahmestellen betrieben wurden. Da es bisher kein klares Trennungsgebot bzgl. der Geräte gab, haben wir uns für ein gesetzliches Trennungsgebot eingesetzt. Dieses ist mit dem zum 01.01.2020 in Kraft getretenen Gesetz erfolgt.

Weitere Änderungen im Glücksspielrecht basieren insbesondere auf dem neuen Glücksspielstaatsvertrag 2021, der zum 01.07.2021 in Kraft treten wird. Der derzeitige Glücksspielstaatsvertrag läuft am 30.06.2021 aus. Insofern ist die Geschäftsstelle zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 aufgefordert worden. Mit der neuen Regelung wird eine lückenlose Anschlussregelung erreicht. Darüber hinaus zeichnet sich der neue Glücksspielstaatsvertrag dahingehend aus, dass wesentliche Änderungen in Bezug auf die glücksspielrechtlichen Regelungen erfolgen. Insbesondere werden nunmehr der bisherige Online-Markt (der bisher illegal bzw. vom Ausland aus betrieben wurde) sowie die Vermittlung von Sportwetten kanalisiert und legalisiert.

Der neue Glücksspielstaatsvertrag 2021 sieht dabei folgende wesentliche Änderungen vor:

Grundsätzlich wird nunmehr die Möglichkeit von Online-Spielen und Poker im Internet legalisiert. Dabei werden zum einen virtuelle Automaten Spiele und Poker angeboten und zum anderen Online-Casino-Spiele. Die Trennung orientiert sich dabei an der auch im terrestrischen Bereich üblichen Unterscheidung von Spielhallen und Spielbanken.

Online-Casino-Spiele sind zahlenmäßig begrenzt. Für sie dürfen in Hessen – entsprechend der stationären Anzahl von Spielbanken – ebenfalls nur 3 Erlaubnisse erteilt werden.

Darüber hinaus können virtuelle Automaten Spiele und Poker in unbegrenzter Anzahl angeboten werden. Diesbezüglich sind entsprechende Genehmigungsvoraussetzungen für die Erlaubniserteilung notwendig. Für die Teilnahme an öffentlichen Glücksspielen im Internet wird zukünftig ein anbieterbezogenes Spielkonto errichtet werden müssen. Des Weiteren wird ein anbieterübergreifendes Einzahlungslimit von max. 1.000 € pro Monat gelten sowie eine Aktivitätsdatei eingerichtet werden. Diese soll sicherstellen, dass kein gleichzeitiges Spielen von mehreren Glücksspielen im Internet möglich ist. Zusätzlich wird sowohl ein automatisiertes System zur Früherkennung von Glücksspielsuchtgefährdenden Spielen als auch ein sogenanntes „Save-Server“ eingerichtet, um pathologisches Spielverhalten zu unterbinden.

Die bisherige Deckelung der Sportwettkonzessionen wurde bereits durch den 3. Glücksspieländerungsstaatsvertrag (in Kraft getreten am 01.01.2020) aufgehoben und ein Erlaubnismodell eingeführt. Mit der Neuregelung im Glücksspielstaatsvertrag 2021 werden nunmehr auch Live-Wetten im begrenzten Umfang erlaubt.

Bundesweit waren in der Vergangenheit an der Sperrdatei lediglich Sportwettanbieter, Lotterieveranstalter und Spielbanken sowie in Hessen auch die Spielhallen angeschlossen. Dieses Instrument des Spielerschutzes wird nunmehr bundesweit und spielformübergreifend eingeführt werden. Danach werden alle Spielhallen in Deutschland sowie die Geldspielgeräte in Gaststätten zusätzlich an die Sperrdatei angeschlossen.

Zur Durchsetzung einer einheitlichen Rechtsanwendung wird zum 01.01.2023 eine zentrale Glücksspielbehörde in Sachsen-Anhalt ihre Arbeit aufnehmen. Diese wird in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Mit dieser Behörde wird die Stärkung des Vollzugs gegen illegale Angebote und die Effektivierung der Aufsicht über erlaubte Angebote gestärkt. Diese zentrale Behörde wird künftig für Vollzugsmaßnahmen gegen bestimmte illegale Angebote im Internet, für die Erlaubniserteilung bei länderübergreifenden wirksamen Erlaubnissen und für die Überwachung der von ihr erlaubten Anbieter zuständig sein.

Das Gesetz zum Glücksspielstaatsvertrag 2021 ist am 06.02.2021 (GVBL S. 86) in Kraft getreten.

Aufgrund der vorgenannten Änderungen im Glücksspielstaatsvertrag 2021 wurden wir des Weiteren zur beabsichtigten Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes angehört. Im Glücksspielstaatsvertrag 2021 sind Vorgaben zu Sportwetten und Wettvermittlungsstellen erlassen worden. Diese Vorgaben sind in den entsprechenden Entwurf eingeflossen und umgesetzt worden. Das Hessische Glücksspielgesetz wird dabei um Regelungen, die nunmehr im Glücksspielstaatsvertrag 2021 enthalten sind, gekürzt und bereinigt. Des Weiteren erfolgt eine Erhöhung der zugewiesenen Beträge aus den Spieleinsätzen der vom Land Hessen veranstalteten Zahlenlotterien jeweils um 10 % zum 01.01.2023.

Eine ausführliche Regelung erfahren die Wettvermittlungs- und Annahmestellen. Diese sind nunmehr unterschiedlich geregelt. Dabei sind insbesondere Wettver-

mittlungsstellen einer restriktiveren Regelung unterworfen, um einen effektiveren Spielerschutz zu gewährleisten. Dies betrifft sowohl klare Regelungen in Bezug auf das Angebot von Wettvermittlungsstellen als auch Abstandregelungen zu Schulen, Suchtberatungsstellen sowie anderen Wettvermittlungsstellen. Darüber hinaus dürfen in Wettvermittlungsstellen keine weiteren Waren und Dienstleistungen vertrieben werden. Außerdem ist die Abgabe, der Konsum und Verkauf von Getränken und Speisen in einer Wettvermittlungsstelle verboten.

Durch den Glücksspielstaatsvertrag 2021 erfährt ebenso das Hessische Spielhallengesetz eine Änderung. Aufgrund der eigenständigen spielformübergreifenden und anbieterübergreifenden Sperrregelung sind Regelungen im Spielhallengesetz überflüssig und werden mit dem uns vorliegenden Entwurf gestrichen. Weitere Änderungen im Spielhallengesetz sind nicht vorgesehen. Es bleibt weiterhin dabei, dass Spielhallen untereinander einen Mindestabstand von 300 m einzuhalten haben und dass ein Verbot von Mehrfachkonzessionen im selben Gebäude besteht.

Auch im Berichtszeitraum hat sich die Geschäftsstelle mit einer Vielzahl von Streitigkeiten in Bezug auf Spielhallen und deren Abstandregelungen untereinander und zu Kinder- und Jugendeinrichtungen befasst. Auch in Zukunft wird aufgrund der noch bestehenden Ausnahmemöglichkeit des ehemaligen

§ 2 Abs. 3 HSpielHG a.F. von einer Zunahme der gerichtlichen Streitigkeiten auszugehen sein. Soweit Ausnahmegenehmigungen sowohl in Bezug auf die Mehrfachkonzessionen als auch in Bezug auf die Abstandsregelungen zwischen Spielhallen untereinander getätigt wurden, wird auch aufgrund – der in der Regel befristeten – Ausnahmemöglichkeit die Thematik der Auswahlentscheidungen und Schließung von Spielhallen nach wie vor präsent bleiben. Dies insbesondere auch deshalb, da Ausnahmemöglichkeiten nicht mehr bestehen. Soweit bisher keine Entscheidung in Bezug auf Konkurrenzunternehmen innerhalb der 300 m Abstandsregelung getroffen wurden, wird dies zukünftig erfolgen müssen.

Aufgrund unserer Erfahrungen ist damit zu rechnen, dass nicht berücksichtigte Spielhallenbetreiber eine entsprechende Ablehnung gerichtlich überprüfen lassen werden.

Nach wie vor ist festzustellen, dass aufgrund des Verbotes von Mehrfachkonzessionen die bestehenden Überhangflächen für die Einrichtung von Kleingastronomie genutzt werden, um hier nach den Vorgaben der Spielverordnung bis zu 2 Geldspielgeräten aufstellen zu können. Hier muss konkret vor Ort geprüft werden, ob tatsächlich die Anforderungen für die Aufstellung von Geldspielgeräten im Einzelfall eingehalten sind. Nach den Vorgaben der Spielverordnung muss es sich jeweils um eine Vollgaststätte handeln, bei der die Verabreichung von Speisen und Getränken an Ort und Stelle im Vordergrund steht. Die Aufstellung von Geldspielgeräten darf lediglich als Annex zu sehen sein.

• **Gewerberecht**

Nach der erfolgten Evaluierung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes (HLöG) wurden wir im Berichtszeitraum diesmal angehört zur beabsichtigten Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes.

Die Stellungnahme im Rahmen der Evaluierung erfolgte noch gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammer, dem Handelsverband Hessen, der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, der Vereinigung der Hessischen Unternehmerbetriebe sowie der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V. Hintergrund dieser Arbeitsgruppe und dieser gemeinsamen Stellungnahme war die gebündelte Darstellung der Interessen der Kommunen und des Einzelhandels, dass dringend eine Änderung für die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen erfolgen muss. Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurde einheitlich die Streichung des besonderen Anlasses für die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen gefordert.

Die diesbezügliche Forderung, dass die Voraussetzung zur Freigabe des verkaufsoffenen Sonntages (gemäß § 6 Abs. 1 HLöG) derart geändert wird, dass der bisherige Anlassbezug ersetzt wird durch den Sachgrund „im öffentlichen Interesse“ wurde allerdings nicht berücksichtigt. Insofern haben wir uns im Rahmen der Stellungnahme gegen die beabsichtigten Verschärfungen und Änderungen des § 6 Abs. 1 HLöG ausgesprochen. Entgegen unserer Forderung zur Flexibilisierung und Vereinfachung der Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen ist § 6 Abs. 1 HLöG um zusätzliche – von der Rechtsprechung entwickelte – Kriterien erweitert worden, so dass die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen weiter erschwert wird. Infolge dessen haben wir die beabsichtigte Änderung abgelehnt und haben stattdessen gefordert, den Anlassbezug für die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen zu streichen bzw. alternativ eine Regelung zu finden, dass eine Öffnung der Verkaufsstellen an Sonntagen möglich ist, wenn ein öffentliches Interesse an der Belebung der Gemeinde oder eines Ortsbereichs oder an der überörtlichen Sichtbarkeit der Gemeinde besteht.

Eine weitere Änderung hat § 6 Abs. 2 HLöG dahingehend erfahren, dass die Freigabeentscheidung spätestens 3 Monate vor der beabsichtigten Öffnung öffentlich bekannt gemacht werden muss. Darüber hinaus haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Freigabeentscheidung gemäß § 6 Abs. 3 HLöG keine aufschiebende Wirkung. Mit diesen Regelungen soll eine gewisse Rechtssicherheit bei der Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen eintreten und gerichtliche Entscheidungen in letzter Minute vermieden werden.

Durch das 2. Gesetz zur Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes vom 13.12.2019 (GVBL S. 434) ist das Hessische Ladenöffnungsgesetz geändert worden. Die Änderungen sind am Tag nach der Verkündung am 24.12.2019 in Kraft getreten.

Mit Schreiben vom 02.01.2020 wurden wir von Seiten des Hessischen Sozialministeriums darauf hingewiesen, dass das Ministerium beabsichtigt, den Gemeinden Hil-

festellung in Form eines Handlungsleitfadens zu geben, auf den im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für verkaufsoffene Sonntage und Feiertage zurückgegriffen werden kann. Dieser Handlungsleitfaden wurde uns letztlich am 28.07.2020 zur Verfügung gestellt und kann bei Bedarf auf unserer Homepage abgerufen werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Voraussetzungen derzeit nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. Infolge dessen wurden wir ebenfalls angehört zu einem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur befristeten Flexibilisierung der Sonntagsöffnungen in der Corona-Pandemie. Hier wurde gefordert, dass neben den 4 anlassbezogenen verkaufsoffenen Sonntagen zusätzlich 4 verkaufsoffene Sonntage eingeführt werden, die ohne Anlass durchgeführt werden. Hier sollen insbesondere die von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Einzelhändler unterstützt werden.

Angehört wurden wir des Weiteren zu einem Gesetz über die Zuständigkeiten und Gebühren im Schornsteinfegergesetz (Schornsteinfegerzuständigkeits- und Gebührengesetz SchFZuGG).

Des Weiteren wurden wir zur Stellungnahme aufgefordert zu einem Gesetzentwurf der AfD für ein Gesetz zum Schutz vor gesundheitlichen Gefahren durch Kohlenstoffmonoxid in Shisha-Einrichtungen (Drucks. 20/4001).

Mit diesem Gesetzentwurf sollten die Gefahren die durch das Verglühen von Kohle bzw. anderen entsprechenden organischen Ersatzstoffen ausgehen und eine mögliche Vergiftung durch das entstehende Kohlenstoffmonoxid befürchten lassen, eingedämmt und verhindert werden. Das farb- und geruchlose Gas kann dabei zu schweren gesundheitlichen Schäden führen, so dass insofern klare Regelungen für den Betrieb von Shisha-Einrichtungen notwendig sind. Im Rahmen der Stellungnahme haben wir uns dafür ausgesprochen, dass Regelungen in Bezug auf die Zuständigkeiten zur Überwachung von technischen Anlagen für Shisha-Bars notwendig sind. Allerdings halten wir hier eine Ergänzung des hessischen Nichtraucherschutzgesetzes für ausreichend. Das hessische Nichtraucherschutzgesetz hat einen umfassenden Charakter und betrifft nicht nur Gaststätten, sondern alle Einrichtungen, in denen Shishas betrieben werden. Insofern kann hier eine umfassende Regelung getroffen werden, die alle potenziellen Einrichtungen betrifft.

Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Geschäftsstelle sowohl mit einer Vielzahl von Anfragen als auch zum Teil mit Gerichtsverfahren befasst gewesen, die sich mit der Schließung von Einrichtungen bzw. der Auslegung der entsprechenden Corona-Kontakt-Beschränkungsverordnungen befassen. Diesbezüglich bestand ein erheblicher Beratungsbedarf.

18. Friedhofsrecht

Nach dem Inkrafttreten der Änderungen des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes vom 23.08.2018 (GVBL, S. 381) zum 01.03.2019 wurden die Friedhofsordnung und die Friedhofsgebührenordnung überarbeitet und im November 2019 die neuen Muster veröffentlicht.

Wesentliche Änderungen bzw. Neufassungen betrafen die Anpassung der Definition der totgeborenen Kinder gem. § 9 Abs. 2, S. 2 FBG, Begriffsdefinitionen, Vorgaben bezüglich der Beschaffenheit der Särge und Übergabe der Überreste von Verstorbenen und Aschenresten in Gemeinschaftsgrabanlagen (§ 6 Abs. 3 FBG). Als weitere Grabart für Aschenbeisetzungen wurden die Rasengräber geregelt und ausgestaltet. Die grundsätzliche Verpflichtung zur Aufstellung von Grabmalen und Grabeinfassungen wurde erstmals geregelt, sowie das Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit entsprechend den Vorgaben der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie nach § 6 a FBG in der Satzung verankert.

Anpassungen bezüglich der Urnenwände (Kolumbarien) sowie bei den Umbettungen berücksichtigen die Rechtsprechung als auch die Bedürfnisse der Praxis. Bei der Standsicherheit von Grabmalen wurden die Versetzrichtlinien des Bundesinnungsverbandes der Steinmetze (BIV) und die TA Grabmal alternativ genannt und die Verpflichtung der Kommunen aufgenommen, die verwendeten Regelwerke vorzuhalten und ergänzend auf der Homepage einzustellen. Hierbei wurden Vorgaben der Rechtsprechung zu Bebauungsplänen (VGH Kassel, Beschluss vom 13.08.2018 in HSGZ 2019, S. 90) übernommen, um dem Rechtsstaatsprinzip zu genügen.

In der Friedhofsgebührenordnung wurde bei vorzeitiger Grabräumung eine Pflegegebühr vorgesehen, um den erhöhten Pflegebedarf der Kommunen abzudecken.

In zwei digitalen Tagesseminaren wurden die Änderungen vorgestellt und erläutert. Zudem wurden die Ergebnisse der Umfrage zur Erhebung der Strukturdaten hessischer Friedhöfe präsentiert. Im Rahmen des Hessendialogs Netzwerk Friedhof sollen diese im Laufe des Jahres 2021 erneut erhoben werden, um eine Fortschreibung zu ermöglichen und auch auf die aktuellen Entwicklungen wie z.B. die Auswirkungen der Corona-Pandemie eingehen zu können. Mit dem hierdurch gewonnenen Datensatz sind nunmehr Grundlagen für künftige Planungen und Angebote im Bereich der Friedhofsleistungen der Städte und Gemeinden vorhanden.

Im Zusammenhang mit den Friedhofs- und Bestattungswesen wurden Fragen zur Umsatzsteuerpflicht auf Friedhof in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft geregelt. Das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom November 2020 wurde im Eildienst veröffentlicht. Hierbei ist auf die Verhältnisse vor Ort abzustellen, aber zugleich ist vor dem Hintergrund von § 2 b UStG festzustellen, dass danach eine erhebliche Anzahl von Leistungen im Bereich des Friedhofswesens umsatzsteuerfrei sind.

In einem Gespräch mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport sind grundsätzliche Zukunftsfragen im Bereich des Friedhofs- und Bestattungswesen besprochen worden. Themen waren u.a. der Friedhofszwang bzw. der Bestattungszwang für Urnen, mögliche gemeinsame Mensch- und Tierbestattungen wie weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche in diesem Kontext. Die weitere Entwicklung seitens des Gesetzgebers bleibt hier jedoch abzuwarten.

Im Berichtszeitraum waren weiterhin hohe Fallzahlen im Zusammenhang mit der Beratung und die gerichtliche Vertretung der Mitgliedskommunen vor dem Verwaltungsgericht zu verzeichnen. Vor allem gebührenrechtliche Fragestellungen standen hierbei weiterhin im Fokus neben Fragen im Zusammenhang mit der Aufstellung von Grabmalen und Grabfassungen sowie Umbettungsbegehren. Fragestellungen bezüglich der Corona-Pandemie und Kontaktbeschränkungen im Zusammenhang mit Trauerfeiern und Bestattungen waren ebenfalls vermehrt festzustellen.

19. Wege- und Verkehrsrecht

• *Hessisches Straßengesetz*

Im Berichtszeitraum konnte der Verband Stellung zu einer notwendigen Novellierung des Hessischen Straßengesetzes beziehen. Die Novellierung wurde u.a. erforderlich, da seit dem 01.01.2021 die Bundesstraßenfernverwaltung von den Ländern auf die Bundesebene verlagert wurde. Letztendlich musste hierzu Hessen Mobil einen wesentlichen Anteil der Aufgaben und Personal an die Autobahn GmbH des Bundes abgeben. Dies hat dazu geführt, dass die Zuständigkeitsregelungen im Hessischen Straßengesetz zu novellieren waren. Wir haben diese Änderungen zum Anlass genommen, um im Rahmen des Beteiligungsprozesses auf den nach unserer Sicht erforderlichen Novellierungsbedarf für grundlegende Regelungen im Hessischen Straßengesetz hinzuweisen.

Die bisherige Regelung in § 10 Hessischen Straßengesetzes enthält keine Rechtsgrundlage, um den Winterdienst in Seitenbereichen auf Straßen ohne Gehweg oder Straßenteilflächen auf die Anlieger zu übertragen. Die gesetzliche Formulierung enthält derzeit ausschließlich die Rechtsgrundlage zur Übertragung des Winterdienstes auf Gehwegen, Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen. Hier sehen wir bereits seit Jahrzehnten einen erheblichen Anpassungsbedarf, um den modernen Bauweisen von Straßen (niveaugleicher Ausbau) Rechnung zu tragen. Des Weiteren stehen kombinierte Geh- und Radwege (also gemeinsam genutzte Flächen) in der Winterdienstverpflichtung der Kommunen, da eine Übertragung des Winterdienstes für diese Flächen derzeit rechtlich nicht möglich ist. Dies ist insbesondere problematisch, da durch den Ausbau und der Weiterentwicklung des Radverkehrs in Zukunft auch mit einer deutlich intensiveren Nutzung derartiger Wege im Winter zu rechnen ist. Dies berührt die Frage der Erfor-

derlichkeit und Erbringung eines Winterdienstes für diese Bereiche. Mithin kann diese Entwicklung zu einer erheblichen Mehrbelastung des kommunalen Winterdienstes führen. Wir haben die anstehende Novellierung zum Anlass genommen auf diese Problemlage erneut hingewiesen und eine Erweiterung der Übertragungsmöglichkeiten des Winterdienstes auf Anlieger eingefordert.

In der Umsetzung und zur Förderung der Nutzung von Carsharing wurde uns ein Entwurf des Landes hinsichtlich einer Novellierung und Ergänzung der Sondernutzungsregelungen im Hess. Straßengesetz zugeleitet. Nach den Plänen des Verkehrsministeriums soll der Carsharing Sachverhalt durch eine neue spezielle Regelung (§ 16 a HStrG) umfassend geregelt werden. Wir haben uns gegen eine derartige Sonderregelung ausgesprochen, sondern darauf hingewiesen, dass der Sachverhalt ausreichend durch die Regelung in § 16 HStrG erfasst wird. Nach der Einschätzung der Geschäftsstelle würde eine geringfügige Ergänzung von § 16 HStrG vollkommen ausreichend sein, um dieses Problem zu lösen. Eine derartige Regelung hätte auch den Vorteil, dass Sie auch auf andere moderne Mobilitätsformen (E-Roller und Leihräder) Anwendung finden könnte. Nach der derzeitigen Rechtslage wird die kommerzielle Aufstellung von E-Rollern und Leihfahrrädern im öffentlichen Straßenraum durch den Begriff der Sondernutzung nicht ausreichend erfasst und reguliert. Wir haben den Gesetzgeber daher dazu aufgefordert, in diesem Bereich nachzusteuern.

Darüber hinaus wurden dem Verband Gesetzesentwürfe zur Förderung von Radschnellverbindungen in Hessen zugeleitet. Diese Entwürfe zielten im Wesentlichen darauf ab, Radschnellwege als besonderen Straßentyp mit in das Hessische Straßengesetz aufzunehmen. Mit einer derartigen Regelung könnte gewährleistet werden, dass diese Radschnellverbindung als besondere außerordentliche Streckenverbindung klassifiziert werden und damit in die Baulast des Landes oder Bundes übergehen. Soweit dies nicht erfolgt, besteht zu befürchten, dass allein die jeweiligen Gebietskörperschaften für die laufenden Unterhaltskosten – auch wenn der Bau derzeit noch gefördert wird – aufzukommen haben. Nach unserer Einschätzung wird es im Nachhinein in der Regel nicht gelingen zu beweisen, dass diese Schnellwege tatsächlich nur dem überörtlichen Verkehr dienen, was zu einer Baulast der übergeordneten Wegebausträger führen könnte.

In Folge der Zulassung von E-Rollern (Elektrokleinstfahrzeugeverordnung vom 05.06.2019) wurden diverse Fragestellungen an den Verband herangetragen, wie mit diesen E-Rollern im Straßenbild und im Verkehrsrecht vor Ort umzugehen ist. Der Verband hat sich in zwei Arbeitssitzungen mit betroffenen Kommunen und Anbietern eingebracht, um an der Erstellung eines Merkblattes für Anbieter mitzuwirken. Die Corona begründeten Einschränkungen haben zu vorübergehenden Entschärfung dieser Thematik beigetragen.

Neben diesen grundsätzlichen Fragen gab es weitere zahlreiche Anfragen und Gerichtsverfahren zu Fragen der Durchsetzung und des Umfangs der Straßenreini-

gungsverpflichtung, Wahlplakatierung, Blendwirkung durch Straßenbeleuchtung und der Beseitigung außerordentlicher Verschmutzungen im Straßenraum. Hier geht es neben der Frage der Beseitigung von Ölsuren auch immer häufiger um die Frage, wer nach „Starkregen“ Ereignissen, die Schäden bzw. Verschmutzungen von Fahrbahn beseitigen und die Kosten tragen muss.

Darüber hinaus gab es einen erheblichen Diskussions- und Beratungsbedarf wegen des Phänomens, dass zunehmend nicht nur Schottervorgärten entstehen, sondern Vorgärten in Parkraum umgewandelt werden. Dies führt dazu, dass in den betroffenen Straßenabschnitten öffentliche Parkplätze entfallen und insofern vor Ort ein erhebliches Streitpotenzial entsteht. Insofern setzten sich die Verwaltungen intensiv mit den Fragestellungen, die von den Bürgern aufgeworfen werden, auseinander und binden uns in die Beratung ein.

Im Rahmen der Beurteilung von Sondernutzungserlaubnissen ist festzustellen, dass die Anzahl der gewerblichen Altkleidercontainer durch die Corona-Pandemie im letzten Jahr erheblich abgenommen hat. Insofern dürfte es aufgrund der Marktsituation in diesem Bereich zu einer deutlichen Reduzierung von Streitverfahren kommen. Von einzelnen Mitgliedern wurde uns berichtet, dass Unternehmen auf ihre bestehenden Erlaubnisse verzichten oder sogar eine Reduzierung der festgesetzten Entgelte bzw. Sondernutzungsgebühren verlangen.

Im Bereich Wahlplakatierung im Straßenraum kam es zu den üblichen Streitigkeiten vor Ort, obwohl durch die Corona bedingte Ausnahmesituation ein deutlich stärkerer Fokus auf eine Wahlsichtwerbung gelegt wurde. Diesbezüglich ist darauf hinzuweisen, dass das Verwaltungsgericht Gießen an der Auffassung festhält, dass bei der Anzahl der zuzulassenden Wahlplakate auf einen Einwohnerschlüssel abzustellen ist. Nach Auffassung des Gerichtes ist eine Begrenzung der Anzahl der zugelassenen Plakatstandorte nur insoweit möglich, wie mindestens gewährleistet wird, dass pro hundert Einwohner ein Plakat für jede einzelne Partei aufgestellt werden kann

• **Nahmobilitätsstrategie für Hessen**

Die Geschäftsstelle ist als ständiges Mitglied im Lenkungsreis der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität vertreten. Der Lenkungsreis soll die strategischen Rahmenbedingungen koordinieren und beeinflussen, um die Nahmobilität in Hessen zu fördern. Unter anderem wurden Konzepte für hessische Radschnellverbindungen und die Entwicklung eines Rad-Hauptnetzes vorangetrieben. Ein Nahmobilitätscheck soll es den Kommunen erleichtern, gezielt Förderung des Fuß- und Radverkehrs auf kommunaler Ebene umzusetzen. Im Rahmen des schulischen Mobilitätsmanagements wurde den interessierten Schulen ein Werkzeug an die Hand gegeben, um den Fuß- und Radverkehr der Schüler vor Ort sicher zu fördern. Die Geschäftsstelle war in den Facharbeitskreisen „Raddirektverbindung/Radschnellwege in Hessen“ und den Facharbeitskreis „Schulisches Mobilitätsmanagement“ vertreten. Darüber arbeiteten wir an dem Leitfadens zur Planung von Radabstellanlagen mit

und haben uns in die Erstellung des Handbuchs zur Radwegweisung eingebracht.

• **Verkehrsrecht**

Unter der Rubrik Verkehrsrecht ist vor allem auf die missglückte StVO-Novelle des Bundes hinzuweisen. Im Vorfeld dieser Novelle erhielten wir über den Deutschen Städte- und Gemeindebund die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den beabsichtigten Änderungen der Straßenverkehrsordnung. Es wurde eine sehr kritische Stellungnahme erarbeitet, die auf die groben dogmatischen Fehler dieser Novelle hinwies. Die straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften wurden jedoch trotz erheblicher Kritik aus dem kommunalen Bereich in Kraft gesetzt. Die teilweise widersprüchlichen Regelungen führen zu einem erheblichen Klärungs- und Diskussionsbedarf. Insbesondere führen die neuen Vorschriften hinsichtlich der Führung von Radwegen und für den passierenden KFZ-Verkehr zu erheblichen Problemen; hier besteht nach unserer Einschätzung noch ein erheblicher Beratungs- und Anpassungsbedarf.

Darüber hinaus sollte die Novelle zu einer deutlichen Verschärfung der Bußgelder im Verkehrsrecht führen. Neben der deutlichen Verschärfung der Bußgelder für Geschwindigkeitsübertretungen wurde auch erhebliche schärfere Tatbestände für regelwidriges Parken und Halten im öffentlichen Verkehrsraum in die Bußgeldvorschriften mit aufgenommen. Zum Teil sehen diese Vorschriften vor, dass bereits das Halten auf einem Radschutzstreifen in Zukunft einen Punkt bewerteten Verstoß darstellen soll. Mit dieser Neuregelung wurde zwar der Wunsch der Kommunen berücksichtigt, dass die bestehenden Bußgelder zu niedrig sind jedoch das gesamte System, im Interesse des Schutzes der Radfahrer, auf den Kopf gestellt. Da der neue Bußgeldkatalog zunächst in Kraft trat, hatten die die örtlichen Ordnungsbehörden diese Bußgeldtatbestände auch zu berücksichtigen und zu ahnden. Infolge der später verkündeten Teilnichtigkeit der bußgeldrechtlichen Vorschriften, mussten viele Bußgeldverfahren – ohne Strafe - eingestellt werden. Dies führte zu einem erheblichen Beratungsaufwand auf Seiten des Verbandes, um diese Fragen zu klären. Insbesondere lag hier eine Diskrepanz zur Auffassung des Landes Hessen, dass die Auffassung vertrat, nach der sämtliche laufende Bußgeld- bzw. Verwarngeld-Verfahren einzustellen waren, solange diese noch nicht bestandskräftig abgeschlossen wurden. Lediglich für ab dem Zeitpunkt der Nichtigkeitserklärung neu einzuleitende Verfahren konnte auf den alten Bußgeldkatalog umgestellt werden. Nach unserer Auffassung hätte die zuständige Behörde, solange sie noch Herrin des Verfahrens war, den alten Bußgeldbescheid aufheben und selbst einen neuen, basierend auf den alten Rechtsvorschriften, erlassen können. Das Land Hessen hat sich jedoch dahingehend per Erlass festgelegt, dass eine solche Vorgehensweise zu Ungerechtigkeiten führen könnte und daher die Bußgeldstelle angewiesen, vollständig auf die Einnahmen zu verzichten.

Diesen Umstand haben wir zum Anlass genommen das Land aufzufordern, die Regelung hinsichtlich der Verteilung der Bußgelder zwischen den Kommunen und dem

Land Hessen der Kommunen neu und vor allem im Interesse der Kommune zu regeln. Das Land Hessen hat diesen Vorschlag bisher abgelehnt.

Diese Entscheidung ist auch insbesondere vor dem Hintergrund der Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt bedauerlich, welches den Einsatz von privaten Dienstleistern im Rahmen der Verfolgung von Geschwindigkeitsverstößen deutlich eingeschränkt hat. In einer Vielzahl von Kommunen erfolgte die Geschwindigkeitsüberwachung durch die Einbindung von privaten Dienstleistern, die als Hilfspolizisten bestellt wurden. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt führte zu einem deutlichen Einnahmenausfall und vor allem zu einer Reduzierung der Verkehrsüberwachung. Auf Grund dieser Entscheidung kam es zu einer großen Anzahl von Anfragen bei der Geschäftsstelle, wie mit Verträgen, die mit privaten Dienstleistern hinsichtlich der Betreuung von ortsstationären Geschwindigkeitsmessanlagen abgeschlossen wurden und bereits eingeleiteten Ordnungswidrigkeitsverfahren umzugehen ist. Bisher wurde vom Land Hessen der Erlass zur Verkehrsüberwachung durch örtliche Ordnungsbehörden aus dem Jahre 2017 nicht grundlegend novelliert, um für die Zukunft hier die erforderliche Rechtssicherheit wieder herbeizuführen. Durch weitere ministerielle Schreiben wurde lediglich festgestellt, dass die Durchführung der Geschwindigkeitsüberwachung vor Ort, mittels ortsstationäre Geschwindigkeitsmessanlagen, nur noch hingegenommen wird, wenn eine schriftliche und somit eine positive Stellungnahme der Hessischen Polizeiakademie vorliegt. Sämtliche Messpunkte, die ohne eine derartige positive schriftliche Stellungnahme betrieben werden, können nach der Auffassung des Hessischen Innenministeriums keinen Bestand haben.

• **Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz und Maut**

Immer wieder wird der Verband mit Fragestellungen befasst, welche fachlichen Voraussetzungen die Mitarbeiter der kommunalen Bauhöfe vorweisen müssen, um kommunale Spezialfahrzeuge zu führen. Dies betrifft insbesondere die Fälle in denen nur gelegentlich Transportfahrten mit derartigen Fahrzeugen durchgeführt werden. Auch die Frage der Mautpflichtigkeit derartiger Fahrzeuge ist ein ständiges Thema für die Betroffenen.

• **Eisenbahnrecht**

Die Geschäftsstelle hatte die Gelegenheit zum Eisenbahnrechtsänderungsgesetz Stellung beziehen zu können. Hier musste insbesondere darauf hingewiesen werden, dass der Bundesgesetzgeber plant den Schutzstreifen entlang von Schienentrassen erheblich zu erweitern und die Eigentümer dazu verpflichtet, diesen Schutzstreifen von Gehölz, welches den Eisenbahnbetrieb gefährden kann, freizuhalten. Da im Entwurf eine Kostenbelastung der Eigentümer der angrenzenden Grundstücke vorgesehen wurde, hat sich die Geschäftsstelle mit einer Stellungnahme entschieden gegen die Novellierung gewendet. Für unsere Mitgliedskommunen ist eine derartige Regelung von Bedeutung, da häu-

fig kommunale Waldgrundstücke entlang von Eisenbahngrundstücken liegen. Eine solche Regelung hätte erheblichen Einfluss auf den kommunalen Waldbestand.

- **ÖPNV Hessen**

Als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der ÖPNV Aufgabenträger hat sich die Geschäftsstelle bei der Umsetzung des Schülertickets Hessen miteingebracht. In einer Stellungnahme zum Entwurf des Mobilitätsförderungsgesetzes wurde deutlich gemacht, dass in Zukunft notwendige Investitionsbeihilfen für die Umrüstung von Bestandsfahrzeugen im Gesetz verankert werden müssen. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Mobilitätsförderungsgesetzes vorgeschlagen, dass Personenseilbahnen mit in das Förderspektrum aufgenommen werden sollen, wenn diese zu einer Entlastung des Straßenverkehrs beitragen können. Einen Vorschlag den die Geschäftsstelle grundsätzlich für sinnvoll erachtet. Darüber hinaus wurde der Verband zur Änderung des Hessischen Seilbahngesetzes gehört. Da in der Novelle im Wesentlichen europarechtliche Vorgaben eingearbeitet wurden, konnte auf eine umfassende Stellungnahme verzichtet werden.

- **Luftverkehr**

Im Berichtszeitraum wurde die Geschäftsstelle immer wieder mit der Frage hinsichtlich der Lenkung und Führung von Drohnen vor Ort beschäftigt. Insbesondere die Novellierung der Drohnenverordnung und die fehlenden Umsetzungshinweise für die örtlichen Ordnungsbehörden haben Fragen aufgeworfen. Insbesondere wird immer wieder thematisiert, in welchem Umfang Drohnen über bewohntes Gebiet fliegen oder durch Kommunen bzw. ihren Einrichtungen eingesetzt werden dürfen.

Zur Änderung der luftverkehrsrechtlichen Zuständigkeiten wurde der Verband angehört. Hinsichtlich einer Abänderung des An- und Abflugrouten des Frankfurter Flughafens konnte eine Stellungnahme durch den Verband nicht erfolgen, da Ziel dieser Abänderungen nicht eine grundsätzliche Untersagung des Flugverkehrs ist, sondern eine Verlagerung der Routen, um eine mögliche Beeinträchtigung von Bürgern zu reduzieren. Jede Verlagerung geht jedoch zu Lasten eines anderen Mitgliedes des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und kann daher von uns rechtlich und fachlich nicht begleitet werden.

- **Enquetekommission Mobilität der Zukunft in Hessen 2030**

Hier ist darauf hinzuweisen, dass der Hessische Städte- und Gemeindebund als Mitglied in dieser Enquetekommission des Hessischen Landtages berufen wurde, die in diesem Jahr Ihrer Tätigkeit aufnehmen soll. In dieser Kommission soll sich mit innovativen Mobilitätskonzepten auseinandergesetzt werden, um die Grundlage für eine nachhaltige Mobilität in der Zukunft zu erforschen. Es geht daher in dieser Kommission auch um Fragen der In-

frastruktur und der Wahl von Verkehrsmitteln, sowie grundsätzlicher Fragen zur Stadt- und Raumplanung, zur Rolle von Shared-Mobility und Shared-Spaces, zur Entwicklung und Verknüpfung urbaner und ländlicher Regionen oder zu barrierefreier und altersgerechter Mobilität.

- **Verkehrssicherheit**

Die Geschäftsstelle hat in der Arbeitsgruppe zu Fragestellung der Sicherheit für Sportveranstaltungen im Straßenverkehr teilgenommen. Aufgrund der Corona bedingten Einschränkungen fand bisher nur ein Arbeitstreffen zu dieser Thematik statt. Hierbei wurde darüber informiert, dass derartige Konzepte nur mit den übergeordneten Polizeipräsidien umzusetzen sind, da eine erhebliche Expertise erforderlich ist, um ein griffiges Konzept aufzustellen. Auf Seiten der Veranstalter und betroffenen Kommunen wurde deutlich gemacht, dass die möglichen Folgekosten für umfassende Sicherheitskonzepte möglicherweise das „Aus“ für viele Veranstaltungen bedeuten können. Die Thematik der Sicherheit bei Sportgroßveranstaltungen im Straßenverkehr überschneidet sich mit der Durchführung von sonstigen Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum. Insbesondere die Amokfahrt von Volkmarsen hat in Folge zu erheblichen Fragestellungen geführt, wie bei örtlichen Veranstaltungen ein Sicherheitskonzept erfolgreich umgesetzt werden kann und wer vor allem für die Sicherheit der Teilnehmer verantwortlich ist. Letztendlich kann diese Frage nicht pauschal und rechtsverbindlich beantwortet werden, da sie im Wesentlichen von der genauen Örtlichkeit und der Risikoeinschätzung durch die Polizei abhängig ist.

20. Post- und Telekommunikationsrecht

- **Breitband**

Der Städte- und Gemeindebund als Mitglied des Breitband Lenkungsausschusses des Landes Hessen nimmt an den regelmäßigen Sitzungen des Lenkungskreises teil. Der Lenkungsausschuss soll mittels eines ständigen Monitoring die Maßnahmen der Gigabitstrategie des Landes in Hinblick auf die Zielerreichung überprüfen. Das Organ hat den Auftrag ggf. Maßnahmen bei einer Zielabweichung einzuleiten, um die Strategie voranzubringen.

Im Berichtszeitraum ist festzustellen, dass der Ausbau von Breitbandnetzen in Hessen an Fahrt aufnimmt. Private Gesellschaften bemühen sich um den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit Kommunen, um den lokalen Ausbau von Glasfasernetzen voranzutreiben. Hierbei stützen sich diese Gesellschaften zum einen auf die im Telekommunikationsgesetz enthaltenen Regelungen, die eine absolute Privilegierung der lizenzierten Telekommunikationsunternehmen vorsieht und zum anderen auf den Umstand, dass sie mit erheblich Fremdkapital ausgestattet wurden, um in den deutschen Markt einzudringen. Aufgrund der Fremdfinanzierung besteht ein erhebliches Interesse dieser Unterneh-

men daran, die Investitionen vor Ort durch eine begleitende Kooperationsvereinbarung abzusichern. Auf Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen im Telekommunikationsgesetz können diese Unternehmen auch in den Breitbandausbau eintreten, ohne den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit einer Kommune. Die Kooperationsvereinbarungen regeln vor allem den gegenseitigen Umgang und enthalten im Wesentlichen die Verpflichtung der Kommunen, den Breitbandausbau positiv zu begleiten. Die Kommune verpflichtet sich zur schnelle Bearbeitungen von Anfragen für Straßenaufbruchsarbeiten und willigen vorab in die Verwendung moderner und schneller Verlegemethoden (z.B.: Micro-Trenching) ein. Problematisch ist jedoch, dass aufgrund der vorhandenen Marktressourcen und auch auf Grund finanzieller Erwägungen eine europaweite Ausschreibung der Unternehmen, die diese Arbeiten durchführen, erfolgt. Mithin ist nicht immer gewährleistet, dass Fachunternehmen (zumindest nach den deutschen Anforderungen) die Verlegung von Glasfaser vornehmen. Mit der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes hat der Gesetzgeber den lizenzierten Telekommunikationsunternehmen das Wahlrecht für die Art der Verlegung eingeräumt. Das sog. Micro-Trenching führt zu einer erheblichen Kostenreduzierung der Verlegearbeiten. Es widerspricht jedoch in einigen Punkten den anerkannten Regelwerken für Tiefbauarbeiten im Straßenverkehr, da die Arbeiten in Form einer „untiefen Verlegung“ erfolgen, welche auch nicht Bestandteil der bestehenden Regelwerke ist. Insoweit soll durch die abzuschließenden Kooperationsvereinbarungen gewährleistet werden, dass diese Themen im Vorfeld ausgeräumt werden. Solange es jedoch noch keine verbindliche DIN für das sog. Micro-Trenching im Straßenbau gibt, besteht hier ein ständiger Reibungspunkt.

Zwei Unternehmen sind an uns herangetreten, um eine Kooperationsvereinbarung im Vorfeld mit der Geschäftsstelle zu erörtern und zu prüfen. Die vorgelegten Vertragsentwürfe entsprechen im Wesentlichen den Vorgaben des Telekommunikationsgesetzes und konnten daher so verwendet werden. Sie lösen jedoch nicht das grundsätzliche Problem, dass nach den Vorstellungen des Gesetzgebers im Telekommunikationsgesetz ausreichend Regelungen enthalten sind, um eine nachwirkende Haftung des Netzbetreibers festzulegen. Vor Ort ist festzustellen, dass eine Einforderung dieser gesetzlichen Rechte nur möglich ist, wenn eine enge Bauüberwachung und Kontrolle durch die Kommunen erfolgt. Die dabei entstehenden Kosten können aufgrund der gesetzlichen Regelungen im Telekommunikationsgesetz derzeit nicht auf die Telekommunikationsunternehmen umgelegt werden. Dieser unbefriedigende Zustand führte zu einem erheblichen Beratungsbedarf. Auf der anderen Seite wird durch diese Unternehmen gewährleistet, dass der Netzausbau in Hessen deutlich beschleunigt wird.

- **Mobilfunkstrategie**

Untrennbar mit dieser Fragestellung ist der Ausbau des „sog. 5G-Netzes“ verbunden. Bereits der notwendige Ausbau von LTE-Standorte funktioniert hessenweit nur, wenn eine ausreichende Anbindung an Glasfaserverbin-

dungen ermöglicht wird. Darüber hinaus ist derzeit ein Eckpunktepapier in Abstimmung mit dem Digitalministerium, in dem sich die kommunalen Spitzenverbände zu dem zukünftigen Ausbau des 5G-Netzes und einer weitergehenden Digitalisierung des Landes positionieren sollen. Hierbei treten vor Ort eine Vielzahl von Fragestellungen auf, die u.a. auch auf mobilfunkverhindernden Beschlüssen der Kommunen in der Vergangenheit beruhen können. So gibt es immer wieder die Fragestellung nach einer mobilfunklenkenden Bauleitplanung und nach Beschlüssen, in denen ursprünglich untersagt wurde, kommunale Liegenschaften für Mobilfunkeinrichtungen zu nutzen. Unter anderem wird auch weiterhin die Thematik an die Geschäftsstelle herangetragen, ob nicht dieser neue Mobilfunkstandard Gesundheitsgefährdungen auslösen kann. Teilweise besteht vor Ort ein erheblicher Beratungsbedarf. Dies wird jedoch erst erheblich, wenn letztendlich die Lücken im LTE-Netz hessenweit geschlossen werden.

In diesem Zusammenhang hat die Geschäftsstelle zur Mobilfunkförderrichtlinie des Landes Hessen Stellung bezogen. Mit dieser Förderrichtlinie soll der Ausbau von Mobilfunksendemasten gefördert werden, um Lücken im Mobilfunknetz zu schließen.

- **„Digitale Dorfblinde“**

Bei der Umsetzung des W-LAN-Förderprojektes „Digitale Dorfblinde“ wurde die Geschäftsstelle ebenfalls mit eingebunden. Im Vorfeld musste geprüft werden, wie diese öffentlichen Hotspots zu organisieren sind, um eine Haftung des jeweiligen Betreibers für eine illegale Nutzung auszuschließen. Es wurde thematisiert, welche digitalen Vorhaben vor Ort umgesetzt und förderfähig sind. Welche Vorteile die Einrichtung eines derartigen Hotspots einer Kommune bieten kann, um die Förderrichtlinie zum Erfolg zu führen. Es wurde dabei festgestellt, dass touristische Anwendungen und die Digitalisierung der Verwaltung damit vorangebracht werden können. Derzeit sind knapp 1.700 W-LAN-Hotspots in der Förderung oder in der Umsetzungsphase.

21. Sport und Freizeit

- **Zusammenarbeit mit dem Landessportbund Hessen e.V.**

Die Zusammenarbeit mit dem Landessportbund Hessen e. V. wurde in der Berichtsperiode gepflegt und intensiviert. Ein Vertreter der Geschäftsstelle nimmt regelmäßig an den Sitzungen der dortigen Arbeitsgruppen „Sportstätten und Ökologie“ und „Naturschutz und Landesplanung“ teil.

- **Mikroplastik**

Durch die auf EU-Ebene angestoßene Diskussion bezüglich eines Mikroplastikproblems bei Füllgranulat von

Kunstrasenplätzen und eines eventuellen Verbots bestand bei Sportvereinen und Kommunen ein hohes Maß an Verunsicherung. Zur Klärung des Sachstandes und des Handlungsbedarfs führte der Hessische Landtag auf Antrag der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Freien Demokraten am 3. Juni 2020 eine frühzeitige Anhörung zum Thema durch.

Die Geschäftsstelle hatte bereits im Vorfeld folgende Stellungnahme abgegeben:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

vorab bedanken wir uns für die Möglichkeit zum o.g. Thema Stellung nehmen zu können.

Wir begrüßen das Bestreben, den Eintrag künstlich zugefügten und biologisch kaum abbaubaren Mikroplastiks in die Umwelt signifikant zu verringern. Dies ist im ureigensten Interesse von Städten und Gemeinden als Träger der öffentlichen Wasserversorgung. Hierbei gehen wir davon aus, dass ein mögliches Verbot von Mikroplastik als Einstreuerganulat in Kunstrasen nur die Zukunft betrifft und nicht bedeutet, dass bereits bestehende Kunstrasenplätze sofort erneuert oder gar stillgelegt werden müssten. Die offiziellen Äußerungen der Europäischen Chemikalienagentur verstehen wir jedoch so, dass dies nicht beabsichtigt ist.

Grundsätzlich müssen unserer Auffassung nach alle zukünftigen Vermeidungs- bzw. Verringerungsmaßnahmen dem Gebot der Verhältnismäßigkeit genügen. Wichtige öffentliche Belange, wie die Unterstützung des Sports, insbesondere eine Durchführung des Breiten- und des Jugendsports ohne Einschränkungen, und des Vereinslebens dürfen auf gar keinen Fall aus dem Blick geraten. Übergangsfristen sind daher – sofern eine Umrüstung im Einzelfall erforderlich sein sollte – zwingend geboten.

Darüber hinaus legen wir größten Wert auf eine sachliche Diskussion und eine wissenschaftliche Betrachtung der Problematik. So wurde in der laufenden Diskussion immer wieder auf eine Studie des Fraunhofer Instituts aus dem Jahr 2018 verwiesen, welche in der Fachwelt jedoch heftig kritisiert wurde, da die DIN 18035-7 nicht berücksichtigt wurde. Dies hatte zur Folge, dass Annahmen betreffend die Menge der verwendeten Granulate und deren Austrag in die Umwelt wohl deutlich zu hoch gegriffen waren. Insoweit gehen sowohl das Deutsche Institut für Normung (DIN) als auch die Gütegemeinschaft RAL nur von einem Austrag von 10 % der vom Fraunhofer Institut angenommenen Menge aus.

Weiter müssen unseres Erachtens auch folgende Faktoren in den Blick genommen werden:

In Deutschland gibt es im EU-weiten Vergleich mit Abstand die höchste – zwischen 3.500 und 5.000 - Anzahl an Kunststoffrasenspielfeldern. Diese Spielfelder müssen einer differenzierten Betrachtung unterzogen werden. Denn die Menge der in Kunststoffrasensystemen verwendeten Füllstoffe – und damit deren „Gefahrgeneigntheit“ hinsichtlich des Austrags in die Umwelt – hängt maßgeblich von der konkreten Bauweise (u.a. Vorhandensein Elastikschicht oder elastische Tragschicht, Höhe

und Art (glatt oder texturiert) und den leistungs- und sportfunktionellen Anforderungen an das Kunststoffrasensystem) ab. Hinsichtlich der Kosten einer Umrüstung dieser Kunststoffrasenfelder wurde uns von einer Größenordnung zwischen 70.000 und 500.000 Euro je Anlage berichtet. Unabhängig von der Frage der Übergangsfristen sehen wir daher angesichts der hier in Rede stehenden Summen eine zwingende Notwendigkeit für eine Unterstützung durch massive Förderprogramme des Landes.

Wir bitten unsere oben dargestellten Einwände in der weiteren Diskussion zu berücksichtigen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen“

Die genannten Argumente wurden im Rahmen der mündlichen Anhörung im Landtag nochmals vertieft dargestellt und nachdrücklich um moderate Übergangsfristen geworben.

• **Sport-Atlas**

Das Land Hessen stellt zukünftig eine Sportstättendatenbank zur Verfügung, die alle Sportstätten und Bewegungsräume in Hessen mit den relevanten Informationen, wie Ausstattung oder möglichen Sportarten, abbilden soll. In dieser Datenbank sollen sich alle Interessierten darüber informieren können, wo sich beispielsweise das nächste Freibad oder der nächstgelegene Hockeyverein befindet oder welche Sportangebote ein Verein in der Nachbarkommune bietet.

Darüber hinaus soll die Sportstättendatenbank Städten und Gemeinden, aber auch den Landkreisen, ermöglichen, die Sportstättendaten dezentral und anwenderfreundlich zu pflegen. Durch die Datenbank sollen nach Vorstellung des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport unter anderem die internen Prozesse in der öffentlichen Verwaltung unterstützt werden, beispielsweise im Rahmen der Weiterentwicklung der Sportstätten, deren Sanierung, beim Neubau von Sportstätten und eventuell auch i.R.e. Sportentwicklungsplanung.

Alle Kommunen und Landkreise erhalten ab dem 18. März 2021 individuelle Zugangsdaten zu der Sportstättendatenbank, auf die über das Internet zugegriffen werden kann. Nachdem die Sportstättendatenbank initial mit den Daten von ca. 11.000 überwiegend kommunalen Sportstätten befüllt wurde, die aus einer Erhebung aus dem Jahr 2017 stammen, soll nun auf Wunsch des Hessischen Ministeriums des Innern und Sport bis Juni 2021 die bereits hinterlegten Daten gesichtet und zusätzlich die Sportstätten und Bewegungsräume im Gebiet der Kommunen erfasst und in der Datenbank hinterlegt werden.

Nach der Aktualisierung der Daten werden die Sportstätten im digitalen „Sportatlas Hessen“ veröffentlicht, so dass die Landkreise und Kommunen aktiv auf die Sportstätten und die angebotenen Sportarten in ihrem Gebiet aufmerksam machen können. Auch nach der

Veröffentlichung können die Kommunen natürlich fortlaufend Anpassungen und Änderungen der Daten vornehmen.

Der „Sportatlas Hessen“ wird zukünftig als neues Serviceangebot für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Dabei handelt es sich um eine moderne Web-Anwendung, in der sich alle Sportinteressierten über das Sportstättenangebot in Hessen mittels einer interaktiven Karte informieren können. Beispielsweise, um die nächste Sportstätte zu finden, sich über die Ausstattung und angebotene Sportarten zu informieren oder auch herauszufinden, ob eine Sportstätte barrierefrei erreichbar ist.

Die Geschäftsstelle hat diese Initiative des Landes intensiv begleitet. Eine Vertreterin der Geschäftsstelle hat an allen Sitzungen betreffend die Konzeption und Veröffentlichung des Sport Atlas mitgewirkt und die kommunalen Belange eingebracht. Insbesondere haben wir dafür Sorge getragen, dass im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport ein Ansprechpartner für eventuelle Rückfragen von Städten und Gemeinden telefonisch und per E-Mail zur Verfügung steht. Hierüber wurde im Eildienst Nr. 4 – ED 73, Freitag, 12. März 2021 informiert.

Nähere Informationen zu der Sportstättendatenbank sowie dem „Sportatlas Hessen“ können auf der Homepage des Hessischen Ministeriums des Innern und Sport (HMdIS) abgerufen werden:
www.hessen.innen.de/sport/sportatlas.

22. Vergaberecht

• *Gesetzentwürfe zur Änderung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes*

Die Geschäftsstelle hat im Berichtszeitraum zu dem Gesetzentwurf der SPD für ein Gesetz zur Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairem Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Hessen (Hessisches Tariftreue- und Vergabegesetz, Drs: 20/2354) und dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs und zum Abbau von Bürokratie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Drs: 20/2658) Stellung genommen. Gegenstand des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD war die Aufhebung des derzeit gültigen Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) und die Einführung eines neuen Hessischen Tariftreue- und Vergabegesetzes. Gegenstand des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP war eine Überarbeitung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes. Dieser Gesetzentwurf wies insofern einige Änderungen und Ergänzungen der bestehenden Regelungen auf.

Aus Sicht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes muss es bei einer Änderung des Vergaberechts oberste Priorität sein, keine komplizierten und detailreichen Neuregelungen einhergehend mit Abgrenzungs- und

Auslegungsschwierigkeiten zu schaffen. Seitens des Landesgesetzgebers sollte dies vor jeder Gesetzesänderung im Vergaberecht bedacht werden. Dies gilt umso mehr für das Vergaberecht im nationalen Bereich, in dem das Land Hessen die Gesetzgebungszuständigkeit hat.

Wir haben eine Vereinfachung des Vergaberechts bei nationalen Ausschreibungen gefordert. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels, der personellen Situation vor Ort sowie der Tatsache, dass selbst Fachanwälte mit den nicht mehr überschaubaren Regelungen teils überfordert sind, sollte es bei der Beibehaltung des Status-quo bleiben und lediglich die geltenden vergaberechtlichen Regularien vereinfacht werden. Konkret bedeutet dies, entsprechende Doppelregelungen zu bereits bestehenden Regelungen vor allem in der VOB/A bzw. der VOL/A zu vermeiden und bereits bestehende Doppelregelungen - vor dem Hintergrund des gewünschten Abbaus von Standards - aus dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz zu streichen. Hierzu gehört es auch, dass Regelungen zu vergabefremden Kriterien, wie beispielsweise die Einhaltung der Mindestlohnregelung, die Berücksichtigung sozialer, ökologischer und umweltbezogener Belange, gestrichen werden.

Außerdem hat sich der Hessische Städte- und Gemeindebund für eine Anhebung der bisher bestehenden Vergabefreigrenze auf mindestens 30.000,00 Euro ausgesprochen. Darüber hinaus forderten wir die Zulassung einer Freihändigen Vergabe bis 1.000.000, 00 Euro und eine Beschränkte Ausschreibung bis 3.000.000, 00 Euro bei Bauaufträgen jeweils ohne Interessenbekundungsverfahren sowie die Zulassung einer Freihändigen Vergabe bei Liefer-/Dienstleistungen bis zu 214.000 Euro ohne Interessenbekundungsverfahren. Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sollte eine schnelle und einfache Vergabe ermöglicht und das Vergaberecht nicht weiter verkompliziert werden.

In der Praxis fällt auf, dass es aufgrund der Vielzahl an Normen, die es bei einer Auftragsvergabe zu beachten gibt, erhebliche Rechtsunsicherheit herrscht. Im Vordergrund sollte stets eine einfache, schnelle und damit wirtschaftliche Vergabe stehen. Dies bedingt, dass es einfache und übersichtliche Regularien geben muss, die keine Auslegungsschwierigkeiten beinhalten und eine einfache Handhabung bei der Auftragsvergabe ermöglichen.

Die mit dem von der SPD vorgelegten Gesetzentwurf verfolgten Intentionen des Arbeitnehmerschutzes (gerechte tarifliche Entlohnung, Arbeitsplatzsicherheit, gesunde Arbeitsbedingungen, familien- und ehrenamtsfreundliche Arbeitszeiten), die Berücksichtigung ökologischer, sozialer Belange, Stärkung der Tarifautonomie und Mindestlohnregelungen, die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen, die Förderung der beruflichen Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die berufliche Erstausbildung sind zwar als politisches Ziel nachvollziehbar. Die Umsetzung dieser Aspekte im Vergabeverfahren und im Zusammenhang mit Vergabeentscheidungen des öffentlichen Auftraggebers führt jedoch zu einer thematischen Vermischung und stellt somit den falschen Weg dar. Sollten die tarifliche Ordnung

und die soziale Sicherung gefährdet sein, sind ordnungs- und sozialpolitische Maßnahmen seitens des Gesetzgebers zu ergreifen. Eine Verlagerung dieser Themen in das Vergaberecht hinein – insbesondere auf die kommunale Ebene – ist nicht zielführend. Das Vergaberecht ist eignungs- und leistungsbezogen. Der Zuschlag ist auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Die dafür maßgeblichen Kriterien sind der Preis und die Wirtschaftlichkeit. Die dem Gesetzentwurf innewohnenden Kriterien sind jedoch vergabefremder Natur und stellen darüber hinaus einen Eingriff in den freien Leistungswettbewerb dar. Aus vergaberechtlicher und kommunaler Sicht liegt das Vergabeinteresse darin, das wirtschaftlichste Angebot unter Berücksichtigung der Vergabekriterien „Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Preis“ zu erzielen und das Auswahlverfahren auf produkt-, eignungs- und leistungsbezogene Kriterien zu beschränken. Die maßgeblichen rechtlichen Rahmenbedingungen der Vergabe sind das Haushalts- und das EU-Vergaberecht.

Im innerstaatlichen, haushaltsrechtlich strukturierten Verfahren muss die Zuschlagsentscheidung weitgehend dem öffentlichen Auftraggeber überlassen bleiben. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen vergabefremden Kriterien höhlen insbesondere die mit der kommunalen Selbstverwaltung aus Art. 28 Abs. 2 GG verbundene Finanzhoheit aus, die es den Kommunen als öffentliche Auftraggeber ermöglicht, eigene Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsführung zu treffen.

Darüber hinaus verstößt der Inhalt des Gesetzentwurfs in erheblichem Maße gegen das seitens des Landes Hessen getragene Ziel, Standards abzubauen und somit insbesondere auch die kommunalen Haushalte zu entlasten. Der Gesetzentwurf enthielt vergabefremde Aspekte, die auf Seiten der Kommunen mit einem erheblich erhöhten Bürokratieaufbau einhergehen. Dafür müssten seitens des Landes Hessen den Kommunen finanziell originäre Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Anreicherung des Vergaberechts mit nicht erforderlichen und nur schlecht zu überprüfenden Standards betrifft aber nicht nur den öffentlichen Auftraggeber, sondern auch den Bieter selbst. Die von diesem zu erbringenden sehr hohen Nachweispflichten können dazu führen, dass überhaupt keine Angebote mehr abgegeben werden und damit der Wettbewerb erhebliche Einschränkungen erfährt. Schon unter den heute vorgegebenen Standards und Vorgaben aus dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) ist vermehrt zu verzeichnen, dass die öffentlichen Auftraggeber und insbesondere die Kommunen Probleme haben, überhaupt Angebote zu erhalten.

Nach dem Inhalt des Gesetzentwurfes sollen die Kommunen ordnungs- und sozialpolitische Interessen des Landes Hessen erfüllen und im Rahmen der Vergabeverfahren berücksichtigen. Die aus der Übernahme dieser Aufgaben des Landes im Sinne neuer Aufgaben entstehenden Kosten müssten den Kommunen aus originären Landesmitteln erstattet werden, um dem Konnexitätsprinzip Genüge zu tun. Es ist den Kommunen nicht zuzumuten, ordnungs- und sozialpolitische Aufgaben des Landes unter gleichzeitiger Hinnahme erheblicher Mehrkosten zu erfüllen, ohne dafür einen Kostenaus-

gleich zu erlangen. Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen dramatischen Entwicklung – bedingt durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen erheblichen Steuerausfälle – stellt der vorliegende Gesetzentwurf eine enorme Erschwernis sowie ein Kostenfaktor für die Kommunen dar. Die wirtschaftliche Situation der Kommunen lässt dies gerade in der derzeitigen Situation nicht zu.

Die Einbeziehung vergabefremder Kriterien in ein Gesetz birgt schließlich auch die große Gefahr, dass Vergabeentscheidungen durch Bieter einer rechtlichen Überprüfung mit hohen prozessualen Risiken und Zeitverzögerungen zugeführt werden. Dies gilt umso mehr, als dieser Gesetzentwurf auch für Vergabeentscheidungen den Verwaltungsrechtsweg eröffnet. Eine Abweichung vom Grundsatz der Eignung der Bieter und den bestehenden Vergabekriterien durch unklare und nicht erfüllbare vergabefremde Kriterien öffnen einem solchen Vorgehen „Tür und Tor“.

Die Wertgrenze von 10.000 Euro, ab der der öffentliche Auftraggeber ausschreiben muss, wird diesseits als zu niedrig angesehen. Angeregt wird in diesem Zusammenhang, dass dieser Wert entsprechend erhöht wird. Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sollte eine schnelle und einfache Vergabe ermöglicht werden und die Vergabefreigrenzen angehoben werden.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Gesetzesinitiative anderer Länder hinzuweisen. So hat beispielsweise Nordrhein-Westfalen die Wertgrenze für einen Direktauftrag auf 25.000 Euro angehoben. Auch im Einklang mit dem DStGB befürworten wir eine Erhöhung der Auftragswerte. Um eine schnelle und einfache Vergabe zu ermöglichen, empfiehlt der DStGB den Ländern, den Wert von Direktauftragsvergaben anzuheben. Soweit die Auftragswerte für die verschiedenen Arten der Ausschreibungen im Vergleich zu den derzeit gültigen Werten nach § 15 HVTG herabgesetzt werden, wird dies aus Sicht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes abgelehnt. Auch hier verweisen wir auf die entsprechenden Anregungen des DStGBs, zu einer Erhöhung der Auftragswerte. Vorgeschlagen wird die Zulassung einer Freihändigen Vergabe bis 1.000.000 Euro und eine Beschränkte Ausschreibung bis 3.000.000 Euro bei Bauaufträgen jeweils ohne Teilnahmewettbewerb sowie die Zulassung einer Verhandlungsvergabe bei Liefer-/Dienstleistungen bis zu 214.000 Euro ohne Teilnahmewettbewerb.

Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass beispielsweise die Landesregierung Thüringen ihren Kommunen bereits erlaubt hat, Beschränkte und Freihändige Vergaben im Baubereich bis zu 3.000.000 Euro sowie im Liefer-/Dienstleistungsbereich Beschränkte Vergaben und Verhandlungsvergaben jeweils ohne Teilnahmewettbewerb, bis zu 214.000 Euro durchzuführen.

Soweit vorliegend für Bauaufträge bei verschiedenen Gewerken jeweils unterschiedliche Wertgrenzen angesetzt werden, ist dies aus kommunaler Sicht abzulehnen. Zum einen verkompliziert dies wiederum die Ausschreibung und zum anderen steht zu befürchten, dass in der Praxis auch erhebliche Abgrenzungs- und Auslegungsschwierigkeiten damit einhergehen.

Zudem wird eine Spezialvorschrift für die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen im Unterschwellenbereich eingeführt. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz derzeit keine Regelungen dazu enthalten ist und daher in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten bei der Vergabe dieser Dienstleistungen bestehen. Zudem stellen die Regelungen der §§ 50, 52 UVgO eine einfache und praxisnahe Möglichkeit dar, Architekten- und Ingenieurleistungen zu vergeben.

Auch würde mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) für die kommunale Ebene verpflichtend eingeführt. Diese verpflichtende Einführung wird aus Sicht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes abgelehnt. Vorzugswürdig erscheint in diesem Zusammenhang lediglich eine Empfehlung zur Anwendung der Unterschwellenvergabeordnung, so dass es dem öffentlichen Auftraggeber freigestellt bleibt, ob er sich den Regelungen der Unterschwellenvergabeordnung unterwerfen möchte oder nicht.

Die Einführung einer Prüfbehörde nach dem Officialprinzip sowie die Einführung einer Informations- und Wartepflicht in Anlehnung an § 134 GWB wird abgelehnt. Eine angeordnete Prüfung durch die Behörde würde sämtliche Vergaben – nicht nur auf der kommunalen Ebene – ausbremsen und behindern. Gerade in der jetzigen Zeit, in der alles unternommen werden sollte, um Vergabeverfahren zügig und einfach zu gestalten, sollte nicht eine weitere Instanz geschaffen werden, die das Vergabeverfahren behindert und die Vergabe erheblich erschwert. Vor dem Hintergrund, dass die Einrichtung einer Prüfbehörde erhebliche Kosten mit sich bringt, stellt sich die Frage, ob dies verhältnismäßig ist. Zumindest Auftragsvergaben, bei denen Fördermittel verwendet werden, werden bereits durch den Rechnungshof geprüft, weshalb dies eine doppelte Prüfung bewirken würde.

Die Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs für Vergabeverfahren unterhalb der Schwellenwerte wurde seitens des Hessischen Städte- und Gemeindebundes abgelehnt. Sinn und Zweck muss eine wirtschaftliche Beschaffung sein. Durch die Eröffnung des Rechtswegs wird dieses Ziel jedoch verfehlt. Bereits jetzt dauern anhängige Verfahren bei den Verwaltungsgerichten eine enorme Zeit. Dies gilt auch für Eilverfahren. Die Eröffnung des Rechtswegs steht daher im Widerspruch zu einer zügigen, schnellen und damit wirtschaftlichen Vergabe, die es dem öffentlichen Auftraggeber ermöglichen soll, schnell seinen Beschaffungsbedarf zu decken.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion der FDP baut auf dem derzeit bestehenden Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz auf und wurde daher aus unserer Sicht grundsätzlich positiv bewertet. Hintergrund hierfür ist, dass die gängigen Strukturen und die den Verwaltungen bekannten Verfahren grundsätzlich beibehalten werden und insoweit der öffentliche Auftraggeber nur einige wenige Neuerungen zu beachten hätte. Ausdrücklich begrüßt wird die Erhöhung des Schwellenwertes für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen von

10.000 € auf 20.000 €. Allerdings haben wir daraufhin gewiesen, dass aus unserer Sicht dieser Wert noch zu gering ist. Auch wurde ausdrücklich die Einführung eines elektronischen Vergabeverfahrens begrüßt. Allerdings hat sich der Hessische Städte- und Gemeindebund dafür ausgesprochen, dass es die öffentlichen Auftraggeber in der Hand haben sollten, frei zu entscheiden, ob sie ein elektronisches Vergabeverfahren durchführen möchten oder die Angebote weiterhin in Papierform akzeptieren wollen. Dies sollte der öffentliche Auftraggeber selbst festlegen können.

Zudem sah der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP vor, dass § 3 des derzeit bestehenden Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes, worin geregelt ist, dass der öffentliche Auftraggeber soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen berücksichtigen kann, aufgehoben wird. Die Aufhebung dieser Vorschrift mit den vergabefremden Kriterien stellt eine erfreuliche Neuregelung dar, da aus unserer Sicht diese Kriterien keinen vergaberechtlichen Bezug aufweisen und damit einen Eingriff in den freien Wettbewerb darstellen. Hinzu kommt, dass die Beibehaltung dieser Kriterien das Vergaberecht und das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz mit weiteren Regularien erschwert und unübersichtlich macht, zumal deren Zweck nicht ersichtlich ist.

Sowohl der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD als auch der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP wurde jedoch vom Hessischen Landtag nicht beschlossen.

• **Änderung der HOAI zum 01.01.2021**

In dem von der EU-Kommission angestrebten Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland hat der EuGH am 04.07.2019 entschieden, dass die verbindlichen Vorgaben von Mindest- und Höchstsätzen in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) nicht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Niederlassungsfreiheit entsprechen (EuGH Ur. v. 04.07.2019, Az.: C – 377/17). Diese Entscheidung hat für die öffentlichen Auftraggeber enorme Auswirkungen gehabt und daher auch zu vermehrtem Beratungsbedarf durch die Geschäftsstelle geführt.

Hinsichtlich der Unzulässigkeit der Mindestsätze hat sich der EuGH maßgeblich darauf gestützt, dass es eine Inkohärenz der deutschen Regelungen gäbe. Das mit den Mindestsätzen verfolgte Ziel, eine hohe Qualität der Planungsleistungen zu erhalten, könne nicht erreicht werden, wenn diese Leistung auch von Dienstleistern erbracht werden könne, die ihre fachliche Eignung nicht nachgewiesen haben. Der EuGH hat damit festgestellt, dass die Mindest- und Höchstsätze nicht verhältnismäßig seien, da eine unverbindliche Preisorientierung für die von der HOAI erfassten Leistungen auch ausreichen würde. Zudem würden die Mindest- und Höchstsätze für Planungsleistungen gegen Europarecht verstoßen. Insbesondere würde damit die Niederlassungsfreiheit der Planer aus anderen Mitgliedsstaaten beschränkt, da sie ihre Leistungen nicht günstiger anbieten könnten als in Deutschland ansässige Planer.

Aufgrund des Urteils des EuGHs vom 04.07.2019 waren die öffentlichen Stellen in Deutschland wegen des Anwendungsvorrangs des Europarechts verpflichtet, ab sofort die für europarechtswidrig erklärten Regelungen der HOAI nicht mehr anzuwenden. Daher durfte beispielsweise bei der Vergabe öffentlicher Aufträge über Architekten- und Ingenieurleistungen bei Angeboten der Zuschlag nicht mehr aufgrund der Tatsache verweigert werden, dass die angebotenen Preise unterhalb der Mindestsätze oder oberhalb der Höchst Honorarsätze der HOAI liegen. Die Entscheidung des EuGHs brachte sodann für die Kommunen als größter öffentlicher Auftraggeber ein Mehr an Gestaltungsspielraum bei Verträgen mit Architekten und Ingenieuren mit sich. Zudem ist daraufhin zu weisen, dass die Entscheidung die Mindest- und Höchstsätze der HOAI betraf und nicht die übrigen Inhalte der HOAI (wie z.B. Tabellen, Leistungsbilder etc.).

Die Bundesrepublik Deutschland war aufgrund des Urteils des EuGHs nunmehr gefordert die HOAI europarechtskonform anzupassen. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) hat daraufhin am 07.08.2020 den erwarteten Referentenentwurf einer Verordnung zur Änderung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI-Änderungsverordnung) vorgelegt. Der Bundesrat stimmte dann am 06.11.2020 dem Entwurf der ersten Verordnung zur Änderung der HOAI zu. Die Neufassung der HOAI ist zum 01.01.2021 in Kraft getreten (BGBl. I 2636). Die HOAI 2021 gilt nun für alle ab dem 01.01.2021 geschlossene Verträge.

Vor dem Inkrafttreten der neuen HOAI bedurfte es jedoch noch der Anpassung des Gesetzes zur Regelung von Ingenieuren- und Architektenleistungen (Architektenleistungsgesetz ArchLG). Die Änderung des ArchLG traten am 19.11.2020 in Kraft (BGBl. I 2392). Das Architektenleistungsgesetz enthält die Ermächtigungsgrundlage zum Erlass der neuen HOAI. Des Weiteren wurde im Architektenleistungsgesetz die Regelung zu den vorgeschriebenen Mindest- und Höchstsätzen gestrichen. Mit der Änderung des ArchLG konnte sodann die neue HOAI mit ihren wesentlichen Neuregelungen erlassen werden.

Im Rahmen der Änderungen der HOAI war es wichtig, dass der Gestaltungsspielraum, der sich durch das Urteil des EuGHs vom 04.07.2020 ergeben hat, nunmehr auch in die HOAI umgesetzt wird. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat daraufhin gewirkt, dass künftig, wenn kein Honorar vereinbart wurde, nicht die HOAI-Mittelsätze als Regelsätze zu werten sind, sondern allenfalls der Mindestsatz. Zudem wurde der seitens der Architekten- und Ingenieurverbände geforderten Implementierung einer Angemessenheitsklausel in der HOAI entschieden entgegengetreten. Hintergrund hierfür ist, dass das von öffentlichen Auftraggebern zu beachtende Vergaberecht zwingend vorsieht, dass bei der Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen eine angemessene Vergütung festzusetzen ist (z.B. § 77 Abs. 2 VgV). Eine „Angemessenheits-Regelung“ bedarf es insoweit nicht.

Diese Forderungen wurden in der HOAI 2021 aufgegriffen. Die am 01.01.2021 in Kraft getretenen Neufassung

der HOAI ist aus kommunaler Sicht zu begrüßen. Die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes wurden umgesetzt und das Honorar kann nunmehr frei vereinbart werden. Zur Ermittlung des Honorars steht weiterhin das bewährte System der HOAI zur Verfügung. Auch für die Fälle, in denen keine Honorarvereinbarung getroffen wurde, schafft die neue HOAI Klarheit. Danach gilt nunmehr der „Basishonorarsatz“ als vereinbart, der sich bei Anwendung der Honorarermittlungsregelungen der HOAI im Einzelfall ergibt und der Höhe nach dem bisherigen Mindestsatz entspricht. Nach der Neuformulierung in der HOAI weisen die neuen Honorartafeln nunmehr sog. Orientierungswerte aus, die an der Art und dem Umfang der Aufgabe sowie an der Leistung ausgerichtet sind. Die Honorartafeln enthalten für jeden Leistungsbereich Honorarspannen vom neuen „Basishonorarsatz“ bis zum oberen Honorarsatz.

Eine weitere wichtige Änderung in der HOAI 2021 bezog sich insbesondere auf die Neufassung von § 7 HOAI, worin die Honorarvereinbarung geregelt ist. Gemäß § 7 Abs. 1 HOAI besteht keine preisrechtliche Beschränkung mehr auf Mindest- und Höchstsätze. Zudem ist statt dem Schriftformerfordernis gemäß § 126 BGB nun nur noch ein Textformerfordernis gemäß § 126 b BGB erforderlich. Auch ist mit der Neufassung der HOAI 2021 das Erfordernis entfallen, wonach eine Honorarvereinbarung bei der Auftragserteilung erfolgen muss. Nunmehr können wirksame Honorarvereinbarungen bereits vor, bei oder erst nach der Auftragserteilung getroffen werden. Die Neuregelungen ermöglichen es dem öffentlichen Auftraggeber viel praktikabler als bisher wirksame Honorarvereinbarungen abzuschließen. Insgesamt ist der öffentliche Auftraggeber weiterhin gehalten, bei der Auftragserteilung das Kriterium „Preis/Honorar“ im Rahmen von § 76 VgV zu berücksichtigen. Auch hier ist nochmals daraufhin zu weisen, dass der öffentliche Auftraggeber die Verpflichtung hat bei ungewöhnlich niedrigen Preisen eine Aufklärung vorzunehmen (siehe z.B. § 60 VgV).

Da die HOAI 2021 gemäß § 57 Abs. 2 HOAI erst auf diejenigen Vertragsverhältnisse anzuwenden ist, die nach Ablauf des 31.12.2020 begründet worden sind, ist die HOAI 2021 auf alle Verträge, die ab dem 01.01.2021 geschlossen wurden, anzuwenden. Bei Stufenverträgen, die vor dem 31.12.2020 abgeschlossen wurden und bei welchen Stufen erst nach dem 01.01.2021 abgerufen werden, gilt die HOAI 2021 hingegen nicht. Die HOAI 2021 gilt bei Stufenverträgen erst, wenn der Stufenvertrag insgesamt ab dem 01.01.2021 geschlossen wurde.

23. Zivilrecht

• *Allgemeines Zivilrecht*

Im Berichtszeitraum standen Fragen im Zusammenhang mit der Kündigung von Verträgen aus wichtigem Grund wegen der Corona-Pandemie bei der Überlassung kommunaler Einrichtungen, der Absage von Veranstaltungen und den daraus resultierenden Schadenersatzansprüchen sowie von Schadenersatzansprüchen wegen

Betriebsschließungen aufgrund der Verordnung der Landesregierung im Mittelpunkt der Beratung.

Dabei wurde insbesondere die Frage an die Geschäftsstelle herangetragen, wer für die Kosten von abgesagten Veranstaltungen in Bürgerhäusern, Sporthallen und sonstigen Einrichtungen aufzukommen hat, wie z.B. Künstler, Speisen und Getränke, Personal, Organisation etc. Maßgeblich ist hierbei insbesondere, welche Verträge im Einzelfall vorliegen bzw. ob die Überlassung im Rahmen eines Verwaltungsaktes erfolgt ist. Darüber hinaus ist zu prüfen, zu welchem Zeitpunkt die Veranstaltung abgesagt wurde.

Sofern sich die Kündigung lediglich aus den gesetzlichen Gründen ableitet, würde eine Schadensersatzverpflichtung gem. §§ 280, 281 BGB bestehen, wenn die Kommune die Absage zu vertreten hätte. Hiervon wäre dann auszugehen, wenn die Absage nicht auf der Grundlage einer Allgemeinverfügung des Landkreises bzw. einer Verordnung der Landesregierung erfolgt ist. Gleiches gilt sofern Rechtsgrundlage für die Überlassung der kommunalen Einrichtung ein Verwaltungsakt war. Dieser kann mit Wirkung für die Zukunft gem. § 49 Abs. 2 Nr. 3-5 HVwVfG widerrufen werden, wenn das öffentliche Interesse gefährdet würde bzw. schwere Nachteile für das Gemeinwohl zu verhüten oder zu beseitigen sind. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass gem. § 49 Abs. 6 HVwVfG ein Anspruch des Betroffenen auf Entschädigung des Vermögensnachteils besteht, wenn dieser auf den Stand des Verwaltungsaktes vertraut hat und sein Vertrauen schutzwürdig ist. Wenn die Absage der Veranstaltung in diesem Fall allerdings auch auf der Grundlage einer Allgemeinverfügung des Kreises bzw. einer Verordnung der Landesregierung erfolgt, wären insoweit Ansprüche nach dem Infektionsschutzgesetz vorrangig.

• **Haftungsrecht**

Im Bereich des Haftungsrechtes spielt die Frage des Umfangs von Verkehrssicherungspflichten, insbesondere bei Wasserflächen immer wieder eine große Rolle. Vor dem Hintergrund des Urteils des AG Schwalmstadt (Urt. v. 20.02.2020 – 43 Ds. 2 Js 12490/16, 43 Ds. 2 Js 12490/16 – nicht rechtskräftig) hat diese Thematik eine noch größere Bedeutung gewonnen. Gegenstand der Entscheidung war ein ca. 200 Jahre alter Teich, der in ungefähr 200-300 m Entfernung zur Wohnbebauung gelegen ist. Von der Stadt, die Eigentümerin des Grundstückes ist, auf dem sich der Teich befindet, wurde das Grundstück um den Teich durch einen Flächennutzungsplan aus dem Jahre 2004 als öffentliche Grünfläche und Parkanlage ausgewiesen. Der Teich wurde seit Generationen durch die Bürger zum Schwimmen und zum Schlittschuhlaufen genutzt, wobei ein Schwimmbetrieb zu keinem Zeitpunkt offiziell zugelassen war. Das Amtsgericht Schwalmstadt hat festgestellt, dass die Pflicht zum Schutz vor den von dem Teich ausgehenden Gefahren – über die erfolgte bestehende Beschilderung hinaus – zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, bestand. Diese Pflicht beruhe auf dem allgemeinen Grundsatz, dass derjenige der eine Gefahrenquelle eröffne – beispielsweise, indem er eine gefährliche Einrichtung unterhalte – verpflichtet sei, schützende Vorkehrungen zu

treffen. Der Inhaber einer gefährlichen Einrichtung könne in der Weise auf sie zugreifen, dass er die Einrichtung sichern könne, aus diesem Grund sei er dazu verpflichtet, Gefahren für Dritte zu verhindern. Die entsprechende Pflicht beschränke sich auf das Ergreifen solcher Maßnahmen, die nach den Gesamtumständen zumutbar seien und die ein verständiger und umsichtiger Mensch für notwendig und ausreichend halte, um andere vor Schäden zu bewahren. In welchem Umfang die Erfolgsabwendungspflicht bestehe, bestimme sich nach dem Grad der Gefahr. Die Anforderungen an den für die Gefahrenquelle Zuständigen sei umso höher, je größer bei erkennbarer Gefährlichkeit einer Handlung die Schadenswahrscheinlichkeit und Schadensintensität sei (AG Schwalmstadt, a.a.O. BGHSt 61, 21, 23 f.). Der Umfang der Verkehrssicherungspflicht werde begrenzt durch das sogenannte „allgemeine Lebensrisiko“, vor dem auch der Inhaber einer grundsätzlich gefährlichen Anlage Dritte nicht schützen müsse. Dies bedeute, dass nicht jeder abstrakten Gefahr durch vorbeugende Maßnahmen begegnet werden müsse, es vielmehr nur solcher Sicherungsmaßnahmen bedürfe, die ein verständiger und umsichtiger, in vernünftigen Grenzen vorsichtiger Mensch für ausreichend halten dürfe, um andere Personen vor Schäden zu bewahren, und die ihm den Umständen nach zumutbar seien (BGH NJW 1994, 3348). Wenn ein Betreiber eine öffentliche Freizeiteinrichtung der Allgemeinheit zur Verfügung stelle, habe er die Verpflichtung, die Benutzer vor den Gefahren zu schützen, die über das übliche Risiko bei der Anlagenbenutzung hinausgingen, nicht ohne weiteres erkennbar und auch vom Benutzer nicht vorhersehbar seien (AG Schwalmstadt a.a.O., BGH Urt. v. 18.10.1988 – 6 ZR 94/88- Juris). Grundsätzlich falle es zwar unter das „allgemeine Lebensrisiko“, sich einem natürlichen Gewässer zu nähern. Anders liege es jedoch bei einem Teich, bei dem unterschiedliche Maßnahmen an dem Teich und auf dem Gelände um den Teich vorgenommen worden seien und das Gefahrenpotenzial des Teiches dadurch ganz erheblich über natürliche, überschaubare und kalkulierbare Risiken hinaus erhöht habe, sodass zusätzliche Sicherungsmaßnahmen erforderlich seien.

Vor dem Hintergrund dieser Entscheidung gab es im Berichtszeitraum eine Vielzahl von Anfragen an die Geschäftsstelle, ob bzw. inwieweit Maßnahmen bei den Wasserflächen vorzunehmen sind. Gegenstand der Anfragen waren zumeist Teiche, insbesondere aber auch Feuerlöschteiche sowie Regenrückhaltebecken. Hier stellt sich zumeist die Frage, ob auch eine Einzäunung des Teiches vorgenommen werden muss. Dabei kann grundsätzlich keine generalisierende Betrachtungsweise vorgenommen werden, wie dies auch das AG Schwalmstadt deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Die Frage der Notwendigkeit von Absicherungsmaßnahmen ist vielmehr eine Bewertung im Einzelfall. Dabei spielt zunächst die Frage, um welche Art von Wasserfläche es sich handelt, eine nicht unerhebliche Rolle. So existieren für Regenrückhaltebecken und Löschwasserteiche DIN-Normen, die zum Teil Regelungen zur Absicherung enthalten, die verpflichtend einzuhalten sind. Bei den sonstigen Teichen ist die wesentliche Frage, inwieweit Maßnahmen im Teich bzw. auf dem Gelände um den Teich ergriffen wurden, um die Attraktivität desselben zu steigern und diesen damit zu einem Anziehungspunkt wer-

den zu lassen. Zur Einschätzung des Gefahrenpotenzials ist es sinnvoll, den zuständigen Haftpflichtversicherer einzuschalten, um eine Gefährdungsbeurteilung erarbeiten zu lassen. Die mit dem Versicherer zusammenarbeitenden Ingenieurbüros (Fachbüros) verfügen über den nötigen Sachverstand, um hier eine Einschätzung des Gefahrenpotenzials „vor Ort“ vornehmen zu können.

Auch bei der Eröffnung neuer öffentlicher Einrichtungen, wie Skater-Anlagen und Bike-Strecken bestehen große Rechtsunsicherheiten, inwieweit eine Verkehrssicherungspflicht besteht. Hier ist insbesondere auch zu berücksichtigen, dass sich eine gefestigte Rechtsprechung zum Teil noch nicht gebildet hat, sodass zum Teil offene Rechtsfragen bestehen. Auch hier empfiehlt es sich, mit dem kommunalen Haftpflichtversicherer Rücksprache zu halten, der im Schadensfall Deckungsschutz gewähren muss.

• **Pachtrecht**

Im Bereich des Pachtrechtes stehen immer wieder Fragen der Vertragsgestaltung, wie z.B. die Regelungen von Instandhaltungs- und Unterhaltungspflichten, Haftungsfragen sowie Kündigungen im Vordergrund. In diesem Zusammenhang erfolgen oftmals umfassende Vertragsprüfungen. Nach wie vor problematisch ist die Frage der Unterhaltungs- und Instandhaltungsverpflichtungen bei Pachtverträgen mit Vereinen. Hier kommt es immer wieder zum Streit, ob bzw. inwieweit die Kommune verpflichtet ist, die Kosten zu übernehmen. Diese Frage stellt sich insbesondere dann, wenn das Gebäude – zum Beispiel das Sportheim – vor langer Zeit von dem Verein selbst errichtet wurde. Die bestehenden Verträge laufen zumeist schon sehr lange und liefern insoweit oftmals keine befriedigenden Regelungen.

Des Weiteren standen Fragen im Zusammenhang mit Pachtverträgen über Windenergieanlagen sowie über Rotations- und Abstandsflächen im Mittelpunkt. Hier zeigt sich, dass die Windenergiebetreiber oftmals selbst formulierte Verträge vorlegen, die den kommunalen Interessen teilweise zuwiderlaufen. Oftmals werden die Kommunen verpflichtet, in einer immensen Größenordnung Flächen für den Bau von Windenergieanlagen bzw. für Rotations- und Abstandsflächen langfristig zur Verfügung zu stellen bzw. vorzuhalten und bekommen hierfür teilweise nur einen äußerst geringen Pachtpreis angeboten. Darüber hinaus ist des Öfteren geregelt, dass die Kommunen ihre Flächen als Sicherheit für die Banken zur Verfügung stellen sollen. Eine befriedigende Regelung zur Bürgschaftsgestellung im Hinblick auf den ordnungsgemäßen Rückbau der Windenergieanlagen erfolgt oftmals nicht. Insgesamt besteht hier ein erheblicher Beratungsbedarf. Festzustellen ist, dass die Windenergiebetreiber das von der Geschäftsstelle erstellte Vertragsmuster oftmals nicht akzeptieren möchten.

Im Zusammenhang mit dem Pachtrecht stehen darüber hinaus Verträge zur Zurverfügungstellung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen in der Beratungspraxis im Vordergrund. Die Städte und Gemeinden stellen dabei einem Dritten Dachflächen ihrer öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung, der dort eine PV-Anlage betreibt.

Hier stellen sich auch immer wieder die Fragen, wer für die jeweiligen Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten zuständig ist und wie sich die Gestaltung des Pachtpreises darstellt.

• **Nachbarrecht**

Nach wie vor besteht im Nachbarrecht Beratungsbedarf bei Auswirkungen auf private Nachbargrundstücke durch gemeindliche Baumaßnahmen. Hierbei besteht im Rahmen des „nachbarrechtlichen Ausgleichsanspruchs“ (§ 906 analog BGB) oftmals eine Haftung der Kommune ohne Verschulden für die jeweilige bei dem Anlieger der Baumaßnahme eingetretenen Schäden. Daher ist an dieser Stelle weiterhin zu empfehlen, dass vor Beginn der Durchführung etwaiger Baumaßnahmen oder Sanierungsarbeiten eine umfassende Beweissicherung durchgeführt wird, um später gestellte Schadenersatzansprüche möglichst abwehren zu können. Bei einer entsprechenden Beweissicherung kann festgestellt werden, ob sich die Schäden bereits vorher an dem Gebäude des Nachbarn befunden haben. Der Schaden selbst wird dann zunächst durch Einschalten des Haftpflichtversicherers geprüft und sodann auch mit dessen Einvernehmen abgewickelt.

Darüber hinaus besteht Beratungsbedarf bei Problemen des Einwachsens von Baumwurzeln in die Kanalisation sowie deren Auswirkungen auf die Nachbargrundstücke und den damit verbundenen Schadenersatzansprüchen.

• **Mietrecht**

Mit der neuen Verordnung zur Bestimmung des Geltungsbereichs der bundesrechtlichen Mieterschutzvorschriften (Mieterschutzverordnung – MiSchuV) vom 18.11.2020 (GVBl. S. 802) hat die Landesregierung erneut Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten in Hessen bestimmt, in denen

- die Mietpreisbremse zur Begrenzung der zulässigen Miethöhe bei der Wiedervermietung von Wohnraum,
- die abgesenkte Kappungsgrenze in Höhe von 15 % zur stärkeren Begrenzung von Mieterhöhungen und
- die verlängerte Kündigungsfrist von 8 Jahren bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

gelten.

Nach § 1 MiSchuV gelten diese Regelungen für 49 Gemeinden, die im Einzelnen aufgeführt werden. Die Auswahl der Gemeinden beruht auf dem fortgeschriebenen Gutachten des Instituts Wohnen und Umwelt (IWU) zur Feststellung von Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten anhand geeigneter Indikatoren in Land Hessen vom 30.04.2020 sowie den qualifizierten Selbsteinschätzungen der Gemeinden.

Die Mietpreisbremse begrenzt die zulässige Miethöhe bei der Wiedervermietung von Wohnraum auf maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete (§ 556d Abs.

1 BGB). Nach den bundesrechtlichen Vorschriften (§§ 556e und 556f BGB) gilt sie nicht für Neubauwohnungen, die nach dem 01.10.2014 erstmals genutzt und vermietet werden und bei der ersten Vermietung nach umfassender Modernisierung. Die Regelung findet auch keine Anwendung, wenn die Vormiete bereits die zulässige Höhe überschritten hat. In diesem Fall ist die Vormiete die zulässige Miete.

Die Kappungsgrenze nach § 558 Abs. 3 S. 1 BGB begrenzt Mieterhöhungen innerhalb von 3 Jahren auf 20 %. Sie gilt bundesweit. Abweichend hiervon darf in den durch die genannte Verordnung der Landesregierung festgelegten Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten die Miete innerhalb von 3 Jahren nicht um mehr als 15 % erhöht werden (abgesenkte Kappungsgrenze). Die Obergrenze bildet dabei jeweils die ortsübliche Vergleichsmiete.

Die Kündigungssperrfrist schützt Mieterin und Mieter, deren Wohnung nach Abschluss des Mietverhältnisses in einer Eigentumswohnung umgewandelt und anschließend veräußert wird, vor kurzfristigen Eigenbedarfs- und Verwertungskündigungen. Nach § 577a Abs. 1 BGB gilt eine Kündigungssperrfrist von 3 Jahren ab dem Zeitpunkt der Veräußerung. Innerhalb dieses Zeitraums darf das Mietverhältnis nicht wegen Eigenbedarfs oder wegen Hinderung an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung gekündigt werden. Die Kündigungssperrfrist von 3 Jahren gilt bundesweit.

Abweichend hiervon beträgt die verlängerte Kündigungssperrfrist in den durch die genannte Verordnung der Landesregierung festgelegten Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten 8 Jahre. Für einige Städte und Gemeinden sieht die Verordnung diesbezüglich Sonderregelungen vor.

Die MiSchuV vom 18. November 2020 ersetzt die Hessische Mietenbegrenzungsverordnung vom 11. Juni 2019 (GVBl. S. 78) sowie die Kappungsgrenzen- und Kündigungsbeschränkungsverordnung vom 23.09.2019 (GVBl. S. 277). Zu den Verordnungen hat der Hessische Städte- und Gemeindebund Stellung genommen und keine grundsätzlichen Bedenken geltend gemacht. Insgesamt hat sich gezeigt, dass die ursprünglichen Verordnungen nicht zu einer nachweisbaren Verringerung des Mietanstieges geführt haben.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass sich die Mieten im Bereich des gemeindlichen bzw. städtischen Wohnraumes nach wie vor als äußerst gering im Vergleich zum freien Wohnungsmarkt darstellen. Versuche, die Mieten während eines laufenden Mietverhältnisses zu erhöhen, scheitern oft daran, dass in den Kommunen keine Mietspiegel vorhanden sind bzw. nicht auf vergleichbaren Mietwohnraum zurückgegriffen werden kann. Insofern besteht für die Kommunen zumeist lediglich die Möglichkeit bei dem Abschluss neuer Mietverträge eine höhere Miete festzulegen.

• **Urheberrecht**

Im Bereich des Urheberrechtes spielt die Frage der Nutzung und Verwendung von Fotos im Internet bzw. in

Broschüren der Kommunen immer wieder eine große Rolle. Dabei ist festzustellen, dass Dritte immer wieder gemeindliche Bildnisse für den eigenen Bereich ungefragt nutzen, aber auch umgekehrt die Kommunen Bildnisse Dritter ohne Einwilligung verwenden. Im Rahmen der Beratungspraxis muss im Einzelfall geprüft werden, ob ein Verstoß gegen das Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Fotografie (KunstUrhG) vorliegt. Gem. § 22 KunstUrhG dürfen Bildnisse grundsätzlich nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden. Dabei gilt die Einwilligung im Zweifel als erteilt, wenn der Abgebildete dafür, dass er sich abbilden ließ, ein Entgelt erhalten hat. Ohne die nach § 22 KunstUrhG erforderliche Einwilligung dürfen gem. § 23 KunstUrhG Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte, Bilder auf denen die Personen nur als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen, Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, an denen die dargestellten Personen teilgenommen haben sowie Bildnisse, die nicht auf Bestellung angefertigt sind, sofern die Verbreitung und die Schaustellung einem höheren Interesse der Kunst dienen, verbreitet werden. Im Zweifel ist damit eine Verletzung des Urheberrechts gegeben, wenn eine Einwilligung des Betroffenen nicht vorliegt. Dabei kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in ihrer Funktion als ehrenamtlich tätige Personen aus dem Bereich der Zeitgeschichte sind. In diesem Zusammenhang spielt auch die ungerechtfertigte Nutzung des gemeindlichen Wappens eine Bedeutung. Oftmals verfügen die Städte und Gemeinden über eine Wappensatzung, aus der sich die Voraussetzungen für eine Nutzung durch Dritte ergeben. Grundsätzlich stellt aber auch das unbefugte Nutzen des gemeindlichen Wappens im Sinne des § 14 HGO eine unzulässige Namens- bzw. Wappenrechtsverletzung dar.

Insgesamt empfiehlt sich zur Vermeidung von Schadensersatzansprüchen Dritter im Einzelfall Nutzungsverträge zu schließen, die die Verwendung des Bildes sowie auch die Frage der Namensnennung ausdrücklich regelt. Soweit aus dem Internet von entsprechenden Seiten wie PIXELIO oder FOTOLIA Bilder heruntergeladen werden, sollten unbedingt die entsprechenden Nutzungsbedingungen berücksichtigt werden und der Urheber des Fotos auf dem Foto bzw. in unmittelbarer Nähe zum Foto genannt werden.

• **Versicherungsrecht**

Im Bereich des Versicherungsrechtes standen Fragen zur Abwicklung von Versicherungsfällen der Kommunen im Bereich der Verletzung der Verkehrssicherungspflichten im Vordergrund. Darüber hinaus war ein vermehrter Beratungsbedarf gegeben wegen Schäden, die durch defekte Rohrleitungsanlagen entstanden sind, zu verzeichnen. Hier war jeweils die Frage zu klären, wer Inhaber der Rohrleitungsanlage ist und ob dies ein Schadensereignis darstellt, dass in die Zuständigkeit der Kommune fällt. Gem. § 2 Haftpflichtgesetz (HaftpflichtG) besteht ein Schadenersatzanspruch, wenn durch die Wirkung von Flüssigkeiten, die von einer Rohrleitungsanlage oder einer Anlage ausgehen, eine

Sache beschädigt wird. In diesem Fall ist der Inhaber der Anlage verpflichtet, den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Insofern besteht eine verschuldensunabhängige Haftung der Kommunen, die aber gleichwohl über den Haftpflichtversicherungsschutz abgedeckt ist. Hier ist darauf hinzuweisen, dass die Städte und Gemeinden verpflichtet sind, eventuelle Schäden unverzüglich dem Haftpflichtversicherer zu melden, damit ein Deckungsschutz gewahrt ist.

• **Insolvenzrecht**

Im Berichtszeitraum wurde unter anderem das Gesetz zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die Covid-19-Pandemie bedingten Insolvenz (Covid-19-Insolvenzaussetzungsgesetz - COVInsAG) erlassen. Das im März 2020 verkündete Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Insolvenzverfahren sah zunächst eine Aussetzung der haftungsbewehrten und teilweise auch strafbewehrten Insolvenzantragspflicht bis zum 30.09.2020 vor. Die Aussetzung galt nur für Fälle, in denen die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung auf den Folgen der Covid-19-Pandemie beruhte. Zudem war bei einer Zahlungsunfähigkeit erforderlich, dass Aussichten auf deren Beseitigung bestehen. Antragspflichtige Unternehmen sollten die Gelegenheit erhalten, ein Insolvenzverfahren durch Inanspruchnahme staatlicher Hilfen, gegebenenfalls aber auch im Zuge von Sanierungs- oder Finanzierungsvereinbarungen, abzuwenden. Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wurde durch weitere Regelungen zur Reduzierung von Haftungs- und Anfechtungsrisiken der betroffenen Geschäftsleiter, Unternehmen und deren Gläubiger und Geschäftspartner ergänzt. Zudem war die Möglichkeit von Insolvenzgläubigern, durch Insolvenzanträge Insolvenzverfahren zu erzwingen, für drei Monate eingeschränkt.

Die Regelungen zur Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wurden dann bis zum 31.12.2020 verlängert, dies aber nur für Unternehmen, die überschuldet, aber nicht zahlungsunfähig waren. Ebenso wurden die Regelungen zu Reduzierungen von Haftungs- und Anfechtungsrisiken bis zum 31.12.2020 verlängert. Da die Pandemie eine große Belastung für das Wirtschaftsleben darstellt und die Bundesregierung die Folgen für die Unternehmen abmildern möchte, wurden erneut die Regelungen zur Insolvenzaussetzung bis Ende April 2021 verlängert.

Das COVInsAG führt für die betroffenen Unternehmen zu einer Erleichterung, um die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie abzumildern. Dennoch wird durch die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht dafür gesorgt, dass Unternehmen am Markt weiterhin agieren, die eigentlich insolvent wären. Dies führt unter anderem für die Kommunen dazu, dass Abgaben regulär gegen die Unternehmen geltend gemacht werden können. Jedoch wird sich erst in Zukunft, d.h. nach Auslaufen des COVInsAG, herausstellen, ob diese Regelungen mögliche Insolvenzen abgewendet haben oder nicht. Insbesondere wird sich dann für die Kommunen zeigen, ob die seitens der Unternehmen geleisteten Zahlungen auch einer Insolvenzanfechtung gemäß §§ 130 ff. InsO

Stand halten können. Bereits ohne die Covid-19-Pandemie mussten sich die Kommunen häufig gegen Insolvenzanfechtungen durch einen Insolvenzverwalter zur Wehr setzen. Insolvenzanfechtungen stellen einen wesentlichen Teil der Beratungspraxis im Insolvenzrecht dar. Eine erfolgreiche Argumentation gegen eine Insolvenzanfechtung setzt unter anderem voraus, dass der Gläubiger die Zahlungsunfähigkeit nicht kannte. Sollte es nach dem Auslaufen des COVInsAG dazu kommen, dass Insolvenzen eintreten, so werden die Insolvenzverwalter vermehrt versuchen, die durch die Schuldner geleisteten Zahlungen an die Gläubiger anzufechten. Hierbei wird es insbesondere eine Rolle spielen, inwieweit Unternehmen, die durch das Covid-19-Insolvenzaussetzungsgesetz von einer Insolvenz zunächst verschont waren, als zahlungsunfähig i.S.d. §§ 130 ff. InsO anzusehen sind.

• **Sonstiges**

Auch in diesem Berichtszeitraum kam es wiederum zu einer verstärkten Prüfung von Kooperationsverträgen zwischen Kommunen und Landkreisen. Diese beinhalten oftmals die Erstellung von baulichen Anlagen, wie z.B. den Bau neuer Sporthallen und die damit zusammenhängenden Rechte und Pflichten. Neben der grundsätzlichen Frage der (teilweise) Übernahme der Kosten für den Neubau der Sporthalle bzw. der Sanierung der Sporthalle, stellt sich dabei die Frage, welche Nutzungszeiten für den Schulsport sowie den Vereinssport gelten, Fragen der Verteilung der Unterhaltungs- und Instandhaltungslasten sowie die Frage der Haftung im Falle des Schadensfalles.

24. Interkommunale Zusammenarbeit

Den Beginn der 20. Landtagswahlperiode des Hessischen Landtages und die Ausführungen im Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90 / die Grünen, wonach die Hessische Gemeindeordnung in enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie überarbeitet werden soll, hat der Hessische Städte- und Gemeindebund zum Anlass genommen, konkrete Änderungsvorschläge im Bereich des Hessischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (KGG) zu unterbreiten. Danach sollte für den Zweckverband die Möglichkeit eröffnet werden, seine Aufgaben mit Bediensteten der Mitgliedsgemeinden wahrzunehmen. Insofern wurde eine vergleichbare Regelung, wie § 30 Abs. 3 Satz 2 KGG beim Gemeindeverwaltungsverband gefordert. Hintergrund für die Forderung einer solchen Regelung war, dass so eine Anwendung des § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) ermöglicht wird und auf diese Weise eine Umsatzsteuerfreiheit beabsichtigt wird. Für die Städte und Gemeinden macht die interkommunale Zusammenarbeit wenig Sinn, wenn sie gegenseitig Leistungen, die von Ihren Bediensteten erbracht werden, versteuern müssen. Obgleich die Anwendung des § 2 b UStG umstritten und nicht eindeutig ist, ist insgesamt aber davon auszugehen, dass bei einer gesetzlichen Normierung die Voraussetzungen für eine Umsatzsteuerfreiheit eher gege-

ben sein dürften. Die Forderung sollte ebenfalls dazu beitragen, die Hindernisse, die eine interkommunale Zusammenarbeit erschweren, zu beheben.

Darüber hinaus wurde gefordert, dass eine Klarstellung dahingehend erfolgt, dass es sich bei der Verbandsumlage um einen Verwaltungsakt handelt. Dies ist insbesondere für die Mitgliedsstädte und -gemeinden deshalb relevant, da die Verbandsumlage nur, wenn sie auch einen Verwaltungsakt darstellt, der sofortigen Vollziehbarkeit gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 1 VwGO unterliegt.

Da die dauerhafte Bindung der Mitgliedschaft in einem Zweckverband in der Praxis häufig als kritisch angesehen wird und dies oftmals auch dazu führt, dass kein Zweckverband gegründet wird, wurde seitens des Hessischen Städte- und Gemeindebundes gefordert, dass eine zeitliche Festlegung für die Existenz des Zweckverbandes in der Satzung vorgegeben werden kann, da Kündigungsmöglichkeiten ebenfalls nur eingeschränkt im Zweckverbandsrecht bestehen. Um weitere Verfahrenserleichterungen zur Aufhebung und Änderung bei öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zu erzielen, wurde darüber hinaus gefordert, dass bei öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen auf der Grundlage der §§ 24 ff. KGG mit echten Aufgabendelegationen im Sinne des § 24 Abs. 1 Nr. 1. KGG auf das Genehmigungs-erfordernis durch die Aufsichtsbehörde verzichtet wird und lediglich eine Anzeigepflicht, wie bei einer Mandatierung im Sinne des § 24 Abs. 1 Nr. 2. KGG vorzusehen ist.

Da die interkommunale Zusammenarbeit eine zentrale Bedeutung für die Städte und Gemeinden hat, wurde zudem gefordert, dass die Befristung des KGG aufgehoben wird mit der Folge, dass jederzeit notwendige Änderungen möglich sein sollen und Änderungen damit nicht an eine einmalige Evaluierung nach 4 Jahren geknüpft werden.

Die Hessische Landesregierung hat mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit und anderer Rechtsvorschriften vom 11.12.2019 (Drs.: 20/1088, GVBl. S. 416) reagiert. Insgesamt ist festzustellen, dass einige unserer Forderungen, die wir gegenüber Herrn Staatsminister Beuth unterbreitet haben, in den Gesetzentwurf aufgenommen und auch beschlossen wurden. Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit und andere Rechtsvorschriften wurden insbesondere die Forderungen, wonach Gemeindebedienstete zur Aufgabenwahrnehmung bei Zweckverbänden herangezogen werden können, erfüllt und § 17 KGG wurde um einen weiteren Absatz ergänzt, sodass es nunmehr möglich ist, dass der Zweckverband seine Aufgaben mit eigenen Bediensteten oder mit Bediensteten der Verbandsmitglieder wahrnimmt. Diese Regelung gilt aufgrund einer Verweisung auch für den Gemeindeverwaltungsverband (§ 17 Abs. 2 i.V.m. § 30 Abs. 2 KGG). Ebenfalls wurde § 21 KGG dahingehend geändert, dass nunmehr nach einer 10-jährigen Mitgliedschaft eine ordentliche Kündigung mit 1-jähriger Kündigungsfrist möglich ist. Mit der Aufhebung der Befristung des KGGs wurde ebenfalls eine Forderung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes aufgegriffen und das KGG entsprechend geändert.

Darüber hinaus gehört nunmehr zu den Mindestinhalten einer Verbandssatzung nach § 9 KGG auch eine Regelung zur Auseinandersetzung und Kostentragung bei ausscheidenden Verbandsmitgliedern. Gerade diese Frage ist oftmals in der Praxis ungeklärt und führte zu Streitigkeiten. Gleiches gilt hinsichtlich der Regelung der örtlichen Zuständigkeit der Rechnungsprüfungsämter für den Jahresabschluss. Auch hier ist nunmehr eine Regelung in Verbandssatzungen notwendiger Mindestinhalt. Ebenfalls wurde geregelt, dass eine Abberufung von Vertretern aus der Verbandsversammlung aus wichtigem Grund durch die Vertretungskörperschaft jederzeit möglich ist. Die Einführung dieser Vorschrift haben wir ausdrücklich begrüßt, da die Praxis zeigt, dass oftmals das Amt nicht oder nicht entsprechend der Weisungen wahrgenommen wird. Lediglich die Einschränkung „aus wichtigem Grund“ hielten wir aufgrund des unbestimmten Rechtsbegriffs für nur eingeschränkt praxistauglich.

Ebenfalls fand eine Klarstellung im Rahmen der Regelung des § 24 KGG statt, wonach nunmehr deutlicher hervorgeht, dass es zwei Formen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gibt. Es erfolgte eine Klarstellung dahingehend, dass in § 24 Abs. 1 Nr. 1 KGG die Delegation und in § 24 Abs. 1 Nr. 2 KGG die Mandatierung definiert wird. Ebenfalls wurde § 25 KGG in Bezug auf die Delegation bzw. Mandatierung detaillierter gefasst und es erfolgte eine genaue Beschreibung/Gliederung.

Insgesamt ist festzustellen, dass auch in diesem Berichtszeitraum vermehrt Anfragen zur interkommunalen Zusammenarbeit und hierbei insbesondere zur Gründung von Gemeindeverwaltungsverbänden und Zweckverbänden zu verzeichnen waren. Auch der Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur Delegation von Aufgaben bzw. zu einer Mandatierung waren häufig Gegenstand von Anfragen und Thema der Beratung des Verbandes. Auch die im Jahr 2019 vorgenommenen Änderungen im Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit zeigen, dass der Gesetzgeber Regelungen im Zweckverbandsrecht vereinfacht und die Einräumung eines größeren Spielraums bei der Aufgabenwahrnehmung durch die interkommunale Zusammenarbeit erkannt und nunmehr geregelt hat. Auch die Änderungen zu den öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen und hier insbesondere der Delegation bzw. der Mandatierung zeigen, dass der Gesetzgeber es als wichtig erachtet, die Möglichkeiten des Abschlusses einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung detailliert zu regeln. Insgesamt zeigen die Änderungen, dass der Gesetzgeber nicht nur die Möglichkeit des freiwilligen Zusammenschlusses durch Gemeindefusionen differenziert geregelt hat und fördern möchte, sondern die Änderungen und Ergänzungen bringen Erleichterungen im Hinblick auf die interkommunale Gemeinschaftsarbeit mit sich und gestaltet die Möglichkeiten der interkommunalen Gemeinschaftsarbeit weiter aus.

Ein großes, bisweilen noch nicht abschließend geklärtes Thema stellt sich bei der Aufgabenwahrnehmung von Gemeindeverwaltungsverbänden bzw. Zweckverbänden oder öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen im Rahmen des Umsatzsteuerrechts. Hier stellt sich die Frage, ob eine Umsatzsteuerpflicht bei der jeweiligen Aufga-

benwahrnehmung und im Rahmen von Personalgestellungen besteht. An dieser Stelle spielt insbesondere § 2 b UStG eine Rolle. Die Frage der Umsatzsteuerpflicht bedarf einer Einzelfallprüfung, wobei es rechtlich als offen zu bezeichnen ist, ob ein Verband als Unternehmer im Sinne von § 2 b UStG anzusehen ist oder, ob Ausschlussgründe für eine Umsatzsteuerpflicht vorliegen. Hier ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Umsatzsteuerfreiheit nach § 2 b UStG vorliegt. Zur Klärung der Umsatzsteuerpflicht bei einer interkommunalen Zusammenarbeit steht die Geschäftsstelle derzeit in einem engen Austausch mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen und es finden hierzu aktuell Gespräche statt.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Übertragung oder die Erfüllung von Aufgaben in einem Gemeindeverwaltungsverband, Zweckverband oder im Wege einer öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit nicht im Einzelfall einen Vorgang darstellt, der dem Vergaberecht unterfällt. Hier ist insbesondere auf die Einhaltung von § 108 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) hinzuweisen. Auch das Thema der Ausschreibungsfreiheit bei der interkommunalen Zusammenarbeit ist stets bei der Beratung mit zu bedenken und zu prüfen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der EuGH im Frühjahr 2020 zwei wichtige Urteile zu den Möglichkeiten und Grenzen einer vergaberechtsfreien kommunalen Zusammenarbeit gefällt hat. Die beiden vom EuGH entschiedenen Fälle basierten jeweils auf Vorlagen deutscher Gerichte und betrafen somit deutsche Fälle. Am 28. Mai 2020 hat der EuGH auf Grundlage von konkreten Vorlagefragen des OLG Düsseldorf vom 28.11.2018 entschieden, dass Kommunen grundsätzlich ohne Ausschreibung auch beim Austausch von Hilfstätigkeiten (Software-Entwicklung) zusammenarbeiten dürfen (EuGH, Entscheidung vom 28.05.2020, Az.: C – 796/18). Dies jedoch nur, sofern diese Tätigkeiten zur wirksamen Erfüllung öffentlicher Aufgaben beitragen. Weitere Voraussetzung einer Vergaberechtsfreiheit ist, dass durch die Kooperation kein privates Unternehmen bessergestellt wird als seine Wettbewerber. In einem zweiten Urteil hat der EuGH auf Basis eines Vorabentscheidungsersuchens des OLG Koblenz vom 14. Mai 2019 festgestellt, dass eine vergaberechtsfreie kommunale Kooperation das Zusammenwirken aller Partner der Kooperationsvereinbarung zur Erbringung der öffentlichen Dienstleistung voraussetzt. Eine Vereinbarung, wonach eine Kommune nur eine bloße Erstattung der Kosten für die von der anderen Kommune zu erbringende Leistung (hier: Abfallentsorgung) vornimmt, erfüllt diese Voraussetzungen nicht (EuGH, Urteil vom 04. Juni 2020, Az.: C – 429/19; ED vom 17. Juni 2020, Mitteilung 134).

Mit seinem Urteil vom 04. Juni 2020 legt der EuGH die Grenzen einer vergaberechtsfreien interkommunalen Zusammenarbeit fest. Eine Zusammenarbeit muss danach das Ergebnis einer Initiative der Vertragspartner zur Zusammenarbeit sein und muss auf einem „kooperativen Konzept“ basieren. Hierbei genügt es nicht, dass eine Leistung gegen Entgelt erbracht wird, d.h. eine reine Erbringung von Leistungen gegen Entgelt ohne, dass ein „kooperatives Konzept“ vorliegt. Nach Auffassung des EuGH's muss eine „echte“ Zusammenarbeit basierende öffentlich-rechtliche Kooperation der Parteien

vorliegen. Dies ist jedoch gerade nicht gegeben, wenn rein „Leistungen gegen Entgelt“ ausgetauscht werden und sich daher eine Partei der anderen „nur“ als „Erfüllungsgehilfe“ für die Durchführung ihrer Aufgaben bedient. Insbesondere diese beiden Entscheidungen des EuGH's werden in Zukunft wegweisend sein und stets in der Beratungspraxis mit in die Prüfung einbezogen werden müssen.

Um die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern, hat der Gesetzgeber zudem die Hessische Gemeindeordnung geändert. Bei freiwillig kommunalen Zusammenschlüssen wird den hauptamtlichen Wahlbeamten ein Anspruch darauf eingeräumt, für den Rest ihrer Amtszeit als hauptamtliche Beigeordnete in der aufnehmenden oder neu gebildeten Gemeinde tätig zu werden. Sie behalten für diese Zeit den Anspruch auf ihre bisherige Besoldung (§ 26 Abs. 3 HGO neu). In diesem Fall kann auf die Bestellung eines Staatsbeauftragten durch die Kommunalaufsicht verzichtet werden (§ 17 HGO neu). Die Grenzänderungsverträge werden im Übrigen künftig durch die obere Aufsichtsbehörde im Staatsanzeiger für das Land Hessen und durch die beteiligten Gemeinden nach den für ihre Satzungen geltenden Vorschriften öffentlich bekannt gemacht (§ 17 HGO neu).

25. Tourismus

Immer mehr Menschen suchen Erholung in der näheren Umgebung und entdecken in Hessen neue Ziele. Tourismus und Freizeitwirtschaft entwickeln sich für viele ländliche Städte und Gemeinden zu einem wichtigen strukturpolitischen Faktor. Vor dem Hintergrund, dass die Bedeutung des Tourismus für den ländlichen Raum im Zeichen des demografischen Wandels immer wichtiger wird, engagiert sich der Hessische Städte- und Gemeindebund für den Erhalt und den Ausbau attraktiver touristischer Angebote jenseits der Ballungsräume.

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und der Wertschöpfung mit direktem Tourismusbezug (z.B. in Hotellerie und Gastronomie), als auch im vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen (z.B. im Bereich der Landwirtschaft, Lebensmittelherstellung, „Markenbildung“) bedarf einer professionellen Begleitung. Die Förderung von Wohn- und Lebensqualität für die hessische Bevölkerung durch die Sicherung von Kultur-, Freizeit- und Gesundheitsinfrastruktur in ländlichen Räumen, die Bewerbung von regionaler Identität und der Erhalt von Kultur- und Naturlandschaften ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Kommunen in der Fläche.

Folglich besteht auch aus der Perspektive des Hessischen Städte- und Gemeindebundes die Notwendigkeit einer Stärkung kleingliedriger Strukturen. Insbesondere die Zusammenarbeit mit Leistungsträgern in den Städten und Gemeinden gilt es in den Blick zu nehmen. Die Unternehmen in der Hotellerie und im Gastgewerbe in Hessen sind überwiegend Kleinunternehmen. Marketingmaßnahmen, die sich ausschließlich auf die großen

Ketten und Leistungsträgern fokussieren, gehen an der Wirklichkeit des Flächenlandes Hessens vorbei. Darum sieht der Hessische Städte- und Gemeindebund die Notwendigkeit, stärker als bisher bei der Binnenentwicklung des Tourismus, die Partner aus der Gemeinde- und Stadtentwicklung und aus dem Regionalmanagement in diesem Profilierungsprozess mit einzubeziehen. „Vielfalt erhalten / Rahmenbedingungen verbessern.“ Unter diesem Stichwort hat der Hessische Städte- und Gemeindebund im Berichtszeitraum zwei Workshops in Nord- und Südhessen durchgeführt.

In den Workshops wurden die Potentiale der Flächenkommunen aufgezeigt und Entwicklungsmöglichkeiten des Tourismus' diskutiert.

In ländlichen Kommunen ist der Tourismus ein zentrales Zukunftsthema. Er ist ein wichtiges Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade für strukturschwache Regionen wirkt der Tourismus Entwicklungspotenziale. Das Trendthema Klimaschutz und Umwelt hat besondere Bedeutung für Hessen, so ist das Land mit mehr als 40 Prozent Waldanteil das walddominante Bundesland. Dreiviertel der Landesfläche ist jenseits des Ballungsraumes zu finden. Heilbäder und Kurorte sind Ankerpunkte in diesen Regionen. Insofern kommen dem naturnahen Tourismus in der Förderung der ländlichen Entwicklung, der Schutzgebiete, der regionalen Erzeugnisse sowie dem Klimaschutz eine große Bedeutung zu.

Um diesen Erholungsraum zu erhalten muss es auch darum gehen, transparente Wege zu staatlichen und überstaatlichen Förderprogrammen zu eröffnen. Je nach Größe des touristischen Zielgebietes bzw. der touristischen Arbeitsgemeinschaft sind vom Land Abstimmungsprozesse zu unterstützen, die eine bessere Verzahnung / Koordination ermöglichen. Hierbei sind Strukturen in Gebietskulissen in der Förderung von Naturparks und Regionen hilfreich (LEADER). Bei kleineren Destinationen, so die Forderung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, sollte die Zusammenarbeit besser organisiert werden. In vielen Regionen Hessens fehlen noch touristische Arbeitsgemeinschaften. Hier muss in unmittelbarer Verbindung an die örtliche Ebene gestärkt werden. Durch eine optimierte Zusammenarbeit wird mehrgleisiges Arbeiten und ein Flickenteppich an Modellprojekten verhindert.

Gerade für den ländlichen Tourismus gehört die zu geringe Ressourcenausstattung zu den größten Problemen. Diese wurden durch die Pandemie zum Teil dramatisch zugespitzt. In der Tendenz lassen die strukturellen Veränderungen im Touristikmarkt einen Anstieg der räumlichen Einkommensunterschiede und eine wachsende Gefahr räumlicher Polarisierung erwarten. Hier bedarf es für den Hessischen Städte- und Gemeindebund eines größeren Engagements des Landes.

Es gelte überdies, so das Ergebnis der Workshops, Alleinstellungsmerkmale und den *genius loci* des jeweiligen Ortes herauszuarbeiten. Dabei gebe es für die Kommunen keine Einheitslösungen zur Gestaltung der zukunftsfähigen Angebote. Alleinstellungsmerkmal und die „Mitnahme der Bürgerschaft“ können und sollen in einem umfassenden Dialog mit der Bürgerschaft erarbeitet werden. Für die eine Gemeinde kann es nur den

Erhalt der Kulturlandschaft gehen. Andere stellen landschaftliche Besonderheiten oder lokale Produkte in den Vordergrund. Eine tragfähige Erhaltung oder Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum kann nur gelingen, wenn alle Kräfte vor Ort zusammenwirken und die Menschen „stolze Gastgeber/innen“ sind.

Vor dem Hintergrund der 2020 ausgebrochenen Pandemie haben sich im Berichtszeitraum Markt und Rahmenbedingungen erheblich, ja dramatisch verändert. Große Einnahmeverluste verzeichnen die Kurtaxen, Thermen und Bäder und das Veranstaltungs- und Tagungsgeschäft. In kleineren Kommunen ist der Tourismus häufig der einzige Wirtschaftsfaktor, der wirtschaftlich relevant ist. Die monatelangen Schließungen von Hotels ließen die gemeindlichen Übernachtungszahlen in den Keller sinken. Es gab aber auch das andere Extrem: Phasenweise zählten manche Regionen mehr Gäste als im Rekordjahr 2019 und kämpften gegen einen regelrechten Ansturm an - wegen Corona. Das offensichtlich wachsende Bedürfnis und der Bereitschaft in der Gesellschaft aktiv etwas für die Gesundheit zu tun wird derzeit vom Tagestourismus bedient. Gesundheit ist inzwischen aufgrund von COVID-19 in nahezu allen Gesellschaftsschichten und Generationen eines der höchsten Güter.

Ziel des Hessischen Städte- und Gemeindebundes ist es, sich für einen Neustart des Tourismus einzusetzen und die Verluste in der kommunalen Infrastruktur im Tourismus durch staatliche Hilfen auszugleichen.

26. Informations- und Kommunikationstechnologie

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) war und bleibt eine wichtige Herausforderung auch für die Mitgliedsstädte und -gemeinden unseres Verbandes. Land, Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über ein Verwaltungsportal nach Maßgabe des Onlinezugangsgesetzes (OZG) des Bundes anzubieten und hierfür im Verwaltungsportal Nutzerkonten bereitzustellen. Die Verpflichtung zur Bereitstellung von Verwaltungsleistungen über ein Verwaltungsportal muss spätestens zum Ablauf des fünften auf die Verkündung des OZG folgenden Kalenderjahres (das ist das Jahr 2022) erfüllt sein. Grundgedanke dieser Regelungen: Verwaltungsleistungen sollen unabhängig von Zeit und Ort zugänglich sein. Mit dem Nutzerkonto bleiben den Bürgerinnen und Bürgern viele Eingaben von Daten erspart, die sonst immer wieder aufs Neue erfolgen müssten.

Land und kommunale Spitzenverbände haben im September 2019 eine Umsetzungsvereinbarung zum OZG abgeschlossen. In ihr sichert das Land Hessen eine spürbare, wenn auch keineswegs kostendeckende finanzielle Unterstützung für die Umsetzung des OZG im kommunalen Bereich aus eigenen originären Landesmitteln zu. Hinzu treten Mittel aus dem Programm Starke Heimat Hessen. Hier hat der Hessische Städte- und Gemeindebund die Finanzierung aus Mitteln, die die Kom-

munen erst einmal selbst abgeben müssen immer wieder kritisiert und bleibt bei dieser Kritik. Allerdings: So lange das Programm läuft, sollten die Städte und Gemeinden es nutzen und so ihr Geld zurückholen.

Hintergrund sind die beachtlichen finanziellen und organisatorischen Herausforderungen, die die Umsetzung des OZG, aber auch Digitalisierungsthemen insgesamt für die Kommunen mit sich bringen. Dafür sind in der Kooperationsvereinbarung insbesondere

- Angebote der Digitalisierungsberatung für alle Kommunen,
- Unterstützung des Landes für den Aufbau eines Kommunalen Kompetenzzentrums Digitalisierung (KKD) und das Programmmanagement durch die ekom21,
- Landesbeteiligung an den Kosten des technischen Betriebes, der Pflege und des Supports der umgesetzten Antragsverfahren bei der ekom21,
- Fördermöglichkeiten für die Umsetzung modellhafter Digitalisierungsvorhaben in den Kommunen

vorgesehen. Dabei gehen die Unterstützungsleistungen des Landes Hessen deutlich über die anderen Bundesländer hinaus. Die Geschäftsstelle hatte in diesem Zusammenhang vielfältige Informationsangebote unterbreitet, etwa zu den Inhalten der Umsetzungsvereinbarung und ihrer praktischen Umsetzung im Eildienst. Der Verband wirkte mit in den einschlägigen Arbeitsgruppen von Land und Spitzenverbänden sowie bei der Gewinnung von Fachexpertinnen und -experten. Weiterhin war der Verband bei der Definition von Kriterien für die Auswahl von Modellkommunen durch die Koordinierungsstelle beteiligt.

Aus der Beratungspraxis ergibt sich, dass Städte und Gemeinden nicht nur gesetzlich aufgefordert sind, bis zum Jahr 2022 alle onlinefähigen Verwaltungsleistungen auch auf diesem Weg anzubieten, sondern die Bürgerinnen und Bürger fordern dies immer mehr aktiv ein. Konkret beinhaltet das zwei wesentliche Aufgaben: Digitalisierung und Vernetzung. Zum einen müssen ca. 575 Verwaltungsleistungen auf Bundes-, Länder und kommunaler Ebene digitalisiert werden und zum anderen muss eine IT-Infrastruktur geschaffen werden, die jeder Nutzerin und jedem Nutzer den Zugriff auf die Verwaltungsleistungen mit nur wenigen Klicks ermöglicht.

Das OZG zielt darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger als Nutzer der digitalisierten OZG-Leistung und deren elektronische Abwicklung über Verwaltungsportale mit der Verwaltung in den Vordergrund zu stellen. Damit endet die Umsetzung des OZG zunächst am sogenannten „elektronischen Briefkasten“ der jeweiligen Verwaltung der Kommunen. Die internen Abläufe und eine mögliche Volldigitalisierung von Verwaltungsleistungen und -Vorgängen liegt im eigenen Ermessen der Kommune.

Hier ist das Land Hessen gefordert durch attraktive und unbürokratische Förderprogramme finanzielle Unterstützung zu geben, damit Städte und Gemeinden gehalten werden sog. Blaupausen für die Hessischen Kommunen zu erstellen.

Zudem wurden zwischenzeitlich durch die kommunalen Spitzenverbände in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Innenministerium 15 OZG-Modellkommunen ausgewählt, die entsprechend finanziell gefördert werden. Mit ihnen, bzw. durch diese Kommunen werden dann besonders innovative Ideen umgesetzt, die dann allen Städten und Gemeinden zur Nachnutzung auch und gerade mit volldigitalisierten Verwaltungsleistungen zur Verfügung gestellt werden. Hier werden erste Ergebnisse noch in diesem Jahr, also 2021, erwartet, die dann über verschiedene Workshops allen Kommunen bekannt gegeben werden.

Digitalisierungsberatung

Ein weiteres Angebot des Landes Hessen ist die Unterstützung der Städte und Gemeinden durch eine Digitalisierungsberatung. Alle hessischen Kommunen, einschließlich der Landkreise, haben die Möglichkeit vier unterschiedliche Module im Rahmen der Digitalisierungsberatung bei dem Dienstleister ekom21 zu buchen. Dabei werden die Städte und Gemeinden, aber auch die Landkreise nicht nur über das OZG im Allgemeinen informiert, sondern es erfolgt bis zur Umsetzung der E-Akte eine umfassende Beratung und Begleitung. Derzeit (Stand: April 2021) wurden bereits fast 300 Beratungsmodule angefragt und schon zahlreiche Beratungen umgesetzt. Dabei wurde deutlich, wie wichtig es ist, alle Bereiche der Kommunalverwaltungen sowie die Personalräte, aber auch die Kommunalpolitiker vor Ort mitzunehmen und in die Beratungsprozesse mit einzubinden. Noch bis Ende 2022 bzw. 2024 werden die Beratungen, die vom Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport bzw. vom Hessischen Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung finanziert werden, fortgesetzt.

Für das Modul 1 und 2 sind jeweils 2,5 Beratungstage vorgesehen, wovon 2 Tage gezielt der Beratung und ein halber Tag der Ergebnisbesprechung dienen. Bei den Modulen 3 und 4 sind jeweils 3 Beratungstage angesetzt, bei denen ebenso ein halber Tag für die Ergebnisbesprechung und 2,5 Tage der Beratung geplant sind.

Bei der Durchführung der Digitalisierungsberatung werden durch die ekom21 verschiedene Methoden eingesetzt. Dies sind insbesondere Interviews, Selbstaufschreibungen, Workshops und Feedback-Runden mit den Teilnehmenden. Derzeit finden die Veranstaltungen zumeist in digitaler Form statt.

Umsetzung des OZG in den Verwaltungen kleinerer und mittelgroßer Städte und Gemeinden

Viele der hessischen Kommunen verfügen nur über eine kleine Verwaltung. In diesen Fällen bedeutet die verpflichtende Umsetzung von 575 Verwaltungsleistungen nach dem OZG bis zum 31.12.2022 eine neuerliche Bürde und große Herausforderungen. Daher haben sich die kommunalen Spitzenverbände - auch hier war der Hessische Städte- und Gemeindebund wieder maßgeblich beteiligt - dafür eingesetzt, dass koordiniert mit dem Land Hessen und den Spitzenverbänden eine gemeinsame Lösung für alle Kommunen in Hessen angeboten wird. Dies wurde erreicht und so ist seit Mitte des Jahres 2020 nunmehr die Koordinierungsstelle OZG-Kommunal für die Umsetzung des OZG - gemeinsam mit der

ekom21 und dem Land Hessen - dabei, die 575 Leistungen aus den verschiedenen Lebensbereichen zu bearbeiten, um diese dann zur Nachnutzung allen Kommunen über ein OZG-Dashboard zur Verfügung zu stellen.

Nach anfänglichen Weichenstellungen, die bei solch einem großen Projekt mit verschiedenen Beteiligten auch zu erwarten waren, laufen derzeit zahlreiche sogenannte Digitalisierungsfabriken zu verschiedenen Sachgebieten, wie etwa den Bereichen Abfallwirtschaft und Friedhofswesen sowie in Kürze zu den Bereichen Gewerbeamt oder Ordnungsamt an bzw. sind kurz vor dem Abschluss. Diese Digitalisierungsfabriken können aber nur deshalb erfolgreich sein, weil die hessischen Kommunen, auch gerade die kleineren Städte und Gemeinden, erkannt haben, wie wichtig es ist, diese Prozesse zu begleiten und mitzuarbeiten.

Digitale Verwaltung in der Zukunft

Die Verwaltung der Zukunft wird schon sehr zeitnah zunehmend volldigitalisiert sein. Die Verwaltungen haben ihre Vorgänge in eine E-Akte überführt. Ein modernes Dokumentenmanagementsystem vereinfacht die Abwicklung der Verwaltungsabläufe und führt zu einer guten Vernetzung innerhalb der Rathäuser. Durch eine enge Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden erkennen gerade auch die kleinen Verwaltungen mehr denn je die Vorteile einer Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus, ohne dabei die Selbstständigkeit ihrer Gebietskörperschaft aufzugeben. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die ansässigen Unternehmen empfinden es als sehr angenehm, ihre digitale Verwaltung quasi vom Wohnzimmer oder aus der Ferne zu beauftragen und zu nutzen. Durch die vielfältigen Förderprogramme ist diese Umstellung auch finanziell zu leisten von den Rathäusern.

Das „Verteilte Vorgehen“ im Rahmen des OZG

Im Rahmen der OZG-Umsetzung gilt bundesweit das „verteilte Vorgehen“, wonach die Bundesländer für die Umsetzung von OZG-Leistungen in bestimmten Themenfeldern federführend sind. Daher werden von der Koordinierungsstelle OZG-Kommunal vor der Bearbeitung von OZG-Leistungen in Digitalisierungsfabriken Abstimmungen durchgeführt, wie weit die entsprechenden OZG-Leistungen in den jeweiligen Bundesländern bereits bearbeitet und für die Nachnutzung einsetzbar sind, um Doppelarbeiten zu vermeiden. Hierzu findet ein enger Austausch mit den Bundesländern statt.

Ausblick:

Durch die vielen Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Rathäusern und gerade auch mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wird deutlich, dass insbesondere auch durch die außergewöhnliche Situation in der Corona-Pandemie die Digitalisierung enorm an Akzeptanz gewonnen und dadurch richtig Schwung bekommen hat. Diese Prozesse werden weiterhin mit großem Engagement durch den Hessischen Städte- und Gemeindebund und die dafür verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleitet.

27. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Beratung der Kommunen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gewinnt für die Kommunen immer mehr an Bedeutung, sie ist aber auch komplex und auf Seiten vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft mit diversen Unsicherheiten verbunden. Wo muss die Gemeinde ihrer Informationspflicht nachkommen? Wie geht sie mit den sogenannten Sozialen Medien um?

Schwerpunkte in der Beratung waren die Gestaltung der Amtsblätter und der kommunalen Homepages:

Welche redaktionellen Inhalte sind jenseits bloßer amtlicher Bekanntmachungen in den Amtsblättern zulässig? Der Bundesgerichtshof („Crailsheimer Stadtblatt II“) sowie das Landgericht Dortmund (Kommunale Homepage) haben sich in ihren Urteilen mit Umfang und Grenzen des Gebots der Staatsferne der Presse bei gemeindlichen Publikationen auseinandergesetzt. Die Gerichte haben jeweils entschieden, dass eine Kommune nicht berechtigt ist, ein kommunales Amtsblatt im gesamten Stadtgebiet verteilen zu lassen bzw. eine Internet-Homepage zu betreiben, wenn diese presseähnlich aufgemacht sind und redaktionelle Beiträge enthalten. Für die konkrete Beurteilung kommunaler Publikationen seien deren Art und Inhalt sowie eine wertende Gesamtbetrachtung maßgeblich. Danach müssen staatliche Publikationen eindeutig – auch hinsichtlich Illustration und Layout – als solche erkennbar sein und sich auf Sachinformationen beschränken. Inhaltlich auf jeden Fall zulässig sind die Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen sowie die Unterrichtung über Vorhaben der Kommunalverwaltung und des Gemeinderats. Unzulässig ist eine pressemäßige Berichterstattung über das gesellschaftliche Leben in der Gemeinde; dieser Bereich ist originäre Aufgabe der lokalen Presse und nicht des Staates.

Die Corona-Krise und der damit einhergehende Ausnahmezustand haben sich in vielerlei Hinsicht als Katalysator für die Digitalisierung in der Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen herausgestellt. Von einem Tag auf den anderen mussten viele Prozesse, Dienstleistungen und Abläufe in die digitale Welt übertragen werden. Hierbei waren all jene Kommunalverwaltungen im Vorteil, die sich bereits vor der Krise mit den Chancen von digitalen Werkzeugen und Informationskanälen befasst und entsprechende Strukturen aufgebaut haben, die sie nun kurzfristig einsetzen konnten. Diesen Impuls gilt es auch nach der Pandemie in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit weiter aufzunehmen.

Kommunikation mit den Mitgliedskommunen

Um die deutlich differenzierten Themen der Öffentlichkeit anbieten zu können, hat der HSGB sein Kommunikationsangebot deutlich erweitert. Auf der Website des Verbandes werden nicht nur die Aufgaben des kommunalen Spitzenverbandes beschrieben, sondern es steht auch ein breites Spektrum an Nachrichten zur Verfügung: Neben Fachinformationen (geordnet nach Rechtsgebieten) sowie Pressemitteilungen des HSGB umfasst das Internetangebot Mitteilungen zu wichtigen Kommunalthemen wie z.B. der Integration von Zuwanderern, interkommunale Zusammenarbeit sowie Veranstaltungshinweise.

Sensible Finanzdaten, der Eildienst sowie die versandten Mails an die Mitgliedskommunen (Newsletter) stehen ebenso wie die Satzungsmuster und wichtige Vertragsvorlagen im geschützten Mitgliederbereich der Website der Mitgliedschaft zur Verfügung. Neben dem Internetangebot und dem monatlichen Eildienst werden mit den neuen Sofort-Infos wichtige Nachrichten tagesaktuell per Email versandt. Eine wachsende Anzahl von Umfragen unterstützt die verbandliche Meinungsbildung und Positionierung.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit während der Corona-Pandemie war nicht nur eine Herausforderung für eine schnelle Verbandskommunikation.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund informierte im Mitgliederbereich seiner Homepage zum aktuellen Stand der Coronavirus-Infektionen und ihren Auswirkungen in den kreisangehörigen Kommunen in Hessen. Das Informationspaket wurde regelmäßig aktualisiert. Hier wurden und werden Informationen aus den verschiedenen Rechtsgebieten zusammengeführt.

Aus dem (zeitweise herrschenden) medialen Überangebot galt es, verlässliche Mitteilungen herauszufiltern und gezielt der jeweiligen Verwaltungsspitze zuzuleiten.

Mit der Hessischen Städte- und Gemeinde-Zeitung erreicht der HSGB schließlich nicht nur seine Mitglieder, sondern auch eine interessierte Fachöffentlichkeit in Hessen und weit darüber hinaus.

28. Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements

Der Hessische Städte- und Gemeindebund möchte das in den Mitgliedskommunen bereits vorhandene bürgerschaftliche Engagement bekannt machen und den Anstoß, aber auch Unterstützung geben, das in möglichst vielen Gemeinden und Städten der freiwillige Einsatz der Bürgerinnen und Bürger gefördert wird.

Nicht immer muss eine entsprechende Initiative neu „erfunden“ werden. Darum veröffentlicht der HSGB entsprechende Berichte über gelungene ehrenamtliche Projekte in seiner Verbandszeitschrift. Unter dem Motto „Aktive Bürger = starke Kommunen“ werden im Sinne des Best-Practice-Gedanken Kommunen vorgestellt, die Bürgerinnen und Bürger beispielhaft aktivieren.

Im Berichtszeitraum hat – wie in vielen anderen Bereichen – die Pandemie zu einer Zäsur der Aktivitäten geführt. Hat die Integration von Geflüchteten in den Mitgliedskommunen vor dem Ausbruch von Covid-19 zu einem sehr starken Impuls für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements geführt, beschränken sich jetzt die Aktivitäten auf persönliche Kontakte und Partnerschaften.

Es ist bezeichnend, dass Modellprojekte, die die Geflüchteten als Akteure der aktiven Bürgergesellschaft in den Blick nehmen, in den Gemeinden besonders erfolg-

reich sind. Die im Rahmen dieser Förderung erarbeiteten Ideen reichen vom Einkaufsservice für Senioren über verschiedene Gartenprojekte, Nähstuben und Repaircafés bis zur Nachbarschaftshilfe, von Geflüchteten betriebenen Treffpunkten und die Beteiligung von Migranten in Bildungsprojekten.

Die Begleitung, Koordinierung, kommunale Ansprechbarkeit der Engagierten ist für viele Kommunen ein neues Thema in ihrem Verwaltungshandeln. Ansprechpartner/innen, Stabsstellen, die Sozialverwaltung oder eigens kreierte Stellen helfen bürgerschaftliche Projekte in der jeweiligen Kommune voranzubringen – auch in der Pandemie. In Zusammenarbeit mit der Landesehrenamtsagentur und den anderen kommunalen Spitzenverbänden engagiert sich hier der Hessische Städte- und Gemeindebund für eine Vernetzung der kommunalen Fachkräfte.

Freiwilliges Engagement braucht Förderung und Unterstützung vor Ort. Information, Beratung, Begleitung, Vernetzung und Initiierung neuer Projekte sind dabei wesentliche Aufgaben.

Das hessische Programm Engagement-Lotsen bietet seit 2004 hierfür einen Rahmen an, wodurch Teams von E-Lotsen an den jeweiligen Orten aufgebaut werden. Das Förderprogramm wird auch vom Hessischen Städte- und Gemeindebund inhaltlich unterstützt. Entscheidend für eine positive Umsetzung des Engagement-Lotsen-Programms sind eine kontinuierliche fachliche Begleitung der Engagement-Lotsen sowie deren enge Anbindung an kommunale Strukturen. Die Umsetzung erfolgt in kommunaler Trägerschaft. In derzeit 106 Kommunen sind insgesamt 760 Engagement-Lotsen qualifiziert worden. Tendenz steigend.

Der Ausnahmezustand durch Corona hat natürlich für die Praxis der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen wie die hessischen Engagement-Lotsen Konsequenzen. Zivilgesellschaftliche Organisationen leisten in den Gemeinden unverzichtbare Beiträge für ein funktionierendes öffentliches Leben, sie sorgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Derzeit steht das Engagement in der Nachbarschaft, aber natürlich auch in den Feldern des Gesundheitssystems und der Pflege, der Not- und Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes besonders im Fokus. Aber auch das Engagement bei der Versorgung von hilfsbedürftigen Menschen bleibt hoch relevant und ist durch das Kaufverhalten in Krisenzeiten (Tafeln) abzulesen. „Unser Dorf rückt zusammen und schützt sich“. Die Bewältigung der Pandemie macht auch die Bedeutung des ehrenamtlichen Einsatzes in besonderen Situationen deutlich.

29. Partnerschaftsarbeit und internationale Kontakte

Im Berichtszeitraum stand die Partnerschaftsarbeit mit dem südlichen Afrika im Fokus der Aktivitäten. Die Geschäftsstelle des Hessischen Städte- und Gemeindebundes hat ein Anliegen der hessischen Landesregierung

aufgegriffen, Kontakte und Kooperationen zwischen Hessen und der Republik Namibia auszubauen. Zu den Feldern, in denen die Republik Namibia an vertiefter Zusammenarbeit besonders interessiert ist, gehört die kommunale Ebene. Angesichts gemeinsamer Interessen an der Frage erneuerbarer Energien, des Klimawandels und der globalen Erwärmung besteht in Hessen und Namibia das gemeinsame Interesse auch technologisch zusammenzuarbeiten.

Für den Beginn dieser themenorientierten Partnerschaft haben sich die Stadt Pfungstadt und Oshikuku in Nord-Namibia angenähert. In die beginnende Partnerschaftsarbeit zwischen den beiden Kommunen und ihrer Regionen sollen Expertisen und Erfahrungsberichte in eine interkommunale Zusammenarbeit einfließen, die wichtige Fragen in beidseitigem Interesse beantworten können.

Der HSGB hat diese Pilotpartnerschaft begleitet. Aufgrund der derzeitigen Pandemie ruhen die Aktivitäten, ohne dass die Verbindung nach Namibia abgebrochen wird.

Die Corona-Krise hat auch Einfluss auf die Verbindungen zwischen Partnerstädten und –gemeinden innerhalb Europas. Die Grenzen sind für gegenseitige Besuche geschlossen, viele Aktivitäten mussten verschoben oder abgesagt werden.

Überdies sind Partnerschaften zwischen Gemeinden im Wandel. Die Aktivitäten innerhalb der Bündnisse verändern und erstrecken sich nun in Gemeinden zu einer konkreten inhaltlichen Arbeit. Gemeinsames Arbeiten an Themen wie Migration, Demographie, Städtebau, Nachhaltigkeit nehmen einen immer größeren Stellenwert ein. In diesem Zusammenhang ist die Etablierung neuerer thematischer Netzwerke von Bedeutung. So besonders beim Thema kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Faire Beschaffung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Digitalisierung, Klimaschutz, Pandemiebewältigung - all dies sind drängende globale Herausforderungen, für die sich Kommunen weltweit engagieren. Auch die Zusammenarbeit und der Austausch von kommunalen Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden sind wichtige Pfeiler dieser kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Für diese kommunalen Aktivitäten ist bedeutsam, dass sich im Berichtszeitraum der developmentpolitische Beirat der Hessischen Landesregierung seine Arbeit angenommen hat. Hier arbeitet der HSGB mit. Im Kern geht es insbesondere um die nachhaltige Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse und kooperative Lösungen globaler Herausforderungen, damit die weltweiten sozioökonomischen Ungleichheiten ausgeglichen werden können.

Aus diesen Gründen engagiert sich Hessen seit vielen Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit mit Unterstützung eines langjährigen und breiten bürgerschaftlichen Engagements mit einer Vielzahl von developmentpolitischen Organisationen. Um alle gesellschaftlichen Bereiche in dieser wichtigen Zukunftsfrage zu vernetzen, hat sich der Beirat Entwicklungszusammenarbeit

der Hessischen Landesregierung konstituiert. Hier werden die Aktivitäten auf allen Ebenen mit den Institutionen, Organisationen und Personen für die Entwicklungszusammenarbeit weiter vorangebracht.

Partnerschaften zwischen Gemeinden bilden eine gute Grundlage für die gewünschte internationale Zusammenarbeit, da sie langfristig ausgerichtet sind, zumeist bürgerschaftlich getragen werden und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Kommunen des Südens ermöglichen.

30. Lehrgänge im Freiherr vom Stein-Institut

Der Berichtszeitraum erstreckt sich auf die Zeit von Januar 2019 bis Ende März 2021. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten bereits geplante Präsenzlehrgänge ab Mitte März 2020 abgesagt werden.

Insgesamt konnten von Januar 2019 bis März 2021 immerhin 46 Lehrgänge im Rahmen des Freiherr vom Stein-Institutes in Nidda – Bad Salzhausen und Kirchheim durchgeführt werden, die von rund 1380 Teilnehmer/innen besucht worden sind.

Die Lehrgänge beinhalteten folgende Themen:

- Kommunalverfassungsrecht
- Bau- und Planungsrecht
- Umweltrecht
- Naturschutzrecht
- Finanzen
- Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
- Umsatzsteuerrecht und tax compliance
- Kommunales Abgabenrecht
- Arbeits- und Beamtenrecht
- Sozialrecht
- Gewerbe- und Ordnungsrecht, Straßenrecht
- Vergaberecht/VOB/Bauvertragsrecht
- Architektenvertrags- und vergütungsrecht (HOAI) sowie Ingenieurrecht (öffentliches Bau- und Architektenrecht)

Darüber hinaus fanden Lehrgänge für Bürgermeister/innen, Haupt- und Personalamtsleiter/innen, Stadtverordnetenvorsteher/innen / Vorsitzende der Gemeindevertretungen sowie Gemeindevertreter/innen und Stadtverordnete statt.

Auch Tagesseminare zu aktuellen Fragen wurden im Berichtszeitraum mit ca. 1500 Teilnehmern durchgeführt. Um den Fortbildungsbedarf unserer Mitglieder auch in Zeiten der Pandemie abdecken zu können, wird unser Angebot seit Ende 2020 durch digitale Tagesseminare ergänzt, was von den Mitgliedern sehr gut angenommen wird.

Zu folgenden Themenkomplexen wurden Tagesseminare durchgeführt:

- Kommunalfinanzen (2 Seminare)
- Kommunalfinanzen und Kommunalpolitik kompakt

- Hessische HundeVO (Praxisseminar)
- Neuregelung der Zweitwohnungssteuer
- Kommunalwahl 2021 (3 Seminare)
- Corona und die kommunalen Kassen – Aktuelles Haushaltsrecht (2 Seminare)
- Änderungen in der Hessischen Gemeindeordnung / Konstituierende Sitzung (2 Seminare)
- Friedhofsrecht (2 Seminare)
- Architekten- und Ingenieurverträge unter Berücksichtigung der neuen Rechtsprechung und der HOAI 2021

Trotz des umfangreichen Angebotes an Lehrgängen war wiederum ein beträchtlicher Nachfrageüberhang festzustellen.

II. MITGLIEDER DES HESSISCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES, ORGANE, FACHAUSSCHÜSSE UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

1. Mitglieder

Dem Hessischen Städte- und Gemeindebund als Vereinigung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Lande Hessen gehören aktuell 400 Mitgliedsstädte und -gemeinden als ordentliche Mitglieder und 121 andere kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts und juristische Personen des Privatrechts als außerordentliche Mitglieder an. Dies sind im Einzelnen in alphabetischer Reihenfolge:

• *Ordentliche Mitglieder (400)*

A

Aarbergen
Abtsteinach
Ahnatal
Alheim
Allendorf (Eder)
Allendorf (Lumda)
Alsbach-Hähnlein
Alsfeld
Altenstadt
Amöneburg
Angelburg
Antrifttal
Aßlar

B

Babenhäusen
Bad Arolsen
Bad Camberg
Bad Emstal
Bad Endbach
Bad Hersfeld
Bad Karlshafen
Bad König
Bad Nauheim

Bad Orb
Bad Salzschlirf
Bad Schwalbach
Bad Soden-Salmünster
Bad Sooden-Allendorf
Bad Vilbel
Bad Wildungen
Bad Zwesten
Battenberg (Eder)
Baunatal
Bebra
Bensheim
Berkatal
Beselich
Biblis
Bickenbach
Biebergemünd
Biebertal
Biebesheim am Rhein
Birkenau
Birstein
Bischoffen
Bischofsheim
Borken (Hessen)
Brachtal
Braunfels
Brecken
Breidenbach
Breitenbach am Herzberg
Breitscheid
Brensbach
Breuberg
Breuna
Brombachtal
Bromskirchen
Bruchköbel
Büdingen
Burghaun
Burgwald
Bürstadt
Buseck
Büttelborn
Butzbach

C

Calden
Cölbe
Cornberg

D

Dautphetal
Dieburg
Diemelsee
Diemelstadt
Dietzenbach
Dietzhöhlztal
Dillenburg
Dipperz
Dornburg
Dreieich
Driedorf

E

Ebersburg
Ebsdorfergrund

Echzell
Edermünde
Edertal
Egelsbach
Ehrenberg (Rhön)
Ehringshausen
Eichenzell
Einhausen
Eiterfeld
Elbtal
Eltville am Rhein
Elz
Eppertshausen
Eppstein
Erbach
Erlensee
Erzhäusen
Eschborn
Eschenburg
Eschwege
Espenau

F

Feldatal
Felsberg
Fernwald
Fischbachtal
Flieden
Flörsbachtal
Flörsheim am Main
Florstadt
Frankenau
Frankenberg (Eder)
Fränkisch-Crumbach
Freiensteinau
Freigericht
Friedberg (Hessen)
Friedewald
Friedrichsdorf
Frielendorf
Fritzlar
Fronhausen
Fuldabrück
Fuldata
Fürth

G

Gedern
Geisenheim
Gelnhausen
Gemünden (Felda)
Gemünden (Wohra)
Gernsheim
Gersfeld (Rhön)
Gilserberg
Ginsheim-Gustavsburg
Gladenbach
Glashütten
Glauburg
Gorxheimertal
Grasellenbach
Grävenwiesbach
Grebena
Grebenhain
Greibenstein

Greifenstein
Griesheim
Großalmerode
Groß-Biebrach
Großenlütder
Groß-Gerau
Großkrotzenburg
Groß-Rohrheim
Groß-Umstadt
Groß-Zimmern
Grünberg
Gründau
Gudensberg
Guxhagen

H

Habichtswald
Hadamar
Haiger
Haina (Kloster)
Hainburg
Hammersbach
Hasselroth
Hattersheim am Main
Hatzfeld (Eder)
Haunack
Haunetal
Heidenrod
Helsa
Herborn
Herbststein
Heringen (Werra)
Herleshausen
Hessisch Lichtenau
Heuchelheim
Heusenstamm
Hilders (Rhön)
Hirschhorn (Neckar)
Hirzenhain
Hochheim am Main
Höchst i. Odw.
Hofbieber
Hofgeismar
Hohenahr
Hohenroda
Hohenstein
Homberg (Efze)
Homberg (Ohm)
Hosenfeld
Hünfeld
Hünfelden
Hungen
Hünstetten
Hüttenberg

I

Idstein
Immenhausen

J

Jesberg
Jossgrund

K

Kalbach

Kaufungen
Kefenrod
Kelsterbach
Kiedrich
Kirchhain
Kirchheim
Kirtorf
Knüllwald
Königstein im Taunus
Körle
Kriftel
Kronberg im Taunus
Künzell

L

Lahnau
Lahntal
Langenselbold
Langgöns
Laubach
Lauterbach (Hessen)
Lautertal (Odenwald)
Lautertal (Vogelsberg)
Leun
Lich
Lichtenfels
Liebenau
Liederbach am Taunus
Limeshain
Linden
Lindenfels
Linsengericht
Lohfelden
Löhnberg
Lohra
Lollar
Lorch
Lorsch
Ludwigsau
Lützelbach

M

Mainhausen
Maintal
Malsfeld
Meinhard
Meißen
Melsungen
Mengerskirchen
Merenberg
Messel
Michelstadt
Mittenaar
Modautal
Mörfelden-Walldorf
Mörlenbach
Morschen
Mossautal
Mücke
Mühlheim am Main
Mühltal
Münchhausen
Münster
Münzenberg

N

Nauheim
Naumburg
Neckarsteinach
Nentershausen
Neu-Anspach
Neuberg
Neu-Eichenberg
Neuenstein
Neuental
Neuhof
Neu-Isenburg
Neukirchen
Neustadt (Hessen)
Nidda
Niddatal
Nidderau
Niedenstein
Niederaula
Niederdorfelden
Niedernhausen
Nieste
Niestetal
Nüsttal

O

Oberaula
Ober-Mörlen
Ober-Ramstadt
Obertshausen
Oberzent
Oestrich-Winkel
Ortenberg
Ottrau
Otzberg

P

Petersberg
Pfungstadt
Philippsthal (Werra)
Pohlheim
Poppenhausen (Wasserkuppe)

R

Rabenau
Ranstadt
Rasdorf
Raunheim
Rauschenberg
Reichelsheim (Odenwald)
Reichelsheim (Wetterau)
Reinhardshagen
Reinheim
Reiskirchen
Riedstadt
Rimbach
Ringgau
Rockenberg
Rodenbach
Rödermark
Rodgau
Romrod
Ronneburg
Ronshausen
Rosbach v.d. Höhe

Rosenthal
Roßdorf
Rotenburg a.d. Fulda
Rüdesheim am Rhein
Runkel

Sch

Schaafheim
Schauenburg
Schenklengsfeld
Schlangenbad
Schlitz
Schlüchtern
Schmitten
Schöffengrund
Schöneck
Schotten
Schrecksbach
Schwalbach am Taunus
Schwalmstadt
Schwalmtal
Schwarzenborn

S

Seeheim-Jugenheim
Seligenstadt
Selters (Taunus)
Siegbach
Sinn
Sinnatal
Söhrewald
Solms
Sontra
Spangenberg
Stadtallendorf
Staufenberg
Steffenberg
Steinau an der Straße
Steinbach (Taunus)
Stockstadt am Rhein
Sulzbach

T

Tann (Rhön)
Taunusstein
Trebur
Trendelburg
Twistetal

U

Ulrichstein
Usingen

V

Vellmar
Viernheim
Villmar
Vöhl
Volkmarsen

W

Wabern
Wächtersbach
Waldbrunn (Westerwald)
Waldeck

Waldems
Waldkappel
Wald-Michelbach
Waldsolms
Walluf
Wanfried
Wartenberg
Wehretal
Wehrheim
Weilburg
Weilmünster
Weilrod
Weimar (Lahn)
Weinbach
Weißborn
Weiterstadt
Wesertal
Wettenberg
Wetter (Hessen)
Wetzlar
Wildeck
Willingen (Upland)
Willingshausen
Witzenhausen
Wohratal
Wölfersheim
Wolfhagen
Wöllstadt

Z

Zierenberg
Zwingenberg

• **Außerordentliche Mitglieder (121):**

A

Abfallverband Rheingau
Abfallwirtschaftsverband Kreis Groß-Gerau
Abwasserverband Alsbach-Zwingenberg-Hähnlein
Abwasserverband Aubach
Abwasserverband Bad König
Abwasserverband Bickenbach
Abwasserverband Bonbaden
Abwasserverband Bracht
Abwasserverband Flörsheim
Abwasserverband Freigericht
Abwasserverband Fulda
Abwasserverband Gelnhausen
Abwasserverband Herbornseelbach
Abwasserverband Horloffthal
Abwasserverband Hungen
Abwasserverband Kirtorf
Abwasserverband Kronberg
Abwasserverband Lauter-Wetter
Abwasserverband Laxbach

Abwasserverband Limburg a.d.Lahn bei EVL

Abwasserverband Losse-Nieste-Söhre

Abwasserverband Main-Taunus

Abwasserverband Marburg

Abwasserverband Mittlere Dill

Abwasserverband Mittlere Mümling

Abwasserverband Mittlere Salzböde

Abwasserverband Mittlerer Rheingau

Abwasserverband Modau

Abwasserverband Mülmischtal

Abwasserverband Obere Dietzhölze

Abwasserverband Obere Gersprenz

Abwasserverband Oberer Fallbach

Abwasserverband Oberer Rheingau

Abwasserverband Oberes Aartal

Abwasserverband Oberes Erlenbachtal

Abwasserverband Oberes Fuldataal

Abwasserverband Oberes Krebsbachtal

Abwasserverband Oberes Usatal

Abwasserverband Oberes Weiltal

Abwasserverband Oberes Weschnitztal

Abwasserverband Ohm-Seenbach

Abwasserverband Perfgebiet-Bad Laasphe

Abwasserverband Rüsselsheim-Raunheim

Abwasserverband Schleifbach

Abwasserverband Stadtallendorf-Kirchhain

Abwasserverband Überwald

Abwasserverband Ulmtal-Lahn

Abwasserverband Untere Rodau

Abwasserverband Unterzent-Untere Mümling

Abwasserverband Vorderer Odenwald

Abwasserverband Warme-Diemeltal

Abwasserverband Weilburg

Abwasserverband Wetzachtal

Abwasserverband Wiesektal

B Behindertenhilfe Wetteraukreis GmbH

E ekom 21 - KGRZ Hessen

F Feldwegeverband Vogelsberg

G Gemeinschaftskasse des Landkreises
Darmstadt-Dieburg

K Kläranlagen-Betriebsverband Ems-Wörsbachtal
KMB Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße
Kommunalbeamten-Versorgungskasse Nassau

KVK Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck

L Landeswohlfahrtsverband Hessen

M MAINGAU Energie GmbH

Müllabfuhrzweckverband Biedenkopf

Müllabfuhrzweckverband Großkrotzenburg und Hainburg

Müllabfuhrzweckverband Odenwald

Müllabhol-Zweckverband Rotenburg – Sitz Bebra –

R Regionalverband Frankfurt/RheinMain
Rheingauwasser GmbH

S Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
Stadtentwässerung Frankfurt am Main
Stadtwerke Mühlheim am Main GmbH
SV Sparkassenversicherung Holding AG/SV Kommunal

U Unfallkasse Hessen

V Verband der kommunalen Wahlbeamten
in Hessen e.V.

Verband für Abwasserbeseitigung und Hochwasser-
schutz Baunatal-Schauenburg

Versorgungskasse Darmstadt

Verwaltungszweckverband Alheimer

W Waldeckische Domanialverwaltung

Wasser- und Abwasserzweckverband
Kreis Hersfeld-Rotenburg

Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost

Wasserbeschaffungsverband Usingen

Wasserbeschaffungsverband Wasserwerke
Dillkreis Süd

Wasserleitungszweckverband Gemünden-Bunstruth

Wasserverband Gruppenwasserwerk Fritzlar-Homberg

Wasserverband Kleebach

Wasserverband Lahn-Ohm

Wasserverband Losse

Wasserverband Schwarzbachgebiet-Ried

Wasserwerk Gerauer Land

WellnessParadies am Silbersee GmbH

Z ZAKB Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

Zweckverband „Kommunale Dienste
Immenhausen-Espenau“

Zweckverband Abfall- und Wertstoffsammlung
für den Landkreis Darmstadt-Dieburg

Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis

Zweckverband ASM-Abwasser- und Servicebetrieb
Main Spitze

Zweckverband Dietzhölztal Mittelpunktsschwimmbad

Zweckverband Friedhofs- und Bestattungswesen
Neu-Isenburg

Zweckverband für Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB)

Zweckverband Gruppen-Wasserwerk Florenberg

Zweckverband IKG Interkommunales Gewerbegebiet

Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Hinterland

Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Sontra-Herleshausen-Nentershausen

Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet LIMES

Zweckverband Kommunale Betriebe Nordwaldeck

Zweckverband Kommunale Dienste Bad Emstal-Niedenstein

Zweckverband Lollar-Staufenberg

Zweckverband Meißner Verbandswasserwerk

Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke

Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke

Zweckverband Mönchhof

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe

Zweckverband Raum Kassel

Zweckverband Rheingau

Zweckverband Schwalm-Eder-Mitte

Zweckverband Schwimmbad Bad Nauheim-Friedberg

Zweckverband Soziale Dienste Antrifttal - Kirtorf

Zweckverband Sozialstation Mittlere Wetterau

Zweckverband Vulkan-Radweg

Zweckverband Wasserversorgung Dieberggruppe

2. Organe

Organe des Hessischen Städte- und Gemeindebundes sind gemäß § 8 der Satzung

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Hauptausschuss,
3. das Präsidium.

• **Hauptausschuss**

Ordentliche Mitglieder des Hauptausschusses sind:

Vorsitzender: Bürgermeister Hartmut Linnekugel, Volkmarsen

Erster stv. Vorsitzender: Bürgermeister Thomas Scholz, Mengerskirchen

Weiterer stv. Vorsitzender: Bürgermeister Björn Brede, Frankenau

Bürgermeister Manfred Apell, Lahntal

Bürgermeister Stefan Bechthold, Fernwald

Bürgermeister Fred Dettmar, Reinhardshagen

Bürgermeister Peter Funk, Münchhausen

Bürgermeister Stefan Hable, Naumburg

Bürgermeister Carsten Helfmann, Eppertshausen

Bürgermeister Stephan Kelbert, Michelstadt

Bürgermeister Götz Konrad, Eschenburg

Erster BGO Rouven Kötter,
Regionalverband FrankfurtRheinMain

Stadtrat Jörg Kratkey, Wetzlar

Bürgermeister Patrick Kunkel, Eltville am Rhein

Bürgermeister Jörg Lautenschläger, Modautal

Bürgermeister Friedel Lenze, Berkatal

Bürgermeister Manfred Ockel, Kelsterbach

Bürgermeister Uwe Olt, Lützelbach

Bürgermeister Markus Röth, Grasellenbach

Bürgermeister Jürgen Rogg, Dietzenbach

Bürgermeister Edwin Schneider, Ulrichstein

Bürgermeister Christian Seitz, Kriftel

Bürgermeister Lars Burkhard Steinz, Heuchelheim

Bürgermeister Danny Sutor, Grebenstein

Bürgermeister Herbert Erich Unger, Florstadt

Bürgermeister Heinrich Vesper, Willingshausen

Bürgermeister Rainer-Hans Vollmöller, Lauterbach

Stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses sind:

Bürgermeisterin Brigitte Bannenberg, Glashütten

Bürgermeister Markus Becker, Ronshausen

Bürgermeister Horst Burghardt, Friedrichsdorf

Bürgermeister Jan Ludwig Fischer, Nauheim

Bürgermeister Wilhelm Gebhard, Wanfried

Bürgermeister Peter Gefeller, Staufenberg

Bürgermeister Michael Göllner, Hammersbach

Bürgermeister Jürgen Hahn, Rasdorf

Bürgermeister Bernd Hartmann, Selters (Taunus)

Bürgermeister Leonhard Helm, Königstein i. Ts.

Bürgermeister Alexander Heppe, Eschwege

Bürgermeister Horst Kaiser, Elz

Bürgermeister Michael Köhler, Bad Zwesten

Bürgermeisterin Brigitte Kram, Ebersburg

Bürgermeister Jürgen Mock, Ehringshausen

Bürgermeister Stephan Paule, Alsfeld

Bürgermeisterin Ulrike Pfeiffer-Pantring, Ortenberg

Bürgermeisterin Susanne Schaab, Schotten

Bürgermeister Dr. Frank Schmidt, Löhnberg

Bürgermeisterin Claudia Schnabel, Fronhausen
 Bürgermeister Andreas Schulz, Ebsdorfergrund
 Bürgermeister Edgar Slawik, Guxhagen
 Bürgermeister Sascha Spielberger, Freiensteinau
 Bürgermeister Winfried Steinmacher, Kiedrich
 Bürgermeister Carsten Strzoda, Espenau
 Bürgermeister Thomas Trachte, Willingen (Upland)
 Bürgermeister Daniel Tybussek, Mühlheim am Main
 Bürgermeister Manfred Weber, Biebergemünd
 Bürgermeister Manfred Wetz, Rockenberg

• **Präsidium**

Ordentliche Mitglieder des Präsidiums sind:

Präsident: Bürgermeister Dr. Thomas Stöhr, Bad Vilbel
 Erster Vizepräsident: Bürgermeister Matthias Baaß, Viernheim
 Vizepräsident: Bürgermeister Markus Röder, Hofbieber
 Bürgermeister Dominik Brasch, Bad Soden-Salmünster
 Geschäftsführer Karl-Heinz Schäfer, Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke
 Bürgermeister Karsten Schreiber, Fulda
 Bürgermeisterin Iris Schröder, Neuberg
 Bürgermeisterin Eva Söllner, Liederbach
 Bürgermeister Michael Steisel, Söhrewald
 Bürgermeister Bernhard Ziegler, Herbstein
 Geschäftsführer Dr. David Rauber

Stellvertretende Mitglieder des Präsidiums sind:

Bürgermeister Dirk Antkowiak, Friedberg
 Bürgermeisterin Brigitte Bannenberg, Glashütten
 Bürgermeister Götz Esser, Weilrod
 Bürgermeister Mario Gerhold, Körle
 Bürgermeister Carsten Helfmann, Eppertshausen
 Bürgermeister Frank Hix, Bad Sooden-Allendorf
 Bürgermeister Jürgen Hoffmann, Rodgau
 Bürgermeister Hartmut Linnekugel, Volkmarsen
 Bürgermeister Michael Merle, Butzbach
 Bürgermeisterin Susanne Schaab, Schotten

• **Sitzungstermine im Berichtszeitraum**

Gemeinsame Sitzungen des Präsidiums und des Hauptausschusses

26. Februar 2019 in Bad Vilbel
 09. April 2019 in Fernwald
 19. September 2019 in Fernwald
 13. Februar 2020 in Fernwald
 30. Juni 2020 (Videokonferenz)

Hauptausschuss

27. Juni 2019 in Mühlheim am Main
 29. Oktober 2020 in Schotten
 25. März 2021 (Videokonferenz)

Präsidium

06. Juni 2019 in Fernwald
 30. September 2019 in Mühlheim am Main
 04. Dezember 2019 in Fernwald
 02. April 2020 (Telefonkonferenz)
 09. Juni 2020 (Videokonferenz)
 17. Juli 2020 (Videokonferenz)
 23. Juli 2020 (Videokonferenz)
 03. September 2020 in Fernwald
 10. Dezember 2020 in Fernwald
 04. Februar 2021 (Videokonferenz)
 15. Februar 2021 (Videokonferenz)

3. Fachausschüsse

Im Berichtszeitraum haben folgende von der Geschäftsstelle betreute Fachausschusssitzungen stattgefunden:

• **Ausschuss für Finanzen (2 Sitzungen)**

Der Fachausschuss für Finanzen setzt sich aus den folgenden ordentlichen Mitgliedern zusammen:

Vorsitzender: Bürgermeister Peter Eidam, Weimar (Lahn)

Bürgermeister Leopold Bach, Feldatal
 Bürgermeister Horst Burghardt, Friedrichsdorf
 Bürgermeister Fred Dettmar, Reinhardshagen
 Bürgermeister Alexander Hepp, Eschwege
 Bürgermeister Jörg Lautenschläger, Modautal
 Bürgermeister Markus Röth, Grasellenbach
 Bürgermeister Joachim Ruppert, Groß-Umstadt
 Bürgermeister Claudia Schnabel, Fronhausen
 Bürgermeister Thomas Scholz, Mengerskirchen
 Bürgermeister Gerhard Schultheiß, Nidderau

Bürgermeister Christian Somogyi, Stadtallendorf
Bürgermeister Dr. Thomas Stöhr, Bad Vilbel
Bürgermeister Herbert Erich Unger, Florstadt
Bürgermeister Rainer-Hans Vollmöller, Lauterbach
Oberbürgermeister Manfred Wagner, Wetzlar

- **Ausschuss für Recht, Verfassung und Personal (2 Sitzungen)**

Der Fachausschuss für Recht, Verfassung und Personal setzt sich aus den folgenden ordentlichen Mitgliedern zusammen:

Vorsitzender: Bürgermeister Peter Gefeller, Staufenberg

Bürgermeister Stefan Bechthold, Fernwald
Bürgermeister Lothar Bott, Gemünden (Felda)
Bürgermeister Thomas Brunner, Wettengel
Bürgermeister Michael Helbig, Lindenfels
Bürgermeister Leonhard Helm, Königstein i. Ts.
Bürgermeister Dietmar Kromm, Reiskirchen
Bürgermeister Michael Lotz, Dillenburg
Bürgermeister Michael Merle, Butzbach
Bürgermeister Andreas Schulz, Ebsdorfergrund
Bürgermeister Markus Röder, Hofbieber
Bürgermeister Lars Burkhard Steinz, Heuchelheim
Bürgermeister Ralph Venohr, Bischoffen
Bürgermeister Heinrich Vesper, Willingshausen
Bürgermeister Tobias Wilbrand, Egelsbach

- **Ausschuss für Raumordnung, Strukturförderung, Bau- und Wohnungsfragen (1 Sitzung)**

Der Fachausschuss für Raumordnung, Strukturförderung, Bau- und Wohnungsfragen setzt sich aus den folgenden ordentlichen Mitgliedern zusammen:

Vorsitzender: Bürgermeister Horst Kaiser, Elz

Bürgermeister Martin Burlon, Dreich
Bürgermeister Stefan Dittmann, Twistetal
Bürgermeisterin Silke Engler, Baunatal
Bürgermeister Armin Frink, Hohenahr
Bürgermeister Manfred Helfrich, Poppenhausen
Bürgermeister Thomas Jühe, Raunheim
Bürgermeister Dietmar Krist, Antrifttal
Bürgermeisterin Susanne Schaab, Schotten
Bürgermeisterin Silvia Scheu-Menzer, Hünfelden

Bürgermeister Andreas Schulz, Ebsdorfergrund
Bürgermeister Gregor Sommer, Wehrheim
Bürgermeister Kai-Uwe Spanka, Wetter
Bürgermeister Norbert Syguda, Altenstadt

- **Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport (2 Sitzungen)**

Der Fachausschuss für Soziales, Kultur und Sport setzt sich aus den folgenden ordentlichen Mitgliedern zusammen:

Vorsitzende: Bürgermeisterin Iris Schröder, Neuberg

Bürgermeister Hans-Werner Bender, Sinn
Bürgermeister Horst Burghardt, Friedrichsdorf
Bürgermeister Dr. Albrecht Eitz, Freigericht
Bürgermeister Frank Groos, Brechen
Bürgermeister Leonhard Helm, Königstein i. Ts.
Bürgermeister Patrick Kunkel, Eltville am Rhein
Bürgermeister Andreas Larem, Messel
Bürgermeisterin Ulrike Pfeiffer-Pantring, Ortenberg
Bürgermeister Hermann-Josef Scheich, Eiterfeld
Bürgermeister Bernd Schmidt, Dautphetal
Bürgermeister Dr. Frank Schmidt, Löhnberg
Erster Stadtrat Michael Schüßler, Rodgau
Bürgermeisterin Eva Söllner, Liederbach
Bürgermeister Lars Burkhard Steinz, Heuchelheim
Bürgermeister Malte Jörg Uffeln, Steinau a. d. Str.
Bürgermeister Steffen Wernard, Usingen

- **Ausschuss für Touristik (2 Sitzungen)**

Der Fachausschuss für Touristik setzt sich aus den folgenden ordentlichen Mitgliedern zusammen:

Vorsitzender: Bürgermeister Dominik Brasch, Bad Soden-Salmünster

Bürgermeister Horst Burghardt, Friedrichsdorf
Bürgermeister Eric Engels, Fränkisch-Crumbach
Bürgermeister Stefan Jörg Frankfurth, Bad Emstal
Bürgermeister Ralf Hilmes, Nentershausen
Bürgermeister Michael Köhler, Bad Zwesten
Bürgermeister Steffen Korell, Gersfeld
Bürgermeister Alexander Kreissl, Seeheim-Jugenheim
Bürgermeister Michael Plettenberg, Amöneburg
Bürgermeisterin Susanne Schaab, Schotten

Bürgermeister Hermann-Josef Scheich, Eiterfeld
Bürgermeister Julian Schweitzer, Bad Endbach
Bürgermeister Kai-Uwe Spanka, Wetter
Bürgermeister Winfried Steinmacher, Kiedrich
Bürgermeister Thomas Trachte, Willingen (Upland)
Bürgermeister Klaus Wagner, Oberaula

- **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten (keine Sitzung)**

Der Fachausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten setzt sich aktuell aus den folgenden ordentlichen Mitgliedern zusammen:

Stv. Vorsitzender: Bürgermeister Manfred Apell, Lahntal

Bürgermeister Andreas Höfner, Dornburg
Bürgermeisterin Brigitte Kram, Ebersburg
Bürgermeister Adolf Ludwig, Limeshain
Bürgermeister Peter Malolepszy, Hosenfeld
Bürgermeister Uwe Olt, Lützelbach
Bürgermeister Joachim Reimann, Niedernhausen
Bürgermeister Rainer Schreiber, Jossgrund
Erster Stadtrat Michael Schüßler, Rodgau
Bürgermeister Kai-Uwe Spanka, Wetter
Bürgermeister Albert Ungermann, Linsengericht
Bürgermeister Bernhard Ziegler, Herbstein

In den Fachausschüssen werden jeweils Gesetzentwürfe, Verordnungen und Erlasse beraten und Entscheidungsvorschläge für das Präsidium und den Hauptausschuss vorbereitet.

4. Kreisversammlungen

Die Kreisversammlungen in den 21 Kreisen tagten zwischen null- und dreiundzwanzigmal, wobei schwerpunktmäßig aktuelle kommunalpolitische und verbandspolitische Fragen erörtert wurden.

Im Berichtszeitraum wurde die Arbeit der Kreisversammlungen von der Geschäftsstelle verstärkt betreut. So war klares Ziel der Geschäftsführung, durch regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen einen breiteren Infor-

mationsfluss über verbandspolitisch relevante Themen zu gewährleisten.

Die Vorsitzenden der Kreisversammlungen sind wie nachfolgend aufgeführt für den Kreis

Bergstraße

Bürgermeister Matthias Baaß, Viernheim

Darmstadt-Dieburg

Bürgermeisterin Christel Sprößler, Roßdorf

Fulda

Bürgermeister Heiko Stolz, Neuhoß

Gießen

Bürgermeister Dr. Bernd Wieczorek, Lollar

Groß-Gerau

Bürgermeister Jan Ludwig Fischer, Nauheim

Hersfeld-Rotenburg

Bürgermeister Harald Preßmann, Haunack

Hochtaunus

Bürgermeister Steffen Wernard, Usingen

Kassel

Bürgermeister Michael Steisel, Söhrewald

Lahn-Dill

Bürgermeister Frank Inderthal, Solms

Limburg-Weilburg

Bürgermeisterin Silvia Scheu-Menzer, Hünfelden

Main-Kinzig

Bürgermeister Stefan Erb, Erlensee

Main-Taunus

Bürgermeister Christian Seitz, Krißfeld

Marburg-Biedenkopf

Bürgermeister Peter Eidam, Weimar (Lahn)

Odenwald

Bürgermeister Uwe Olt, Lützelbach

Offenbach

N. N.

Rheingau-Taunus

Bürgermeister Winfried Steinmacher, Kiedrich (stv. Vors.)

Schwalm-Eder

Bürgermeister Andreas Schultheis, Schrecksbach

Vogelsberg

Bürgermeister Lothar Bott, Gemünden (Felda)

Waldeck-Frankenberg

Bürgermeister Christian Klein, Battenberg

Werra-Meißner

Bürgermeister Friedel Lenze, Berkatal

Wetterau

Bürgermeisterin Cäcilia Reichert-Dietzel, Ranstadt

5. Arbeitsgemeinschaften der Stadtverordnetenvorsteher/innen und Vorsitzenden der Gemeindevertretungen der Mitgliedsstädte und -gemeinden beim Hessischen Städte- und Gemeindebund

- **Landesvorstand der Stadtverordnetenvorsteher/innen und Vorsitzenden der Gemeindevertretungen der Mitgliedsstädte und -gemeinden beim Hessischen Städte- und Gemeindebund**

Die Stadtverordnetenvorsteher/innen und Gemeindevertretungsvorsitzenden unserer Mitgliedskommunen sind in drei Arbeitsgemeinschaften (Regionalbezirke Darmstadt, Gießen und Kassel) organisiert, die sich regelmäßig zum Gedankenaustausch treffen. Aus diesen drei Arbeitsgemeinschaften (Regionalversammlungen) werden die Regionalvorstände (bestehend aus jeweils fünf Personen) gewählt, die dann gemeinsam mit derzeit vier Ehrenmitgliedern den Landesvorstand bilden.

Der Landesvorstand bzw. die Regionalvorstände konstituieren sich nach der Kommunalwahl am 14.03.2021 neu. Bis zur Bestätigung des neuen Landesvorstandes setzt er sich aus den Mitgliedern zusammen, die nach der Kommunalwahl 2016 gewählt wurden. Die seit der Kommunalwahl 2016 gewählten und derzeit noch im Amt befindlichen Mitglieder des Landesvorstandes sind:

Landesvorsitzender:

Werner Schmidt, Mörfelden-Walldorf

Ehrenvorsitzende:

Karl-Heinz Stier

Valentin Wettlaufer

Wolf-Rüdiger Fritz

Helmut Müller

Regionalvorstand für den Regierungsbezirk Darmstadt

Vorsitzender:

Werner Schmidt, Mörfelden-Walldorf

Stv. Vorsitzende:

Susanne Repp, Nidda

Dr. Harald Schöning, Dieburg

Beisitzer:

Bettina Schmitt, Dreieich

Harald Winter, Mühlheim am Main

Regionalvorstand für den Regierungsbezirk Gießen

Vorsitzender:

Dirk Geißler, Lahntal

Stv. Vorsitzende:

Martin Hanika, Langgöns

Jürgen Semrau, Hünfelden

Beisitzer:

Michael Hollatz, Braunfels

Michael Refflinghaus, Alsfeld

Regionalvorstand für den Regierungsbezirk Kassel

Vorsitzender:

Prof. Lothar Seitz, Bad Hersfeld

Stv. Vorsitzender:

Joachim Schmolt, Edertal

Beisitzerin:

Silvia Börner, Bad Sooden-Allendorf

Der Landesvorstand tagte im Berichtszeitraum am 12. Juni 2019 in Bad Hersfeld.

- **Landesversammlungen**

Die 32. Landesversammlung der Stadtverordnetenvorsteher/innen und Vorsitzenden der Gemeindevertretungen der Mitgliedsstädte und -gemeinden des Hessischen Städte- und Gemeindebundes fand am 12. Juni 2019 in Bad Hersfeld im Rahmen des Hessentages statt.

Nach den Grußworten des Gastgebers, Stadtverordnetenvorsteher Prof. SEITZ, sowie des Präsidenten des HSGB, Bürgermeister Dr. STÖHR ging Staatssekretär BURGHARDT, Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung, in seinem Hauptreferat auf das Thema „Digitalisierung - insbesondere mit Blick auf den ländlichen Raum“ ein. Im Anschluss daran folgte eine Diskussion und Aussprache mit den Veranstaltungsteilnehmern.

Es folgten die Mitteilungen des Landesvorsitzenden SCHMIDT sowie der Bericht der Geschäftsführung des HSGB zu aktuellen verbandspolitischen Themen.

Ein ausführlicher Bericht findet sich in der HSGZ Nr. 7/8 aus 2019 auf den Seiten 202 bis 206.

In 2020 war die Durchführung der Landesversammlung für den 08. Juni 2020 im Rahmen des Hessentages in Bad Vilbel geplant. Aufgrund der Absage des Hessentages sowie des nicht vorsehbaren Pandemiegeschehens konnten die Planungen nicht aufrechterhalten werden. In 2020 fand daher keine Landesversammlung statt.

- **Regionalversammlungen**

a) Am 20. September 2019 fand die Regionalversammlung der Stadtverordnetenvorsteher/innen und Vorsitzenden der Gemeindevertretungen der Mitgliedsstädte und -gemeinden beim Hessischen Städte- und Gemeindebund für den Regierungsbezirk Darmstadt in Glauburg, in der Keltenwelt am Glauberg statt. Nach einer Führung durch das Museum wurden im Anschluss daran aktuelle kommunalpolitische Themen behandelt.

Die für den 20. März 2020 geplante Regionalversammlung in Groß-Gerau musste aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden.

b) Im Regierungsbezirk Gießen fand im Berichtszeitraum keine Regionalversammlung statt.

c) Im Regierungsbezirk Kassel fand im Berichtszeitraum keine Regionalversammlung statt.

III. GESCHÄFTSSTELLE DES HESSISCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

Hessischer Städte- und Gemeindebund
Henri-Dunant-Str. 13
63165 Mühlheim am Main

Telefon: 06108 6001-0
Fax: 06108 6001-57
E-Mail: hsgb@hsgb.de
Internet: www.hsgb.de

Geschäftsführer

Herr Heger (seit 01.06.2019)
Herr Semler (seit 01.06.2019)
Herr Rechtsanwalt Schelzke,
Bgm. a.D., OstA. a.D. (bis 31.05.2020)
Herr Dr. Rauber (seit 01.06.2020)

Referentinnen und Referenten:

Frau Assessorin jur. Adrian, Ltd. VD'in
Frau Assessorin jur. Bürgel, Referentin
Herr Assessor jur. Gaida, Referent
Frau Assessorin jur. Gorn, Referentin
Herr Assessor jur. Grobba, VD
Herr Assessor jur. Heger, VD
Herr Assessor jur. Jung, VOR
Herr Klotz, Referent, Journalist
Frau Assessorin jur. Maier, VR'in
Herr Assessor jur. Pfalzgraf, Ltd. VD
Herr Assessor jur. Rauber, Ltd. VD
Frau Assessorin jur. Rauscher, VD
Frau Assessorin jur. Richard-Ulmrich, Ltd. VD'in
Herr Assessor jur. Rösch, VD
Herr Dipl.-Verww. Rupp, VOR
Herr Assessor jur. Schilly, VD
Frau Assessorin jur. Siedenschnur, VD'in
Frau Assessorin jur. Vogelmann, VOR'in
Frau Assessorin jur. Wagner, Ltd. VD'in
Herr Assessor jur. Weber, VD

Sachbearbeitung und Sekretariate:

Frau Baran
Frau Beyer
Frau Beyer
Frau Burkart
Frau Fiengo
Herr Fonzett
Frau Gass
Herr Heller (Ekom 21)
Frau Jerkovic (bis 2020)
Frau Kaufmann
Frau Kolb
Frau Loreth
Frau Noll
Frau Oestreich
Frau Pierson (ab 2020)
Herr Röder
Frau Schattner
Frau Schröder
Frau Seipel
Frau Silken
Frau Will
Frau Winter
Frau Wolf
Frau Zimmermann

IV. FREIHERR-VOM-STEIN- BERATUNGS GMBH

(Bericht Harald Semler, Geschäftsführer der Freiherr-vom-Stein-Beratungs GmbH)

Unsere Dienstleistungsgesellschaft und 100-prozentige Tochtergesellschaft des HSGB deckt in Ergänzung zur Geschäftsstelle des HSGB Beratungs- und Verwaltungsleistungen für Städte, Gemeinden und Landkreise sowie Verbände und Unternehmen ab, die im Rahmen unserer satzungsgemäßen Aufgaben nicht für unsere Mitglieder und auch weitere Auftraggeber angeboten werden können.

Beratungsleistungen sind beispielsweise:

- die Durchführung von Bürgerversammlungen
- Mediationen
- Organisationsuntersuchungen
- Hilfe bei infrastrukturellen Maßnahmen
- Informationsveranstaltungen
- Coachings und Inhouse-Schulungen für Mitglieder der gemeindlichen Gremien sowie Verwaltungsmitarbeiter/innen
- Hilfestellung bei Haushaltskonsolidierungen
- Vorbereitung und Begleitung von interkommunalen Zusammenarbeiten sowie
- individuelle Beratungen auf Wunsch von Städten und Gemeinden bzw. kommunalen Institutionen.

Die Beratungsleistungen erfolgen über Referentinnen und Referenten, die abgestimmt auf die Bedürfnisse der beratungssuchenden Institutionen ausgesucht werden.

Ab Sommer 2019 erfolgte zunächst im Zusammenhang mit dem Wechsel in der Geschäftsführung der Umzug des Büros von dem Standort Wiesbaden in die Geschäftsstelle nach Mühlheim am Main. Mit Blick auf den Ausbau der Akquisition wurde intensiv an einem Corporate Design gearbeitet. Daraus hervorgegangen ist Anfang 2020 die Marke „Freiherr vom Stein KOMMUNAL Beratung“, die seitdem um einen modernen Internetauftritt sowie aussagekräftiges Werbematerial ergänzt wird.

Der Ausbruch des Corona-Virus und die damit seitdem einhergehenden pandemiebedingten Einschränkungen haben die geplanten Aktivitäten, insbesondere persönliche Kontaktaufnahmen in Kreisversammlungen, enorm behindert. Dennoch bestätigt die Vielfalt an Angebotsanfragen, dass ein spürbarer Beratungsbedarf besteht. Im Berichtszeitraum konnten insbesondere Aufträge in den Bereichen Organisationsentwicklung, Mediation, Inhouse-Schulung sowie feuerwehrspezifische Beratung und Begleitung generiert werden.

Gerade auch die Situation am Fachkräftemarkt sorgt in jüngster Zeit für eine erhöhte Nachfrage für Interimslösungen zur Sicherstellung von Arbeitsabläufen in einzelnen Ämtern und kommunalen Betrieben auf der Ebene von Führungspositionen. Gerade in diesem Bereich konnte aufgrund des guten Netzwerkes manche Herausforderung vor Ort abgemildert werden.

Kontakt und weitere Informationen:

Freiherr-vom-Stein-Beratungs GmbH
KOMMUNALBERATUNG
Geschäftsführer Harald Semler
Henri-Dunant-Straße 13 · 63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-99
info@fvs-beratung.de · www.fvs-beratung.de



HSGB

HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND